

**Entscheidungstheoretische Determinanten politischen Handelns
Ein Analysemodell auf Basis des rot-grünen Koalitionsvertrages NRW 2000**

**Von der Fakultät Gesellschaftswissenschaften
der Universität Duisburg-Essen
zur Erlangung des akademischen Grades**

Dr. rer. pol.

genehmigte Dissertation

von

Oliver-Timo Henssler

aus

Neuendettelsau

- 1. Gutachter: Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte**
- 2. Gutachter: Prof. Dr. Andreas Blätte**

Tag der Disputation: 26. Januar 2011

Inhaltsverzeichnis

I. Theoretischer Rahmen	5
1. Forschungsstand	14
1.1 Entscheidungstheorie	14
1.1.1 Politikfeldanalyse als theoretische Disziplin	15
1.1.2 Der Entscheidungsbegriff	17
1.1.3 Anforderungen an Entscheidungsprozesse	18
1.2 Ansätze der Entscheidungsanalyse	18
1.2.1 Das Modell des politischen Systems	18
1.2.2 Der Policy-Zyklus	20
1.2.3 Policy-Netzwerke	21
1.2.4 Vetospieler	23
1.3 Entscheidungsregeln	25
1.3.1 Hierarchischer Entscheidungsansatz	26
1.3.2 Der Mehrheitsentscheid	27
1.3.3 Verhandlung/Konsens	27
1.3.4 Die Verbindung der Entscheidungsregeln	28
1.4 Die Rolle des Themas	30
1.4.1 Der themenspezifische Konfliktgrad	30
1.4.2 Die Präsenz mobilisierungsfähiger Außenseiter	31
1.4.3 Die gesellschaftliche Priorität des Themas	32
1.5. Die Richtung der Handlung	33
1.6 Klassifizierung nach Policy-Typen	34
1.7 Akteursspezifische Motivation	36
1.7.1 Individualmotive	37
1.7.2 Kollektive Motive	37
2. Das Analysemodell politischer Umsetzung	38
II. Struktureller Rahmen	41
1. Formelles Regieren	41
1.1 Die Landesverfassung	41
1.2 Die Landesregierung	42
1.3 Der Landtag	42
1.4 Das Landesverfassungsgericht	44
1.5 Direktdemokratische Elemente	44
2. Informelles Regieren	45
2.1 Ministerpräsidentendemokratie	46
2.2 Verhandelnde Wettbewerbsdemokratie	47

2.3 Parteiendemokratie	49
2.4 Koalitionsdemokratie	51
2.5 Mediendemokratie	54
3. Das Zusammenwirken der Strukturmerkmale	56
III. Methodischer Rahmen	58
1. Erfassen der Darstellungsseite.....	58
1.1 Identifikation des Problems	60
1.2 Identifikation von Handlungsabsichten	62
1.3 Identifikation von Adressaten des geplanten Handelns.....	64
2. Erfassen der Handlungsseite	66
3. Analysezugang	72
3.1 Die gesellschaftliche Priorität des Themas.....	74
3.2 Policy-Arten	75
3.3 Richtung der Handlung.....	77
IV. Kontext.....	78
1. Vom Wahlkampf zum Koalitionsvertrag	79
2. Der 13. Landtag NRW	81
3. Der Übergang von Clement zu Steinbrück.....	82
V. Ergebnisse im Überblick	84
1. Problemdefinitionen und Handlungsabsichten nach Politikfeldern.....	85
2. Adressaten des geplanten Handelns	86
3. Abgleich mit der Ausgabenverteilung.....	89
4. Umsetzung auf Handlungsseite	92
5. Determinanten der Umsetzung	99
5.1 Umsetzungsanalyse	100
5.1.1 Themenpriorität	106
5.1.2 Policy-Art	107
5.1.3 Richtung der Handlung.....	108
5.1.4 Das Zusammenwirken der Themenaspekte.....	109
5.2 Instrumente politischen Handelns	110
5.3 Das thematische Analysemodell politischer Umsetzung	111
6. Detailgrad und Themenspezifika.....	113
7. Thematische Polarisierung	120
7.1 Bildungs-/Forschungspolitik.....	127
7.2 Arbeitspolitik	136
7.3 Verkehrspolitik	139
7.4 Umweltpolitik	139

7.5 Das Analysemodell thematischer Polarisierung	141
VI. Schlussfolgerung	143
VII. Anhang.....	152
1. Detailanalyse Präambel	152
1.1 Arbeitspolitik	152
1.2 Wirtschaftspolitik.....	158
1.3 Bildungs-/Forschungspolitik.....	158
1.4 Verkehrspolitik	168
1.5 Energiepolitik	172
1.6 Umweltpolitik	174
1.7 Sozialpolitik.....	177
1.8 Gesellschaftliche und politische Ordnung	185
1.9 Rechtspolitik	192
1.10 Kultur- Medien- und Sport-/Freizeitpolitik	192
1.11 Finanzpolitik.....	194
1.12 Auswärtiges	198
2. Thematische Polarisierung	199
2.1 Bildungs/Forschungspolitik.....	199
2.2 Arbeitspolitik	212
2.3 Verkehrspolitik	228
2.4 Umweltpolitik	241
3. Tabellen und Abbildungen.....	249
4. Kategorienschema	252
5. Tabellenband.....	257
6. Quellenverzeichnis	282
6.1 Dokumente	282
6.2 Gesetze	283
6.3 Periodika.....	283
6.4 Internetquellen.....	284
6.5 Interviews	286
7. Literaturverzeichnis	288
8. Abbildungsverzeichnis.....	298

I. Theoretischer Rahmen

Politiker besitzen in den Augen der Bundesbürger wenig Glaubwürdigkeit. Nachzulesen ist dies in der regelmäßig erscheinenden Allensbacher Berufsprestige-Skala. In den letzten Jahren ist das Ansehen der politischen Klasse zudem stetig gesunken. Waren es in 1972 noch 27 Prozent, so empfinden mittlerweile nur noch sechs Prozent Achtung vor dem Beruf des Politikers.¹ Zu attestieren ist ein fortschreitender Vertrauensverlust in die politische Elite und damit den bürokratisch-politischen Prozess als Ganzes. Dies äußert sich unter anderem in einer sinkenden Wahlbeteiligung, einem zunehmenden Gefühl der politischen Orientierungslosigkeit bzw. politischem Desinteresse. Der Ansehensverfall geht einher mit einer seit Jahren schwelenden Diskussion um die Erosionsmerkmale des politischen Prozesses selbst, die in der Öffentlichkeit unter dem Überbegriff der Politikverdrossenheit kulminiert.

Die Politikwissenschaft hat dieses Phänomen durch eine Unterteilung des Politischen in eine Darstellungs- und Handlungsebene operationalisiert. Politiker müssen demnach Öffentlichkeit herstellen, um sich die notwendige demokratische Legitimation zu sichern. Die Wähler messen einen Politiker aber auch immer an dem, was von dessen Politik wirklich bei ihnen ankommt. Sympathie und Siegerimage kann langfristig nur derjenige beanspruchen, der gute Entscheidungen im Sinne seiner Wähler getroffen hat. Das politische Handeln und die Durchsetzungsfähigkeit sind ihrerseits an die Performance in der Öffentlichkeit gebunden. Die spezifische Verbindung von Darstellungs- und Handlungsebene ist deshalb traditionell ein wesentliches Merkmal der Politikstile demokratischer Systeme.² Der dahinter stehende Mechanismus ist das Thema dieser Arbeit.

In Zeiten zunehmender medialer Beobachtung hat sich das Verhältnis zwischen Darstellungs- und Entscheidungspolitik verändert. Die Politik hat sich der Medienlogik angepasst. Belohnt wird, wer Aufmerksamkeit schafft, wer möglichst präsent ist und öffentlichkeitswirksame Themen für sich belegt. Der zunehmende Verfall klassischer soziostruktureller Wählermilieus hat den Typus des rationalen Wechselwählers geschaffen, der Wahlentscheidungen nach dem eigenen kurzfristigen Nutzen kalkuliert. Die Politik hat darauf ihrerseits mit einer Professionalisierung des Kommunikationsmanagements reagiert. Doch ist im gleichen Zug das Durchsetzen politischer Entscheidungen aufgrund der stetigen Medienbeobachtung und des Verfalls langfristiger Parteibindungen zunehmend schwieriger geworden.³ Eine Steigerung erfährt diese Problematik in Zeiten ökonomischer und struktureller Krisen. Konflikte werden in der auf Konsens ausgerichteten deutschen Demokratie zumeist durch Verteilung

¹ vgl. Allensbach Berufsprestige-Skala 2001 und 2008.

² vgl. Kepplinger, Hans Matthias (1998), S. 153 f.

³ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Hirschner, Gerhard (2003), S. 11.

von Zuwächsen gelöst.⁴ Entgegengesetzte Partialinteressen lassen sich am besten durch Zuwendungen oder Vergünstigungen vereinigen. Wo aber nichts mehr zu verteilen ist, wird das Lösen von Problemen selbst zum Problem: Die Handlungsspielräume verengen sich.

Die begrenzten Problemlösungskapazitäten des politischen Systems gilt es nun so auszurichten, dass diese die größtmögliche Legitimation produzieren, um damit neue Handlungskorridore zu erschließen. Symbolische Politikformen spielen hierbei eine große Rolle: Die Politikvermittlung, das Werben für die eigene Person und eigenen Inhalte gewinnen an Bedeutung. Wird die Darstellungsseite des Politischen aber zu dominant, kann dies beim Wähler als Schieflage zwischen dem, was gesagt, und dem, was getan wird, interpretiert werden. Der daraus resultierende Vertrauensverlust kann den politischen Prozess nachhaltig schädigen. Für die politische Praxis ergibt sich daraus die Frage, wie politische Kommunikation im Spannungsfeld von politischer Legitimation, also der Werbung für die eigenen Inhalte und Ziele sowie der notwendigen Durchsetzung auch unpopulärer Maßnahmen, aussehen kann und muss. Wann und unter welchen Umständen ist sie kongruent zur Ebene politischen Handelns? Die vorliegende Arbeit will diese Frage mittels einer empirischen Inhaltsanalyse des Koalitionsvertrages NRW 2000 ergründen. Hierfür werden die darin enthaltenen Handlungsabsichten extrahiert und einer Überprüfung auf deren Umsetzung im politischen Prozess der 13. Legislaturperiode in NRW von 2000 bis 2005 unterzogen.

Die politikwissenschaftliche Forschung hat bereits in vielfältiger Weise versucht, die Verbindung der politischen Kommunikation und der Ebene des politischen Handelns zu hinterfragen und zu ergründen. Die Komplexität des politischen Prozesses, der auf verschiedenen Ebenen und in ganz unterschiedlichen Macht- und Akteurskoalitionen verläuft, stellt die Forschung hierbei vor große Herausforderungen. So kommen zumeist qualitative Ansätze zum Tragen, die jeweils einzelne Aussagen bzw. einzelne Entscheidungssituationen ins Zentrum stellen. Die Reichweite der hierdurch generierten Ergebnisse ist aufgrund des oftmals rein deskriptiven Charakters begrenzt. Es können immer nur Einzelfälle analysiert und Aussagen über bestimmte Entscheidungssituationen generiert werden. Auch hier ist die Komplexität nur schwer zu beherrschen, da sich viele Entscheidungsprozesse im Verborgenen abspielen und von Außenstehenden nicht in Gänze erfasst werden können. Die Policy-Analyse ist auf die nachträgliche Interpretation derartiger interner Entscheidungsprozesse angewiesen, was die Gefahr der subjektiven Eintrübung und Bewertung in sich birgt. Dieser Gefahr kann, wenn überhaupt, nur durch den Einbezug einer möglichst großen Zahl an verschiedenartigen Quellen begegnet werden, die vom jeweiligen Autor entsprechend hinterfragt und in einen gemeinsamen Rahmen gestellt werden. Der Politikwissenschaft helfen solche

⁴ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 347.

Analysen, grundlegende Logiken und Zusammenhänge in Entscheidungsprozessen, zu verstehen und aus diesem Verständnis in engen Grenzen auch in die Zukunft gerichtete Prognosen zu erstellen.

Von diesen rein deskriptiven Policy-Analysen abzugrenzen sind wissenschaftliche Ansätze, die in quantitativer Sicht Mechanismen zu ergründen versuchen, die den Zusammenhang von politischer Kommunikation und politischem Handeln erklären. Allen diesen Ansätzen gemein ist der im Vergleich höhere Abstraktionsgrad. Anders als die Policy-Analyse stellen sie nicht Einzelfallentscheidungen in den Mittelpunkt, sondern versuchen, Logiken auf einer Metaebene zu entschlüsseln und zu hinterfragen. Hier werden zumeist programmatische Dokumente als Indikatoren politischer Kommunikation verwendet, werden ganze Wahlprogramme oder Regierungsreden auf ihre Umsetzung in politisches Handeln hin untersucht. In methodischer Hinsicht ist hierfür eine inhaltsanalytische Aufarbeitung und Erfassung der jeweiligen Dokumente von Nöten. Daraus resultieren eine Reihe weiterer methodischer Herausforderungen, wenn es um den Abgleich mit der Ebene politischen Handelns geht. Diese Probleme werden mit ganz unterschiedlichen Ansätzen zu umgehen versucht. Während einige Autoren die Ausgabenverteilung in den Haushalten als Indikatoren politischen Handelns heranziehen, beschränken sich andere auf parlamentarisches Handeln in Form von verabschiedeten Gesetzen oder Gesetzesnovellen. Allen bestehenden quantitativen Ansätzen ist jedoch gemein, dass hier immer nur Ausschnitte der Realität erhoben und verarbeitet werden. Auch wenn viele der vorliegenden Analysen eine starke Kongruenz beider Ebenen des Politischen identifizieren, können die Ergebnisse doch nie ganz zufrieden stellen. Zudem gelingt es nur in Ansätzen, rudimentäre Regeln zu ergründen, die diese Kongruenz beschreiben.

Die vorliegende Arbeit zielt genau auf diese bislang bestehende Lücke. Im Zentrum steht die Frage nach den Mechanismen, die das Verhältnis von Darstellung und Handlung bestimmen. Als Untersuchungsgegenstand firmiert die Landespolitik in NRW. Da politisches Handeln sukzessive und oft in vielen kleinen Schritten erfolgt und die Untersuchungsthematik einer zeitlichen Eingrenzung bedarf, wird als Untersuchungszeitraum die Dauer einer Legislaturperiode gewählt. Diese muss bereits abgeschlossen sein, um eine erschöpfende und in sich vollständige Bewertung zu ermöglichen. Von Vorteil für die Informationsrecherche und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen ist es, wenn der zeitliche Abstand hierbei möglichst klein bleibt. Aus forschungspraktischen Überlegungen wurde deshalb als Untersuchungszeitraum der in 2007 begonnenen vorliegenden Arbeit die 13. Legislaturperiode in NRW gewählt.

Den Start der Legislaturperiode markierten die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen, die schließlich in den Koalitionsvertrag NRW 2000 mündeten. Koalitionsverträge transportieren Positionen und Handlungsabsichten, geben die grundlegende Richtung und die wichtigsten Projekte der Regierungsarbeit vor. Sie sind das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses, bei dem die jeweiligen parteipolitischen Vorstellungen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden.⁵ Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Entwicklung eines Analysemodells, das den Grad der Umsetzung politischer Willensbekundungen messen kann. Der rot-grüne Koalitionsvertrag 2000 ist das konkrete Untersuchungsobjekt. Das Analysemodell muss es erlauben, Rückschlüsse auf die Ursachen einer inhaltlichen Kongruenz von Darstellung und Handlung zu ziehen und darauf aufbauend die Entwicklung eines Modells der Umsetzungswahrscheinlichkeit politischer Willensbekundungen in Koalitionsprogrammen ermöglichen.

Folgende Fragestellungen stehen im Zentrum des Forschungsinteresses:

1. Inwieweit wurden die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Handlungsabsichten in der politischen Praxis der Jahre 2000 bis 2005 wirklich umgesetzt?
2. Unter welchen Umständen gehen aus den politischen Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages konkrete Entscheidungen hervor und welche Einflussfaktoren bestimmen das Verhältnis von Darstellungs- und Handlungspolitik?

In analytischer Hinsicht setzt die Beantwortung der aufgeworfenen Forschungsfragen ein mehrstufiges Vorgehen voraus, das im Folgenden grundlegend skizziert wird:

Kapitel I: Theoretischer Rahmen

Das erste Kapitel wirft einen Blick auf den Forschungsstand und bestehende Ansätze der Entscheidungstheorie. Welche Modelle und Theorien existieren, die politisches Entscheiden erklärbar machen und welche davon eignen sich für eine Anwendung und Überprüfung im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit? Kapitel I entwickelt ein eigenes Analysemodell politischer Umsetzung, das eine Analyse anhand von sechs definierten Theoriemodellen ermöglicht:

V4 Themenpriorität

V5 Policy-Art

V6 Richtung der Handlung

VN1 Themenpolarisation

⁵ vgl. von Beyme, Klaus. (1997), S. 99.

VN2 Vetospieler

VN3 Entscheidungsmodi

Der quantitative Ansatz stellt sicher, dass nicht nur einzelne, sondern alle Handlungsabsichten im Koalitionsvertrag erfasst und damit eventuell bestehende übergreifende Logiken sichtbar werden. Die vorhandenen Theoriemodelle V4 bis V6 werden dafür auf Basis bestehender wissenschaftlicher Publikationen um trennscharfe untergeordnete Kriterienmerkmale ergänzt und so auf ein ordinales Skalenniveau gehoben. Die verbleibenden Theoriemodelle VN1 bis VN3 können nicht ohne weiteres operationalisiert werden – hierfür bedarf es einer Hilfskonstruktion. Den analytischen Rahmen dafür bilden die in Kapitel II vorgestellten Strukturmerkmale des Regierens.

Kapitel II: Struktureller Rahmen

Die formellen und informellen Strukturmerkmale des Regierens beschreiben das Policy-Making aus institutionellen und akteursspezifischen Perspektiven und stellen dafür jeweils unterschiedliche Erfahrungswerte und Deutungsmodelle zur Verfügung:

Die formellen Strukturmerkmale untersuchen die Zugänge der Entscheidungsanalyse mit Blick auf das Institutionengefüge in NRW. Die institutionellen Ebenen der Landespolitik in NRW bilden den analytischen Handlungsrahmen der Akteure. Das Modell des politischen Systems auf Landesebene unterscheidet sich aber deutlich von demjenigen auf Bundesebene. Die Einbettung in das föderale deutsche Regierungssystem und die Europäische Union verengt die Handlungsspielräume und begünstigt so die Entstehung informeller Strukturen, die institutionelle Prozesse ergänzen bzw. unterwandern. Einen analytischen Zugang zu den informellen Steuerungspotenzialen bilden die Strukturmerkmale des Regierens:⁶

- Ministerpräsidentendemokratie
- Verhandelnde Wettbewerbsdemokratie
- Parteiendemokratie
- Koalitionsdemokratie
- Mediendemokratie

Das Zusammenspiel der Strukturmerkmale kennzeichnet den Politikstil von Akteuren und Regierungen. Dies bedeutet, dass Erklärungen für Entscheidungen bzw. Nichtentscheidungen immer auch in Abhängigkeit des Zusammenspiels der Strukturelemente zu suchen

⁶ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 71ff.

sind. Die Strukturmerkmale bilden somit einen geeigneten theoretischen Rahmen für die empirische Überprüfung der Theoriemodelle VN1 bis VN3.

Kapitel III: Methodischer Rahmen

In Kapitel III gilt es, ein geeignetes Analyseschema für die Beantwortung der dieser Arbeit zugrunde liegenden Forschungsfragen unter Einbezug der Theoriemodelle zu erstellen. Die Politikwissenschaft stellt hier mehrere Ansätze bereit, die die Kongruenz von Darstellung und Handlung auf jeweils spezifische Art und Weise hinterfragen. Die bereits in Kapitel I vorgestellten sechs Theoriemodelle werden in Kapitel III zunächst hinsichtlich ihrer methodischen Zugänge untersucht. Darauf aufbauend wird ein eigenes, dem Forschungsmaterial und den Forschungsfragen angemessenes Forschungsdesign erstellt, mit dessen Hilfe der Koalitionsvertrag inhaltsanalytisch codiert und die Umsetzung der dort enthaltenen Handlungsabsichten überprüft werden kann.

Kapitel IV: Kontext

Das vierte Kapitel gibt in Ergänzung der Strukturmerkmale einen Einblick in die Vorbedingungen und den Verlauf der 13. Legislaturperiode. Die Kenntnis um die jeweiligen Entscheidungshintergründe, übergreifende Ziele und Strategien der Regierungspartner ist notwendig, um spätere Untersuchungsergebnisse realitätsnah bewerten und interpretieren zu können.

Kapitel V: Ergebnisse im Überblick

Im Zentrum von Kapitel fünf steht die Beantwortung der Forschungsfragen, zu welchem Grad sich der politische Gestaltungswille des Koalitionsvertrages im tatsächlichen politischen Handeln widerspiegelt und welche Faktoren das Verhältnis von Darstellungs- und Handlungspolitik maßgeblich beeinflussen.

Beantwortung Forschungsfrage I

Die in Kapitel V anstehende Prüfung der politischen Umsetzung der im Koalitionsvertrag genannten Handlungsabsichten erfolgt aus Gründen der Vollständigkeit auf zwei verschiedene, voneinander unabhängige Arten:

(1) Abgleich mit der Ausgabenverteilung der Landeshaushalte

An erster Stelle wird geprüft, ob sich die Verteilung der Handlungsabsichten in den jeweiligen Politikfeldern des Koalitionsvertrages in der Ausgabenverteilung der Landeshaushalte 2001 bis 2005 spiegelt. Entspricht die Bedeutung, die einem spezifischen Politikfeld gemessen an der quantitativen Verteilung der Handlungsabsichten innerhalb des Vertragswerkes zukommt seinem Gewicht in der Budgetverteilung? In Anlehnung an bestehende wissenschaftliche Forschungsarbeiten⁷ ist eine Korrelation als Indikator für die Nähe von Darstellungs- und Handlungspolitik zu interpretieren.

(2) Einzelfallanalyse der Umsetzung

Die Umsetzung der Handlungsabsichten wird im Anschluss zusätzlich durch Datenbank- und Internetrecherchen sowie Interviews mit Ansprechpartnern aus Ministerien, Behörden, Verbänden und den Medien nachvollzogen. Um alle Positionen einzubeziehen und die Validität der so gewonnenen Ergebnisse sicherzustellen, wird darauf geachtet, in jedem Einzelfall eine Internet- und Datenbankrecherche mit Interviews staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure zu verknüpfen. Zuvor ist jedoch eine Selektion der Handlungsabsichten nach Detailgrad notwendig. Der Detailgrad gibt an, inwieweit eine Handlungsabsicht so konkret formuliert ist, dass die Umsetzung eindeutig prüfbar ist. Er wird als Variable im Rahmen der Inhaltsanalyse codiert. Wo konkrete, überprüfbare Versprechen gemacht wurden, wird diesen in Anlehnung an Pomper⁸ nun die konkrete politische Umsetzung gegenübergestellt: Wurde ein im Koalitionsvertrag angekündigtes Gesetz bzw. eine Gesetzesnovelle in der 13. Legislaturperiode wirklich verabschiedet? Hat die Landesregierung zum Beispiel explizit versprochene Infrastrukturprojekte verwirklicht, wurde der Lärmschutz an einem Flughafen wie angekündigt ausgebaut? Da für jede Handlungsabsicht einzeln die Umsetzung geprüft werden muss, ist aus forschungspraktischen Gründen eine Beschränkung auf die in der Präambel festgehaltenen Handlungsabsichten notwendig. Die Präambel gibt einen umfassenden Überblick der Kernpunkte aller Politikfelder des Koalitionsvertrages, stellt dessen Inhalte in einer Art Zusammenfassung dar.

Beantwortung Forschungsfrage II

Nachfolgend werden unter Anwendung des in Kapitel I erarbeiteten Analysemodells statistische Zusammenhänge und Signifikanzen berechnet: Inwieweit lassen sich Kriterien identifizieren, die die Umsetzung von Handlungsabsichten in die politische Praxis beeinflussen? Hierfür wird auf die sechs vorgestellten Theoriemodelle zurückgegriffen. Die Prüfung erfolgt in zwei Stufen:

⁷ vgl. Hofferbert, Richard I./Klingemann, Hans-Dieter (1990) bzw. Petry, Françoises (1987).

⁸ vgl. Pomper, Gerald M. (1980).

(1) Test der Theoriemodelle V4, V5, V6

Drei der Theoriemodelle eignen sich für eine quantitative Analyse und werden in ihren trennscharfen Merkmalsausprägungen im inhaltsanalytischen Kategoriensystem für jede der 216 Handlungsabsichten der Präambel codiert:

V4 Themenpriorität

00 kein erkennbarer Bezugspunkt der Policy-Wirkungen

01 individuelle Policy-Wirkungen

02 kollektive Policy-Wirkungen

V5 Policy-Art

00 keine erkennbare Klassifikation der Maßnahme

01 redistributive Policies

02 regulative Policies

03 distributive Policies

V6 Richtung der Handlung

00 keine erkennbare Richtung der Maßnahme

01 Veränderung

02 Kontrolle

03 Stabilisierung, Aufrechterhaltung des Status Quo

Im Anschluss werden die operationalisierten Theoriemodelle den Umsetzungsgraden der prüfbaren Handlungsabsichten gegenübergestellt und auf statistische Zusammenhänge hin untersucht.

(2) Test der Theoriemodelle VN1, VN2, VN3

Die drei verbleibenden Theoriemodelle können nicht im inhaltsanalytischen Kategoriensystem erfasst werden. Sie sind nicht trennscharf codierbar, daher gelingt es nicht, den drei Variablen eindeutig abgegrenzte Merkmalsausprägungen zuzuordnen.

VN1 Themenpolarisation

VN2 Vetospieler

VN3 Entscheidungsmodi

Hier muss ein anderer Zugang gefunden werden, der auf einer übergeordneten Ebene Zusammenhänge zwischen den drei Kriterien VN1, VN2 und VN3, dem Detailgrad sowie

dem codierten Umsetzungsgrad einer Handlungsabsicht erkennbar macht. Benötigt wird ein quantitativ orientierter Ansatz, der es erlaubt, die Positionen von Akteuren hinsichtlich einer Handlungsabsicht anhand standardisierter Indikatoren zu erfassen. Dem methodischen Ansatz der vorliegenden Arbeit folgend, die den Gestaltungswillen der Regierungskoalition über den Koalitionsvertrag NRW 2000 erfasst, wird auch an dieser Stelle auf programmatische Dokumente zurückgegriffen. Zunächst muss eine Komplexitätsreduktion und Eingrenzung erfolgen, denn es ist kaum möglich, die Positionen aller an einer Entscheidung beteiligten Akteure einzubeziehen, deren Zahl und Zusammensetzung von Fall zu Fall unterschiedlich ist. Notwendig ist eine Priorisierung, eine Eingrenzung auf die relevantesten Gruppen, die im politischen Prozess in NRW maßgeblichen Einfluss und Veto-Macht besitzen.

Einen analytischen Zugang zu den Steuerungspotenzialen der Akteure liefern die in Kapitel II im Detail beschriebenen Strukturmerkmale des Regierens.⁹ Unter Einbezug der Regierungreden Clements und Steinbrücks sowie der Wahlprogramme der beiden Regierungsparteien lassen sich in engen Grenzen Aussagen zur Themenpolarisation und zu den Vetospielern auf den Ebenen der Ministerpräsidenten- und Parteiendemokratie treffen.

Kapitel VI: Schlussfolgerung

In Kapitel 7 werden die Ergebnisse der quantitativen Analysen strukturiert aufgearbeitet und zusammengeführt. Welche Aussagen lassen sich in Bezug auf die aufgeworfenen Forschungsfragen letztlich festhalten? Inwieweit also deckt sich die Darstellungspolitik des Koalitionsvertrages mit dem tatsächlichen politischen Handeln der 13. Legislaturperiode und wie sieht ein Analysemodell politischer Umsetzung aus, das die Wechselwirkung beider Ebenen erklären kann?

Kapitel VII: Anhang

Das letzte Kapitel gibt einen detaillierten Einblick in die dieser Arbeit zugrunde gelegten Forschungsdaten. Aufgelistet werden die Gesamtergebnisse der quantitativen Inhaltsanalyse des Koalitionsvertrages. Darunter fallen die Umsetzungsanalyse der dort extrahierten Handlungsabsichten sowie der Abgleich dieser Handlungsabsichten mit den Wahlprogrammen NRW 2000 und den Regierungsantrittsreden Clements und Steinbrücks.

⁹ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 71ff.

1. Forschungsstand

Die Frage, wie und nach welchen Regeln Entscheidungen getroffen werden, ist nach Scharpf¹⁰ ein zentrales Kriterium der Leistungsfähigkeit politischer Systeme. Das Entscheidungshandeln ist aufgrund der Vielzahl auf unterschiedlichsten Politikebenen beteiligter Akteure, die mit divergierenden Zielsetzungen agieren, aber oft nur schwer nachvollziehbar. „Die Vielzahl der Ansätze entspricht der Multidimensionalität der Realität, die ein weites Feld für unterschiedliche Sichtweisen eröffnet.“¹¹ Diesem Problem widmen sich verschiedene Forschungsansätze, die in erster Instanz beleuchtet werden sollen. Die Kenntnis grundlegender begrifflicher Definitionen und theoretischer Zusammenhänge bildet den Ausgangspunkt für die Wahl des geeigneten Forschungsdesigns. Die folgenden Seiten geben deshalb einen kurzen inhaltlichen Abriss der politikwissenschaftlichen Forschung. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie politische Entscheidungen zustande kommen und wie sie für eine wissenschaftliche Bearbeitung hinreichend operationalisiert werden können.

1.1 Entscheidungstheorie

Erste Ansätze der Entscheidungstheorie lassen sich zwar bereits auf das 18. Jahrhundert zurückführen, doch hat sich die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung erst seit Ende des zweiten Weltkriegs intensiver damit auseinandergesetzt.¹² In ihren Anfängen war die Entscheidungstheorie weniger ein politikwissenschaftliches als ein philosophisches, psychologisches, theologisches und geschichtswissenschaftliches Themenfeld. Nicht die Ursachen bzw. Rahmenbedingungen von Entscheidungsprozessen standen im Mittelpunkt der Forschung, sondern eher das Wesen der Entscheidung selbst.¹³

Vor dem Hintergrund des zweiten Weltkriegs und der zunehmenden Komplexität außenpolitischer Entscheidungsprozesse entstand Mitte des letzten Jahrhunderts der Versuch von Wissenschaftlern und Politikberatern, Erklärungs- und Lösungsansätze für das Handeln von Regierungen zu erarbeiten. „Gegenstand der Entscheidungstheorien ist die zielorientierte Strukturierung von Interaktionsprozessen zwischen einem Entscheider und seiner Umwelt.“¹⁴ Das von John von Neumann und Oskar Morgenstern 1944 publizierte Werk „Spieltheorie und wirtschaftliches Verhalten“ etwa beeinflusste den sozialwissenschaftlichen Diskurs der Entscheidungstheorie maßgeblich.¹⁵ Inspiriert von ihren „Spielbäumen“ ist auch die Entscheidungstheorie dazu übergegangen, kontextbezogene Entscheidungsbäume aufzuspannen.¹⁶

¹⁰ vgl. Scharpf, Fritz W. (1973), S. 39.

¹¹ Hoffmann, Claudia (1993), S. 14.

¹² vgl. Behrens, Henning/Noack, Paul (1984), S. 112.

¹³ vgl. Schwarz, Georg P. (1978), S. 327.

¹⁴ Behrens, Henning (1980), XIII, zit. nach: Müller, Norbert (1973), S. 48.

¹⁵ vgl. Behrens, Henning/Noack, Paul (1984), S. 112.

¹⁶ vgl. Behrens, Henning. (1980), XVII.

Ziel ist es, das Handeln von Akteuren durch die Konstruktion von Standardkonstellationen erklärbar zu machen.

Die Entscheidungstheorie wird von vielen Autoren in der neueren Politikwissenschaft mit dem Begriff der „Policy-Analyse“ bzw. „Politikfeldanalyse“ gleichgesetzt. Während die klassischen Fragestellungen der Politikwissenschaft aber nach dem politischen System (Polity) bzw. nach der Durchsetzungsfähigkeit politischer Akteure (Politics) fragen, sucht die Entscheidungstheorie Ursachen und Beweggründe, die hinter den politischen Entscheidungen stehen. Dabei können systemische Faktoren (Polity) ebenso wie konkrete politische Prozesse (Politics) als unabhängige Variablen einbezogen werden.¹⁷ Im Grunde geht es darum, verallgemeinerbare, praxisadäquate Modelle für die Forschung bereitzustellen. Hierfür müssen die Mechanismen und Determinanten hinter den Entscheidungsprozessen verstanden und in einen übergreifenden Rahmen gestellt werden.¹⁸

1.1.1 Politikfeldanalyse als theoretische Disziplin

Die Policy-Analyse hat in ihrer Entwicklung eine inhaltliche und methodische Wandlung vollzogen, in deren Verlauf sich auch die Erkenntnisinteressen verschoben haben. Am Anfang stand die Frage, ob Akteure im politischen Prozess überhaupt einen Unterschied machen und ob nicht vielmehr das Diktat sozioökonomischer und struktureller Bestimmungsfaktoren maßgeblich ist.¹⁹ Viele Politikwissenschaftler vertraten die These der Nichtregierbarkeit moderner Industriegesellschaften.²⁰ Die Diskussionen mündeten in die These von der „sozioökonomischen Determination“²¹ der Staatstätigkeit. Dem standen jedoch von Beginn an die international unterschiedlichen Politikinhalt vergleichbar entwickelter und industrialisierter Länder entgegen. In den 1980er Jahren wurden erste Untersuchungen veröffentlicht, die individuelle Handlungsspielräume der Akteure identifizierten. Maßgeblich zu nennen ist hier Schmidt²². Er konnte nachweisen, dass unterschiedliche parteipolitische Zielsetzungen sich durchaus in der Entscheidungspolitik niederschlagen. Unter dem Stichwort „Politics do matter“ entwickelten Hibbs²³ und Schmidt²⁴ die „Parteiendifferenzhypothese“, die parteipolitische Akteure als erklärende Variable für Unterschiede in Politikgehalten heranzieht.

¹⁷ vgl. Schubert, Klaus/Bandelow, Nils (2003), S. 4.

¹⁸ vgl. ebda., S. 7.

¹⁹ vgl. Faust, Jörg/Lauth, Hans-Joachim (2003), S. 293.

²⁰ vgl. Burth, Hans-Peter/Görlitz, Axel (2001), S. 7.

²¹ vgl. Faust, Jörg/Lauth, Hans-Joachim (2003), S. 293.

²² vgl. Schmidt, Manfred G. (1982).

²³ vgl. Hibbs, Douglas A. (1977), S. 1467-1487.

²⁴ vgl. Schmidt, Manfred G. (2000), S. 375-389.

Dieser Erkenntnis folgte die Suche nach Modellen, die diese Ergebnisse beschreiben bzw. auf einer theoretischen Ebene erfassen können. Ab Ende der 1980er Jahre stand schließlich die Frage im Fokus, wie und mit welchen Wirkungen Policy und Politics die Policies beeinflussen. Die Beantwortung impliziert eine Operationalisierung der komplexen politischen Wirklichkeit. Die Policy-Analyse stellt hierfür eine Reihe unterschiedlicher analytischer Rahmen, Theorien und Modelle bereit. Der geläufigste analytische Rahmen ist der des „akteurszentrierten Institutionalismus“.²⁵ Er geht davon aus, dass Akteure innerhalb vorgegebener institutioneller Strukturen agieren, dabei institutionelle Handlungsspielräume nutzen. Wie dies geschieht und welche Absichten und Handlungslogiken dahinter stehen, bleibt jedoch weitgehend im Dunkeln. Durch die Integration von spieltheoretischen Elementen lassen sich zumindest vage Aussagen über akteursspezifische Verhaltensmuster anstellen. Zwar ist es durch Standardisierung und Abstrahierung grundsätzlich möglich, verschiedene politische Prozesse miteinander zu vergleichen. Doch lassen sich daraus kaum generalisierbare Prognoseinstrumente für die politische Praxis ableiten.²⁶

Die fortlaufende Kritik an der zu wenig praxisrelevanten Ausrichtung der Policy-Analyse mündete Ende des letzten Jahrhunderts in neue Forschungsdesigns und veränderte theoretische Ansätze. Grundsätzlich zu unterscheiden sind hier zwei Ausrichtungen: Die „Positivisten“ setzen auf quantitative Erhebungen, um nach kausalen Erklärungsmustern zu suchen; die „Konstruktivist“ lehnen übergreifende Erklärungsmuster ab, versuchen im Gegenzug den einzelnen Entscheidungsprozess möglichst detailgetreu und realitätsnah zu analysieren. Oft lassen sich durch die Kombination beider Ansätze Entscheidungsprozesse besser beschreiben, ergänzen sich beide Vorgehensweisen.²⁷

Im Folgenden soll zunächst der Entscheidungsbegriff selbst hinterfragt und definiert werden. Danach werden die Grundannahmen und wichtigsten Ansätze der Entscheidungsanalyse vorgestellt, bevor die Rahmenbedingungen politischen Entscheidungshandelns beleuchtet werden. Welchen Anforderungen müssen Entscheidungen aus demokratietheoretischer Sicht genügen und welchen Regeln folgen sie? Zur Klärung dieser Fragen müssen akteurs- und themenspezifische Faktoren identifiziert werden. Die dargestellten Forschungsansätze und Rahmenbedingungen werden anschließend auf ihren Nutzen für die Forschungsfragen hin untersucht und zu einem übergeordneten Forschungsdesign zusammengefügt.

²⁵ vgl. Scharpf, Fritz W. (1987) sowie Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (1995), S. 39-72.

²⁶ vgl. Schubert, Klaus/Bandelow, Nils (2003), S. 8f.

²⁷ vgl. ebda., S. 14f.

1.1.2 Der Entscheidungsbegriff

Die zentrale Stellung, die die Entscheidung im politischen Prozess einnimmt, hat in den letzten Jahrzehnten zu einer Vielzahl von Forschungsarbeiten mit gänzlich unterschiedlichen Ansätzen und Definitionen geführt, die von dem konkreten Moment der Lösungsfindung bis hin zu einem umfassenden Prozess der Problemidentifikation, -definition, -bewertung sowie der Suche nach Lösungsalternativen reicht. Jede dieser Sichtweisen zieht wiederum voneinander abweichende Detaildefinitionen nach sich. Die erste Aufgabe ist daher die trennscharfe Definition des dieser Arbeit zugrunde liegenden Entscheidungsbegriffs.

In der Momentaufnahme stellt eine Entscheidung immer eine Selektion dar, eine Wahl zwischen mindestens zwei konkurrierenden Handlungsalternativen. „Decision-making is simply the act of choosing among available alternatives about which uncertainty exists.“²⁸ Dabei ist auch die Unterlassung, also die Nichtwahl einer Handlungsalternative, eine Entscheidung: „Eine Entscheidung beschreibt den Wahlakt aus einer Menge von mindestens zwei Handlungsalternativen, wobei die Option, nicht zu wählen (Unterlassungsalternative), ebenfalls eine Handlungsalternative darstellt. Keine Entscheidung liegt vor, wenn die Konsequenzen der Handlungsalternativen gleich sind und/oder die Handlungsalternativen nicht realisierbar sind.“²⁹

Der Definition der Entscheidung als Momentaufnahme steht die prozessuale Sicht gegenüber, die diese als Ergebnis von Entscheidungsprozessen versteht: „Decision making is a social process that selects a problem for decision (i.e., choice) and produces a limited number of alternatives, from among which a particular alternative is selected for implementation and execution.“³⁰

Nach Kaufmann/Rosewitz vollzieht sich das Policy-Making als ein „in charakteristische Phasen zu zerlegender Prozess, an dem eine Vielzahl von Akteuren (und zwar typischerweise in unterschiedlichen Phasen verschiedene Akteure!) beteiligt sind. Diese Akteure haben unterschiedliche Interessen und Einflussmöglichkeiten, die sie aber unter charakteristischen institutionellen Restriktionen („Verfahren“) zur Geltung bringen müssen, so dass das Spiel der Kräfte zu einem charakteristischen Abschluss – typischerweise zu einer Entscheidung – gelangt.“³¹

Darüber, wie genau der Prozess der Entscheidung strukturiert ist, gibt es in der wissenschaftlichen Literatur verschiedene Abhandlungen. Allen gemeinsam ist, dass sie diesen

²⁸ Dougherty, James E/ Pfaltzgraff, Robert L. (1996), S. 457.

²⁹ Woxikon: <http://www.woxikon.de/wort/Entscheidung.php>

³⁰ Robinson, James A. (1968), S. 55.

³¹ Kaufmann, Franz-Xaver/Rosewitz, Bernd (1983), S. 31.

Prozess funktional in verschiedene, ineinander übergehende Phasen aufspalten. Die geläufigsten Ansätze werden in Kapitel 1.2.2 näher erläutert. Zunächst stehen aber die Anforderungen an Entscheidungsprozesse im Vordergrund.

1.1.3 Anforderungen an Entscheidungsprozesse

Grundlegend zu differenzieren sind die Entscheidungen nach der Zahl der daran beteiligten Personen. Im politischen Prozess sind Individualentscheidungen die Ausnahme, Kollektiventscheidungen die Regel. Dabei gilt: Die Komplexität und die Kosten der Entscheidungsfindung steigen mit der Zahl der Beteiligten. Um die Entscheidungsfähigkeit und die Qualität der Entscheidungen sicher zu stellen, werden grundlegende Regeln benötigt, die in der Landesverfassung festgehalten sind. Der politische Prozess stellt eine Reihe von Qualitätsansprüchen, denen Kollektiventscheidungen genügen müssen, um Regieren in modernen westlichen Demokratien praxisadäquat zu ermöglichen und legitimieren. Zu nennen sind hier drei Anforderungen:³²

- **Effektivität** Eine Entscheidungsregel muss effektiv sein, um zuverlässige Entscheidungen zu produzieren.
- **Funktionalität** Eine Entscheidungsregel muss „funktional angemessen“ sein. Die Entscheidungen müssen inhaltlichen Gütekriterien genügen.
- **Legitimität** Die Entscheidung muss von den Beteiligten und betroffenen Personen als fair und der Prozess des Entscheidens als legitim empfunden werden.

1.2 Ansätze der Entscheidungsanalyse

Die politikwissenschaftliche Forschung benötigt die richtigen Instrumente, um politische Entscheidungen zu hinterfragen. Im Folgenden werden Untersuchungszugänge sowie wesentliche Ansätze der Entscheidungsanalyse dargestellt. Zielsetzung ist es, möglichst aussagefähige und verallgemeinerbare Zusammenhänge zwischen Darstellungs- und Handlungsebene der Politik zu identifizieren, was ein quantitatives Vorgehen impliziert. Zusammenhänge sollen anhand übergreifender statistischer Korrelationen identifiziert und auf diese Art und Weise anschlussfähig für verallgemeinerbare Aussagen aufgearbeitet werden.

1.2.1 Das Modell des politischen Systems

Das Modell des politischen Systems ergänzt die institutionalisierten Bestandteile des Regierens um informelle Kommunikations- und Verhandlungsmodi. Entstanden ist es als Reaktion

³² vgl. Eberlein, Burkhard/Grande, Edgar, (2003), S. 176f.

auf den erhöhten politischen Planungsbedarf der 1960er Jahre. Die politische Forschung sollte zur Steuerungs- und Planungsfähigkeit der Regierung beitragen. Durch die Einbindung systemtheoretischer Modelle wird es möglich, die Funktion von Institutionen mit deren Rolle im politischen Prozess zu verbinden. Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses stehen drei Kernfragen:³³

- Welche Einflüsse führen im politischen Entscheidungszentrum zu Reaktionen?
- Welche Themen und Interessen werden im Entscheidungszentrum aufgegriffen?
- Welche Folgen und Rückkopplungen haben Entscheidungen?

Das Modell des politischen Systems umfasst mehrere Bestandteile, die sich abstrakt voneinander abgrenzen lassen:³⁴

- Strukturen (Institutionen)
- Regeln (Verfahren)
- Akteure (Parteien, Interessengruppen)
- Interaktionen (Wechselbeziehungen)

Einen grundlegenden Beitrag zur politikwissenschaftlichen Steuerungsfrage in den 1960er Jahren leistet Easton³⁵ mit seinem Systemmodell. Easton definiert das politische System als Subsystem des gesellschaftlichen Gesamtsystems, wobei er die Beziehungen zur Umwelt in Form eines Input-Output-Modells konstruiert.³⁶ Das politische System benötigt Input in Form von Unterstützung, um zu funktionieren. Der Input stellt die erste grundlegende Verbindung zwischen System und Umwelt her und kann in Form von Bedürfnissen, Forderungen und Unterstützungen erfasst werden. Die Unterstützung kann konkret sein, wie im Falle eines zur Entscheidung stehenden Gesetzesentwurfs, aber auch eher diffus, wie etwa der Rückhalt der Bevölkerung für demokratische Strukturen und Prozesse. Der Input wird durch die Prozessfunktionen des politischen Systems (Interessenaggregation, Policy-Making, Politikimplementierung) aufgenommen und in Entscheidungen umgesetzt.³⁷

Zu den Output-Funktionen des politischen Systems zählen das Aufstellen von Regeln (Legislative), die Durchsetzung dieser Regeln (Exekutive) sowie die Auslegung und Bewertung der Regeln (Judikative). Gesetze, Verordnungen und Erlasse sind als Beispiele für den Policy-Output anzuführen. Ihre Wirkungen (Policy-Outcome) können zu Rückkopplungs-

³³ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 17ff.

³⁴ vgl. ebda., S. 26.

³⁵ vgl. Easton, David (1965), S. 110ff.

³⁶ vgl. Görlitz, Axel (1995), S. 34.

³⁷ vgl. ebda., S. 34.

effekten mit dem Input führen, wenn Entscheidungen eine Anpassung oder Neuausrichtung der Lösungsstrategien erfordern.

Bewertung

Für die Fragestellungen einer Entscheidungsanalyse erweist sich das hier skizzierte Modell des politischen Systems als zu abstrakt. Es bezieht wesentliche Handlungslogiken sowie die Frage nach den Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen nicht mit ein. Diese geringe Detailtiefe versucht das Modell des Policy-Zyklus durch die Segmentierung des politischen Prozesses in mehrere Phasen zu kompensieren.³⁸

1.2.2 Der Policy-Zyklus

Der Policy-Zyklus betrachtet Entscheidungen aus der prozessualen Perspektive und stellt diese als Ineinandergreifen verschiedener Handlungsstränge dar. „Jede Phase des politischen Prozesses führt [...] zu einem bestimmten output, der als input der nächsten Phase des politischen Prozesses betrachtet wird.“³⁹ Dies ermöglicht es, das Interagieren von Akteuren und Institutionen zu beschreiben. Die Möglichkeiten der Einflussnahme variieren dabei je nach Phase des Prozesses und Status der jeweiligen Akteure. Auch setzen die Prozessstufen jeweils spezifische Bearbeitungs- und Sinnzusammenhänge voraus. Korte/Fröhlich (2004) skizzieren sechs Phasen.⁴⁰

(1) Problemwahrnehmung und -definition

Eine Tatsache muss als Problem wahrgenommen werden, um Eingang in den politischen Prozess zu finden.

(2) Lösungsvorschläge

Das politische System entwickelt verschiedene Vorstellungen und Strategien der Problemlösung.

(3) Politikformulierung und Implementierung

Problemlösungen werden in Form von Gesetzen, Verordnungen oder Erlassen institutionalisiert.

(4) Policy-Outcome

Der Policy-Outcome umfasst die intendierten und nicht-intendierten Auswirkungen des Policy-Outputs, des Lösungshandelns.

³⁸ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 28.

³⁹ Kaufmann, Franz-Xaver/Rosewitz, Bernd (1983), S. 32.

⁴⁰ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 29f.

(5) Evaluation

Im Prozess der Evaluation werden die Folgen des Handelns erfasst und bewertet.

(6) Politisches Lernen

Im Idealfall folgt der Evaluation der Prozess des politischen Lernens, womit sich der politische Prozess schließt. Die Umsetzung des Erlernten kann Ausgangspunkt eines neuen Policy-Zyklus sein.

In der politikwissenschaftlichen Literatur existieren neben dem zuvor skizzierten weitere Detailmodelle des Policy-Zyklus, die sich zwar bezüglich der Phasenbenennung und -verteilung unterscheiden, grundlegend aber einem ähnlichen Muster folgen und den gleichen Prozess beschreiben.⁴¹ So setzt etwa Schellhorn⁴² auf sieben Phasen:

- (1) Zielsetzung
- (2) Lagebeurteilung
- (3) Entwicklung von Handlungsalternativen (Optionen)
- (4) Entscheidung
- (5) Aktion
- (6) Soll-Ist-Vergleich
- (7) Zielkorrektur

Bewertung

Die standardisierten, funktional differenzierten Phasenmodelle des Policy-Zyklus ermöglichen es, die Komplexität des Entscheidungsprozesses einer theoretischen Bearbeitung zu erschließen. Dem Handeln wird ein forschungstheoretischer Rahmen auferlegt, der die Analyse und Bewertung vereinfachen kann. Allerdings bleiben die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Phasenmodellen sowie deren Interaktionsmodi unberücksichtigt. Behrens/Noack⁴³ bezweifeln zudem, dass die stufenweise Lösungsstrategie des idealisierten Phasenmodells der Komplexität der Probleme und deren Bearbeitungsstrategien in vollem Umfang gerecht werden können.

1.2.3 Policy-Netzwerke

Die Mängel des Policy-Zyklus versucht Jansen⁴⁴ mit dem Entwurf des „Policy-Netzwerks“ zu kompensieren. Das Modell stellt akteursspezifische Handlungsnetzwerke in den Mittelpunkt des Entscheidungsprozesses. Die Phasen des „Policy-Zyklus“ werden hier nicht mehr strin-

⁴¹ eine gute Übersicht der etablierten Phasenmodelle findet sich etwa bei Behrens, Henning/Noack, Paul (1984), S. 113.

⁴² vgl. Schellhorn, Kai (1974), S. 9.

⁴³ vgl. Behrens, Henning/Noack, Paul (1984), S. 114.

⁴⁴ vgl. Jansen, Dorothea (1999).

gent in einer Reihenfolge gesehen, vielmehr können sie gleichzeitig bzw. auch in umgekehrter Reihenfolge verlaufen. „Ausgangspunkt der Netzwerkanalyse ist die (empirische) Feststellung, dass sich der Policy-Prozess nicht mehr in erster Linie entlang den verfassungsrechtlich vorgegebenen bürokratischen Hierarchiestrukturen vollzieht, sondern als komplexes Prozessmuster in einem interdependenten Akteursgeflecht.“⁴⁵ Der Entwurf geht grundlegend davon aus, dass Akteure zu bestimmten Sachthemen Netzwerke, sogenannte „Advocacy-Koalitionen“⁴⁶, auf Zeit bilden. Sie agieren auf unterschiedlichen Entscheidungsebenen, in verschiedenen „Entscheidungsinseln“, die spezifischen Regeln und Anforderungen genügen müssen und folgenden drei Bereichen zugeordnet werden können:

- Politik
- Administration
- Interessengruppen

Das Modell der Policy-Netzwerke verabschiedet sich damit von der chronologischen Vorstellung des Phasenmodells. Interaktionen finden in einem durch Institutionen geregelten Handlungsspielraum statt. Das Modell greift hierbei auf die grundlegenden Elemente des akteurszentrierten Institutionalismus zurück. Steuerungs- und Entscheidungsleistungen werden durch Kooperationen von Akteursgruppen erbracht und können weder der Regierung alleine noch den organisierten Akteursgruppen zugeschrieben werden. Durch Identifikation und Analyse von Netzwerken ist es möglich, Aussagen über die Hintergründe sowie den Grad der Informalisierung von Entscheidungsprozessen zu treffen.⁴⁷

Die Netzwerke sind nicht als Ersatz der parlamentarischen Entscheidungsregeln zu verstehen, vielmehr ergänzen sie diese. Akteure versuchen durch Netzwerkarbeit die Kosten des Entscheidungsprozesses zu reduzieren und die Effizienz des politischen Entscheidungsverfahrens zu steigern.⁴⁸

Bewertung

Der Frage, wie politische Entscheidungen für eine politikwissenschaftliche Fragestellung operationalisiert werden können, stehen unterschiedliche Analysezugänge gegenüber, die jedoch jeweils nur Ausschnitte der Entscheidungsrealität erfassen. Während das umfassende Modell des politischen Systems aufgrund des hohen Abstraktionsgrades nur wenige Ansatzpunkte für eine praktische Analyse bietet, beschränkt sich der Policy-Zyklus auf die prozessuale Dimension, blendet dabei aber Akteure und deren Handlungslogiken aus. Das Modell der Policy-Netzwerke

⁴⁵ Görlitz, Axel (1995), S. 56.

⁴⁶ vgl. Sabatier, Paul A. (1993), S. 116-149.

⁴⁷ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 34.

⁴⁸ vgl. Beyme, Klaus von (1997), S. 41ff.

stellt akteursspezifische Handlungsnetzwerke in den Mittelpunkt des Entscheidungsprozesses. Den theoretischen Rahmen bildet hier der „akteurszentrierte Institutionalismus“, der davon ausgeht, dass Akteure die ihnen von Institutionen zur Verfügung gestellten Handlungskorridore in ihrem Sinne strategisch zur Erreichung der eigenen Ziele nutzen. In Bezug auf die aufgeworfenen Forschungsfragen vermögen es die Modelle der Prozessebene politischen Entscheidens zwar, einen grundlegenden Forschungsrahmen bereitzustellen, können aufgrund ihrer Offenheit aber wenig zur Detailanalyse beitragen. Für eine quantitativ orientierte Analyse eignen sie sich dementsprechend nicht. In einer qualitativen Analyse ist das Wissen um die Policy-Netze hilfreich. Es kann einen grundlegenden Verständnisrahmen bereitstellen, erlaubt aber keine trennscharfen Ergebnisse im Sinne der aufgeworfenen Fragestellungen.

1.2.4 Vetospieler

Akteure spielen im politischen Prozess eine wesentliche Rolle. Wenn es um ihre Stellung und Stärke im Entscheidungsprozess geht, ist an erster Stelle auf Tsebellis⁴⁹ zu verweisen. Mit seiner Anfang der 1990er Jahre entwickelten Theorie der Vetospieler etabliert er einen neuen Weg, die Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit politischer Systeme zu bewerten. Im Zentrum steht die Frage, welche Akteure bei Entscheidungen zwingend zustimmen müssen, das heißt, Blockadegewalt haben. Diese Personen oder Personengruppen werden von ihm unter dem Überbegriff der „Vetospieler“ zusammengefasst. „Veto players are individual or collective actors whose agreement is necessary for a change of the status quo.“⁵⁰

Zu unterscheiden sind individuelle und kollektive Vetospieler. Zu den individuellen Spielern zählen z.B. Staats- und Regierungschefs, zu den kollektiven Parteien, Parlamente und Verfassungsgerichte. Differenzieren lassen sich diese Vetospieler weiterhin bezüglich ihrer Herkunft und Verankerung im politischen System:

- institutionelle Vetospieler (verfügen über von der Verfassung verbriefte Vetorechte)
- parteipolitische Vetospieler und parteiähnliche Gruppierungen (z.B. Parteikoalitionen)
- sonstige Vetospieler (z.B. gesellschaftliche Gruppierungen, Verbände oder Militär)

Um praktische Antworten auf die Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines Politikwechsels zu finden, erfasst Tsebellis die Stärke der Vetospieler. In seiner Theorie operationalisiert er deren (Blockade-)Macht anhand verschiedener Kriterien: An erster Stelle gibt die Anzahl der Vetospieler Aufschluss über deren Rolle im Entscheidungsprozess. Ihr Einfluss steigt mit deren Zahl. In der Praxis gilt es, bei der Addition die „Absorptionsregel“ anzuwenden. Dem-

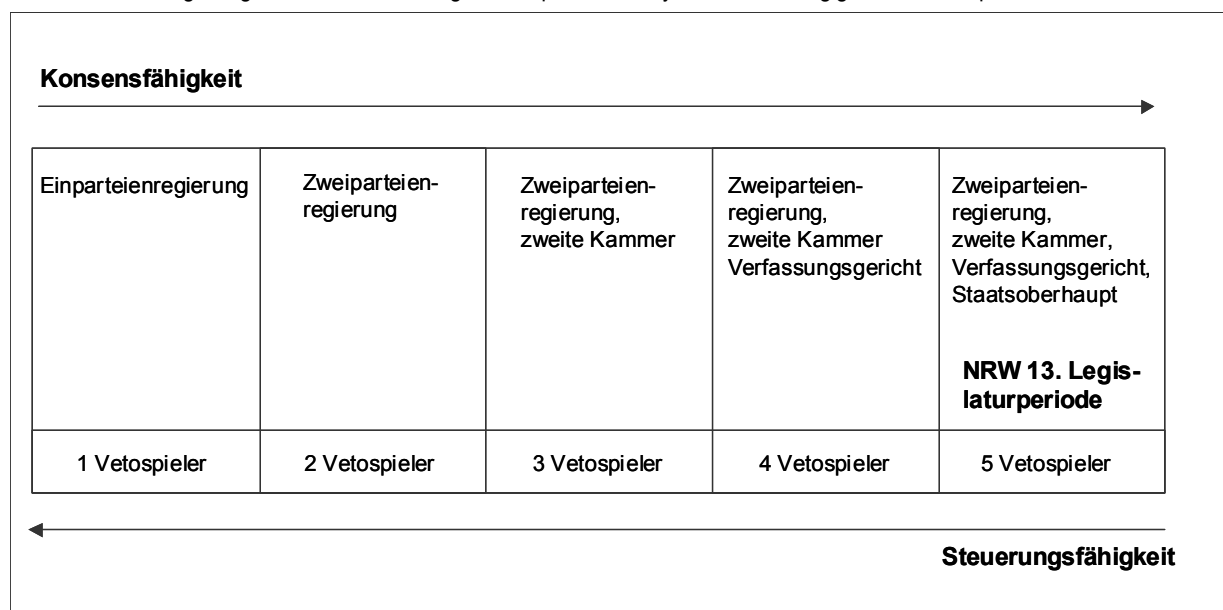
⁴⁹ vgl. Tsebellis, George (2002).

⁵⁰ ebda., S. 19.

nach werden sich wiederholende parteipolitische Mehrheiten in verschiedenen Abschnitten eines konkret betrachteten politischen Prozesses nur als ein Vetospieler gezählt. So werden etwa Koalitionsparteien in der Regierung und deren Parlamentsmehrheit nur einmal berechnet – es wird angenommen, dass beide die gleichen Ziele verfolgen bzw. eine inhaltliche Abstimmung im Vorfeld eines wichtigen institutionalisierten Entscheidungsprozesses stattfindet. Grafik eins skizziert die mögliche Zahl an Vetospielern bezogen auf die jeweiligen politischen Systeme. In NRW sind in der 13. Legislaturperiode fünf mögliche Vetospieler zu nennen:

1. SPD/Grüne in der Landesregierung
2. SPD/Grüne im Landesparlament
3. 16 Bundesländer im Bundesrat
4. Landesverfassungsgericht
5. Ministerpräsident

Grafik 1: Steuerungsfähigkeit und Konsensfähigkeit des politischen Systems in Abhängigkeit der Vetospieler



Quelle: Strohmeier⁵¹

Die Zahl der Vetospieler schlägt sich nicht nur in den Entscheidungskosten, sondern auch in der politischen Kultur einer Gesellschaft nieder. So deuten viele Vetospieler auf ein stark konsensorientiertes System hin, das aufgrund der wenig effizienten Entscheidungsmodi jedoch eine eher geringe Steuerungsfähigkeit aufweist. Die deutsche Demokratie mit ihrer starken Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern und den gerade auf Landesebene sehr beschränkten Handlungskorridoren ist hierfür ein gutes Beispiel.

⁵¹ Strohmeier, Gerd A. (2003), S. 19.

Neben der reinen Zahl nimmt auch die Kongruenz, also die programmatische Nähe der Vetospieler, Einfluss auf ihre Durchsetzungschancen. „Je größer die Distanz der Vetospieler auf einer ideologischen Skala ist, desto geringer wird der Veränderungsraum, bzw. die Gewinnmenge des Status quo, das winset“⁵² Auf Makroebene kann unter beispielhaftem Bezug auf die 13. Legislaturperiode in NRW auf bestehende inhaltliche Differenzen der beiden Regierungsparteien verwiesen werden. Diese verstärkten sich auf der persönlichen Ebene noch, insbesondere zwischen den beiden Ministerpräsidenten Wolfgang Clement und Peer Steinbrück sowie der Grünen-Führung. Die Problematik der internen Kohärenz zielt auf kollektive Vetospieler, also auf die programmatische Nähe innerhalb der Parteien, aber auch innerhalb der Koalitionsregierung – für den Fall, dass diese als kollektiver Spieler analysiert wird.⁵³

Bewertung

Der vorgestellte Analyseansatz ergänzt das bisher skizzierte prozessorientierte Strukturmodell des politischen Systems um handlungstheoretische Elemente. Er ermöglicht eine systematische, wenngleich schemenhafte Erhebung unterschiedlicher Akteurskonstellationen und einen Vergleich politischer Systeme bzw. bestimmter Prozesse anhand ihrer Entscheidungskapazität. Dieser Vergleich bleibt an vielen Stellen jedoch rein deskriptiver Natur, denn weder können politische Strategien (Stimmen kaufen, Bestechung) darin Berücksichtigung finden, noch liefert Tsebellis Skalen, anhand derer die identifizierten Stärke-Indikatoren für eine empirische Analyse messbar gemacht werden können. Denn nicht nur Vetospieler haben Einfluss, auch Akteure bzw. Akteurskollektive, die Entscheidungen zwar nicht verhindern, aber erschweren können, entfalten ihre Wirkung. Mit diesem Problem haben sich bereits verschiedene Autoren auseinander gesetzt, wie in den folgenden Kapiteln deutlich wird.⁵⁴ Positiv hervorzuheben ist an diesem Punkt die hohe Anschlussfähigkeit des Vetospielertheorems, das sich an verschiedensten Stellen ergänzen und verfeinern lässt.

1.3 Entscheidungsregeln

Auf der Suche nach Einflussgrößen, die Entscheidungsprozesse greifbar und erklärbar machen, reicht der Blick auf die Prozess- und Akteursebene nicht aus. Vielmehr ist es notwendig, auch die Regeln einzubeziehen, die das Agieren der Akteure in Entscheidungsprozessen beschreiben. Der politische Prozess ist an vielen Stellen auf Entscheidungen angewiesen. Feste Regeln der Entscheidungsfindung sind unabdingbar, um den Prozess nicht zum Stillstand zu bringen. Dies gilt bereits für die Frage, welche Probleme überhaupt auf die Entscheidungsagenda kommen. „Das politische System ist nur dann entscheidungs-

⁵² Wagschal, Uwe (2009), S. 118.

⁵³ vgl. Strohmeier, Gerd A. (2003), S. 19.

⁵⁴ eine gute Zusammenfassung hierzu liefern Urselmann, Andrea/Manden, Oliver (2003).

fähig, wenn nicht ständig darüber entschieden werden muss, wie entschieden werden soll!“.⁵⁵ Es existiert eine Vielzahl an Entscheidungsregeln, die sich nach Dahl/Lindblom⁵⁶ im Wesentlichen auf drei Idealtypen reduzieren lassen:

- hierarchische Anordnung
- Mehrheitsentscheid
- Verhandlungs-/Konsenslösung

Diese Dreiteilung ist in der Politikfeldforschung inzwischen etabliert, auch Lehmbruch⁵⁷ und Scharpf⁵⁸ greifen darauf zurück. Jedes Verfahren impliziert eine ihm eigene Funktionsbedingung und damit auch Logik der Konfliktlösung. Die Frage, ob und unter welchen Umständen sich die Systeme bezüglich ihrer Leistungsfähigkeit unterscheiden, gehört zu den Kernfragen der Politikfeldanalyse. Im Folgenden werden die Modi und ihre Funktionsbedingungen kurz skizziert:

1.3.1 Hierarchischer Entscheidungsansatz

Der hierarchische Entscheidungstypus wurde lange Zeit als Regelfall unterstellt. Er orientiert sich stark an den formellen, von Institutionen und Verfassungsorganen dominierten bürokratischen Entscheidungsregeln und bezieht seine Legitimation aus der strikten Top-down-Befehlskette, die von den gewählten Volksvertretern ausgeht. In der Theorie zeichnet er sich durch einen hohen Effizienzgrad aus – wenn alle Entscheidungsbefugnisse in einer Hand vereint sind, entfallen Koordination und Konsenssuche mit anderen Akteuren. Aus demokratietheoretischer Sicht müssen hierarchische Entscheidungsprozesse grundlegend zwei Bedingungen erfüllen:⁵⁹

1. Entscheidungen müssen rational getroffen werden.
2. Entscheidungen müssen effizient um- und auch durchgesetzt werden.

In der Praxis, so hat die empirische Policy-Forschung gezeigt, sind diese Bedingungen nur selten erfüllt. Als mögliche Gründe hierfür werden angeführt:⁶⁰

- Informationsdefizite der Entscheider
- Entscheidungen werden aus Eigen-, nicht aus Gemeinnutz getroffen
- Entscheidungen werden übereilt getroffen

⁵⁵ Burkhard, Eberlein/Grande, Edgar (2003), S. 175.

⁵⁶ vgl. Dahl, Robert/Lindblom, Charles E. (1953).

⁵⁷ vgl. Lehmbruch, Gerhard (1998).

⁵⁸ vgl. Scharpf, Fritz W. (2000).

⁵⁹ vgl. Burkhard, Eberlein/Grande, Edgar (2003), S. 179.

⁶⁰ vgl. Burkhard, Eberlein/Grande, Edgar (2003), S. 179.

Die Effizienz hierarchischer Entscheidungen ist in modernen Demokratien begrenzt. Die starke funktionale Differenzierung und zunehmende Komplexität von Sachfragen erschwert hierarchische Entscheidungen. Zudem existieren Politikfelder, die sich nicht durchgängig hierarchisch steuern lassen. Dazu zählen etwa die Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik.⁶¹

1.3.2 Der Mehrheitsentscheid

Der Mehrheitsentscheid ist aufgrund seiner Praktikabilität und hohen Legitimationskraft in der politischen Theorie eine sehr attraktive Entscheidungsform. In der praktischen Anwendung kommen jedoch Zweifel an seiner Rationalität und Objektivität auf. Zum einen werden Sachfragen immer komplexer, die kurz- und langfristigen Folgen deshalb schwer abschätzbar. Zum anderen kann der Wille der Mehrheit sehr starken Schwankungen unterliegen. Bei mehr als einer Entscheidungsalternative zeigt sich häufig das Phänomen der „wandernden Mehrheiten“⁶², das eine gewisse Beliebigkeit der Ergebnisse zur Folge haben kann.

Kritisiert wird weiterhin, dass die Mehrheitsregel lediglich individuelle Präferenzen kollektiviert, ohne diese grundsätzlich nach Sinnhaftigkeit bzw. Richtigkeit zu hinterfragen.⁶³ Mehrheitsentscheidungen können dazu führen, dass desinteressierte Mehrheiten von aktiven Minderheiten überstimmt werden bzw. besonders betroffene Akteure sich dem Votum einer nicht informierten oder nicht betroffenen Mehrheit beugen müssen. Hier stellt sich die Frage nach der Legitimation, mit der Entscheidungen Teilen der Bevölkerung aufgezwungen werden. Als Folge kann dem Mehrheitsentscheid – ähnlich den hierarchisch-bürokratischen Verfahrensmodi – in modernen Demokratien nur eine begrenzte Leistungsfähigkeit unterstellt werden. Neben den bereits angeführten Einschränkungen sind es vor allem die immer heterogeneren sozio-kulturellen Gesellschaftsformen und die hochgradig komplexen, weit reichenden Sachfragen, die gegen eine Universalität dieser Entscheidungsregel sprechen.⁶⁴

1.3.3 Verhandlung/Konsens

Aufgrund der geringen Reichweite der beiden erörterten Entscheidungsmodi gewinnt in westlichen Demokratien die Konsens- bzw. Verhandlungslösung an Zuspruch. „In verhandlungsdemokratischen Arrangements werden Konflikte durch Techniken der Kompromissbildung beigelegt. Dies steht im Gegensatz zur Konfliktregelung durch Mehrheitsentscheid und autoritative Schlichtung, wie sie die Wettbewerbsdemokratie und staatliche Organisation in idealtypischer Weise kennzeichnen.“⁶⁵

⁶¹ vgl. Burkhard, Eberlein/Grande, Edgar (2003), S. 180f.

⁶² vgl. Schmidt, Manfred G., (2000), S. 272f.

⁶³ vgl. ebda., S. 273f.

⁶⁴ vgl. Burkhard, Eberlein/Grande, Edgar (2003), S. 181ff.

⁶⁵ Czada, Roland/Schmidt, Manfred G. (1993), S. 7.

Die Konsensentscheidung verfügt aufgrund der Tatsache, dass alle Beteiligten zustimmen, über die höchste Legitimationskraft. Allerdings geht dies zu Lasten der Effektivität: Wo jeder Beteiligte Vetorechte besitzt, kommt es schnell zu Blockaden. Zudem besteht die Gefahr, dass Lösungen mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden werden, die dem Problem nicht gerecht werden. Lange Zeit galt der Konsensentscheid deshalb als wenig praktikabel und wurde nur als letztes Mittel eingesetzt, wenn keine anderen Entscheidungsregeln anwendbar schienen. In der modernen Politikwissenschaft hat die Einstellung gegenüber der Konsenslösung jedoch seit Ende der 1960er Jahre einen Wandel zum Positiven erfahren. Den Anfang machte Lehmbruch⁶⁶, der für Österreich und die Schweiz nachwies, dass dort der Konsensentscheid aufgrund der tiefen soziostrukturellen Gräben innerhalb der Bevölkerungsstruktur die Regel ist. Nach Lijphart⁶⁷ ist ferner davon auszugehen, dass die Mehrheit der modernen Demokratien des Westens starke verhandlungsdemokratische Elemente aufweisen. Regieren ist heute immer mehr Verhandeln und Kooperieren, weniger bloßes Top-down-Durchsetzen. „In der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland sind politisches Handeln und politische Akteure weit weniger handlungssouverän als der mediale Anschein glauben lässt. Vielmehr ist die politische Praxis auf ein hohes Maß an Konsens und Verhandlung angewiesen.“⁶⁸ Eine politische Entscheidung ist deshalb meistens eine „Verhandlungsentscheidung“. Die Suche nach wechselnden Mehrheiten in unterschiedlichen Interessengruppen bildet den strategischen Kern des Regierens, Politikmanagement ist heute „mehr pragmatische Moderation als hierarchische Steuerung.“⁶⁹ Die daraus resultierenden Kompromisslösungen beinhalten immer auch Zugeständnisse an konkurrierende Lösungsangebote, entsprechen deshalb nicht eins zu eins der anfänglichen Planung.

1.3.4 Die Verbindung der Entscheidungsregeln

Aus der vergleichenden Betrachtung der dargestellten Entscheidungsmodi wird deutlich, dass die Effektivität und Legitimität der Entscheidungen stark vom jeweiligen Verhandlungskontext abhängen. Die Entscheidungsregeln sind demnach in ihrer Reichweite und Praktikabilität begrenzt. Die politische Praxis kombiniert in der Regel verschiedene Entscheidungsmodi miteinander. Dies führt in einer bestimmten Konstellation zu einer Steigerung bzw. auch Reduktion der Effektivität:⁷⁰

Verhandlung/Konsens + Hierarchie

Die Einbettung von Verhandlungssystemen in hierarchische Entscheidungsumfelder wirkt sich positiv auf die Effektivität aus, denn der Einigungszwang und die gegebenen Top-down-

⁶⁶ vgl. Lehmbruch, Gerhard (1967).

⁶⁷ vgl. Lijphart, Arend (1999).

⁶⁸ Sarcinelli, Ulrich (1998), S. 14.

⁶⁹ Korte, Karl-Rudolf (2010), S. 213.

⁷⁰ vgl. Eberlein, Burkhard/Grande, Edgar (2003), S. 194ff.

Sanktionsmöglichkeiten können Blockaden auflösen. Zugleich wird die Reichweite von Verhandlungslösungen gesteigert, wenn die Beteiligten hierarchische Weisungsbefugnis innerhalb einer hinter ihnen stehenden Organisation haben.

Verhandlung/Konsens + Mehrheit

Inwieweit die Kombination von Verhandlung und Mehrheit zu Effizienzgewinnen führt, hängt von der jeweiligen Konstellation ab: Für den Fall, dass keine Konsenslösung erzielt wird, kann auf den Mehrheitsentscheid zurückgegriffen werden, der Blockaden entgegenwirkt. Negative Auswirkungen und Blockaden sind z.B. für den Fall des Föderalismus im Parteienwettbewerb zu befürchten, denn der parteipolitische Kampf um Mehrheiten ist nicht kompatibel bzw. folgt einer anderen Logik als der auf Konsens ausgerichtete föderale Entscheidungsprozess. Das Ziel, die Mehrheit der Bevölkerung auf die eigene Seite zu ziehen, kann durch föderale Verhandlungszwänge konterkariert werden, z.B. wenn es darum geht, wenig populäre, aber objektiv notwendige Entscheidungen im Konsens zu treffen.

Mehrheit + Hierarchie

Die Kombination von Mehrheitsentscheid und Hierarchie kann sich ebenfalls positiv auf die Entscheidungsfindung auswirken. Auch hier ist es der Entscheidungsdruck, der die Bildung von Mehrheiten fördern kann.

Bewertung

Das politische System stellt eine Reihe von Anforderungen an Entscheidungsprozesse: Entscheidungen müssen möglichst effektiv, funktional angemessen und in demokratietheoretischer Hinsicht legitim sein. Inwieweit diese Anforderungen erfüllt werden können, richtet sich nicht zuletzt nach den Regeln, anhand derer Entscheidungen verlaufen. Hierarchische Entscheidungen wurden in der politikwissenschaftlichen Forschung lange als Regel unterstellt. Sie orientieren sich sehr an den institutionellen, formalen Entscheidungsregeln, die das politische System vorgibt. In den meisten westlichen Demokratien ist diese strikte Top-down-Befehlskette aber nur selten durchzusetzen. Ein ganz wesentlicher Nachteil hierarchischer Ansätze besteht zudem darin, dass diese weniger lernfähig sind: „(...) sie unterlassen es, sich Informationen zu besorgen und zu verarbeiten, die für eine tragfähige Entscheidungsgrundlage erforderlich wären.“⁷¹ Auch die Handhabbarkeit des für eine Demokratie eigentlich typischen Mehrheitsentscheids wird aufgrund der Komplexität politischer Themen und der Heterogenität der Bevölkerung in Zweifel gezogen.

⁷¹ Kropp, Sabine (2010), S. 21.

Der Logik des Modells der Entscheidungsregeln folgend, steigen die Kosten der Entscheidungsfindung vom hierarchischen über den Mehrheits- bis zum Verhandlungsentscheid; während gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit einer Entscheidung sinkt. In forschungspraktischer Hinsicht ist diese Unterscheidung auf das vorliegende Untersuchungsmaterial, die im Koalitionsvertrag benannten Handlungsabsichten, nur schwierig und eingeschränkt anwendbar. In der empirischen Inhaltsanalyse des Koalitionsvertrages sind die Entscheidungsregeln quantitativ nicht codierbar, da aus dem Wortlaut einer Handlungsabsicht nicht trennscharf auf die dahinter stehenden Entscheidungsprozesse geschlossen werden kann. Zwar kann bei angekündigten Gesetzesentwürfen ganz klar ein parlamentarischer Mehrheitsentscheid zugrunde gelegt werden, doch bleiben alle davor stattfindenden, oft informellen Prozesse vom Agenda-Setting bis hin zur Einflussnahme durch Medien, Verbände und die Beratung innerhalb der Ministerien und Regierungsgremien außen vor. Wenn mehr als nur eine Regel Anwendung innerhalb eines Entscheidungsprozesses findet, ist eine trennscharfe Kategorisierung aufgrund der Komplexität nur schwer möglich. Dies macht eine Eingrenzung und Priorisierung innerhalb des Entscheidungsprozesses notwendig. Helfen kann hier das Veto-spieler-Theorem, das nur die jeweils zentralen Akteure in den Fokus stellt.

1.4 Die Rolle des Themas

Neben den jeweiligen Entscheidungsregeln spielt auch die Art des Themas der politischen Auseinandersetzung eine Rolle für die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung einer Handlungsabsicht. Hierbei sind insbesondere drei Aspekte von Bedeutung: der themenspezifische Konfliktgrad, die Präsenz mobilisierungsfähiger Außenseiter und die gesellschaftliche Priorität des Themas.

1.4.1 Der themenspezifische Konfliktgrad

Kriesi⁷² unterscheidet grundsätzlich zwischen „konsensuellen Themen“, bei denen innerhalb der Entscheidungselite weitgehende Übereinstimmung bezüglich der Ziele und der Wahl der Mittel besteht sowie „polarisierten Themen“, bei denen dies nicht der Fall ist. Er bezieht sich damit auf eine Untersuchung von Zaller⁷³ zum Einfluss der Elitenkommunikation auf die Bevölkerungsmeinung. Der Grad des thematischen Konsenses innerhalb einer Gruppe politischer Entscheidungsträger erhöht deren Entscheidungsspielraum und korreliert direkt mit der Wahrscheinlichkeit einer Lösungsfindung. Dabei gilt es zu beachten, dass der Elitenkonsens im politischen Prozess stetigem Wandel unterworfen ist, d.h. Phasen höheren Konsenses wechseln sich mit Phasen niedrigeren Konsenses ab. Baumgartner und Jones⁷⁴ beschreiben den politischen Prozess deshalb als ein „interpunktiertes Gleichgewicht“. Pha-

⁷² vgl. Kriesi, Hanspeter (2001), S. 28 ff.

⁷³ vgl. Zaller, John R. (1992), S. 97-117.

⁷⁴ vgl. Baumgartner, Frank R./Jones, Bryan D. (1993), nach Kriesi, Hanspeter (2001), S. 29.

sen relativer Stabilität, z.B. unter einer starken Regierung, werden unterbrochen von kürzeren Phasen des Wandels bzw. Umbruchs, in denen die Mehrheitsverhältnisse und der politische Konsens in Frage gestellt werden.⁷⁵

Besonders in den Umbruchphasen gewinnen die Medien als Artikulationsinstrument an Bedeutung. Politische Akteure wenden sich dann vermehrt über die Medien an die Öffentlichkeit, um Zustimmung und Legitimation für die eigene Politik zu gewinnen. Der Einfluss der Medien richtet sich vor allem auf den Prozess der Artikulation bzw. Thematisierung von Problemen. Die Politikformulierung, -implementierung und -bewertung wird aber auch durch andere Kommunikationsformen, also etwa Politikberatung und Lobbyismus, beeinflusst.⁷⁶

Bewertung

Für die praktische Anwendung eignet sich der Ansatz des Konfliktgrades nur in stark vereinfachter Form. Die konzeptionelle Nähe zum Vetospieler-Theorem und den Entscheidungsregeln beschert ihm ähnliche Probleme, die aus der geringen Transparenz politischer Meinungsbildung hervorgehen: Debatten und Diskurse finden zumeist hinter verschlossenen Türen statt, sind nicht einsehbar. Zudem fällt es schwer, die Konflikte in ihrer Stärke zu bewerten oder Unterschiede zwischen einzelnen Themen zu quantifizieren, gerade wenn sich mehrere, überschneidende Konfliktlinien zeigen. Der Konfliktgrad kann deshalb wie das Vetospieler-Theorem und die Entscheidungsregeln nicht allein über die inhaltsanalytische Aufarbeitung des Koalitionsvertrages erschlossen werden. Es bedarf vielmehr einer Eingrenzung auf einen kleinen Kreis zentraler Akteure mit identifizierbaren Konfliktlinien.

1.4.2 Die Präsenz mobilisierungsfähiger Außenseiter

Themen lassen sich nicht nur hinsichtlich des Konfliktgrades, sondern auch bezüglich der Präsenz mobilisierungsfähiger Außenseiter unterscheiden.⁷⁷ Diese finden sich insbesondere in Themenbereichen wie dem Umweltschutz, wo durch zurückliegende Mobilisierungskampagnen starke organisierte Interessen und entsprechende Infrastrukturen bestehen, bzw. an denen die Medien ein starkes Interesse haben. Die Wahrscheinlichkeit einer Mobilisierung nimmt mit der Güte der zur Verfügung stehenden Infrastruktur, der wahrgenommenen Bedrohung und der Chance zur Verhinderung dieser Bedrohung zu. Mit dem Grad der Mobilisierung steigt in der Regel auch die Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess – dies gilt insbesondere dann, wenn es gelingt, die Medien in die Kampagne mit einzubeziehen.

⁷⁵ vgl. Kriesi, Hanspeter (2001), S. 28.

⁷⁶ vgl. ebda., S. 30 und auch: Jarren, Otfried/Grothe, Thorsten/Rybarczyk, Christoph (1993), S. 25.

⁷⁷ vgl. Kriesi, Hanspeter (2001), S. 31.

Bewertung

Die Multidirektionalität der Wirkung mobilisierungsfähiger Außenseiter lässt eine einfache Operationalisierung nicht zu – für jede Entscheidung müsste jeweils eine Einzelfallanalyse der vorhandenen und der tatsächlich Einfluss nehmenden Akteurskollektive erstellt werden, um Ziele und Wirkungen angemessen zu erfassen. Für eine quantitative Analyse steht das Modell dementsprechend nicht zur Verfügung. Allerdings könnten die spezifischen Einflussfaktoren des Themas, mithin der Konflikt- und Mobilisierungsgrad, übergreifend anhand einzelner Politikbereiche erfasst werden.

1.4.3 Die gesellschaftliche Priorität des Themas

Neben dem themenspezifischen Konsens sowie der Präsenz mobilisierungsfähiger Außenseiter hat auch die Priorität, die ein Thema in der Öffentlichkeit einnimmt, Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung. Über die Priorität entscheidet in besonderem Maße die Reichweite der Betroffenheit, das heißt die Frage, inwieweit das Publikum von einer Entwicklung direkt betroffen ist.⁷⁸ So ist z.B. die direkte Betroffenheit bei Preissteigerungen für Nahrungsmittel besonders hoch, während Steuererhöhungen auf Luxusgüter eine weniger große Reichweite besitzen.

Der Einfluss der Medien ist umso höher, je weniger direkte Berührungspunkte das Publikum mit einem Thema hat. Nach Zucker⁷⁹ geht der Mobilisierung bei solchen Themen eine starke Medienberichterstattung voran. Auch nicht-prioritäre Themen mit geringer Reichweite können durch entsprechende Mobilisierungsstrategien einen hohen Stellenwert beim Publikum einnehmen. Kriesi verweist auf zwei Themenbereiche, in denen der Mobilisierungseffekt besonders hoch sein kann: Zum einen sind dies Fälle politischen Fehlverhaltens wie z.B. Korruption oder Amtsmissbrauch, zum anderen Themen, die ein hohes Bedrohungspotenzial aufweisen. Zu nennen sind hier exemplarisch die Klimaveränderung, Gentechnik oder neue globale Krankheitsbilder wie die Vogel- und Schweinegrippe.⁸⁰

Eine Differenzierung der Themen nach ihrer Reichweite nimmt auch Heinelt⁸¹ vor. Er unterscheidet Handlungsabsichten anhand ihres Wirkungsgrades. Im Zentrum des Interesses stehen hierbei die Adressaten, die Nutznießer einer Handlung. Die Umsetzungswahrscheinlichkeit einer Handlungsabsicht korreliert demzufolge mit ihrem Nutzwert. Der Logik des Machterhalts folgend, wird sich eine Regierung zur Festigung der eigenen Legitimation in erster Linie auf solche Handlungen konzentrieren, die einen umfassenden Mehrwert für möglichst breite Teile der Bevölkerung versprechen. Differenzielle Probleme, die sozial selektiv wahr-

⁷⁸ vgl. Kriesi, Hanspeter (2001), S. 31.

⁷⁹ vgl. Zucker, Harold G. (1978), S. 225-240.

⁸⁰ vgl. Kriesi, Hanspeter (2001), S. 31f.

⁸¹ vgl. Heinelt, Hubert (2003), S. 248ff.

genommen werden, wirken sich nicht tiefgreifend auf das Wahlverhalten aus. Schmidt⁸² hat dies beispielsweise für das Themengebiet Arbeitslosigkeit nachgewiesen.

Bewertung

Thematische Aspekte können sich in vielerlei Hinsicht auf die Umsetzungschancen einer Handlungsabsicht auswirken. Die aufgezeigten Faktoren stehen miteinander in Verbindung. Sie bedingen einander und geben jedem Thema ein unverwechselbares Profil. Beim Konfliktgrad sind im Gegensatz zum möglichen Wirken mobilisierungsfähiger Außenseiter zwar Grundannahmen über die Einflussrichtung, nicht aber über die Stärke der Beeinflussung möglich. Es fehlen Referenzgrößen bzw. Skalen, die die Wirkung verschiedener Konstellationen auf die Umsetzungswahrscheinlichkeit beschreiben. Einzig die Priorität lässt sich übergreifend am Thema und Bezugspunkt einer Handlungsabsicht festmachen. Dies wird im Koalitionsvertrag schon durch die Wahl der Adressaten offensichtlich. Prioritäre Themen beziehen sich auf das Volk bzw. die Bevölkerung als Ganzes. Differenzielle Themen nehmen Bezug auf eingegrenzte Bezugsgruppen wie etwa Familien, Kinder, Jugendliche oder Arbeitnehmer. In der Praxis begünstigt dies eine forschungspraktische Operationalisierung, da die Bezugsgruppen einer Handlung im inhaltsanalytischen Kategoriensystem mit erhoben werden können.

1.5. Die Richtung der Handlung

Neben den thematischen Aspekten spielt auch der implizierte Veränderungs- bzw. Gestaltungswille eine Rolle, wenn es um die Klassifizierung von Handlungsabsichten geht. Grundsätzlich gilt: Je mehr bewegt werden soll, je weitreichender also der beabsichtigte Politikwechsel, desto höher fallen in der Regel die Entscheidungskosten aus. Eine beispielhafte Klassifizierung der Entscheidungen hinsichtlich ihrer Richtung nimmt das Analyseschema der Manifesto Research Group (MRG)⁸³ vor. Hier wird der Handlungsaspekt in drei Kategorien codiert:

Veränderung

Handlungsabsichten zielen auf eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse ab.

Kontrolle

Handlungen haben zum Ziel, Situationen zu kontrollieren. Dies gilt z.B. dann, wenn bestehende Verträge eingehalten bzw. bereits existierende Gesetze durchgesetzt werden sollen.

⁸² vgl. Schmidt, Manfred G. (1989).

⁸³ vgl. Volkens, Andrea (2002), S. 49.

Stabilisierung, Aufrechterhaltung des Status Quo

Bestehende Verhältnisse werden aufrechterhalten bzw. gegen Handlungsabsichten anderer verteidigt.

Bewertung

Die Richtung einer geplanten Handlung hat wesentlichen Einfluss auf die Entscheidungskosten. Gerade in einem korporatistisch geprägten Umfeld wie der Landespolitik ist ein Politikwechsel nur mit sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Leichter fällt in der Regel die Beibehaltung bzw. Fortführung bestehender Politiken, stehen hier doch keine Richtungsentscheidungen an. In der vorliegenden Arbeit kann die Richtung einer Handlungsabsicht auch quantitativ erfasst werden. Einen geeigneten Zugang liefert Volkens⁸⁴ in ihrem Konzept zur Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente.

1.6 Klassifizierung nach Policy-Typen

Eine Unterscheidung nach der Art der zu treffenden Entscheidungen nimmt Lowi⁸⁵ vor. Er klassifiziert drei verschiedene Politikarten, die jeweils eigene Machtkonstellationen und -arenen mit unterschiedlichen Charakteristika bedingen: Unterschiede bestehen vor allem bezüglich der Wahrscheinlichkeit der Anwendung von Zwang. Dies impliziert ein jeweils spezifisch zu erwartendes Widerstandspotenzial, das mit zunehmendem Zwangscharakter steigt.⁸⁶

Distributive Policies

Geld und Leistungen werden verteilt, ohne dass spezifischen gesellschaftlichen Gruppen Nachteile entstehen.

Redistributive Policies

Redistributive Policies sind auf Umverteilung gerichtete Entscheidungen. Somit gibt es eindeutige Gewinner und Verlierer.

Regulative Policies

Regulative Policies beschäftigen sich mit strukturellen Sachverhalten bzw. Regeln. Durch sie entstehen bestimmten gesellschaftlichen Gruppen Nachteile. Es gibt eine Trennung zwischen Personengruppen, die von derartigen Entscheidungen profitieren, und solchen, die als Verlierer zu betrachten sind.

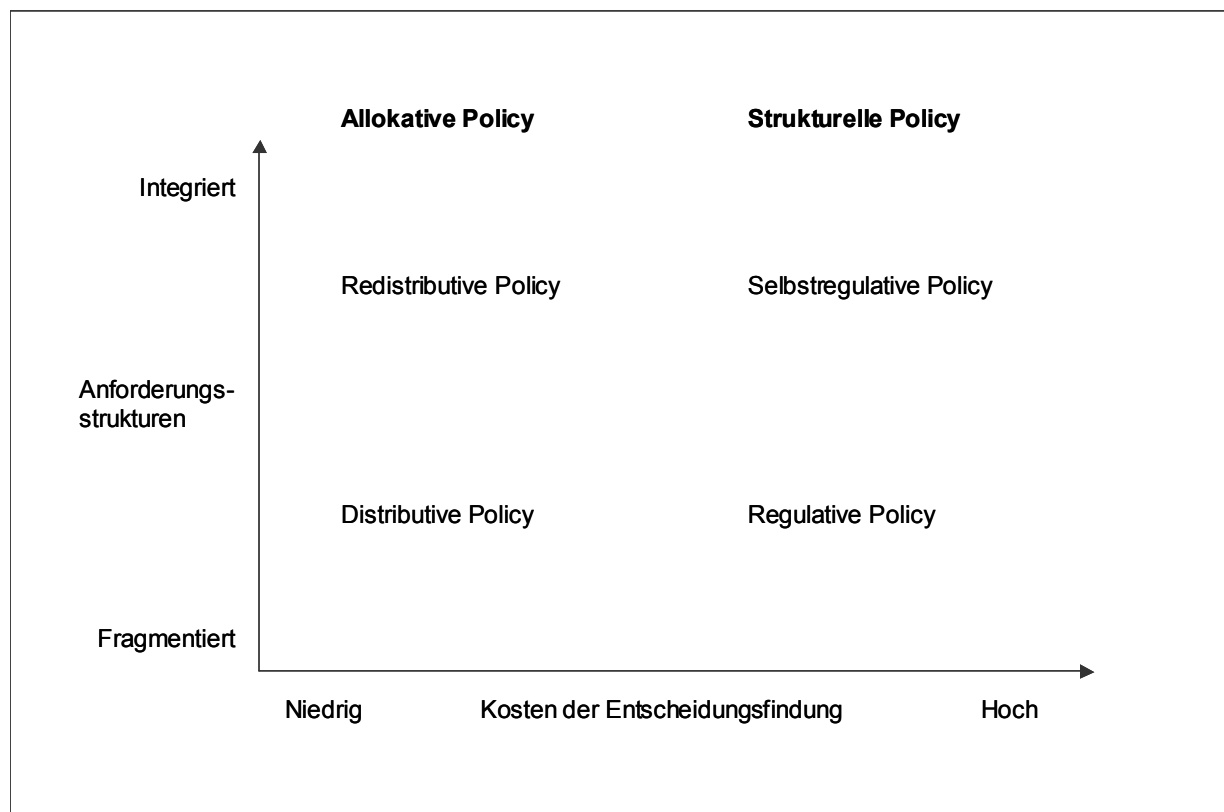
⁸⁴ vgl. Volkens, Andrea (2002), Kapitel III.

⁸⁵ vgl. Lowi, Theodore J. (1964), S. 125ff.

⁸⁶ vgl. König, Klaus/Dose, Nicolai (1989), S. 68ff.

Die dargestellte dreigeteilte Klassifikation wurde im Laufe der Jahre immer weiter verfeinert. Im Jahr 1968 etwa ergänzt Salisbury⁸⁷ die Kategorie der „Selbstregulativen Policy“. Hier werden bestimmten gesellschaftlichen Gruppen eigene, beschränkte Regelungsbefugnisse übertragen. Zu nennen sind hier etwa die Kassenärztlichen Vereinigungen niedergelassener Ärzte, die in Selbstverwaltung entscheiden, wer wo als Arzt in Deutschland eine Praxis eröffnen darf. Lowi⁸⁸ selbst erweiterte seine Typologie in 1972 um einen weiteren Punkt, die „Constituent Policy“. Hier geht es im Wesentlichen um Modifikationen an Verwaltungsorganisationen sowie -prozessen. Die Typologie von Lowi wurde von verschiedenen Autoren auf spezifische Problemfelder angepasst. So verweisen Kaufmann/Rosewitz⁸⁹ etwa auf Johansson, der für die schwedischen Gesetzesvorschläge zwischen 1968 und 1973 zwei weitere Kategorien etabliert: Steuer-/Abgabenerhöhungen und Steuer-/Abgabensenkungen.

Grafik 2: Klassifizierung von Policy-Typen nach den Kosten der Entscheidungsfindung



Quelle: Salisbury/Heinz⁹⁰

Für die vorliegende Fragestellung ist die Klassifikation von Policy-Arten nach Lowi interessant, weil diese in Abhängigkeit des Zwangscharakters Aussagen über die Kosten und somit die Wahrscheinlichkeit einer Entscheidungsfindung zulässt. Diese Verbindung stellen als erste Salisbury/Heinz⁹¹ her, wobei beide ausschließlich auf distributive, redistributive, regula-

⁸⁷ vgl. Salisbury, Robert H. (1968), S. 158.

⁸⁸ vgl. Lowi, Theodore J. (1972), S. 298-310.

⁸⁹ vgl. Kaufmann, Franz-Xaver/Rosewitz, Bernd (1983), S. 37. Nach: Johansson, F. (1979), Göteborg.

⁹⁰ vgl. Salisbury, Robert/Heinz, John (1970), S. 49.

⁹¹ vgl. Salisbury, Robert/Heinz, John (1970), S. 42ff.

tive und selbstregulative Policies Bezug nehmen, im Gegenzug aber die politischen Anforderungsstrukturen mit einbeziehen. Redistributive und selbstregulative Policies stellen an diese die höchsten Ansprüche.

Die ergänzten Klassifikationen der Steuererhöhungen bzw. Steuersenkungen werden im bestehenden Modell in den Kategorien distributiv bzw. redistributiv subsummiert. Der Zwangscharakter ist bei der Erhöhung von Steuern bzw. Abgaben größer als bei deren Senkung – die Wahrscheinlichkeit einer politischen Umsetzung von Steuererhöhungen ist dementsprechend niedriger als bei Steuersenkungen.

Die von Lowi 1972 eingebrachten und sich auf Prozessveränderungen beziehenden „Constituent Policies“ sind aufgrund ihres Zwangscharakters in die Kategorie der regulativen Policies einzuordnen – gleiches gilt für die selbstregulativen Policies.

Bewertung

Neben die Themenspezifika stellt Lowi⁹² die Unterteilung der Entscheidungen nach Policy-Arten. Konfliktgrad und Mobilisierungskraft finden in abstrahierter Form ebenfalls Eingang. Im Bereich der strukturellen Policies, in dem es um Regulierung geht, sieht er einen tendenziell höheren Konfliktgrad als in allokativen Policies, die distributive bzw. redistributive Handlungen beinhalten. Die Umsetzungswahrscheinlichkeit regulativer Policies ist, so die These, niedriger als die distributiver – das gilt im Besonderen für die Landespolitik, die sich durch ein korporatistisch geprägtes Verhandlungs- und Entscheidungssystem auszeichnet. Für die weitere Analyse erscheint diese Aufteilung der Entscheidungen nach ihrem Gegenstand durchaus praxisgerecht umsetzbar. Eine solche Kategorisierung von Handlungsabsichten nach Policy-Art kann schon über eine Analyse der genauen Formulierungen eingeleitet werden.

1.7 Akteursspezifische Motivation

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die dem politischen Entscheiden zugrunde liegenden Regeln und Themenspezifika erörtert. Beide Determinanten stellen charakteristische Anforderungen an und entfalten spezifische Einflüsse auf die Entscheidungsprozesse innerhalb des politischen Systems. Ausgeblendet blieben bislang die akteursspezifischen Motive und Interessen. Akteure wurden bislang nur auf einer Metaebene als Handelnde bzw. Vetospieler innerhalb eines gegebenen Institutionengefüges betrachtet. Dabei wurde konstatiert, dass diese durch taktisches Agieren Handlungsspielräume öffnen können, die formeller, aber auch informeller Natur sein können. Das strategische Handlungspotenzial

⁹² vgl. Lowi, Theodore J. (1964), S. 125ff.

eines Akteurs bemisst sich dabei nach Korte⁹³ grundlegend an den Strukturmerkmalen des Regierens. Bevor diese beschrieben werden, stellen die folgenden Seiten zunächst Individual- und Kollektivmotive in den Fokus.

1.7.1 Individualmotive

Individualmotive sind personenbezogene Indikatoren. Snyder⁹⁴ unterscheidet zwischen bewussten und unbewussten Motiven der Entscheidungsfindung. Erstere gehören zur Gruppe der rational orientierten "in order to"-Motive, die parteipolitischen Zielsetzungen angepasst werden können. Daneben stehen die unbewussten „because of“-Motive, die an Person und Weltanschauung des Entscheidungsträgers gebunden sind. Sie wirken unterschwellig auf die Entscheidung, sind nicht immer rational orientiert und meist sehr beständig. Für Snyder kulminiert dies in der forschungstheoretisch anspruchsvollen Forderung, bei Entscheidungsanalysen auch immer die akteursspezifischen Erfahrungshorizonte und -einstellungen sowie die jeweiligen Biografien mit einzubeziehen.

1.7.2. Kollektive Motive

Neben Einzelpersonen sind es die kollektiven Akteure, die maßgeblichen Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben. Vor allem Parteien spielen im Entscheidungsprozess eine wesentliche Rolle. Sie sind es, die die Regierung bilden, den politischen Prozess durch den Willen des Souveräns der Wähler legitimieren. Dabei gilt es zu beachten, dass die Handlungslogiken der Parteien nicht ausschließlich als Institutionalisierung des Wählerwillens zu werten sind. Es werden immer auch eigene Zielsetzungen damit verknüpft. In der politikwissenschaftlichen Parteienforschung werden drei Kernziele kollektiver Akteure benannt:⁹⁵

- Stimmenmaximierung
- Ämtermaximierung
- Policymaximierung

In der Praxis bedingen sich die Ziele gegenseitig und sind daher kaum trennscharf zu unterscheiden. Die Zahl der Stimmen entscheidet über die Anzahl der politischen Ämter. Je mehr Ämter wiederum zur Verfügung stehen, desto mehr Spielraum bleibt für die Policymaximierung. In der Rückkopplung wirkt sich dies auch auf das Wahlergebnis aus.

Die hohe Abhängigkeit der Parteien von der Legitimation durch Wahlen hat zur „parteipolitischen Konvergenzhypothese“ geführt. Diese geht davon aus, dass es zwischen den Volks-

⁹³ vgl. Snyder, Richard C./Bruck, H.W./Sapin, Burton (1963), S. 462.

⁹⁴ vgl. Korte, Karl-Rudolf (2010), S. 214.

⁹⁵ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 101f.

parteien keine systematischen Unterschiede mehr gibt. Die Unterschiede fallen einer aufgrund der Stimmensuche in verschiedenen Wählerschichten bewusst unscharf belassenen Politik zum Opfer.⁹⁶ Die Konvergenzhypothese ist jedoch in einigen Untersuchungen widerlegt worden, die Unterschiede zwischen Wahlprogrammen einzelner Parteien belegen. Aus diesen Erkenntnissen entstand die „Parteiendifferenzhypothese“, die diese programmatischen Unterschiede auch in der politischen Praxis verwirklicht sieht und den kollektiven Akteuren eine hohe Steuerungsfähigkeit attestiert.⁹⁷

Bewertung

Wie die Akteure eigene Spielräume nutzen, ergibt sich aus einem komplexen Zusammenspiel zielgerichteter pragmatischer und unbewusster weltanschaulicher Motivationen. Ist diese Unterscheidung für die praktische Analyse interessant, so bietet sie jedoch nur eine geringe empirische Relevanz, da sie sich als nicht hinreichend operationalisierbar erweist. Praxisnäher gibt sich demgegenüber das bereits behandelte Vetospieler-Theorem von Tsebellis. Dieses stellt die akteursspezifischen Blockadepotenziale in einen gemeinsamen Rahmen mit der Wahrscheinlichkeit einer Entscheidungsfindung.

2. Das Analysemodell politischer Umsetzung

Die Entscheidungsanalyse bietet eine Fülle von Theorien und Handlungsansätzen, die Entscheidungen und deren Rahmenbedingungen hinterfragen. Zu differenzieren sind die Ansätze danach, ob sie Prozesse, Akteure, Regeln bzw. konkrete Themen in den Mittelpunkt stellen und ob sie Annahmen über die Richtung ihrer Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse zulassen. Letzteres ist eine elementare Voraussetzung für die Übernahme in das Analysemodell politischer Umsetzung. Wie deutlich geworden ist, trifft dies auf sechs der Modelle zu. Übergreifende Ansätze wie das Modell des politischen Systems, der Policy-Zyklus oder die akteursspezifische Motivation sind weder ausreichend operationalisierbar, noch transportieren sie eigene Kausalmodelle in Bezug auf die zu analysierenden Handlungsabsichten. Für das Analysemodell sind sie deshalb nicht nutzbar.

Drei der Theoriemodelle können auf Basis bereits bestehender Kategorisierungen auf ein ausreichend hohes Variablenniveau gehoben werden, um einer quantitativen Analyse Stand zu halten und Zusammenhänge auf einem übergreifenden Level sichtbar zu machen. Sie werden in ihren trennscharfen Merkmalsausprägungen im inhaltsanalytischen Kategoriensystem für jede der Handlungsabsichten codiert:

⁹⁶ vgl. Kirchheimer, Otto (1965), S. 20ff.

⁹⁷ vgl. Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea (2001), S. 527.

V4 Themenpriorität

V5 Policy-Art

V6 Richtung der Handlung

Im Anschluss werden die operationalisierten Theoriemodelle den Umsetzungsgraden der prüfbaren Handlungsabsichten gegenübergestellt und auf statistische Zusammenhänge hin untersucht. Die drei verbleibenden Modelle können nicht im inhaltsanalytischen Kategoriensystem erfasst werden. Es gelingt nicht, diesen eindeutig abgegrenzte Merkmalsausprägungen zuzuordnen:

VN1 Themenpolarisation

VN2 Vetospieler

VN3 Entscheidungsmodi

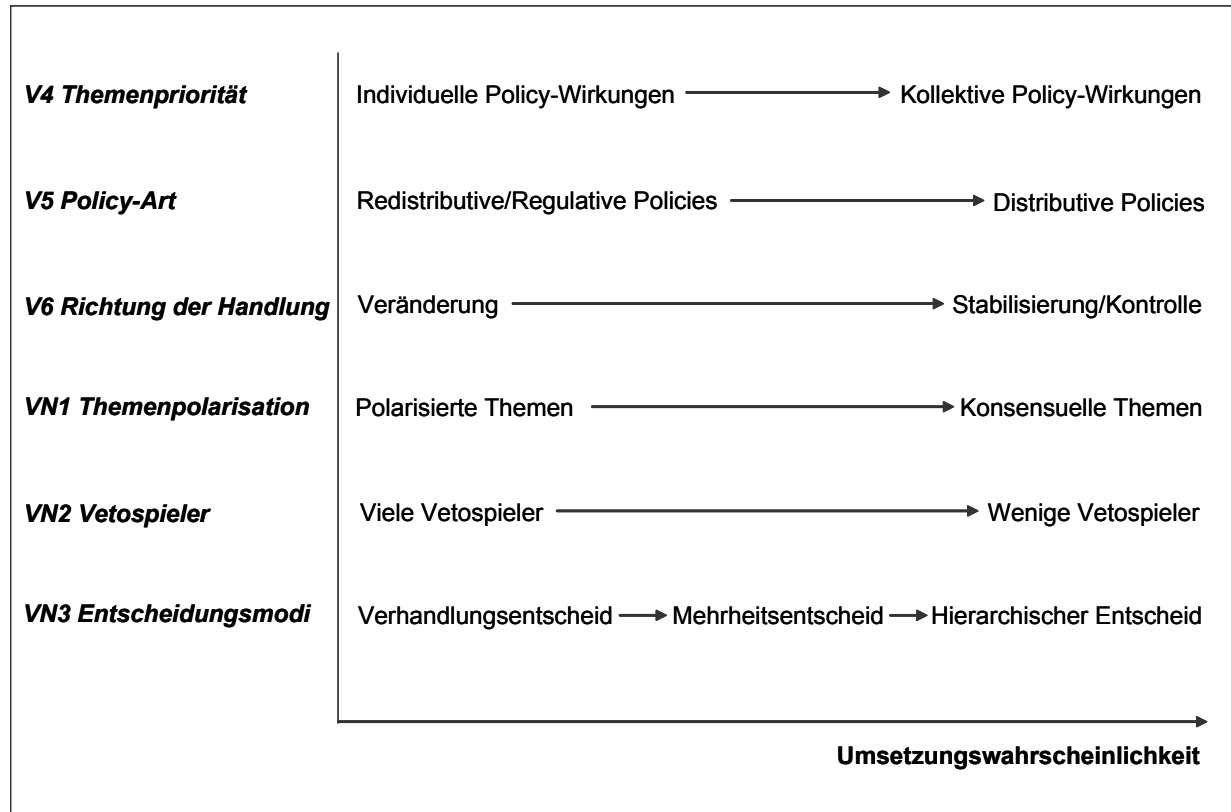
Hier muss ein anderer Zugang gefunden werden, der auf einer übergeordneten Ebene Zusammenhänge zwischen den drei Kriterien, dem Detailgrad sowie dem codierten Umsetzungsgrad einer Handlungsabsicht herstellt. Von Nöten ist ein quantitativer Ansatz, der die Positionen von Akteuren hinsichtlich einer Handlungsabsicht in Form standardisierter Indikatoren abbilden kann. Dem methodischen Ansatz der vorliegenden Arbeit folgend, die den Gestaltungswillen der Koalitionsregierung über den Koalitionsvertrag NRW 2000 erfasst, soll auch an dieser Stelle auf programmatische Dokumente zurückgegriffen werden. Dabei muss jedoch eine Komplexitätsreduktion erfolgen, denn es ist kaum möglich, die Positionen aller an einer Entscheidung beteiligten Akteure einzubeziehen. Nicht nur deren Zahl, sondern auch deren Zusammensetzung ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Notwendig ist eine Priorisierung auf die relevantesten Gruppen, die maßgeblich Einfluss und Veto-Macht im politischen Prozess in NRW besitzen.

Einen geeigneten Zugang zu den Steuerungspotenzialen der Akteure liefern die im folgenden Kapitel beschriebenen Strukturmerkmale des Regierens.⁹⁸ Unter Einbezug der Regierungsreden Clements und Steinbrücks sowie der Wahlprogramme der beiden Regierungsparteien lassen sich in engen Grenzen Aussagen zur Themenpolarisation und zu den Vetospielern auf den Ebenen der Ministerpräsidenten- und Parteiendemokratie treffen. Zu den Entscheidungsmodi sind jedoch nur vage Aussagen möglich. Tendenziell wird die Entscheidungsfindung aber mit abnehmendem Konsensgrad und zunehmender Anzahl der Vetospieler schwieriger, was die Chancen auf einen hierarchischen bzw. Mehrheitsentscheid reduziert und eine Verhandlungslösung wahrscheinlicher macht.

⁹⁸ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 71ff.

Die Analysekraft der sechs vereinfacht dargestellten Theoriemodelle kann im besten Fall durch die Überführung in ein gemeinsames Analysemodell gesteigert werden. Grafik 3 stellt die Wirkungszusammenhänge in einem derartigen gemeinsamen Modell vereinfacht dar.

Grafik 3: Die Verbindung der Entscheidungsfaktoren



Quelle: eigene Darstellung

In der weiteren Operationalisierung wird das Analysemodell für die empirische Forschung aufgearbeitet. Dies soll in Kapitel III, welches sich dem methodischen Rahmen widmet, geschehen. Hier müssen geeignete Methode gefunden werden, um die Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages inhaltsanalytisch erfassen und auf ihre Erfüllung innerhalb der politischen Handlungsebene überprüfen zu können. Zunächst befasst sich Kapitel II jedoch mit dem strukturellen Rahmen, der systematisch Akteure, Machtkonstellationen und Durchsetzungspotenziale identifiziert und bewertet.

II. Struktureller Rahmen

In Kapitel I wurden der theoretische Forschungshintergrund sowie die darauf aufbauenden methodischen Zugänge der Entscheidungsanalyse beschrieben. Wie sich zeigt, ist politisches Handeln und Entscheiden ein äußerst vielschichtiges Feld, das Resultat eines komplexen Faktorengefüges. Im Folgenden werden die Einflussmodelle in ein der Fragestellung angemessenes theoretisches Forschungsdesign überführt. Den Ausgangspunkt hierfür bildet die 13. Legislaturperiode in Nordrhein-Westfalen von 2000 bis 2005. Der Vorteil des Bezugs auf eine zurückliegende Regierungszeit liegt in der Abgeschlossenheit der Prozesse, die zudem im vorliegenden Fall wissenschaftlich bereits umfassend dokumentiert sind.⁹⁹

Den theoretischen Rahmen bildet der bereits beschriebene akteurszentrierte Institutionalismus, der Entscheidungsprozesse als Handeln in institutionellen Räumen definiert.¹⁰⁰ Ihm wird die Parteiendifferenzhypothese zur Seite gestellt. Diese besagt, dass Parteiprogramme sich auf die Politikstile und damit das Handeln auswirken. Regierungen haben demnach eigene Steuerungskapazitäten, die sie zur Erfüllung der gesetzten Ziele nutzen können. Offen bleibt, welche Variablen die Steuerungsfähigkeit und damit die Entscheidungsfindung beeinflussen. Unter Rückgriff auf die existierenden theoretischen Ansätze muss diese Fragestellung für eine analytische Beantwortung nachfolgend operationalisiert werden.

1. Formelles Regieren

Den analytischen Handlungsrahmen der Akteure bilden die verschiedenen Ebenen der Landespolitik in NRW. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass sich das Modell des politischen Systems auf Landesebene deutlich von dem auf Bundesebene unterscheidet. Die Einbettung in das föderale System der Bundesrepublik und die Europäische Union verengen die Handlungsspielräume. Folgende Strukturelemente lassen sich aufzeigen:

1.1. Die Landesverfassung

Grundlegend ist es die Landesverfassung, die den politischen Prozess in NRW regelt. Sie trat 1950 in Kraft und orientiert sich am deutschen Grundgesetz.¹⁰¹ NRW verfügt somit über ein parlamentarisches System, bei dem die Macht des Ministerpräsidenten im Wesentlichen aus der Mehrheit des Landtages hervorgeht. Der Ministerpräsident muss über ein Landtagsmandat verfügen, was seine Nähe zu den Abgeordneten begründet. Im Gegensatz zum Bundestag kann sich der Landtag mit der absoluten Mehrheit der Stimmen jederzeit selbst auflösen. Außerdem sieht die Landesverfassung direktdemokratische Elemente in Form von

⁹⁹ zu nennen sind hier vor allem Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006): Regieren in NRW.

¹⁰⁰ vgl. Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (1995), S. 39ff.

¹⁰¹ vgl. Landeszentrale für politische Bildung (2000), S. 175f.

Volksbegehren und Volksentscheiden vor, die es auf Bundesebene in dieser Form nicht gibt.¹⁰²

1.2 Die Landesregierung

Der Ministerpräsident und seine Landesminister bilden die Landesregierung. Der Ministerpräsident wird vom Landtag gewählt, ernennt die Landesminister, schneidet deren Ressorts zu und bestimmt die grundlegenden Richtlinien der Landespolitik. Jeder Landesminister leitet sein Ministerium in eigener Verantwortung.¹⁰³ Dem Ministerpräsidenten stehen mit der Staatskanzlei und den Ministern mit den einzelnen Fachministerien eigene Beamtenapparate zur Verfügung, die unterstützen, koordinieren, stetig Informationen sammeln und analysieren. Die dem Ministerpräsidenten zugeordnete Staatskanzlei hat insbesondere koordinierende Funktion gegenüber den einzelnen Ministerien in der Landes- und Bundesgesetzgebung sowie bei der Umsetzung von allgemeinen Regierungs- und Verwaltungsmaßnahmen.¹⁰⁴

Die Landesregierung erfüllt folgende Funktionen:¹⁰⁵

- Führungsfunktion
- Exekutivfunktion
- Außenvertretung

Korte/Florack/Grunden¹⁰⁶ stellen diesen drei Funktionen eine vierte, die Ernennungsfunktion, zur Seite: Die Landesregierung ernennt über die zuständigen Ressorts die Landesbeamten mit Ausnahme der Beamten des Landesrechnungshofes, die direkt vom Parlament ernannt werden und eine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung ausüben.

1.3 Der Landtag

Der Landtag wird von den Bürgern direkt und für die Dauer von fünf Jahren gewählt.¹⁰⁷ Er hat als Legislative das Recht, Gesetze zu erlassen bzw. zu verändern und die Arbeit der Landesregierung zu kontrollieren. Die Abgeordneten des Landtags wählen mit einfacher Mehrheit den Ministerpräsidenten.¹⁰⁸ Die Leitung des Landtags ist Aufgabe des Präsidiums, dem neben dem Landtagspräsidenten dessen Stellvertreter sowie 15 Schriftführer aus den Reihen der Landtagsfraktionen angehören. Dem Ministerpräsidenten steht der Ältestenrat zur Seite, in dem sich die Mitglieder des Präsidiums sowie parlamentarische Geschäftsführer

¹⁰² vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 59ff.

¹⁰³ vgl. ebda., S. 71f.

¹⁰⁴ vgl. König, Klaus (1993), S. 15f.

¹⁰⁵ vgl. Landeszentrale für politische Bildung (2000), S. 173f.

¹⁰⁶ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 72ff.

¹⁰⁷ vgl. http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Besucherbroschuere_Neuaufgabe_RZ_scr.pdf S. 10.

¹⁰⁸ vgl. ebda., S. 26.

und Fraktionsvorsitzende versammeln. Dem Landtag werden folgende Funktionen zugeschrieben:¹⁰⁹

a. Repräsentativfunktion

Der Landtag artikuliert die Interessen der Bürger gegenüber der Regierung. Die Abgeordneten werden direkt von den Bürgern ihrer jeweiligen Wahlkreise gewählt und sind diesen gegenüber verantwortlich. Die Mehrheitsfraktionen haben den Regierungsauftrag und übernehmen auf Basis des Wählervotums die Regierung.

b. Kontrollfunktion

Der Landtag kontrolliert die Arbeit der Landesregierung. Neben dem Mittel des Untersuchungsausschusses stehen ihm dafür große, kleine und mündliche Anfragen sowie die aktuelle Stunde im Plenum zur Verfügung. In der Realität werden diese formalen Instrumente ausschließlich von der Opposition genutzt; Landesregierung und Mehrheitsfraktionen stimmen sich bereits vorher informell ab.¹¹⁰ Das Budgetrecht erlaubt es dem Landtag, über das Haushaltsgesetz die Ausgabenverteilung der kommenden Legislaturperiode zu bestimmen, politische Prioritäten zu setzen und zu gestalten. Der Finanzminister ist zudem verpflichtet, dem Landtag alle Ausgaben offenzulegen und dazu Rede und Antwort zu stehen.¹¹¹ Um die mittelfristige Ausgabenentwicklung in den Planungen zu berücksichtigen, muss der Finanzminister dem Landtag zudem eine fünfjährige Prognose vorlegen.¹¹²

c. Gesetzgebungsfunktion

Die Gesetzgebungsfunktion ist die Kernfunktion des Landtags. Die zunehmende föderale Verflechtung und die Kompetenzgewinne der EU haben die Gesetzgebungskompetenzen des Parlaments im Laufe der Zeit aber immer stärker beschnitten. Die Tätigkeit beschränkt sich zunehmend auf die Änderung bestehender Gesetze.¹¹³ Wesentliche Gesetzgebungskompetenzen besitzt der Landtag in den Bereichen Polizei, Schule, Universitäten, Verkehr sowie Hörfunk und Fernsehen.¹¹⁴ Die Landesregierung kann gegen Landtagsbeschlüsse ein suspensives Veto einlegen. In der Praxis wird davon jedoch kaum Gebrauch gemacht.¹¹⁵

Der Gesetzgebungsprozess beginnt damit, dass dem Landtagspräsidenten ein Gesetzesentwurf zugeht, der diesen zusammen mit dem Ältestenrat auf die Tagesordnung einer Plenarsitzung setzt. Vorgebracht werden kann ein solcher Entwurf von mindestens sieben Abge-

¹⁰⁹ vgl. Ockermann, Jürgen/Glende, Andrea (1997), S. 100ff.

¹¹⁰ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 67f. und auch Anderson, Uwe/Woyke, Wichard (2000), S. 365.

¹¹¹ vgl. Ockermann, Jürgen/Glende, Andrea (1997), S. 107.

¹¹² vgl. Andersen, Uwe (2000), S. 165.

¹¹³ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 68f.

¹¹⁴ vgl. http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.1/Oeffentlichkeitsarbeit/Touren/Gesetzgebung.jsp

¹¹⁵ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 69.

ordneten, einer Fraktion oder der Landesregierung.¹¹⁶ Die meisten Gesetzesinitiativen gehen von der Landesregierung aus.¹¹⁷ Dieser steht in Form der Ministerien ein umfassender Apparat zur Vorbereitung zur Verfügung.

d. Wahlfunktion

Der Landtag wählt den Ministerpräsidenten. Dieser muss ein Landtagsmandat innehaben. Daneben wählt der Landtag vier der sieben Richter des Verfassungsgerichtshofs¹¹⁸ sowie den Landesbeauftragten für Datenschutz und die Mitglieder des Landesrechnungshofs.¹¹⁹

1.4 Das Landesverfassungsgericht

Wie in anderen Bundesländern existiert auch in NRW seit 1952 ein Verfassungsgerichtshof, der in der Landesverfassung verankert ist. Zu den Mitgliedern zählen der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Münster, die zwei ältesten Oberlandesgerichtspräsidenten sowie vier vom Landtag für die Dauer von sechs Jahren gewählte Vertreter.¹²⁰ Das Landesverfassungsgericht kontrolliert die Einhaltung der Landesverfassung und ist somit die höchste richterliche Instanz in NRW. Es kann auch in politischen Streitfragen einberufen werden, wenn es etwa um die Geschäftsordnung oberster Landesorgane, Ministeranklagen oder Kandidaturverbote geht.¹²¹

1.5 Direktdemokratische Elemente

Neben der Landesregierung und dem Landesparlament existieren in NRW auch direktdemokratische Elemente. Diese kommen zwar äußerst selten zum Einsatz, werden der Vollständigkeit halber aber dennoch kurz skizziert.

Volksbegehren zielen darauf, Gesetze zu erlassen, zu verändern oder auch aufzuheben. Einzureichen ist ein Gesetzesentwurf samt Begründung sowie 3.000 beglaubigter Unterschriften. Den Einreichern stehen acht Wochen Zeit für die Unterschriftensammlung zu. Ein erfolgreiches Volksbegehren muss von mindestens acht Prozent der Wahlberechtigten über 18 Jahre, in NRW rund einer Million Menschen, unterstützt werden. Das Parlament ist in diesem Fall dazu verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten eine „abschließende Entscheidung“ zum Volksbegehren zu treffen.¹²² Wird das Volksbegehren vom Landesparlament ab-

¹¹⁶ vgl. Ockermann, Jürgen/Glende, Andrea (1997), S. 100.

¹¹⁷ vgl. Hübener, Arend/Halberstadt, Rudolf (1976), S. 34.

¹¹⁸ vgl. auch Anderson, Uwe/Woyke, Wichard (2000), S. 365.

¹¹⁹ vgl. Ockermann, Jürgen/Glende, Andrea (1997), S. 100.

¹²⁰ vgl. Landeszentrale für politische Bildung (2000), S. 178f.

¹²¹ vgl. Rudzio, Wolfgang (2000), S. 177.

¹²² vgl. <http://www.im.nrw.de/bue/276.htm>

gelehnt, kann es durch einen Volksentscheid umgesetzt werden. Hierfür sind die Unterschriften von mindestens 15 Prozent der Wahlberechtigten nötig.¹²³

Volksinitiativen haben niedrigere Zugangsbarrieren als Volksbegehren. Hier bedarf es lediglich 0,5 Prozent der Wählerstimmen (ca. 66.000 Personen). Die Reichweite einer Volksinitiative ist jedoch beschränkt. Sie bewirkt lediglich, dass ein Thema in den Landtag zur Abstimmung kommt. Wie dort entschieden wird, liegt im Ermessen der Abgeordneten.¹²⁴

2. Informelles Regieren

Nachdem auf den vorangegangenen Seiten die Zugänge der Entscheidungsanalyse mit Blick auf das Institutionengefüge in NRW dargestellt wurden, soll nun ein Blick auf das Zusammenspiel von Akteuren im politischen Prozess in NRW erfolgen. Dieses Zusammenspiel enthält viele informelle Elemente, die institutionelle Prozesse ergänzen bzw. unterwandern. „Formale Institutionen (...) bilden die Realität des Regierens nur unvollständig ab. In allen politischen Systemen pflegen sich informale Regeln einzuspielen, welche (...) definieren, wie die Macht unter den Akteuren realiter verteilt ist.“¹²⁵ Ihr Ursprung liegt nicht zuletzt in den zunehmend komplexer werdenden Entscheidungsprozessen. Wo staatliche Steuerung nicht mehr greift, kommen weichere Verhandlungselemente zum Einsatz. In direkter Folge stellt sich dann die Frage nach den individuellen Steuerungspotenzialen der Akteure.

Einen analytischen Zugang zu den Steuerungspotenzialen bilden die von Korte/Fröhlich¹²⁶ entworfenen Strukturmerkmale des Regierens. Sie verbinden akteurs- und institutionenspezifische Handlungsmuster in einem gemeinsamen Rahmen. Das Zusammenspiel der Strukturmerkmale kennzeichnet den Politikstil von Akteuren und Regierungen. Die Strukturmerkmale ermöglichen erst gezieltes strategisches Handeln, das Steuerungsblockaden auf einer politischen Ebene durch Ausweichen in eine andere aushebeln kann. Für den Forschungsansatz bedeutet dies, dass Erklärungen für Entscheidungen bzw. Nichtentscheidungen immer auch in Abhängigkeit des Zusammenspiels der Strukturelemente zu suchen sind. Die Strukturmerkmale werden im Folgenden kurz skizziert. Dabei wird auf Korte/Florack/Grunden¹²⁷ zurückgegriffen, die diese an die Landespolitik NRW angepasst haben.

¹²³ vgl. <http://www.im.nrw.de/bue/277.htm#>

¹²⁴ vgl. <http://www.im.nrw.de/bue/275.htm#>

¹²⁵ Kropp, Sabine (2003), S. 23.

¹²⁶ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 71ff.

¹²⁷ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 86ff.

2.1 Ministerpräsidentendemokratie

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident wird direkt vom Parlament gewählt und kann von diesem durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden. Er allein ernennt und entlässt die Mitglieder seines Regierungskabinetts, hat wie der Bundeskanzler neben der Organisationsgewalt auch die Richtlinienkompetenz inne und setzt die grundlegenden Ziele der Regierungsarbeit fest. Mit der ihm zugeordneten Staatskanzlei gebietet er über das „Koordinierungsinstrument der Landespolitik“. ¹²⁸ Zudem profitiert der Ministerpräsident von einem Amtsbonus, der ihm ein hohes persönliches Prestige verleiht. Dieses bietet eine Reihe von Ansatzpunkten für einen gezielten machstrategischen Einsatz. Die plebiszitäre Macht kann in Einzelfällen für ein Durchregieren genutzt werden. Dies ist aber nur in engen Grenzen möglich. ¹²⁹ In jedem Fall aber ist der Ministerpräsident die elementare Figur bei den Landtagswahlen, die als „Personenplebiszite“ ¹³⁰ angelegt sind.

Im konkreten Untersuchungsfall der 13. Legislaturperiode lassen sich für die beiden Landesväter Wolfgang Clement und Peer Steinbrück deutliche Unterschiede im Einsatz der Machtmittel der Ministerpräsidentendemokratie feststellen:

Wolfgang Clement (2000-2002): Ministerpräsidentendemokratie

Clements Amtsbeginn wurde auch vor dem Hintergrund des Umzugs der Staatskanzlei in das neu errichtete Düsseldorfer Stadttor als Neubeginn inszeniert. Angepeilt war ein strikter Modernisierungskurs. Clement verstand sich als Politikmanager und Macher; er pflegte einen eher informellen, personenorientierten Regierungsstil. Formalen Hierarchien wies er in Entscheidungssituationen wenig Bedeutung zu. „Regierungshandeln wurde zunehmend in GmbHs ausgegliedert, um es parlamentarischer Kontrolle zu entziehen. Für „Modernisierer“ Marke Clement bringt das mehr „Effizienz““. ¹³¹ Clement vertraute an erster Stelle seiner „politischen Nase“, entschied viel „aus dem Bauch heraus“. ¹³² Dass er sich dabei oft über die Partei hinwegsetzte, nahm er in Kauf. Konflikte und Probleme, die im Rampenlicht der Öffentlichkeit standen, wurden zur Chefsache. Clement zeigte auch in scheinbar aussichtslosen Situationen oft Kämpfergeist. Als Beispiele sind vor allem die Medienpolitik und Arbeitslosigkeit zu nennen. ¹³³

Peer Steinbrück (2002-2005): Ministerpräsidentendemokratie

Ministerpräsident Steinbrück kam als Nachfolger des 2002 nach Berlin abberufenen Clement ins Amt. Trotz seiner Rolle als Finanzminister in NRW war er den Menschen kaum bekannt.

¹²⁸ vgl. Schneider, Herbert (2001), S. 395.

¹²⁹ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 89.

¹³⁰ vgl. Schneider, Herbert (2001), S. 396.

¹³¹ Neumann, Paul (2002), in: Feitag, 11.10.2002.

¹³² Seher, Dietmar, Westfälische Rundschau, 03. November 2002.

¹³³ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 268f.

Er entsprach eher dem Typus des Organisators im Hintergrund. „Clement war der Macher in Nordrhein-Westfalen, Steinbrück sein Organisator.“¹³⁴ Als Steinbrück Ministerpräsident wurde, passte er als Technokrat eigentlich nicht in die Rolle des Landesvaters. Beobachter beschreiben ihn als „vornehm, sachbezogen, distanziert“.¹³⁵ Er tat sich schwer, auf Leute zuzugehen, unterschätzte die Wirkung in der Öffentlichkeit, vertraute lieber auf die Macht der Argumente. Politik wurde von Steinbrück in einzelne Ausführungsbestimmungen heruntergebrochen.¹³⁶

Steinbrück nutzte seine Organisationsgewalt und Richtlinienkompetenz in noch stärkerem Umfang als Clement. Bei Amtsantritt schnitt er Regierung und Ressorts neu zu, setzte zudem neue Schwerpunkte in den Bereichen Bildung und Sozialreform. Die Medienpolitik, das Steckenpferd Clements, trat in den Hintergrund. Steinbrück achtete im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger eher auf formelle Wege und Hierarchien. Feedback seiner Regierungsarbeit forderte er in regelmäßigen Gesprächsrunden mit jungen Kommunalpolitikern ein. Die fehlenden informellen Netzwerke konnte er dadurch jedoch nicht kompensieren.¹³⁷

2.2 Verhandelnde Wettbewerbsdemokratie

Entscheidungsprozesse in modernen westlichen Demokratien können zwei Verfahrensmerkmalen zugeordnet werden: wettbewerbsdemokratischen und verhandlungsdemokratischen. Erstere werden durch Parteienkonkurrenz und Mehrheitsentscheidungen geprägt. Letztere sind durch die hohe Anzahl an Nebenregierungen und Vetospielern zwar in demokratietheoretischer Sicht legitimer, Entscheidungen erfordern hier aber einen wesentlich höheren (Verhandlungs-)Aufwand. In der Landespolitik NRW besitzen Verhandlungssysteme aufgrund der starken Verflechtung mit der Bundes- und Europapolitik sowie der traditionell hohen Anforderungen an die Legitimität einen hohen Stellenwert.¹³⁸

Scharpf/Reissert/Schnabel beschreiben die Spezifika derart dezentraler Problemverarbeitungsmodi in ihrer „Politikverflechtungstheorie“. Demnach ist die vertikale und horizontale Verflechtung von Entscheidungskompetenzen – „solange die separaten Einheiten für sich allein handlungsfähig sind – nicht unbedingt ein Nachteil für die politische Problemverarbeitung im Gesamtsystem.“¹³⁹ Vorteile bestehen zweifelsohne in der sehr vielschichtigen Abbildung von Problemfeldern. Zudem kann der Souverän unter bestimmten Voraussetzungen durch Aufsplittung und partielle Problembearbeitung die Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Dies kann zur Folge haben, dass Lösungen jeweils nur innerhalb der abgegrenzten Ent-

¹³⁴ Willeke, Stefan (2005), in: Die Zeit, 11.05.2005.

¹³⁵ Seher, Dietmar (2002), in: Westfälische Rundschau, 03.11.2002.

¹³⁶ vgl. Willeke, Stefan (2005), in: Die Zeit, 11.05.2005.

¹³⁷ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 322ff.

¹³⁸ vgl. ebda., S. 92ff.

¹³⁹ Scharpf, Fritz (1976), S. 22.

scheidungssysteme gesucht und für das Gesamtsystem suboptimale Entscheidungen durchgesetzt werden.

Wachendorfer-Schmidt hat die Politikverflechtung in Deutschland vor allem als Verhinderer von Entscheidungen identifiziert. Die geforderte Konsenslösung „führt zu einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners und also zur Erhaltung des Status Quo, wenn nicht gar zu einer Selbstblockade der Politik.“¹⁴⁰ Dies wiegt umso schwerer, als dass diese blockierenden Entscheidungsmodi tendenziell nicht in der Lage sind, sich aus sich selbst heraus zu reformieren. Scharpf¹⁴¹ sieht in der Parteienkonkurrenz eine wesentliche Restriktion bei der Suche nach annehmbaren Verhandlungslösungen. In vielen Entscheidungsfragen dominiert ein Wettbewerbscharakter – nicht um die beste gemeinsame Lösung, sondern um die Sicherung von politischer Legitimation durch die Wähler und Diskreditierung des gegenüberstehenden politischen Lagers.

Auf Landesebene lassen sich die Verhandlungssysteme wie folgt charakterisieren:¹⁴²

Vertikale/hierarchische Verhandlungssysteme beschreiben Systeme, in denen eine übergeordnete Instanz existiert, die nicht auf den Konsens der untergeordneten, dezentralen Einheiten angewiesen ist.¹⁴³ Hiermit sind z.B. die Verflechtungen der Landespolitik mit der Bundes- und Europapolitik gemeint. Auf Bundesebene ist die Landespolitik in föderale Strukturen eingebunden. In nur wenigen Politikbereichen genießt die Landesregierung relative Autonomie, zu nennen sind z.B. die innere Sicherheit oder die Medien- und Bildungspolitik. Neben der Bundespolitik beschneidet auch die Europapolitik die Zuständigkeiten der Länder. In der Vergangenheit haben sich die Kompetenzen der EU stetig ausgedehnt. Seit den Maastrichter Verträgen 1992 haben die Länder aber über den Bundesrat auch Einfluss auf die Europapolitik gewonnen.

Horizontale Verhandlungszwänge ergeben sich in Politikfeldern, in denen nur dezentrale, auf einer gemeinsamen Hierarchiestufe stehende Einheiten an der Lösungsfindung beteiligt sind (Selbstkoordination).¹⁴⁴ Die Landesregierung besitzt in dieser Konstellation nur wenige bzw. gar keine Steuerungsinstrumente. Im Vordergrund stehen Verhandlungen mit Interessengruppen bzw. sonstigen beteiligten Akteuren. In NRW sind solche Verhandlungslösungen sehr häufig vorzufinden. Diese Konsensorientierung spiegelt sich in einem außerhalb der Wahlkämpfe verminderten Parteienwettbewerb.¹⁴⁵

¹⁴⁰ Wachendorfer-Schmidt, Ute (2003), S. 387.

¹⁴¹ vgl. Scharpf, Fritz W. (2000).

¹⁴² vgl. Scharpf, Fritz (1976), S. 22.

¹⁴³ vgl. ebda., S. 22f.

¹⁴⁴ vgl. ebda., S. 22.

¹⁴⁵ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 98.

Wie sind nun aber die Regierungsstile der beiden Ministerpräsidenten der 13. Legislaturperiode in der Wettbewerbsdemokratie zu charakterisieren?

Wolfgang Clement (2000-2002): verhandelnde Wettbewerbsdemokratie

Clement führte die Konkordanzdemokratie seiner Vorgänger fort, allerdings fehlten ihm in vielen Bereichen die kommunikativen Fähigkeiten eines Johannes Rau. So verärgerte er z.B. viele Verleger in NRW, die Rau sehr positiv gegenüberstanden.¹⁴⁶ Kennzeichen seines Politikstils war der partnerschaftliche Umgang mit privaten Akteuren, insbesondere mit Vertretern der Wirtschaft. Dahinter standen viele informelle Abstimmungsprozesse. Bestes Beispiel für diese horizontalen Verhandlungssysteme ist die Arbeitsmarkt- und Standortpolitik. Blockaden und Hindernisse versuchte Clement über die Medien, die Übereinstimmung mit Bundeskanzler Schröder und seine Ministerpräsidentenautorität zu bewältigen.¹⁴⁷

Peer Steinbrück (2002-2005): verhandelnde Wettbewerbsdemokratie

Unter Steinbrück verloren verhandlungsdemokratische Elemente an Bedeutung. Seiner Rolle als Sanierer wollte er durch Entscheidungen „von oben“ gerecht werden. Die engen Handlungsspielräume der Landespolitik versuchte er durch aktives Bewerben der Agenda 2010 und eine damit verbundene starke Präsenz auf Bundesebene zu überwinden.¹⁴⁸ Reformieren, das wurde ihm schnell klar, konnte er nur in einer Politik der kleinen Schritte. Dabei versuchte er, formale Dienstwege einzuhalten. Steinbrück war stets darauf bedacht, über alles die Kontrolle zu behalten.¹⁴⁹

2.3 Parteiendemokratie

Parteien erfüllen in parlamentarischen Demokratien nicht nur die Funktion der Interessenvertretung – sie verbinden vielmehr als kollektive Akteure die Gesellschaft mit der Regierung. „Politische Parteien sind stets auch Ausdruck sowie Träger gesellschaftlicher Konflikte.“¹⁵⁰ Parteien stellen sich in regelmäßigen Abständen zur Wahl, benennen die wesentlichen politischen Mandats- und Entscheidungsträger.¹⁵¹ „Parteien sind (...) die wichtigsten, wenn auch nicht die alleinigen Träger der politischen Willensbildung.“¹⁵²

Die in Parteiorganisationen oft nur schwach ausgebildeten formellen Strukturen werden durch informelle Hierarchien und Netzwerke kompensiert. Als Folge der starken Medienbeobachtung und Personalisierung der Politik werden die mittleren Funktionsträger entmachteter,

¹⁴⁶ vgl. Neumann, Paul (2003), in: Feitag, 04.07.2003.

¹⁴⁷ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 269.

¹⁴⁸ vgl. ebda., S. 324.

¹⁴⁹ vgl. Willeke, Stefan (2005), in: Die Zeit, 11.05.2005.

¹⁵⁰ Korte, Karl-Rudolf (2009), S. 9.

¹⁵¹ vgl. Rudzio, Wolfgang (1993), S. 60.

¹⁵² Lösche, Peter (1999), S. 6.

die Parteiführung kommuniziert mit der Basis indirekt über die Medien. Die „Präsidialisierung“ führt schließlich in modernen westlichen Parteien zu einem Autonomiezuwachs der Eliten. Diese Tendenz haben Parteienforscher bereits in den 1920er Jahren identifiziert und als mit dem demokratischen Prozess unvereinbar kritisiert.¹⁵³

Gegenüber der Bundespolitik ist die Parteienforschung auf Landesebene deutlich schwächer ausgebildet. Lange Zeit wurde spekuliert, inwieweit Landesparteien überhaupt als eigenständig und nicht nur als Teil der Bundespartei agieren. Tatsache ist, dass ihre Kompetenzen durch den Föderalismus und die EU deutlich beschnitten sind. Dennoch wird in den Ländern immer noch Politik gemacht, „versteht man unter Politik nicht nur autonomes Handeln, sondern auch die Mitwirkung an Richtungsentscheidungen und die Zuständigkeit, innerhalb des (...) gesetzten Rahmens Entscheidungen zu treffen.“¹⁵⁴

Der Einfluß der Parteien auf den Regierungsprozess ist vor allem zu Beginn einer Legislaturperiode hoch. Die Parteien verfassen Wahlprogramme und verhandeln Koalitionsverträge, entscheiden somit über die Verteilung der Ämter. Im Laufe der Zeit lässt sich jedoch ein schleichender Machtverlust der Parteien attestieren. Dies geschieht nicht zuletzt deshalb, weil Ministerpräsident und Fachminister sich durch die enge Zusammenarbeit mit der Ministerialbürokratie von den Parteien entfremden und eigene Handlungslogiken entwickeln. „Bei der Regierungsbildung, dem Machterwerb, schlägt die Stunde der Regierungsparteien. In der Phase des Machterhalts müssen die Parteien vom Regierungsapparat jedoch beschäftigt werden, denn allzu viel parteipolitische Einmischung akzeptiert keine Regierungszentrale.“¹⁵⁵

Festzuhalten bleibt: Es macht durchaus einen Unterschied, welche Partei auf Landesebene regiert. Nicht nur, dass Divergenzen im Policy-Output mit unterschiedlichen Parteien besetzter Landesregierungen existieren, auch lassen sich Differenzen zwischen Landespolitiken festmachen, die von der gleichen Partei dominiert werden. Diese Varianzen gehen auf unterschiedliche politische Kulturen, die soziodemografische Besetzung der Parteien und in hohem Maße auch auf deren Mitgliederstruktur zurück.¹⁵⁶

Wie aber ist die konkrete Situation der 13. Legislaturperiode in NRW hinsichtlich der Parteidemokratie zu bewerten?

¹⁵³ vgl. Hartmann, Jürgen (1979), S. 4.

¹⁵⁴ Schneider, Herbert (2001), S. 387.

¹⁵⁵ Korte, Karl-Rudolf (2003a), S. 1.

¹⁵⁶ vgl. Schneider, Herbert (2001), S. 403.

Wolfgang Clement (2000-2002): Parteiendemokratie

Anders als seinem Vorgänger Johannes Rau fehlte Clement der Parteihintergrund. Er hatte oft Mühe, seine Geringschätzung gegenüber tradierten sozialdemokratischen Werten und Gepflogenheiten zu verbergen.¹⁵⁷ Clement konnte dementsprechend auch nur wenig Unterstützung von der SPD erwarten, versuchte dies durch Ausweichen in die Mediendemokratie und das Auspielen der Karte der Ministerpräsidentendemokratie zu kompensieren. Dabei musste er sich mehrmals von Partei und Fraktion bremsen lassen, die er oft nicht in Entscheidungen einbezog.¹⁵⁸

Peer Steinbrück (2002-2005): Parteiendemokratie

Auch Steinbrück war kein Mann der Partei und Fraktion. Wie Clement waren ihm die tradierten Werte und Normen der SPD oft lästig.¹⁵⁹ Es fehlte ihm an einer Agenda, die ihn mit der SPD verband. Er verstand sich eher als Pragmatiker, der seine Politik an dem Möglichen orientiert, denn als Visionär und Integrator.¹⁶⁰ Seine „Modernisierungsrhetorik“ passte nicht immer zu den Vorstellungen und Idealen sozialer Gerechtigkeit.¹⁶¹ Er versuchte, ähnlich wie Clement, Entscheidungen durch Ministerpräsidentenautorität und Medien zu beeinflussen. Partei und Fraktion „waren eher Adressaten als Inputgeber für die landespolitischen Initiativen der Regierung“. ¹⁶²

2.4. Koalitionsdemokratie

Je nach Wahlergebnis steht vor der Regierungs- die Koalitionsbildung. Selbst wenn dazu aufgrund der Mehrheitsverhältnisse keine unmittelbare Notwendigkeit besteht, werden gerade in deutschen Bundesländern aus legitimatorischen Gründen oft Koalitionen gebildet. Regierungsbildungen sind in Deutschland in den meisten Fällen Koalitionsbildungen.¹⁶³ In Westeuropa sind nach Saalfeld (2007) nur etwa 13 Prozent aller Regierungen Einparteienregierungen mit parlamentarischer Mehrheit, Minderheitsregierungen stellen 23 Prozent, der Rest sind Koalitionen aus mindestens zwei Parteien.¹⁶⁴

In der Sozialwissenschaft kann der Begriff „Koalition“ mit unterschiedlichen Bedeutungsinhalten belegt werden. Die Politikwissenschaft sieht darin „zumeist kooperative Interaktionsformen zur Vertretung oder Durchsetzung spezifischer Interessen“. ¹⁶⁵ In der Praxis sind Koalitionen immer Zweckbündnisse für die nächste Legislaturperiode. „Sie entspringen zumeist einem doppelten Kalkül: die rechnerische Mehrheit im Parlament soll zur Regierungs-

¹⁵⁷ vgl. Schurian, Christoph (2006), in: taz, 04.09.2006.

¹⁵⁸ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 269f.

¹⁵⁹ vgl. Schurian, Christoph (2006), in: taz, 04.09.2006.

¹⁶⁰ vgl. Willeke, Stefan (2005), in: Die Zeit, 11.05.2005.

¹⁶¹ vgl. Schurian, Christoph, taz, 04. September 2006.

¹⁶² Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 325.

¹⁶³ vgl. Kropp, Sabine (2001), S. 340.

¹⁶⁴ vgl. Saalfeld, Thomas (2007), S. 180.

¹⁶⁵ Jun, Uwe (1993), S. 19.

arbeit gesichert werden und wichtige zentrale Reformprojekte sind für die Legislaturperiode nur gemeinsam zu erreichen.“¹⁶⁶

Vor der Bildung einer Koalition stehen Verhandlungen zwischen zwei oder mehr potenziellen Koalitionspartnern an. Dabei sind es weniger die Parteien als Kollektivorgan, sondern vielmehr die politischen Spitzenakteure von Partei und Fraktion, die diese Verhandlungen bestreiten. Koalitionsverhandlungen werden soweit wie nur möglich in nicht-öffentlichen Räumen ausgetragen – dies macht es leichter, Kompromisse zu treffen, ohne dafür öffentliche Rechtfertigungen abgeben zu müssen.¹⁶⁷

Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen münden seit den 1960er Jahren ausnahmslos in schriftlichen Koalitionsvereinbarungen bzw. -verträgen. Zwar besitzen diese keine Rechtskraft, sind aber essenziell, um den auch in Koalitionsregierungen bestehenden Parteienwettbewerb zu begrenzen, die Bindung zwischen den Koalitionären auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen und Entscheidungsregeln zu vereinbaren: „Ein absichtlicher Bruch der Vereinbarung kommt in aller Regel einer Aufkündigung der an kooperativen Grundsätzen orientierten Zusammenarbeit zwischen den Parteien gleich.“¹⁶⁸

Die Einflusskraft der Koalitionsverträge lässt im Laufe der Legislaturperiode nach, denn im politischen Alltag tauchen immer neue Konstellationen und Sachfragen auf, die zu Beginn des Bündnisses kaum vorhersehbar sind.¹⁶⁹ Übergreifend spielt die Koalitionsfrage auch für die parteiinterne Willensbildung und Ausrichtung eine Rolle. So halten sich kleine Parteien, die im Koalitionspoker mitspielen wollen, ideologisch eher in der Mitte und geben sich somit anschlussfähig, während Parteien ohne Koalitionschancen oft extremere Positionen beziehen.¹⁷⁰

Im Sinne der Ämtermaximierung finden sich häufig Minimalkoalitionen, bei denen es darum geht, politische Ämter an einen möglichst kleinen Kreis an Anspruchsberechtigten zu verteilen. „Theorists who identify size of various possible coalitions as being decisive in determining the value of a given coalition to each of its members invariably predict that the minimal winning coalition will form.“¹⁷¹ Koalitionsbildungen stehen immer im Spannungsfeld von Effektivität und Legitimation. Im Sinne der Policymaximierung werden bei Koalitionsbildungen deshalb Partner bevorzugt, die den eigenen politischen Zielen möglichst nahe stehen.¹⁷²

¹⁶⁶ Korte, Karl-Rudolf (2002), S. 1.
¹⁶⁷ vgl. Kropp, Sabine (2001), S. 349f.
¹⁶⁸ ebda., S. 68.
¹⁶⁹ vgl. Kropp, Sabine (2002), S. 351f.
¹⁷⁰ vgl. Kolinsky, Eva (1993), S. 41.
¹⁷¹ Brown, Eric C. (1982), S. 2.
¹⁷² vgl. Brown, Eric C. (1982), S. 2.

Dadurch lassen sich Abstimmungs- und Verhandlungsprozesse vereinfachen und die Chancen auf eine Durchsetzung der eigenen Ziele und auf politische Erfolge steigen.¹⁷³

Für die hier zu analysierende Koalitionsbildung aus SPD und Grünen gilt: Die Grünen waren nicht der eigentlich präferierte Partner des Regierungschefs. Die FDP stand Clement im Sinne der Policy-Maximierung und auch der Stimmenmaximierung weitaus näher. Vielmehr waren es bundespolitische Beweggründe, die zu diesem Bündnis veranlassten: Durch eine starke rot-grüne Landesregierung in NRW sollten die Chancen einer Wiederwahl der rot-grünen Bundesregierung in 2002 gesteigert werden.¹⁷⁴

Wolfgang Clement (2000-2002): Koalitionsdemokratie

Die Koalitionsverhandlungen 2000 fanden unter relativ schwierigen Vorzeichen statt: Beide Regierungsparteien mussten Einbußen bei den Landtagswahlen hinnehmen. Vor allem Stammwähler konnten nicht mobilisiert werden, was als deutlicher Ausdruck der Unzufriedenheit mit den Leistungen der letzten Legislaturperiode interpretiert werden muss. Die bundespolitischen Gegebenheiten sprachen ganz klar für eine Fortsetzung des Bündnisses mit den Grünen. „Alles andere wäre das Eingeständnis des Scheiterns gewesen und hätte auch die Machtarithmetik im Bundesrat zu Ungunsten der Berliner Koalition verändert.“¹⁷⁵

Dennoch versuchte Clement, durch medial inszenierte Treffen mit dem führenden Liberalen Möllemann seine Bereitschaft zu signalisieren, gegebenenfalls auch mit der FDP zu paktieren. Clement schloss auf ausdrückliche Nachfrage des ZDF ein Bündnis mit der FDP nicht aus.¹⁷⁶ Zusätzlichen Antrieb erhielt er durch Meinungsumfragen, in denen die Hälfte der Befragten einem sozial-liberalen Bündnis durchaus zustimmte. Dies alles versuchte Clement zu nutzen, um seine Verhandlungsposition gegenüber den Grünen zu verbessern.¹⁷⁷

In den Verhandlungen selbst zeigte sich Clement gegenüber den Grünen zu wenig Zugeständnissen bereit. Er unternahm den Versuch, die Ergebnisse durch eine öffentlich errichtete Drohkulisse zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Sein Verhandlungsstil wird mitunter als „unbeherrscht“ und „kraftmeierisch“ beschrieben.¹⁷⁸

¹⁷³ vgl. Hinckley, Barbara (1976), S. 7.

¹⁷⁴ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 102ff.

¹⁷⁵ Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 248.

¹⁷⁶ vgl. Reuters/dpa: Gespräch zwischen Clement und Möllemann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.05.2000.

¹⁷⁷ vgl. Schilder, Peter (2000), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.05.2000.

¹⁷⁸ vgl. Pascal Beucker (2002), in: taz 08. Oktober 2002.

Peer Steinbrück (2002-2005): Koalitionsdemokratie

Der Wechsel in der Landesregierung von Clement hin zu Steinbrück in 2002 brachte für die Koalitionsdemokratie keineswegs Entspannung. Steinbrück kam als unideologischer Pragmatiker und Sanierer. Wenngleich er in seiner Nominierungsrede auf dem SPD-Parteitag in Essen noch betont hatte, dass er an der Koalition festhalte, steuerte er diese gleich zu Beginn seiner Amtszeit in eine handfeste Regierungskrise und suchte die direkte Konfrontation mit dem ungeliebten Koalitionspartner.¹⁷⁹ „Er schien wie von Sinnen, als wolle er das Projekt Rot-Grün blindwütig in den Dreck stoßen.“¹⁸⁰ Die Krise endete mit dem sogenannten „Düsseldorfer Signal“. Dahinter verbarg sich eine Abmachung mit den Grünen, Beschlüsse künftig schneller umzusetzen. In der Praxis jedoch erwies sich dieser Beschluss als weitgehend wertlos.¹⁸¹ Steinbrück ging als Verlierer der Konfrontation hervor. Korte/Florack/Grunden¹⁸² machen dafür ein falsches Kommunikationsmanagement und mangelnden Rückhalt in der Partei verantwortlich. Der Versuch, Handlungsspielräume allein durch Einsatz der Ministerpräsidentendemokratie zu öffnen, scheiterte. Neumann sieht den Koalitionsstreit gar als bloßes Ablenkungsmanöver, um die Medienaufmerksamkeit von der mangelnden Handlungsfähigkeit der Regierung und der WestLB-Affäre um Politikerflüge abzulenken.¹⁸³

2.5 Mediendemokratie

Demokratie und Medien stehen in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Ohne die Medien ist eine moderne Demokratie nicht lebens- und funktionsfähig. Die Medien sind das Kontrollorgan der Regierungsarbeit, übernehmen die Herstellung von Öffentlichkeit sowie die politische Sozialisation der Bürger.¹⁸⁴ Die zunehmende Beobachtung durch die Medien hat die Spielregeln und damit auch die Handlungsspielräume der Politik verändert, zumal „die professionelle Herstellung von Öffentlichkeit (...) mehr denn je als ein zentraler Kompetenzbereich der Politik selbst angesehen wird.“¹⁸⁵ Die Medien übernehmen in der Mediendemokratie die Rolle des demokratiethoretisch notwendigen Souveräns, dessen Legitimation die politischen Akteure suchen. „Grundsätzlich gilt, dass eine Regierung, die glaubt, die Funktionslogiken des Mediensystems ignorieren zu können, zwangsläufig scheitern muss.“¹⁸⁶ In modernen Demokratien versuchen die Regierungen deshalb, ihre besondere Stellung im Mediensystem zur Profilierung und Verwirklichung der eigenen Strategie zu nutzen.

Die Medienpolitik auf Landesebene ist im Vergleich zur Bundes- wie auch Kommunalebene unterentwickelt. Sie ist geprägt durch einen hohen Grad an Personalisierung. Der Minister-

¹⁷⁹ vgl. Westfälische Rundschau, 03.11.2002.

¹⁸⁰ Willeke, Stefan (2005), in: Die Zeit, 11.05.2005.

¹⁸¹ vgl. Willeke, Stefan (2005), in: Die Zeit, 11.05.2005.

¹⁸² vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 324.

¹⁸³ vgl. Neumann, Paul (2003), in: Freitag, 04.07.2003.

¹⁸⁴ vgl. Schatz, Heribert (2002/2003), S. 1.

¹⁸⁵ Sarcinelli, Ulrich (1998), S. 13.

¹⁸⁶ Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 111.

präsident ist der dominierende machtpolitische Faktor.¹⁸⁷ Auf Landesebene lässt sich ein Zustand des „Permanent Campaigning“¹⁸⁸ ausmachen: Die Spitzenakteure versuchen stetig, über Agenda-Setting die politische Berichterstattung zu dominieren, um der Opposition präventiv den Spielraum für eigene Problemdeutungen zu nehmen.

Der Ministerpräsident hat – aufgrund der kaum vorzufindenden Berichterstattung der Medien über die Landespolitik – grundsätzlich zwei Wege, um sich Legitimation zu verschaffen:¹⁸⁹ Auf der einen Seite kann er den Weg über die Bundespolitik wählen und sich über dortige Entscheidungen profilieren. Auf der anderen Seite kann er über die Kommunalpolitik, also die Präsenz auf lokalen Parteiveranstaltungen, den Kontakt zur Basis suchen.

Die Medienpolitik nutzt vor allem dem innersten Zirkel der Macht, da Politik vor allem personalisiert verkauft wird. Dabei ist Medienpolitik alles andere als kalkulierbar. Für die Erarbeitung und Durchsetzung von Problemlösungsstrategien hat die Mediendemokratie deshalb eine weitaus geringere Bedeutung als die anderen Strukturmerkmale.¹⁹⁰

Wolfgang Clement (2000-2002): Mediendemokratie

Die begrenzte Macht der Mediendemokratie musste auch Clement erfahren. „Clements große Schwäche ist – neben Ungeduld – sein Hang zum vermeintlich „großen Wurf“.“¹⁹¹ Formelle Abstimmungsprozesse versuchte er durch Medien- und Öffentlichkeitsarbeit zu beeinflussen, um damit Handlungsspielräume zu eröffnen. „Erst einmal von einer Idee überzeugt, wird der passionierte Jogger zum unaufhaltsamen Sprinter. Beratungsresistent und ohne Rücksicht auf den richtigen Zeitpunkt, geschweige denn auf die eigene Partei oder gar den kleineren Koalitionspartner prescht er dann vor. So erreicht er zwar wenig, aber das mit vollem Einsatz.“¹⁹²

Clement nutzte Themen, die im öffentlichen Interesse standen, um sich als Macher und Politikmanager zu profilieren. Seine Defizite in der Parteien- und Koalitionsdemokratie kompensierte er durch Besetzen von Themen auf der Medienagenda. „Beobachter und Politiker schreiben Clements Vorgehen, Sachverhalte zum Thema machen, ohne sich um die politischen Eindrücke zu kümmern, seinem Naturell zu. So ist er nun mal, heißt es in der SPD.“¹⁹³

¹⁸⁷ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 111.

¹⁸⁸ vgl. ebda., S. 112.

¹⁸⁹ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 114.

¹⁹⁰ vgl. ebda., S. 111f.

¹⁹¹ Pascal Beucker (2002), in: taz 08.10.2002.

¹⁹² ebda.

¹⁹³ Horn, Ulrich (2001), in: WAZ, 06.06.2001.

Peer Steinbrück (2002-2005): Mediendemokratie

Auch Steinbrück maß Partei und Fraktion nur geringen Einfluss bei. In der Öffentlichkeit wurden „Wahrheit und Klarheit“¹⁹⁴ zu seinen Leitmotiven. Allerdings war er sich nicht von Anfang an der Bedeutung der Medien gewahr.¹⁹⁵ „Die symbolische Seite von Politik unterschätzt er, die menschliche Geste, weil er alles unterschätzt, was seinen Geist nicht fordert.“¹⁹⁶

Zunehmend versuchte Steinbrück, der mageren Medienbegleitung der Landespolitik mit einem Bezug zur Bundespolitik zu begegnen, um dadurch Spielräume zurückzugewinnen. Machte Steinbrück anfangs offen Werbung für die „Agenda 2010“, so wollte er sich gegen Ende der Legislaturperiode (z.B. durch Befürwortung des Kündigungsschutzes) davon wieder deutlich abgrenzen. In den Augen vieler Beobachter war es vor allem die geringe Identifikation mit der SPD und ihren sozialen Werten, die ihn im Mai 2005 den Wahlsieg kostete. Die Partei konnte nur rund 60 Prozent ihres Wählerpotenzials mobilisieren.¹⁹⁷

3. Das Zusammenwirken der Strukturmerkmale

Regierungshandeln spielt sich im Zusammenwirken der benannten Strukturelemente ab. Es gilt, die aus den unterschiedlichen Funktionslogiken der Handlungsebenen resultierenden Zielkonflikte durch ein geschicktes Abwägen von Vor- und Nachteilen so klein wie möglich zu halten. Um in komplexen Situationen Handlungspotenziale zu erschließen, haben sich verschiedene Strategien herausgebildet.

Erstens muss jede Partei übergreifende Prioritäten setzen. Diese Prioritäten müssen den eigenen Handlungslogiken und Kompetenzfeldern entsprechen, um mittels Maximierung des Policy-Outputs Legitimation durch die Wähler zu gewinnen. Inhaltliche Leitlinien sind ein Mittel der Komplexitätsreduktion. Doch sind sie nur Vorgaben. Politik ist nicht bis ins Detail planbar. Deshalb besteht die Vorgehensweise bei der Themenpriorisierung im Alltag aus einem langsamen Vortasten, dem Typus des „inkrementalistischen Regierens“.¹⁹⁸ Ohne einen übergreifenden Plan fehlt dem Regieren aber das Strategische, die Handlungskompetenzen verringern sich.

Zweitens können Akteure durch Techniken des informellen Regierens Handlungsspielräume wieder neu erschließen. Zu nennen sind hier insbesondere zwei Techniken: die „Machtzentralisierung“ und das „stille Regieren“.¹⁹⁹ Machtzentralisierung betreibt der Ministerpräsident durch Knüpfen von Netzwerken und die Sicherung seines Einflusses auf Entschei-

¹⁹⁴ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 327.

¹⁹⁵ vgl. Schumacher, Theo, Neue Rhein Zeitung, 20. November 2002.

¹⁹⁶ Willeke, Stefan (2005), in: Die Zeit, 11. Mai 2005.

¹⁹⁷ vgl. Schurian, Christoph, taz, 04. September 2006.

¹⁹⁸ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 119.

¹⁹⁹ vgl. ebda., S. 120.

dungsprozesse. Innerhalb derartiger Netzwerke erfolgt dann das stille Regieren: Diskussionen werden fernab der Öffentlichkeit ausgetragen, Entscheidungsprozesse entziehen sich den Augen der Beobachter. Dies sorgt für den in der Mediendemokratie notwendigen geschlossenen Eindruck und bestärkt damit die Führungsqualität. Besonders auf Landesebene spielen derartige informelle Regierungstechniken eine Rolle, da die Handlungskompetenzen in vielen Politikfeldern sehr stark beschränkt sind.

In der praktischen Analyse hilft die Kategorisierung in einzelne Strukturmerkmale des Regierens, Handlungen immer im Kontext jeweils systembedingter Prozesse und Logiken zu erklären. Der Ministerpräsident ist hier der dominierende Akteur. Die starke Exekutivlastigkeit der Landespolitik spricht Parlament und Partei nur geringe Bedeutung als Initiatoren politischer Projekte zu. Als Machtressource sind sie zwar wichtig, spielen aber auch für Clement und Rau nur eine vergleichsweise geringe Rolle. Fehlenden Rückhalt versuchen beide durch ein Ausweichen in die Ministerpräsidentendemokratie und die Medienpolitik auszugleichen. In punkto Verhandlungsdemokratie setzt Clement stärker auf informelle Abstimmungen und korporatistische Verfahren. Im Gegensatz zu Clement, der sich gerne hohe Ziele setzt, versucht Steinbrück, Etappenziele zu erreichen. Entscheidungen will er im Team durch Überzeugung oder, wo das nicht möglich ist, durch Machtressourcen der Ministerpräsidentendemokratie von oben durchsetzen.

Es wird deutlich, dass die Strukturmerkmale ein jeweils leicht unterschiedliches Gewicht für politische Entscheidungsprozesse in der 13. Legislaturperiode besitzen. Dies hilft bei der Reduktion von Komplexität und der Suche nach Erklärungsmustern. Tabelle 1 stellt die jeweiligen Kompetenzen und Handlungsressourcen der beiden Ministerpräsidenten Clement und Steinbrück stark vereinfacht dar.

Tabelle 1: Der Einfluss der Strukturmerkmale auf die Entscheidungsfindung

	Wolfgang Clement (2000-2002)	Peer Steinbrück (2002-2005)
Ministerpräsidentendemokratie	++	++
Parteiendemokratie	-	--
Verhandlungsdemokratie	+	+/-
Koalitionsdemokratie	-	--
Mediendemokratie	++	+

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 1 ist als schematische Darstellung der Machtressourcen der Ministerpräsidenten zu verstehen. Die Bewertung der Einflussstärke ist nicht allgemeingültig und auch nicht immer trennscharf. Sie kann aber eine Hilfe sein, wenn es darum geht, die Ergebnisse der quanti-

tativen Prüfung des Analysemodells realitätsnah zu bewerten und dabei die Einflussstärken einzelner Strukturmerkmale zu identifizieren.

III. Methodischer Rahmen

Im theoretischen Analysezugang wurden existente Theorien in einen gemeinsamen Rahmen gestellt und Annahmen über Zusammenhänge und Einflussfaktoren zwischen Darstellungs- und Umsetzungsseite der Politik formuliert. Im methodischen Analysezugang wird nun ein den Forschungsfragen angemessenes Forschungsdesign für die quantitative Analyse erstellt. Die dazu notwendigen Methoden werden identifiziert, ihr Einsatz und Ineinandergreifen definiert.

1. Erfassen der Darstellungsseite

An erster Stelle muss die Frage stehen, wie konkret die Darstellungsseite der Politik für eine empirische Überprüfung zu operationalisieren ist. Darstellungspolitik kann als Gesamtheit der nach außen gerichteten Kommunikation eines politischen Systems definiert werden. Darunter fällt die Selbstdarstellung und Rechtfertigung bzw. anschlussfähige Vermittlung politischer Inhalte ebenso wie Willensbekundungen jedweder Natur. Für eine empirische Erfassung und Analyse muss dieses äußerst vielschichtige und komplexe Kommunikationsgefüge eingegrenzt werden.

Zu Beginn steht hier eine Begrenzung auf die politischen Handlungsabsichten. Nur diese zukunftsgerichteten Willensbekundungen sind für die geplante Entscheidungsanalyse von Bedeutung. Somit bleiben Rechtfertigungen bestehender Entscheidungen, Interpretationen politischer Sachverhalte und nicht intentionale Äußerungen zu politischen Inhalten außen vor.

Forschungspraktisch ist es aber kaum möglich, alle zukunftsgerichteten Willensbekundungen, sei es in Landtagsdebatten, in Pressekonferenzen, Interviews oder in Reden politischer Akteure über einen Zeitraum von fünf Jahren zu erfassen. Zusätzlich erschwert wird eine Analyse, wenn widersprüchliche Aussagen und Zielkorrekturen anzutreffen sind. Deshalb muss hier eine weitergehende forschungspraktische Beschränkung erfolgen, wobei auf thematische Geschlossenheit und eine gewisse Repräsentativität für den Gesamtkomplex des politischen Gestaltungswillens der 13. Legislaturperiode NRW zu achten ist. Im Bereich des Möglichen liegt es, in sich geschlossene und damit thematisch vollständige programmatische Dokumente zu erfassen. Klingemann²⁰⁰ unterscheidet hier zwischen Grundsatzpro-

²⁰⁰ vgl. Klingemann, Hans-Dieter (1989), S. 99.

grammen, Wahlprogrammen und Aktionsprogrammen. Jedes dieser programmatischen Dokumente erfüllt spezifische Ziele, was sich in konkreten inhaltlichen Unterschieden bemerkbar macht. Klingemann macht diese Unterschiede an fünf Kriterien fest, wie Tabelle 2 zeigt.

Tabelle 2: Typologisierung von programmatischen Dokumenten

	Grad der Konkretisierung der Ziele	Grad der Handlungsorientierung	Zeithorizont	Zahl benannter Politikbereiche	Grad der Verbindlichkeit
Grundsatzprogramm	gering	gering	sehr langfristig	umfassend	hoch
Wahlprogramm	hoch	hoch	begrenzt (Legislaturperiode)	hoch (Schwerpunkt auf aktuellen Themen)	hoch
Aktionsprogramm	hoch	hoch	begrenzt	ausgewählt	hoch
Koalitionsvereinbarung*	hoch	hoch	begrenzt (Legislaturperiode)	hoch	hoch

Quelle: Klingemann²⁰¹/eigene Darstellung

In der Politikwissenschaft gibt es mehrere Forschungsarbeiten, die die Darstellungsseite über programmatische Dokumente erfassen – maßgeblich wird hierbei auf Wahlprogramme zurückgegriffen.

In der deutschen Regierungspraxis finden zumeist Koalitionen aus zwei Parteien an die Macht. In einer Koalition müssen Kompromisse zwischen den Wahlinhalten der mit der Regierungsbildung beauftragten Parteien gefunden werden. Ausdruck finden diese im Koalitionsvertrag, der damit zugleich ein Produkt der den Wahlen nachgelagerten politischen Willensbildung ist. Der Koalitionsvertrag kann besser als etwa Wahlprogramme die politischen Leitlinien und den Gestaltungswillen der Regierungspolitik der nächsten fünf Jahre wiedergeben. „Die Langzeitwirkungen der Parteiprogramme werden in Koalitionsvereinbarungen in mittelfristige Handlungsanleitungen operationalisiert.“²⁰² Koalitionsvereinbarungen gelten in der Politikwissenschaft als „Magna Charta“²⁰³ der politischen Planung, die die „Grundlinien der Regierungsarbeit und manchmal ihre Details festlegt.“²⁰⁴

Inhaltsanalytische Bearbeitung

Die Operationalisierung der Darstellungsseite kann in Form einer inhaltsanalytischen Erfassung und Aufarbeitung eines programmatischen Dokumentes, also etwa eines Koalitionsvertrages, erfolgen. In der politikwissenschaftlichen Forschung gibt es hierfür eine Reihe von

²⁰¹ vgl. Klingemann, Hans-Dieter (1989), S. 99.

²⁰² von Beyme, Klaus. (1997), S. 99.

²⁰³ ebda., zit nach Schreckenberger, W. (1994), S. 329.

²⁰⁴ ebda.

Ansätzen. Neben dem „Comparative Manifesto Project“ hat in 1980 Pomper in seiner Untersuchung „Elections in America“²⁰⁵ nachzuweisen versucht, dass Wahlprogramme mehr als bloße Rhetorik sind und sich tatsächlich im späteren politischen Handeln niederschlagen.²⁰⁶ Daneben ist hier Rallings²⁰⁷ zu nennen. Er untersucht vergleichend die Verwirklichung von Handlungsabsichten in Großbritannien und Kanada, greift dabei auf die jährlich vorgetragenen Regierungserklärungen zurück. Rölle²⁰⁸ nimmt Bezug auf Wahlprogramme und Regierungserklärungen, analysiert hierbei auch den Einfluss der Programme der Oppositionsparteien.

Die benannten Forschungsansätze haben gemeinsam, dass aus programmatischen Dokumenten Handlungsabsichten extrahiert und in mehrere Politikfelder kategorisiert werden. Dafür wurden jeweils eigene Kategoriensysteme entwickelt. Unterschiede zeigen sich vor allem, was den Detailgrad und die Ausgestaltung der Erhebungen betrifft.

Das Forschungsdesign des CMP ist derzeit das am weitesten verbreitete Verfahren. Es wurde bereits an Wahlprogrammen und anderen programmatischen Dokumenten in verschiedenen Ländern getestet und vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) auf das politische System Deutschlands angepasst.²⁰⁹ Im Mittelpunkt steht die Identifizierung von Problemen. Für jedes erfasste Problem wird erhoben, welche Positionen vertreten und welche Lösungsangebote in Form von politischen Handlungsabsichten benannt werden. Für die vorliegende Arbeit wird das Analyseschema in weiten Teilen übernommen, in Teilbereichen jedoch an das spezifische Forschungsinteresse angepasst: Probleme stehen auch hier im Zentrum der Erfassung, doch werden davon ausgehend nur die Handlungsabsichten erhoben, die dazugehörigen Positionen werden nicht festgehalten. Sie dienen im Analyseschema des WZB dazu, weltanschauliche bzw. ideologische Unterschiede zwischen verschiedenen programmatischen Dokumenten zu identifizieren, worauf im vorliegenden Fall verzichtet wird. Die folgenden Seiten geben einen Einblick in die dieser Arbeit zugrunde liegenden Analysedimensionen.²¹⁰

1.1. Identifikation des Problems

Die Inhaltsanalyse erfasst die Schwerpunktsetzung und die politische Planung des Koalitionsvertrages. Der erste Schritt der Codierung ist die Identifikation der konkret genannten Problemfelder. Probleme haben keine „objektive Existenz“²¹¹ Sie sind vielmehr definiert als

²⁰⁵ vgl. Pomper, Gerald M. (1980), S. 149-203.

²⁰⁶ vgl. dazu auch: Urselmann, Andrea/Manden, Oliver (2003), S. 3.

²⁰⁷ vgl. Rallings, Colin (1987), S. 1-14.

²⁰⁸ vgl. Rölle, Daniel (2000), S. 821-833.

²⁰⁹ vgl. Volkens, Andrea (2002).

²¹⁰ zu den nachfolgend dargestellten Analysedimensionen vgl. Volkens, Andrea (2002), S. 5ff.

²¹¹ vgl. Scharpf, Fritz (1976), S. 14.

„Soll-Ist-Diskrepanz zwischen Anspruchsniveau und Befriedigung und können deshalb sowohl aus einer Verschlechterung der realen Situation als auch aus der Eskalation der Ansprüche entstehen.“²¹² In einem Satz des Koalitionsvertrages können mehrere Probleme angesprochen werden, in einem anderen dagegen keines. Die gesamte Analyse orientiert sich nicht an Sätzen oder Textstellen, sondern an den genannten Problemen. Ein Problem ist dann zu codieren, wenn:²¹³

- ein explizites Defizit benannt wird (zu hoch/zu niedrig)
- ein Handlungsbedarf artikuliert wird (es muss etwas getan werden/Reformen sind notwendig)
- eine Handlungsabsicht besteht (wir werden tun)

Eine erste Gliederung der angesprochenen Probleme in verschiedene Politikfelder ermöglicht quantitative Aussagen zur Bedeutung einzelner Politikbereiche.²¹⁴

Politikfeld

010 Bereich Bildungs- und Forschungspolitik

020 Bereich Infrastrukturpolitik

030 Verkehrspolitik

040 Energiepolitik

050 Umweltpolitik

060 Bereich gesellschaftliche und politische Ordnung

070 Bereich Sozialpolitik

080 Bereich Arbeitspolitik

090 Bereich Wirtschaftspolitik

100 Bereich Finanzpolitik

110 Bereich Rechtspolitik

120 Bereich Auswärtiges

130 Bereich Kultur-, Medien- und Freizeitpolitik

²¹² Scharpf, Fritz (1976), S. 14.

²¹³ vgl. Volkens, Andrea (2002), S. 5.

²¹⁴ vgl. ebda., S. 28ff.

1.2 Identifikation von Handlungsabsichten

Eine *Handlungsabsicht* liegt dann vor, wenn der Autor eine konkrete Maßnahme umsetzen will, bzw. formuliert, dass er handeln will. Keine Handlungsabsicht liegt dagegen vor, wenn nur ein *Handlungsbedarf* aufgezeigt wird, ohne dabei ein konkretes eigenes Vorhaben zu definieren.²¹⁵ In den Texten treten folgende Formulierungen auf:

Handlungsabsicht:

- „Wir werden dafür sorgen...“
- „Wir werden darauf achten...“
- „Unsere Partei setzt sich dafür ein...“
- „Wir sind bereit zu unterstützen...“
- „Wir drängen auf...“

Handlungsbedarf:

- „das ist notwendig...“
- „das zwingt zu...“
- „Wir verlangen...“

In einem nächsten Schritt werden die Handlungsabsichten danach unterschieden, ob sie ein konkretes Handlungsinstrument (z.B. Umsetzung eines Gesetzes, Etablierung von Programmen, Subventionen,...) beinhalten oder nicht. Dies ermöglicht eine Kategorisierung nach dem Grad der Konkretheit und der empirischen Überprüfbarkeit:

00 keine Handlungsabsicht, kein Handlungsbedarf

- Es liegt keine Handlungsabsicht vor bzw. eine Handlungsnotwendigkeit ist nicht erkennbar.

01 allgemeine Handlungsabsicht, allgemeiner Handlungsbedarf

- Die Art der Handlung ist sehr allgemein formuliert (z.B. den Frieden fördern).
- Eine Veränderungsnotwendigkeit wird benannt, ohne dass erkennbar ist, wie diese Veränderung in Angriff genommen werden soll (z.B. die Gleichberechtigung von Mann und Frau muss verwirklicht werden).
- Die Probleme beziehen sich nicht auf konkrete Situationen, sondern auf Bewusstseinsveränderungen (z.B. Stärkung der Bildungsbereitschaft).

²¹⁵ vgl. Volkens, Andrea (2002), S. 6f.

02 Handlungsabsicht oder Handlungsbedarf mit erkennbaren Maßnahmen

- Erkennbar ist, wie ein dargestelltes Defizit behoben werden soll (z.B. X soll (durch Y) verwirklicht werden...).
- Maßnahmen in einem eingegrenzten Bereich werden angekündigt oder für notwendig erachtet (z.B. Bau von Kinderspielflächen).

03 spezifische Handlungsabsicht, spezifischer Handlungsbedarf

- Unmittelbar nachprüfbar, quantifizierbare Maßnahmen werden benannt (z.B. Gesetze, Steuern, Berichte, Programme).
- Unmittelbar nachprüfbar, quantifizierbare Maßnahmen werden nicht direkt benannt, sind aber aus der Formulierung als einzig mögliches Handlungsinstrument erkennbar.
- Ein Problem soll durch aufeinander abgestimmte, detaillierte Bündel von Maßnahmen gelöst werden (z.B. Sicherung der Energieversorgung: durch sparsamen Energieverbrauch, Nutzung heimischer Kohle, Entwicklung neuer Energiequellen; Investitionsförderung: durch steuerliche Hilfen, stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse oder vermögensbildende Maßnahmen).

Wird im Detailgrad der Code 03 verschlüsselt, so wird das dort benannte Handlungsinstrument ebenfalls codiert.

Handlungsinstrumente

01 Gesetze

02 Gesetzesnovellen (Anpassung, Verschärfung, Aufhebung, Amnestie)

03 Verordnungen

06 Anwendung bestehender Gesetze und Verordnungen

13 Steuern und Abgaben (Gestaltung, Entlastung, Belastung)

16 Haushaltsmaßnahmen (Umschichtungen, Bereitstellung von Mitteln)

17 öffentliche Investitionen (insbesondere Infrastrukturinvestitionen)

18 Sozialleistungen

19 Subventionen, Kredite (auch: Kürzung bestehender Finanzhilfen)

20 Programme (Fünfjahresplan, Bildungsgesamtplan, -reform; Sport-, Aktionsprogramme)

21 wissenschaftliche Information und Beratung

22 Kommissionen

23 Ausschüsse

24 Hearings

25 Forschungsaufträge

26 Gutachten, Berichte

27 Stiftungen
 28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen (Neubildung, Auflösung, Festlegung von Zuständigkeiten)
 29 Öffentlichkeitsarbeit, Information der Bevölkerung
 31 Modellprojekte
 32 Statistiken
 33 Gespräche, Verhandlungen, Absprachen, Zusammenarbeit
 42 Verfahrensregelungen
 50 Beitritt zu oder Ausbau von internationalen Organisationen
 51 internationale Abkommen, Verträge (auch: deren Anwendung)
 52 internationale Verhandlungen, Konferenzen und Zusammenarbeit
 98 mehrere Instrumente
 99 sonstige Instrumente

1.3 Identifikation von Adressaten des geplanten Handelns

Wird ein Instrument genannt, werden im Weiteren die gesellschaftlichen Gruppen erfasst, für die gehandelt werden soll. Die Variable weist auf eine Klientelpolitik im Sinne der Nutznießung bestimmter Maßnahmen hin. Gesellschaftliche Gruppen werden dann als Klientel klassifiziert, wenn ihnen Vergünstigungen materieller Art (z.B. Erhöhung der Renten) oder symbolischer Art (Solidarität mit der Frauenbewegung) in Aussicht gestellt werden.

Bezugsgruppen

01 Arbeitnehmer
 02 Arbeiter
 03 Facharbeiter
 04 Angestellte
 05 Manager/leitende Angestellte
 06 Beamte
 07 Angestellte im öffentlichen Dienst
 08 Arbeiter im öffentlichen Dienst
 09 Arbeitslose
 10 ältere Arbeitnehmer
 11 Betriebs- und Personalräte
 12 Groß-, Besserverdienende, Privilegierte
 15 Arbeitgeber
 16 Selbständige
 17 Unternehmer

18 Landwirte
19 Mittelstand
20 Wirtschaft
21 mittelständische Unternehmen
22 Großkonzerne/Großunternehmen
23 Handel
24 Handwerk
25 Banken
26 Betriebe, Firmen
27 Landwirtschaft
30 Verbraucher
31 Mieter
35 Steuerzahler
36 Sparer
41 Schüler
42 Studenten
43 Pädagogen (Erzieher, Lehrer)
44 Auszubildende
46 Künstler, Intellektuelle, Kritiker
48 wissenschaftlicher Nachwuchs
49 Wissenschaftler
50 Familien
51 Lebens- und Wohngemeinschaften
52 Eltern
53 Alleinerziehende
54 Mütter
55 Kinder
56 Arbeiterkinder
57 kinderreiche Familien
58 Jugendliche/die Jugend
59 Frauen
60 alte Menschen
61 Rentner
62 Heimbewohner
63 Patienten
64 Behinderte
65 psychisch Kranke

66 Suchtkranke
67 Opfer von Straftaten
68 Opfer von Unfällen
69 Ärzte
70 Minderheiten
71 Ausländer
72 Flüchtlinge
73 Asylanten
74 Vertriebene/Kriegsopfer
75 sozial Schwache
76 Straffällige
80 Kriegsdienstverweigerer
81 Militärpersonen
90 Volk/Bürger/Bevölkerung/Öffentlichkeit
91 gesellschaftliche Schichten ohne konkrete Nennung

2. Erfassen der Handlungsseite

Um Aussagen über die Verwirklichung der Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages treffen zu können, muss diesen im nächsten Schritt das konkrete politische Handeln gegenübergestellt werden. In der politikwissenschaftlichen Forschung gibt es hierfür eine Reihe ganz unterschiedlicher Ansätze, denen unterschiedliche Untersuchungsfragen zugrunde liegen. Tabelle 3 stellt die Untersuchungsrahmen, Forschungsdesigns und die Ergebnisse der existierenden Forschungsarbeiten vergleichend dar.²¹⁶

²¹⁶ vgl. dazu auch: Urselmann, Andrea/Manden, Oliver (2003), S. 3ff.

Tabelle 3: Ansätze zur Bestimmung der Korrelation zwischen politischer Planung und Handlung

Autor	Untersuchungs-gegenstand	Land	Forschungsfragen/Thesen	Operationalisierung der Darstellungsseite	Operationalisierung der Handlungsseite
Comparative Manifesto Project (CMP) der Manifesto Research Group (MRG)	Wahlprogramme und Regierungserklärungen verschiedener Jahre und Legislaturperioden	Diverse Länder	Spiegeln sich die Handlungsabsichten von Wahlprogrammen in den Haushaltsausgaben?	Inhaltsanalyse. Erfasst werden drei Kategorien von Textausschnitten in 54 Politikfeldern: 1. Probleme 2. Positionen 3. Handlungsabsichten	Haushaltsausgaben je Politikfeld
Ergebnisse	Es existiert eine starke Beziehung zwischen Wahlprogrammen und Haushaltsausgaben. Wahlprogramme ermöglichen bis zu einem gewissen Grad eine Vorhersage der Haushaltsausgaben.				
Gerald M. Pomper	Wahlprogramme 1944-1964	USA	Schlagen sich Wahlprogramme im politischen Handeln nieder?	Inhaltsanalyse. Erfasst werden nur Handlungsabsichten. Diese werden drei Kategorien zugeordnet: 1. <i>Rhetoric and fact (allgemeine Grundwerte)</i> 2. <i>Evaluation of parties records/past performances</i> 3. <i>Statements of future policies</i> Nur Kategorie 3 wird auf ihre Erfüllung untersucht und vorher weiter kategorisiert: (1) Rhetorical Pledges, (2) General Pledges, (3) Pledges of continuity, (4) Expressions of goals and concerns Pomper führt mit dem "pledge weight" ein Maß für die Präzision einer Handlungsabsicht ein: (1) <i>rhetorische Versprechen</i> bis zu (6) <i>hohe Präzision</i> .	Für jede in die Zukunft gerichtete Willensbekundung wird die konkret erfolgte politische Handlung recherchiert. Der Grad an Erfüllung wird in folgender Weise operationalisiert: 1. volle Ausführung 2. direkte Ausführung durch Präsidenten oder andere exekutive Stellen 3. dem Versprechen ähnliche Handlungen werden vollzogen 4. keine Erfüllung, keine Handlungen
Ergebnisse	Wahlprogramme haben Einfluss auf das politische Handeln.				
Collin Rallings	Jährliche Regierungserklärungen 1956-1979	Großbritannien und Kanada	Wie groß ist der Einfluss von Regierungserklärungen auf das Regierungshandeln?	Präzise Handlungsabsichten nach einem dreigliedrigen Analyseraster: 1. Grad an Priorität 2. Wichtigkeit 3. Grad an Kontroverse	Zum Ende der Legislaturperiode umgesetzte Gesetzesentwürfe
Ergebnisse	Wahlprogramme haben Einfluss auf das politische Handeln. Die Zahl der eingehaltenen Versprechen überwiegt. In Großbritannien werden 63,7 Prozent, in Kanada 71,5 Prozent der benannten Handlungen umgesetzt. Koalitionsregierungen bzw. föderale Verhandlungsstrukturen erschweren die Umsetzung.				

Autor	Untersuchungs-gegenstand	Land	Forschungsfragen/Thesen	Operationalisierung der Darstellungsseite	Operationalisierung der Handlungsseite
Francoises Petry	Wahlprogramme 1960-1989 Zeitreihenregressions-analyse	Frankreich	Beeinflussen die Wahlprogramme (a) der Regierung (b) der Opposition die Haushaltsausgaben?	Inhaltsanalyse. Quantitative Erfassung von Aussagen zur Minderung oder Erhöhung der Haushaltsausgaben in 13 Politikfeldern. Die Aussagen werden gegeneinander aufgerechnet, daraus ein Index gebildet, der positiv oder negativ ausfallen kann. Im gewählten Untersuchungsdesign ist es nicht möglich, Aussagen über einzelne Wahlprogramme oder Regierungen zu treffen.	Entwicklung der Haushaltsausgaben in 13 Politikfeldern über den Zeitraum 1960-1989. Erfassung der genauen Tendenz über Regressionskoeffizienten
Ergebnisse	Wahlprogramme haben einen Einfluss auf die Haushaltsausgaben. Dabei macht es einen Unterschied, ob eine Partei an der Regierung oder in Opposition ist. Insgesamt, so die Statistik, konnte sich die Opposition in Frankreich besser durchsetzen. Die Umsetzungswahrscheinlichkeit steigt, wenn eine Partei das betreffende Ressort selbst besetzt.				
Daniel Rölle	Untersuchung des Themas „Wohlfahrtsstaat“ anhand bereits codierter Wahlprogramme der Legislaturperioden 1949-1953; 1965-1969; 1969-1972; 1983-1987.	Deutschland	Weicher Zusammenhang besteht zwischen Wahlprogrammen und dem politischen Handeln? Agieren die Fraktionen im Bundestag kongruent zum eigenen Wahlprogramm?	Rückgriff auf Bestandsdaten des CMP	Jede Form parlamentarischen Handelns: Gesetzesentwürfe, Sachanträge, Änderungsanträge, Entschließungsanträge, große und kleine Anfragen, Beantragung aktueller Stunden.
Ergebnisse	Das politische Handeln im Bereich des Wohlfahrtsstaats übertrifft die in den Wahlprogrammen angekündigten Maßnahmen zahlenmäßig. Rölle sieht dadurch die Prognosefähigkeit bestätigt.				

Wie ersichtlich wird, lassen sich grundsätzlich zwei unterschiedliche Wege der Operationalisierung der Handlungspolitik aufzeigen:

1. Ansätze, die politisches Handeln in Form von Haushaltsausgaben operationalisieren
2. Ansätze, die politisches bzw. parlamentarisches Handeln erfassen

Zu ersterer Gruppe gehören die Arbeiten, die im Rahmen des CMP der Manifesto Research Group veröffentlicht wurden. Zu nennen sind hier etwa Hofferbert/Klingemann²¹⁷ bzw. Klingemann/Hofferbert/Budge.²¹⁸ Die Darstellungsseite wird hierbei anhand von 54 Politikfeldern erhoben. Den Handlungsabsichten je Politikfeld werden in der Auswertung die Haushaltsausgaben gegenübergestellt. Wenn programmatische Dokumente sich in tatsächlichem Handeln niederschlagen, sollten die Politikfelder der Theorie zufolge im Haushaltsbudget eine ähnlich hohe Bedeutung entfalten. Dies ist, so die Quintessenz der Untersuchungen, in der Regel auch der Fall. Die CMP-Untersuchungen dokumentieren eine gute Prognosefähigkeit der programmatischen Dokumente bezüglich der Ausgabenverteilung.

Petry²¹⁹ erhält in seinen Untersuchungen zur Politik in Frankreich ähnliche Ergebnisse. Er operationalisiert politisches Handeln über die Haushaltsausgaben in 13 Politikfeldern, erhebt dabei einen Zeitraum von 29 Jahren (1960-1989) und bildet den Regressionskoeffizienten, um die genaue Tendenz der Ausgaben zu identifizieren. Diese wird dann dem aus den Wahlprogrammen berechneten Index an Aussagen zur Erhöhung bzw. Senkung der Ausgaben gegenübergestellt. Wahlprogramme, so sein Fazit, haben Einfluss auf die Haushaltsstruktur. Dabei spielt es vor allem eine Rolle, ob die Partei das entsprechende Ressort selbst besetzt. Auch zeigen sich Unterschiede zwischen den Wahlprogrammen der Regierung und Opposition, die Petry nicht erwartet hatte, denn die Wahlprogramme der Opposition wiesen eine bessere Prognosefähigkeit für die Ausgabenstruktur auf.

Zur letztgenannten Gruppe von Autoren, die den Policy-Output über politisches bzw. parlamentarisches Handeln erfassen, gehört Pomper. In seiner Untersuchung zur amerikanischen Politik entwickelt er ein umfassendes Analyseraster, mit dem er die Handlungsabsichten bezüglich ihrer Art und Weise und ihrer Präzision kategorisiert. Anschließend stellt er den konkret überprüfbaren Handlungsbekundungen die tatsächliche Handlung gegenüber. Den Grad an Erfüllung operationalisiert er in vier Kategorien von „eins“ für volle Ausführung bis „vier“ für keine Erfüllung.²²⁰ Im Ergebnis kann Pomper einen erkennbaren Einfluss der untersuchten Wahlprogramme auf das politische Handeln nachweisen.

²¹⁷ vgl. Hofferbert, Richard I./Klingemann, Hans-Dieter (1990)

²¹⁸ vgl. Klingemann, Hans-Dieter/Hofferbert, Richard I./Budge, Ian (1994)

²¹⁹ vgl. Françoises Petry (1987), S. 324-344.

²²⁰ vgl. Urselmann, Andrea/Manden, Oliver (2003), S. 14ff.

Rallings²²¹ untersucht das britische und kanadische Regierungssystem und diagnostiziert für beide Demokratien relativ hohe Umsetzungsgrade politischer Handlungsabsichten. Nach der Erfassung der Handlungsabsichten kategorisiert er diese anhand ihrer Priorität, ihrer Wichtigkeit und dem Grad an Kontroverse. Auf Handlungsseite erhebt er die in einer Legislaturperiode verwirklichten Gesetzesentwürfe. Durch die Art des gewählten Untersuchungszugangs findet er Indizien dafür, dass die Parlamentstätigkeit vor Wahlen ansteigt. Dies gilt zumindest dann, wenn sie am Anfang einer Legislaturperiode nicht besonders hoch war. Auch registriert Rallings ein stetiges Ansteigen der Versprechen im Laufe der Jahre in Großbritannien. Dieses Ansteigen führt er auf die steigende Bedeutung der Sozialpolitik zurück. Was die Umsetzungswahrscheinlichkeit betrifft, unterscheidet er zwischen verschiedenen Typen von Handlungsabsichten: „Clear promises to increase pensions and other benefits (often by a named amount) and to repeal ideologically unacceptable legislation passed by a previous administration are invariably kept. (...) The pledges least likely to be fulfilled are the small minority where the government cannot ensure their passage or which involve the expenditure of large amounts of public money on electorally unappealing and/or low priority projects.“²²² Aus den vorliegenden Daten zieht er den Schluss, dass föderale Strukturen und Koalitionsregierungen die Umsetzung politischer Planung erschweren.

Rölle²²³ schließlich nimmt Bezug auf Bestandsdaten des CMP, greift sich gezielt vier Legislaturperioden der Bundesrepublik heraus. Er analysiert 18 Wahlprogramme von sieben Parteien und untersucht dabei jeweils nur das Themenfeld „Wohlfahrtsstaat“. Die Handlungsseite operationalisiert er als parlamentarisches Handeln in Form von Gesetzesentwürfen, Sachanträgen, Änderungsanträgen, Entschließungsanträgen, großen und kleinen Anfragen und der Beantragung aktueller Stunden. Insgesamt bezieht er 5.893 parlamentarische Handlungen mit ein. Seine Ergebnisse zeigen, dass das Themengebiet Wohlfahrtsstaat in der politischen Umsetzung stärker präsent ist als auf Darstellungsseite. Einzig für den untersuchten Zeitraum der großen Koalition ist das Verhältnis defizitär. Rölle zieht hieraus den Schluss, dass programmatische Dokumente Einfluss auf die Entscheidungspolitik haben.²²⁴ Allerdings zeigen sich in seiner Gegenüberstellung bisweilen deutliche Abweichungen – die Umsetzungsseite ist in manchen Fällen mehr als doppelt so stark ausgeprägt als die Darstellungsseite.²²⁵

Bewertung

Die Ansätze von Rallings und Rölle, in einer Legislaturperiode verabschiedete Gesetze bzw. parlamentarisches Handeln als Indikator für die Handlungsseite zu zählen, sind im Kontext

²²¹ vgl. Rallings, Colin (1987): The influence of election programmes: Britain and Canada 1945 – 1979.

²²² Rallings, Colin (1987), S.13.

²²³ vgl. Rölle, Daniel/Müller, Petra/Steinbach, Ulrich W. (2001).

²²⁴ vgl. ebda., S. 85ff.

²²⁵ vgl. Urselmann, Andrea/Manden, Oliver (2003), S. 14f.

der eingeschränkten Handlungskompetenz der Landespolitik zu bewerten. Auf Landesebene gibt es nur wenige Politikbereiche, in denen die Landesregierung relative Autonomie besitzt. Wo dies nicht der Fall ist, wird fehlende parlamentarische Handlungskompetenz durch informelle Politiken kompensiert. Zentraler Akteur ist hier der Ministerpräsident. In Rölles Ansatz bleibt er dennoch weitgehend unberücksichtigt. Die Operationalisierung der Handlungsseite in Form parlamentarischen Handelns greift dementsprechend zu kurz. Pomper bietet als Grundlage für das Analyseraster einen umfassenderen Ansatz, indem er den Handlungsabsichten das tatsächliche Handeln gegenüberstellt und alle Formen politischen Handelns mit einbezieht.

Zur Operationalisierung der Darstellungs- und Handlungsseite der Politik können mehrere Ansätze herangezogen werden. Bei der Übertragung auf den vorliegenden Forschungsfall gilt es zusätzlich, die Spezifika der Landespolitik zu berücksichtigen. Es stellt sich die Frage, wie gut die Prognosefähigkeit der beschriebenen Analysezugänge im konkreten Fall der 13. Legislaturperiode in NRW zu bewerten ist.

Bezüglich der Ausgabenverteilung ist die nordrhein-westfälische Landesregierung in der 13. Legislaturperiode nach Art. 109 Abs. 1 GG in der Haushaltswirtschaft grundsätzlich selbständig und unabhängig, soweit die Haushaltsplanung nicht im Widerspruch zum gesamtgesellschaftlichen Gleichgewicht steht. Ausdruck dessen ist der gemeinsame Finanzplanungsrat, in dem Bund und Länder vertreten sind. Hier werden Rahmenbedingungen wie z.B. maximale Steigerungsraten für die Ausgaben festgelegt.

Was die Gestaltung der steuerlichen Einnahmen betrifft, können die Länder allerdings fast ausschließlich über den Bundesrat Einfluss geltend machen – zumindest bei den bedeutenden Steuerarten wie Einkommens-, Lohn-, Körperschafts- und Mehrwertsteuer. Zu den originär landespolitisch festzulegenden Steuerarten gehören einzig die ertragsschwächeren wie etwa die Kraftfahrzeugs-, Grunderwerbs- und Erbschaftssteuer. Beschnitten wird die Autorität der Länder in Finanzangelegenheiten weiterhin durch den Finanzausgleich, der für eine Umverteilung von Mitteln zwischen reicheren und ärmeren Ländern sorgt. NRW zählt mit kurzen Unterbrechungen von Beginn an zu den Geberländern.²²⁶

Festzuhalten bleibt: Der Haushaltsplan ist ein zentrales Instrument der Handlungsfähigkeit und der Gestaltungschancen einer Landesregierung. Da fast alle politischen Maßnahmen finanzielle Mittel erfordern, kann er als „politisches Programm in Zahlen“²²⁷ verstanden werden. Die Landesregierung genießt zwar einerseits verfassungsgemäß Autonomie, was die

²²⁶ vgl. Andersen, Uwe (2000), S.165.

²²⁷ vgl. ebda.

Steuerung der Ausgaben betrifft, bei der Aufstellung des Haushaltes ist sie jedoch durch die föderale Komponente gebunden, die sie in ihrer Handlungsfähigkeit gegenüber der Bundesregierung beschneidet. Zusätzlich verengt sind die Handlungs- und Gestaltungsspielräume durch die drückende Schuldenlast. Richtungsweisende Prioritätsverschiebungen auf Ausgabenseite lassen sich deshalb nur über längere Zeiträume verwirklichen – die Dauer einer Legislaturperiode erscheint hier unter Umständen zu kurz. Diese Fakten gilt es in der folgenden Analyse und Bewertung angemessen zu berücksichtigen.

3. Analysezugang

Die Überprüfung der Handlungsabsichten soll in zwei Schritten erfolgen. An erster Stelle wird den Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages die Ausgabenverteilung einzelner Politikfelder gegenübergestellt. Hier werden grundlegende Übereinstimmungen bzw. Unterschiede identifiziert. Die Ergebnisse können jedoch erst zufrieden stellen, wenn die Handlungsabsichten des Vertragswerkes anknüpfend an Pomper in einem nächsten Schritt einer Output-Überprüfung unterzogen werden. Dies impliziert eine Analyse, inwieweit einzelne Handlungsbekundungen wirklich umgesetzt werden konnten.

In der Vorbereitung der weiteren Untersuchung muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass das Forschungsdesign zwischen beiden Analyseschritten von quantitativ zu qualitativ wechselt. Der Abgleich mit der Ausgabenverteilung ist rein quantitativ orientiert. Hier können alle Handlungsabsichten des 119 Seiten umfassenden Koalitionsvertrages einbezogen werden. Im Gegensatz dazu macht die qualitative Analyse der Umsetzung einzelner Handlungsabsichten eine Selektion des vorliegenden Untersuchungsmaterials unabdingbar. Am Anfang des Vertragswerks befindet sich ein hierzu geeignetes elfseitiges Kapitel („Eine Allianz für das Zukunftsland NRW“), in dem die Kernabsichten der einzelnen Politikbereiche in einer Art Summary verdichtet dargestellt werden. Die dort genannten Handlungsabsichten müssen in Folge anhand ihrer Konkretheit und empirischen Überprüfbarkeit kategorisiert werden.

Einer Überprüfung unterzogen werden nur Handlungsabsichten, die ein unmittelbar nachprüfbares, quantifizierbares Handlungsinstrument enthalten. Nur so ist es möglich, den Policy-Output, also das konkrete Handeln, zu erfassen. Davon abzugrenzen ist der Policy-Outcome, der das Resultat bzw. das geplante Ziel der Handlung darstellt. Dieser findet keine Berücksichtigung, denn die Folgen einer Handlung sind – gerade in einer derart komplexen Umgebung wie der Landespolitik – nicht immer trennscharf zu ermitteln. Zudem müssten hier die einzelnen gesellschaftlichen Bezugsgruppen und deren teils gegensätzliche Partialin-

teressen hinreichend berücksichtigt werden. Denn die Frage, inwieweit ein Gesetz oder Programm Erfolg hatte, kann je nach Blickwinkel durchaus unterschiedlich interpretiert werden.

Basis der Analyse des Policy-Output der Handlungsseite bilden Interviews mit Ministerien, Verbänden bzw. Organisationen sowie umfangreiche Internet- und Datenbankrecherchen. Als Ergebnis kann für jede ausreichend konkretisierte Handlungsabsicht der Grad der Erfüllung angegeben werden. Das hierfür verwendete Kategorienschema lehnt sich an das von Pomper an:

00 keine eindeutige Aussage möglich

- Ist die Umsetzung einer bestehenden Handlungsabsicht nicht eindeutig zu recherchieren und in eine der Kategorien 01 bis 03 einzuordnen, wird der Code 00 vergeben.

01 keine Erfüllung, keine Handlungen

- Keine der angekündigten Maßnahmen wurde umgesetzt.
- Es erfolgten nachweislich keine wahrnehmbaren Maßnahmen, die der Erreichung der angekündigten Ziele dienten.

02 dem Versprechen ähnliche Handlungen wurden vollzogen

- Es wurden Handlungen vollzogen, die das angekündigte Ziel verfolgen. Dabei ist jedoch nicht genau prüfbar, ob dies genau die angekündigten Instrumente waren oder nicht.
- Es wurden nur Teile der angekündigten Maßnahmen bzw. ähnliche Maßnahmen umgesetzt.

03 Handlungsabsicht wurde erfüllt

- Die benannte/n Maßnahme/n wurde/n auf der politischen Entscheidungsseite vollständig umgesetzt.

Anhand der Zahl erfüllter bzw. nicht erfüllter Handlungsabsichten können schließlich Profile der Umsetzungsgrade für die einzelnen Politikfelder erstellt und ins Verhältnis zueinander gesetzt werden. Drei der Theoriemodelle des in Kapitel I vorgestellten Analysemodells lassen sich für eine empirische Untersuchung hinreichend kategorisieren. Sie werden wie im Folgenden dargestellt für jede erfasste Handlungsabsicht der Präambel des Koalitionsvertrages codiert.

3.1 Die gesellschaftliche Priorität des Themas

Grundannahme ist, dass die Priorität eines Themas in der Öffentlichkeit Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung nimmt. Eine demokratisch gewählte Regierung wird sich, der Logik des Machterhalts folgend, in erster Linie auf jene Handlungen konzentrieren, die einen umfassenden Mehrwert für möglichst breite Teile der Bevölkerung versprechen. In Anlehnung an Heinelt²²⁸ lässt sich die Priorität von Handlungsabsichten im inhaltsanalytischen Kategoriensystem wie folgt operationalisieren:

00 keine erkennbare Klassifikation der Maßnahme

Liegt keine Handlungsabsicht vor bzw. ist die Priorität einer bestehenden Handlungsabsicht keiner der nachfolgenden Kategorien 01 oder 02 eindeutig zuzuordnen, wird der Code 00 vergeben.

01 individuelle Policy-Wirkungen

Code 01 beschreibt Handlungsabsichten, die auf differenziellen Problemen fußen und entsprechend nur eingegrenzte Zielgruppen bzw. Teile der Bevölkerung, nicht das Volk als Ganzes betreffen. Im Koalitionsvertrag lassen sich differenzielle Handlungsabsichten schon anhand der Wahl der Adressaten, der Nutznießer einer Handlung (Variable V9 Adressaten), festmachen. In V9 werden die Codes 01 bis 81 bzw. 91 vergeben, nicht der Code 90 *Volk/Bevölkerung*. Es werden also immer eingegrenzte Bezugsgruppen angegeben. Beispielfhaft zu nennen sind etwa Handlungsabsichten, die auf eine Senkung der Arbeitslosigkeit (bezieht sich auf Arbeitssuchende bzw. Arbeitslose) oder die Bildungspolitik (Schüler, Studenten bzw. Personen in Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen sowie Lehrer oder Dozenten) zielen.

02 kollektive Policy-Wirkungen

Code 02 wird vergeben, wenn Handlungsabsichten kollektive Wirkungen entfalten, die gesamte Bevölkerung adressieren. Beispielfhaft zu nennen sind hier etwa Handlungsabsichten, die sich auf die politische Partizipation (z.B. in Form von Volksbegehren) beziehen. Hiervon sind alle Bevölkerungsteile betroffen. Auch Handlungen, die sich auf die Energie- und Umweltpolitik beziehen, entfalten in der Regel kollektive Betroffenheit, sofern nicht nur Teilbereiche wie der Lärmschutz entlang einer bestimmten Autobahn etc. angesprochen werden. Kollektive Wirkungen entfalten Handlungsabsichten definitionsgemäß, wenn im Koalitionsvertrag als Nutznießer in Variable V9 der Code 90 *Volk/Bevölkerung* verwendet wird.

²²⁸ vgl. Heinelt, Hubert (2003), S. 248ff.

Tabelle 4: Codierung der gesellschaftlichen Priorität einer Handlungsabsicht

Kategorie	Problemtyp	Formulierung der Handlungsabsicht	Indikatoren
<i>00 keine erkennbare Klassifikation der Maßnahme</i>	nicht erkennbar	Aus der Formulierung geht nicht eindeutig hervor, in welche Kategorie eine Handlungsabsicht einzuordnen ist.	In V9 wird der Code 91 vergeben (es ist unklar, ob eingegrenzte Zielgruppen oder die Bevölkerung als Ganzes adressiert werden.)
<i>01 individuelle Policy-Wirkungen</i>	differenziell	Aus der Formulierung geht klar hervor, dass eingegrenzte Zielgruppen adressiert werden	In V9 werden die Codes 01 bis 81 bzw. 91 vergeben.
<i>02 kollektive Policy-Wirkungen</i>	kollektiv	Aus der Formulierung geht klar hervor, dass die Bevölkerung in NRW als Ganzes adressiert wird.	In V9 wird der Code 90 vergeben.

3.2 Policy-Arten

Handlungsabsichten können nicht nur anhand ihrer Priorität, sondern auch anhand der Art ihrer Wirkung kategorisiert werden. Grundsätzlich unterschieden wird zwischen distributiven, redistributiven und regulativen Policies. Distributive Policies sind leichter durchzusetzen. Die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung auf politischer Entscheidungsseite ist somit höher als bei redistributiven und regulativen Policies.

00 keine erkennbare Klassifikation der Maßnahme

Liegt entweder keine Handlungsabsicht vor bzw. ist die Policy-Art einer bestehenden Handlungsabsicht nicht eindeutig einer der nachfolgenden Kategorien 01 bis 03 zuzuordnen, wird der Code 00 vergeben.

01 redistributive Policies

Der Begriff „Redistribution“ oder „Umverteilung“ bezeichnet „die Korrektur der [marktwirtschaftlichen] Einkommensverteilung mithilfe finanzwirtschaftlicher Maßnahmen.“²²⁹ Eine redistributive Handlungsabsicht beinhaltet dementsprechend immer zwei Seiten: Verfügbares Sozialkapital wird einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe entnommen, um es einer anderen zu geben. Was einer Gruppe zu Gute kommt, muss von einer anderen bezahlt bzw. abgegeben werden. Aus der im Koalitionsvertrag gewählten Formulierung geht diese Tatsache klar hervor. Es wird also nicht nur angegeben, wer Nutznießer ist, sondern auch, wer dafür bezahlen bzw. Zuwendungen oder Privilegien abgeben muss. Es gibt somit eindeutige Gewinner und Verlierer (z.B. Neuausrichtung von Investitionen durch Zurückführen der Kulturausgaben im Landeshaushalt).

²²⁹ Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG (1997), S. 690.

02 regulative Policies

Regulative Policies sind auf Regulierung ausgerichtete Handlungsabsichten. Regulierung beinhaltet die „Aufstellung allgemeiner Verhaltensregeln, die mittelbar Verteilungswirkungen haben.“²³⁰ Regulative Policies dienen also nicht der Umverteilung, sondern der Durchsetzung von festen Regeln bzw. der Etablierung neuer Vorschriften, Gesetze und Ordnungsanweisungen. Es gibt eine Trennung von Personengruppen, die von derartigen Entscheidungen profitieren, und solchen, die als „Verlierer“ daraus hervorgehen (z.B. Rauchverbot, Nachtflugverbot an Flughäfen, Ausbau Verkehrswege, Erhöhung der Frauenquoten in der Personalpolitik).

03 distributive Policies

Geld und Leistungen werden verteilt, ohne dass spezifischen gesellschaftlichen Gruppen aus der Formulierung der Handlungsabsichten erkennbare Nachteile entstehen (z.B. Anheben der Forschungsförderung, Erhöhung des Kindergeldes).

Tabelle 5: Codierung einer Handlungsabsicht nach Policy-Arten

Kategorie	Problemtyp	Formulierung der Handlungsabsicht	Indikatoren
00 keine erkennbare Klassifikation der Maßnahme	nicht erkennbar	Aus der Formulierung geht nicht eindeutig hervor, in welche Kategorie eine Handlungsabsicht einzuordnen ist.	Nicht genau in eine der nachfolgenden Kategorien kategorisierbar
01 redistributive Policies	Auf Umverteilung von Geld- und Sachleistungen ausgerichtet.	Aus der Formulierung geht klar hervor, dass Geld- und Sachleistungen von einer gesellschaftlichen Gruppe in NRW zusätzlich eingezogen bzw. bestehende Leistungen reduziert werden. Die frei gewordenen Mittel werden an anderer Stelle wieder verteilt.	Geld- und Sachleistungen werden um- oder neu verteilt. Die den Menschen in NRW zustehende Menge an Gütern wird dadurch nicht vermehrt. Es gibt eindeutige Gewinner und Verlierer.
02 regulative Policies	Regulierend, auf die Etablierung von Vorschriften ausgerichtet.	<u>Aus der Formulierung geht klar hervor, dass die Handlungsabsichten die Durchsetzung von Regeln verfolgen bzw. der Etablierung neuer Vorschriften, Gesetze und Ordnungsanweisungen dienen.</u>	<u>Policies, die auf Regulierung, z.B. Etablierung neuer Gesetze und Vorschriften fokussieren.</u>
03 distributive Policies	Auf Verteilung zusätzlicher Geld- und Sachleistungen ausgerichtet	Aus der Formulierung geht klar hervor, dass neue Geld- und Sachleistungen verteilt werden. Diese Leistungen werden zusätzlich aufgebracht und es wird nicht erkennbar, dass hierfür Einsparungen an anderer Stelle nötig sind, die die Menschen in NRW direkt betreffen.	Zusätzliche Geld- und Sachleistungen werden verteilt, ohne dass an anderer Stelle ein Sparzwang erkennbar wird. Die den Menschen in NRW zustehende Menge an Gütern wird dadurch scheinbar vermehrt.

²³⁰ <http://www.nilsbandelow.de/pfa06r04.pdf>

3.3 Richtung der Handlung

Handlungsabsichten können anhand ihres Gestaltungswillens unterschieden werden. Dies ermöglicht Aussagen über den Veränderungs- und Erneuerungscharakter von Textpassagen. Grundsätzlich wird hier die These zugrunde gelegt, dass die Entscheidungskosten mit zunehmendem Gestaltungswillen steigen. Die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung von auf Veränderung zielenden Handlungsabsichten ist niedriger als bei vergleichbaren, auf Kontrolle bzw. Stabilisierung ausgerichteten Handlungsabsichten. In Anlehnung an das Analyseschema des CMP wird die Richtung der Handlung in folgenden Kategorien erfasst.²³¹

00 keine erkennbare Klassifikation der Maßnahme

Liegt entweder keine Handlungsabsicht vor bzw. ist die Richtung einer bestehenden Handlungsabsicht nicht eindeutig einer der Kategorien 01 bis 03 zuzuordnen, wird der Code 00 vergeben.

01 Veränderung

Code 01 beschreibt Handlungsabsichten, die auf eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse abzielen. Hier werden unter anderem Formulierungen wie „verändern“, „verbessern“ oder „ausweiten“ verwendet (z.B. Senkung der Abgabenlast, Ausweitung von direktdemokratischen Instrumenten, mehr Autonomie für die Hochschulen).

02 Kontrolle

Code 02 definiert einen Bereich zwischen den beiden Polen 01 und 03. Er kommt dann zum Einsatz, wenn z.B. bestehende Verträge eingehalten bzw. bereits existierende Gesetze oder Verordnungen durchgesetzt werden sollen (z.B. Weiterführung des Zukunftsinvestitionsprogramms für Arbeit und Umwelt, konsequente Anwendung bestehender Gesetze des Strafvollzugs zum Opferschutz).

03 Stabilisierung, Aufrechterhaltung des Status Quo

Code 03 wird vergeben, wenn bestehende Verhältnisse gegen Widerstand aufrechterhalten oder gegen Handlungsabsichten Anderer verteidigt werden sollen (z.B. Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit, Kampf gegen Bildungs- und Sozialabbau, Ablehnung neuer Gesetzesvorhaben). Tabelle 6 stellt die Kategorisierung nach der Richtung der Handlung vergleichend dar.

²³¹ vgl. Volkens, Andrea (2002) S. 49.

Tabelle 6: Codierung der Richtung einer Handlungsabsicht

Kategorie	Problemtyp	Formulierung der Handlungsabsicht	Indikatoren
<i>00 keine erkennbare Klassifikation der Maßnahme</i>	nicht erkennbar	Aus der Formulierung geht nicht eindeutig hervor, in welche Kategorie die Handlungsabsicht einzuordnen ist.	Nicht genau in eine der nachfolgenden Kategorien kategorisierbar
<i>01 Veränderung</i>	Auf Veränderung der bestehenden Verhältnisse ausgerichtet	Aus der Formulierung geht klar hervor, dass bestehende Sachverhalte geändert werden sollen oder dass durch eine Handlung ein Wandel herbeigeführt werden soll.	Policy-Wechsel durch Neuausrichtung, Wandel, Veränderung
<i>02 Kontrolle</i>	Auf Kontrolle bzw. Einhaltung bestehender Verhältnisse ausgerichtet	Aus der Formulierung geht klar hervor, dass bestehende Sachverhalte bzw. Handlungen fortgesetzt bzw. durchgesetzt werden sollen.	Fortführung bestehender Policies
<i>03 Stabilisierung, Aufrechterhaltung des Status Quo</i>	Auf Aufrechterhaltung bzw. Verteidigung bestehender Verhältnisse ausgerichtet	Aus der Formulierung geht klar hervor, dass bestehende Sachverhalte bzw. Handlungen gegen Veränderung oder Wandel verteidigt oder aufrechterhalten werden sollen.	Abwenden eines Policy-Wechsels, Verteidigung bestehender Policies durch Abwehr, Aufrechterhaltung

IV. Kontext

Die vorangegangenen Kapitel haben einen Überblick zum Forschungsstand und den existenten Theorien des Zusammenspiels von Darstellungs- und Entscheidungspolitik gegeben. Darauf aufbauend wurden das Forschungsdesign und die Operationalisierungssystematik von Darstellungs- und Handlungsseite entwickelt. Darstellungs- und Handlungspolitik wurden in theoretischer Hinsicht als Merkmale und Instrumente des Regierens skizziert, dabei wurde gezielt auf die Landespolitik in der 13. Legislaturperiode sowie die spezifischen Politikstile der beiden Ministerpräsidenten Wolfgang Clement und Peer Steinbrück eingegangen.

Das folgende Kapitel will einen kurzen Einblick in die Rahmenbedingungen der Landespolitik NRW und die 13. Legislaturperiode im Besonderen geben. Eine umfassende Übersicht vermitteln hier Korte/Florack/Grunden (2006), die sich in ihrem Werk „Regieren in NRW“ mit der Regierungspraxis und den wechselnden Ministerpräsidenten detailliert auseinandersetzen. Zunächst soll ein Blick auf die Vorbedingungen der 13. Legislaturperiode, mithin den Wahlkampf, die bereits angerissenen schwierigen Koalitionsverhandlungen, die Sitzverteilung im Landtag und die Regierungsbildung unter Clement geworfen werden. Eine Besonderheit stellt zweifelsfrei der Wechsel an der Spitze der Landesregierung von Clement zu Steinbrück samt Kabinettsumbildung und neuen Prioritäten in der Landespolitik dar.

1. Vom Wahlkampf zum Koalitionsvertrag

In ihrer Analyse der Landtagswahl NRW 2000 kommen Marcinkowski/Nieland (2002) zu der Einschätzung, dass die nachweisbaren Medieneffekte auf die Partei- und Kandidatenimages gegenüber den langfristigen Parteineigungen relativ gering ausfallen. Gleichwohl zeigt sich ein starker Grad an Personalisierung – gerade die Berichterstattung der nationalen Medien fokussiert sehr auf die Spitzenakteure. Wesentliches Ziel war es, Aufmerksamkeit zu erlangen – der Wahlkampf wurde selbst zum Wahlkampfthema.²³²

Die Arbeitslosigkeit war zweifellos eines der Spitzenthemen des Wahlkampfes 2000, der für Clement unter keinen guten Vorzeichen stand. Die SPD hatte deutliche Verluste bei der Landtagswahl 1999 hinnehmen müssen. Die Leistungsbilanz Clements sah in den Augen vieler Betrachter nicht gut aus. „Eine Bilanz seiner Arbeit als Ministerpräsident wirkt ernüchternd. Es fällt schwer, nur ein Erfolgsprojekt aus seinen über vier Amtsjahren zu nennen.“²³³ Die Arbeitslosigkeit lag bei rund 800.000, war höher denn je, die groß angekündigte Verwaltungsreform war nicht recht vorangekommen. Zudem lastete die Flugaffäre auf der SPD, was Clement zu einer Umstrukturierung seiner innersten Regierungsmannschaft zwang. Das Wahlergebnis war sowohl für die SPD als auch für die Grünen eine Enttäuschung. Beide Parteien mussten Stimmverluste hinnehmen. Die SPD erzielte mit 42,8 Prozent das schlechteste Ergebnis seit 42 Jahren. Die Wahlbeteiligung war insgesamt sehr niedrig.²³⁴ Der große Gewinner hieß FDP. Die Stimmengewinne, die sie von vier auf zehn Prozent katapultierten, sind nicht nur auf die CDU-Spendenaffäre, sondern zu einem Teil auch auf das Konto unzufriedener Wähler aus dem rot-grünen Lager zurückzuführen. Die Position der FDP im bevorstehenden Koalitionsreigen wurde damit auf Kosten der Grünen deutlich gestärkt.²³⁵

Die Koalitionsverhandlungen begannen am 21. Mai 2000. Während Clement sich alle Bündnisoptionen offen halten wollte, sprachen die Stimmung in der NRW-SPD sowie die bundespolitische Komponente samt den Machtverhältnissen im Bundesrat für eine Fortsetzung der Koalition mit den Grünen. Der angepeilte Modernisierungskurs Clements war nach dessen Einschätzung aber eher mit der FDP zu realisieren. Die Zusammenarbeit mit den Grünen nannte er unter Freunden schon einmal „eine Strafe Gottes.“²³⁶ Insbesondere die grüne Umweltministerin Bärbel Höhn war ihm ein Dorn im Auge – zu oft hatte sie Entscheidungen blockiert. Bereits vor den Verhandlungen war klar, dass er sie nicht mehr an der Spitze des Umweltministeriums haben wollte. Mit den Grünen schien aber eine Einigung ohne bzw. mit einer geschwächten Bärbel Höhn nicht machbar.²³⁷

²³² vgl. Marcinkowski/Nieland (2002), S. 111 f.

²³³ Neumann, Paul (2002), in: Freitag, 11.10.2002.

²³⁴ vgl. Neue Rhein Zeitung, 14.05.2000.

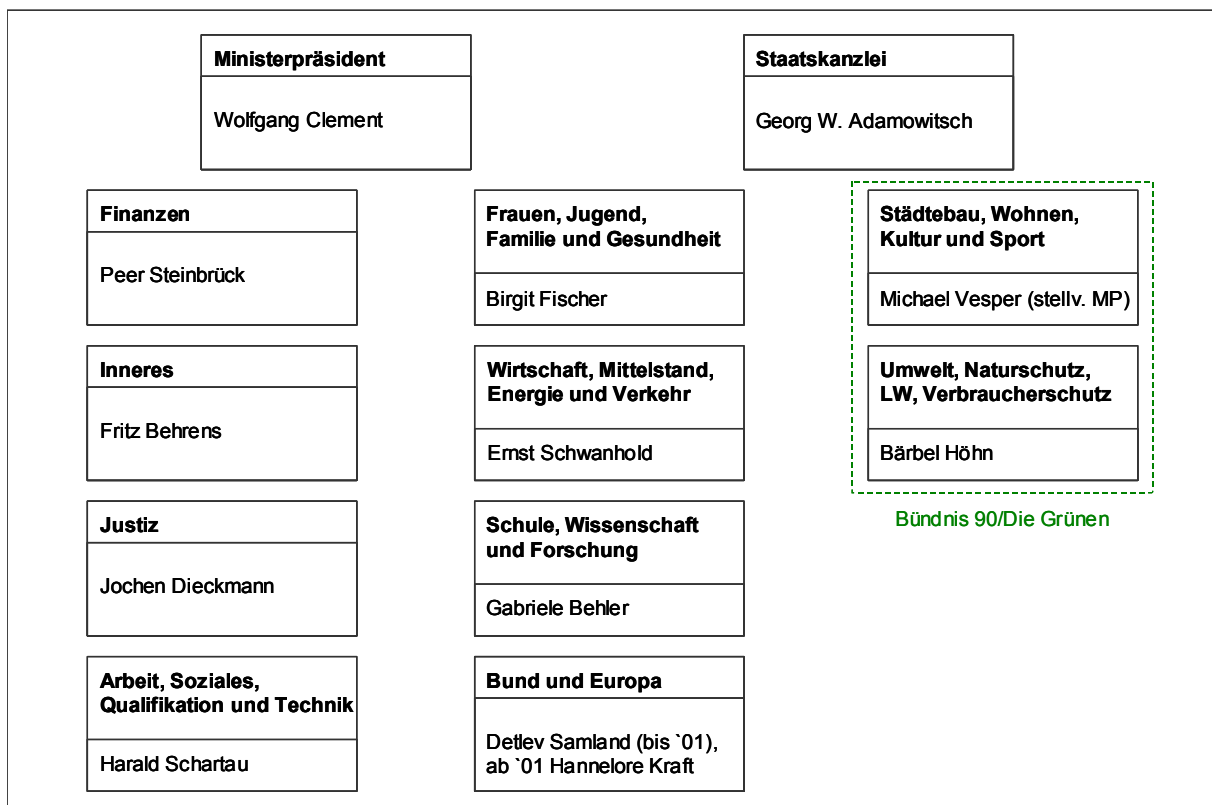
²³⁵ vgl. ebda.

²³⁶ vgl. Pascal Beucker (2002), in: taz 08.10.2002.

²³⁷ Schilder, Peter (2000), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.05.2000.

Die SPD war zwar gespalten, was die Bündnispolitik betraf, doch zeichnete sich eine leichte Mehrheit für eine Neuauflage von Rot-Grün aus – wobei hier insbesondere die bundespolitische Komponente starken Einfluss nahm. Strittige Themen in den Koalitionsverhandlungen waren vor allem Garzweiler II, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, mithin der Transrapid, Autobahnneubauten sowie der Ausbau der Flughäfen. Die Verkehrspolitik blieb bis zum Abschluss der Verhandlungen am 08. Juni 2000 strittig. Clement war zu keinen Kompromissen bereit, konnte sich aber, wie auch in der Energiepolitik, am Ende weitgehend durchsetzen. Bärbel Höhn durfte als Ausgleich das Umweltministerium behalten, büßte allerdings die Kompetenzen für Landesplanung und Raumordnung ein. Dafür wurde das zweite grüne Ministerium, das Bauministerium mit Michael Vesper an der Spitze, durch Hinzunahme der Stadtentwicklungs-, Kultur- und Sportpolitik aufgewertet.²³⁸ Das Ressort „Bund und Europa“ siedelte Clement direkt in der Staatskanzlei an und machte diese Themen damit zur Chefsache.

Grafik 4: Das Kabinett Clement



Quelle: Korte/Florack/Grunden (2006) S. 257

In seiner Regierungserklärung vom 30. August 2000 bestätigte Clement die Inhalte des Koalitionsvertrages, wobei das Umweltthema einen geringeren Stellenwert einnahm als noch 1998, dafür wirtschaftspolitische Themen und die Verwaltungsreform stärker zur Geltung ka-

²³⁸ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 248.

men. Vor allem die Projekte der Verkehrspolitik wurden von Clement detailliert beschrieben.²³⁹

2. Der 13. Landtag NRW

Der 13. Landtag nahm am 02. Juni 2000 offiziell die Arbeit auf. Ihm gehörten insgesamt 231 Abgeordnete aus vier Parteien an:

SPD:	102 Stimmen
CDU:	88 Stimmen
FDP:	24 Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen:	17 Stimmen

Das rot-grüne Regierungsbündnis verfügte somit über 119 Stimmen, die Oppositionsparteien über 112. In der 12. Legislaturperiode standen 132 Regierungsmandaten nur 89 der CDU gegenüber. Die Regierungsparteien lagen damit nur knapp über der absoluten Mehrheit von 116 Stimmen. Im Laufe der Legislaturperiode traten zudem je ein Abgeordneter der Grünen und der FDP aus ihrer Partei aus, was die Mehrheit der Regierungskoalition weiter schrumpfen ließ.²⁴⁰

Die Vorbereitung der Beratungen in den jährlich etwa 30 Plenarsitzungen übernehmen Ausschüsse, in denen die Fachleute der Fraktionen vereint sind. Sie arbeiten die Sachthemen auf, geben Empfehlungen für die Beschlussfassung. In der 13. Legislaturperiode hat der Landtag 24 derartige Fachausschüsse eingesetzt.²⁴¹

- Ständiger Ausschuss gemäß Artikel 40 der Landesverfassung
- Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
- Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
- Ausschuss für Frauenpolitik
- Ausschuss für Grubensicherheit
- Hauptausschuss
- Haushalts- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Haushaltskontrolle
- Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform
- Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

²³⁹ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 260.

²⁴⁰ vgl. ebd.

²⁴¹ vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen (2003), S. 7ff.

- Ausschuss für Kommunalpolitik
- Kulturausschuss
- Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
- Ausschuss für Migrationangelegenheiten
- Petitionsausschuss
- Rechtsausschuss
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung
- Sportausschuss
- Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen
- Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung
- Verkehrsausschuss
- Medienausschuss
- Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
- Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

Neben den Ausschüssen existierten drei übergeordnete Enquetekommissionen:

- Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“
- Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“
- Enquetekommission „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“

3. Der Übergang von Clement zu Steinbrück

Nach der gewonnenen Bundestagswahl 2002 berief Bundeskanzler Gerhard Schröder Wolfgang Clement als „Superminister für Wirtschaft“ in sein neues Kabinett. Für Clement bot dieser Wechsel die Möglichkeit eines guten Abgangs aus NRW, denn für die Zeit nach 2005 stand der in der SPD gut verwurzelte Harald Schartau bereits als designierter Nachfolger bereit.²⁴² Der Abgang Clements machte nun aber einen vorzeitigen Wechsel an der Spitze der Landesregierung notwendig – die SPD benötigte mitten in der Legislaturperiode einen neuen Ministerpräsidenten. Da der amtierende Arbeitsminister Harald Schartau jedoch keinen Sitz im Parlament hatte, und so nicht als Kandidat zur Verfügung stand, fiel die Wahl auf den Finanzminister, der zwar nicht die erste Wahl der Basis, aber der eigentliche Wunschkanndidat Clements war.²⁴³ Steinbrück hatte allerdings weder eine enge Verbindung zur Basis noch zur Partei. Wie Clement griff auch er deshalb nicht zum Parteivorsitz. Wie einst Franz Müntefering sollte Harald Schartau als Parteivorsitzender die Nähe zur Basis herstellen, die Politik des Ministerpräsidenten anschlussfähig machen.²⁴⁴

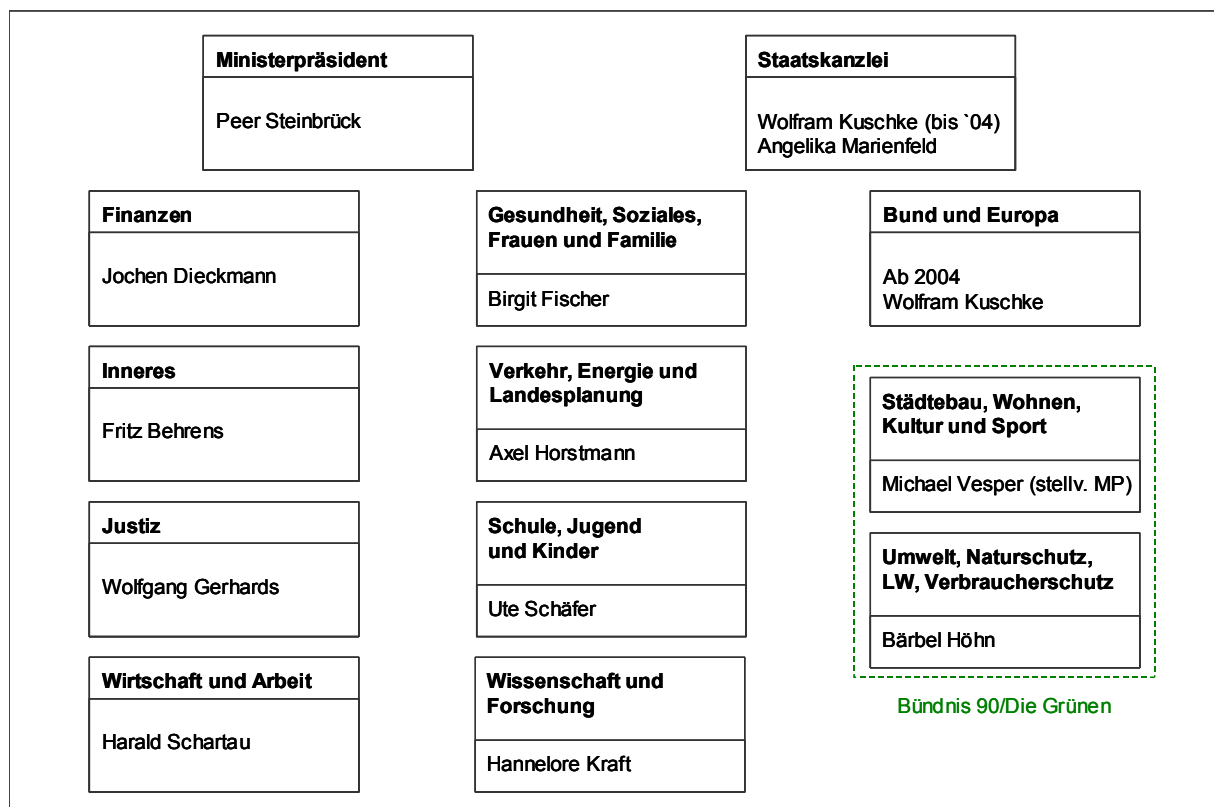
²⁴² vgl. Pascal Beucker (2002), in: taz 08.10.2002.

²⁴³ vgl. Seher, Dietmar, Westfälische Rundschau, 28.10.2002.

²⁴⁴ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 272 ff.

Seinen Amtsantritt am 06. November 2002 inszenierte Steinbrück als Signal des Neuanfangs. Während der Vereidigung seines neuen Kabinetts stellte er seine Regierung klar in Kontinuität zur Politik seines Vorgängers, bekannte sich zum rot-grünen Koalitionsvertrag.²⁴⁵ In vielen Punkten brach er aber dann doch mit seinem Vorgänger. Insbesondere die Medienpolitik, Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik sollten effizienter werden. Viele der einst gegründeten Landesgesellschaften stellte Steinbrück unverblümt in Frage. Anders als Clement wollte er klare Prioritäten setzen, sich nicht in zu viel Aktionismus verstricken und an erster Stelle erreichbare Nahziele angehen: „Wer nach zu vielem greift, wird wenig behalten.“²⁴⁶ Auch sein Verständnis von der Rolle des Staates wich in Teilen von dem Clements ab. Steinbrück sah diesen als Dienstleister und Impulsgeber und betonte die Eigenverantwortung der Bürger.

Grafik 5: Das Kabinett Steinbrück



Quelle: Korte/Florack/Grunden²⁴⁷

Er blieb seiner Vita als Finanzminister treu, nahm Abstand von Clements Hang zum Geld ausgeben.²⁴⁸ Schwerpunkte seiner Arbeit setzte er in den Bereichen Wirtschaft/Arbeit, Schule/Ganztagsunterricht sowie Haushalt/Finanzen.²⁴⁹

²⁴⁵ vgl. Schumacher, Theo (2002), in: Neue Rhein Zeitung, 20.11.2002.

²⁴⁶ Kleffner, Bernd (2002), in: Westfälische Rundschau, 20.11.2002.

²⁴⁷ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 280.

²⁴⁸ vgl. Schumacher, Theo (2002), in: Neue Rhein Zeitung, 20.11.2002.

²⁴⁹ vgl. Kleffner, Bernd (2002), in: Westfälische Rundschau, 12.11.2002.

Ein unverkennbares Zeichen der Veränderung war die Kabinettsumbildung, die einen Neuzuschnitt von sechs der elf Ressorts und vier neue Minister brachte. So wurden die Themen Wirtschaft und Arbeit, die bislang auf zwei Ministerien verteilt waren, in einem Ressort zusammengefasst, das Politikfeld Schule aus dem bisherigen Wissenschafts- und Bildungsministerium herausgelöst und einem neuen Ressort zugeteilt. Ziel war es, dieses Kompetenzfeld – auch als Folge des schlechten Abschneidens NRW in den PISA-Tests – stärker zu belegen.

Der Neuzuschnitt der Ressorts und die Auswahl der Minister sollten es Steinbrück ermöglichen, seine Machtressourcen der Ministerpräsidentendemokratie zu optimieren, um dadurch den Reformkurs seines Vorgängers fortsetzen und effizienter zu gestalten. Die schlechte Leistungsbilanz und seine fehlende Unterstützung durch Partei und Basis boten jedoch keine guten Ausgangsbedingungen für die verbleibenden zweieinhalb Jahre bis zur nächsten Landtagswahl. In seiner Regierungserklärung vom 20. November 2002 fehlten wesentliche Anknüpfungs- und Identifikationsangebote. Steinbrück redete viel über Modernisierung, wollte den Zuhörern klar machen, dass die immensen Probleme NRW nur zu überwinden sind, wenn alle Beteiligten ihren Anteil dazu beisteuern – vor allem in Form von Verzicht.²⁵⁰

V. Ergebnisse im Überblick

Die folgenden Seiten geben einen quantitativ orientierten Einblick in die Ergebnisse der Inhaltsanalyse des Koalitionsvertrages. Die statistische Auswertung zeigt, dass hier insgesamt 1672 Probleme thematisiert, das heißt als Missstände, Fehlentwicklungen und potenzielle Handlungsfelder in verschiedenen Politikfeldern aufgezeigt werden. Dem stehen 1520 Handlungsabsichten gegenüber. Es werden also nur 152 Probleme benannt, ohne einen entsprechenden Gestaltungswillen anzudeuten. Der Koalitionsvertrag zeigt sich damit sehr lösungsorientiert und entspricht auf den ersten Blick durchaus der ihm zugewiesenen Rolle als Planungsinstrument der künftigen Regierungsarbeit.

Tabelle 7: Probleme und Handlungsabsichten

	Häufigkeit	Prozent
Problem	1.672	52,4
Handlung	1.520	47,6
Gesamt	3.192	100,0

²⁵⁰ vgl. Kleffner, Bernd (2002), in: Westfälische Rundschau, 12.11.2002.

1. Problemdefinitionen und Handlungsabsichten nach Politikfeldern

In der empirischen Inhaltsanalyse können 13 übergeordnete Problemfelder unterschieden werden. Diese Untergliederung ermöglicht es, über die quantitative Verteilung von Problemdefinitionen und dazugehörigen Handlungsabsichten die Schwerpunkte der politischen Planung der 13. Legislaturperiode zu identifizieren.

Tabelle 8: Probleme und Handlungsabsichten nach Politikfeldern

	Zahl genannter Probleme	Prozent	Zahl genannter Handlungsabsichten	Prozent	Handlungsabsichten je Problem
Bildungs-/Forschungspolitik	274	16,4	261	17,2	0,95
Infrastrukturpolitik	68	4,1	53	3,5	0,78
Verkehrspolitik	167	10,0	147	9,7	0,88
Energiepolitik	53	3,2	47	3,1	0,89
Umweltpolitik	108	6,5	97	6,4	0,90
Gesellschaftliche und politische Ordnung	139	8,3	130	8,6	0,94
Sozialpolitik	376	22,5	361	23,8	0,96
Arbeitspolitik	102	6,1	97	6,4	0,95
Wirtschaftspolitik	66	3,9	48	3,2	0,73
Finanzpolitik	100	6,0	94	6,2	0,94
Rechtspolitik	52	3,1	41	2,7	0,79
Auswärtiges	36	2,2	28	1,8	0,78
Kultur, Medien, Sport, Freizeit	131	7,8	116	7,6	0,89
Gesamt	1.672	100,0	1.520	100,0	0,91

Tabelle acht schlüsselt die Ergebnisse nach Politikfeldern auf. Die Sozial- und Bildungspolitik sind mit Abstand die größten einzelnen Politikfelder. Mit insgesamt 650 Problemdefinitionen vereinen beide Kategorien 38,9 Prozent aller benannten Probleme auf sich. Mit einigem Abstand folgt die Verkehrspolitik (167 Probleme). In den Themenbereichen „Gesellschaftliche und politische Ordnung“ werden 139 Probleme aufgezeigt, in „Kultur, Medien, Sport und Freizeit“ 131. Die Umweltpolitik liegt mit 108 Problemdefinitionen noch vor der Arbeitspolitik (102 Probleme).

Durchschnittlich 0,91 Handlungsabsichten kommen auf ein genanntes Problem – am niedrigsten ist das Verhältnis mit 0,78 in den Bereichen Infrastruktur und Auswärtiges bzw. mit 0,79 in der Rechtspolitik. Die Sozial- und die Bildungspolitik erreichen mit 0,96 bzw. 0,95 hier die höchsten Werte.

Bewertung

Der Koalitionsvertrag präsentiert sich nach diesem ersten Überblick mit einem erkennbaren sozialen Profil. Abgesehen davon stehen aber die traditionellen Felder der Landespolitik,

mithin die Bildungs-, Verkehrs- und Kultur-/Freizeit-/Medienpolitik weit vorne. Die Planung orientiert sich damit in weiten Teilen an den tatsächlichen Handlungs- und Gestaltungskompetenzen der Landesregierung.

2. Adressaten des geplanten Handelns

Im Folgenden werden die Personengruppen abgebildet, für die gehandelt werden soll. In der Auswertung wird ersichtlich, dass mit 39,9 Prozent ein großer Teil der 1520 Handlungsabsichten abgegrenzte, aber nicht ausreichend spezifizierte gesellschaftliche Gruppen adressiert bzw. anspricht. Wer genau von der Handlung profitieren soll, bleibt unscharf. 210 Mal wird auf das „Volk“, die „Bevölkerung“ bzw. die „Bürger“ oder die „Öffentlichkeit“ verwiesen.

Tabelle 9: Von Handlungsabsichten profitierende Personengruppen

	Anzahl Nennungen	Prozent
Arbeitnehmer	19	1,3
Facharbeiter	1	0,1
Angestellte	2	0,1
Angestellte öffentlicher Dienst	10	0,7
Arbeitslose	14	0,9
Unternehmer	3	0,2
Landwirte	21	1,4
Wirtschaft	108	7,1
mittelständige Unternehmen	15	1,0
Handwerk	1	0,1
Verbraucher	15	1,0
Mieter	1	0,1
Schüler	73	4,8
Studenten	62	4,1
Künstler, Intellektuelle, Kritiker	10	0,7
wissenschaftlicher Nachwuchs	4	0,3
Wissenschaftler	10	0,7
Familien	28	1,8
Kinder	4	0,3
Jugendliche/die Jugend	33	2,2
Frauen	86	5,7
alte Menschen	21	1,4
Rentner	1	0,1
Patienten	11	0,7
Behinderte	27	1,8
psychisch Kranke	4	0,3
Suchtkranke	1	0,1
Opfer von Straftaten	8	0,5
Minderheiten	3	0,2
Ausländer	33	2,2
Flüchtlinge	24	1,6

sozial Schwache	30	2,0
Straffällige	9	0,6
Geringqualifizierte	2	0,1
Existenzgründer	2	0,1
Väter	2	0,1
Schwule/Lesben	5	0,3
Volk/Bürger/Bevölkerung/ Öffentlichkeit	210	13,8
gesellschaftliche Schichten ohne konkrete Nennung/ mehrere Gruppen	607	39,9
gesamt	1.520	100,0

Als größte einzelne Gruppe folgt die „Wirtschaft“ mit 7,1 Prozent bzw. 108 Nennungen. „Unternehmer“ werden dreimal adressiert, „mittelständische Unternehmen“ 15 Mal. Zusammen entfallen damit 8,3 Prozent der benannten Handlungsabsichten auf die Interessen der Industrie und der Arbeitgeber. Unter Einbezug der „Existenzgründer“ sind es 8,4 Prozent. Die Arbeitnehmerrolle ist demgegenüber unterrepräsentiert. Auf sie entfallen lediglich 22 Nennungen (Arbeitnehmer, Facharbeiter, Angestellte). Selbst unter Einbezug des öffentlichen Dienstes (zehn Nennungen) zielen nur 2,2 Prozent der Handlungsabsichten eindeutig auf die abhängig Beschäftigten in NRW. Die Arbeitslosen sind mit 0,9 Prozent genau wie die „Geringqualifizierten“ (0,1 Prozent) nur marginal vertreten.

Familien, Kinder, Jugendliche, Frauen und Väter kommen zusammen auf 153, alte Menschen und Rentner auf 22 Nennungen. Sozial Schwache werden 30 Mal, Minderheiten, Flüchtlinge und Ausländer 60 Mal konkret benannt. Diese klassischen Bezugsgruppen der Sozialpolitik stehen mit zusammen 265 Nennungen bzw. 17,4 Prozent mehr als doppelt so oft im Fokus des Handelns als die Industrie oder die Arbeitgeber. Zum Vergleich: Dem stehen 361 Handlungsabsichten mit sozialpolitischem Bezug gegenüber – 96 Handlungsbeurteilungen aus dem Bereich der Sozialpolitik zielen auf nicht genauer definierte bzw. übergreifende Zielgruppen.

In der Bildungspolitik werden Schüler, Studenten, wissenschaftlicher Nachwuchs und Wissenschaftler 149 Mal (9,9 Prozent) zum Adressaten geplanten Handelns. Zu nennenswerten Anteilen vertreten sind daneben Landwirte (21 Nennungen), Verbraucher (15 Nennungen), Patienten (elf Nennungen) sowie „Künstler/Kritiker/Intellektuelle“ (zehn Nennungen).

In die Analyse des Handlungskontextes kann die Klassifizierung von Themen anhand ihrer Priorität einbezogen werden. Diese orientiert sich an der Größe und Trennschärfe der jeweiligen Bezugsgruppe.²⁵¹ In der vorliegenden Kategorisierung haben demnach Hand-

²⁵¹ vgl. Schubert, Klaus/Bandelow, Nils (2003).

lungsabsichten, die sich explizit auf die Kategorie „Volk/Bürger/Bevölkerung/Öffentlichkeit“ beziehen, die höchste Priorität. Tabelle 12 zeigt deutlich, dass es in erster Linie der Bereich der gesellschaftlichen und politischen Ordnung ist, dem eine hohe Bedeutung für die Allgemeinheit zugewiesen wird (59,2 Prozent). Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Rechtspolitik (43,9 Prozent) sowie die Infrastrukturpolitik (39,5 Prozent).

Tabelle 10: Themenpriorität der Politikfelder

	Bezugsgruppe „Volk/Bevölkerung“	„ges. Schichten ohne konkrete. Nennung/ mehrere Gruppen“
Bildungs-/Forschungspolitik	5,7	31,0
Infrastrukturpolitik	39,5	39,5
Verkehrspolitik	5,4	92,5
Energiepolitik	14,9	29,8
Umweltpolitik	17,5	64,9
gesellschaftliche und politische Ordnung	59,2	24,6
Sozialpolitik	1,1	24,7
Arbeitspolitik	8,2	27,8
Wirtschaftspolitik	8,3	14,6
Finanzpolitik	1,1	62,8
Rechtspolitik	43,9	9,8
Auswärtiges	10,7	89,3
Kultur, Medien, Sport, Freizeit	28,5	35,3
Durchschnitt gesamt	13,8	39,9

Dem stehen mit der Sozial- und Finanzpolitik Felder gegenüber, in denen das Volk als Ganzes mit je 1,1 Prozent kaum eine Rolle spielt. In der Verkehrs- und Außenpolitik zielen jeweils neun von zehn Handlungsabsichten auf unspezifizierte bzw. mehrere Bezugsgruppen. Auch in der Umwelt- und Finanzpolitik bleibt die Kernbezugsgruppe in mehr als sechs von zehn Handlungsbekundungen unscharf.

In den restlichen Bereichen lassen sich stärker partielle, eindeutig zuordenbare Handlungsinteressen erkennen. Tendenziell werden hier sehr viele verschiedene Gruppen angesprochen – nur selten erreichen einzelne Kategorien Werte von über 15 Prozent. Eine Ausnahme bildet die Energiepolitik, die in erster Linie auf wirtschaftliche Zielgruppen fokussiert (42,6 Prozent). In der Medienpolitik machen wirtschaftliche Bezugsgruppen noch 25,8 Prozent aus. Die Arbeitspolitik zielt auf Arbeitnehmer (15,4 Prozent), Arbeitslose (14,4 Prozent) sowie die Jugend (13,4 Prozent). Frauen sind in der Sozialpolitik die größte einzelne Gruppe (16,3 Prozent). Interessante Ergebnisse zeigen sich in der Rechtspolitik, die stärker die Straffälligen (14,6 Prozent) ins Feld des Handelns rückt als die Opfer von Straftaten (9,8 Prozent).

Bewertung

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass 46,3 Prozent der Handlungsabsichten Vorteile für konkret genannte, spezifische Zielgruppen versprechen. Profitieren sollen besonders die Bezugsgruppen der Sozialpolitik. Der bereits bei den Problemdefinitionen erkennbare soziale Charakter des Koalitionsvertrags erhärtet sich. Damit bestätigen sich auf den ersten Blick auch die Erkenntnisse von Klingemann (1989)²⁵², der in seiner Analyse der westdeutschen Wahlprogramme die Grundwerte und Kompetenzfelder der Volksparteien klar in den programmatischen Dokumenten nachweisen konnte.

Mit deutlichem Abstand nach den sozialpolitischen Bezugsgruppen folgen die Wirtschaft bzw. Arbeitgeber als Profiteure der Planung. 13,8 Prozent der Handlungsabsichten stellen das Volk als Ganzes ins Zentrum des Handelns. Zu nennen sind hier in besonderem Maße die Themenfelder der Innen- und Rechtspolitik, die stärker als andere Bereiche von gesamtgesellschaftlicher Relevanz sind.

3. Abgleich mit der Ausgabenverteilung

Die vorangegangenen Seiten haben einen Einblick in die grundlegenden Dimensionen der Darstellungsseite des Koalitionsvertrages gegeben. Offen bleibt weiterhin der Abgleich mit der Ebene tatsächlichen politischen Handelns. Hier kommt – wie im methodischen Analysezugang beschrieben – ein mehrstufiges Vorgehen zum Einsatz. In einem ersten Schritt erfolgt dabei in Anlehnung an die Modelle des CMP²⁵³ eine Gegenüberstellung der politikfeldbezogenen Handlungsabsichten mit der Ausgabenverteilung der Landeshaushalte 2001 bis 2005. Wenn der Koalitionsvertrag – so die These – der ihm zugewiesenen Rolle als Fahrplan und Planungsgrundlage der Landespolitik wirklich gerecht wird, sollte sich die Verteilung der Handlungsabsichten in ähnlicher Gewichtung in der tatsächlichen Ausgabenverteilung widerspiegeln.

Tabelle 11 veranschaulicht die prozentuale Verteilung der im Koalitionsvertrag aufgeführten Handlungsabsichten sowie die prozentuale Verteilung der Ausgaben bezogen auf die Gesamthaushalte 2001 bis 2005.²⁵⁴ Die Ausgabenverteilung, so gilt es einschränkend zu berücksichtigen, kann nicht immer ganz trennscharf abgebildet werden – die Aufteilung der Einzelposten in den Haushaltsplänen entspricht nicht in allen Fällen der hier verwendeten Systematik. In einigen Bereichen ist eine genaue Zuordnung nicht möglich, was zu Überschneidungen bzw. Unschärfen führt. Diese bewegen sich jedoch in Spannen von +/- fünf Prozent, so dass die Tendenz der Ausgaben der Landeshaushalte ersichtlich wird.

²⁵² vgl. Klingemann, Hans-Dieter (1989), S. 105.

²⁵³ vgl. Hofferbert/Klingemann, Hans-Dieter (1990) bzw. Klingemann, Hans-Dieter/Hofferbert/Budge (1994)

²⁵⁴ vgl. zur absoluten Verteilung der Landesausgaben Tabelle 43, Kapitel 2 im Anhang.

Tabelle 11: Prozentuale Verteilung der Handlungsabsichten und Ausgaben nach Politikfeldern

	Zahl genannter Handlungsabsichten	Prozent	Anteil jährlicher Ausgaben 2001- 2005 am Gesamthaushalt in Prozent	Entwicklung der Ausgaben im Zeitverlauf 2001 bis 2005
Bildungs-/ Forschungspolitik	261	17,2	35,2	+
Infrastrukturpolitik	53	3,5	1,5	-
Verkehrspolitik	147	9,7	4,8	-
Energiepolitik	47	3,1	0,4	+
Umweltpolitik	97	6,4	0,5	+
gesellschaftliche und politische Ordnung	130	8,6	10,0	+
Sozialpolitik	361	23,8	8,4	-
Arbeitspolitik	97	6,4	0,9	-
Wirtschaftspolitik	48	3,2	1,0	-
Finanzpolitik	94	6,2	30,4	-
Rechtspolitik	41	2,7	6,5	+
Auswärtiges	28	1,8	n.a.	n.a.
Kultur, Medien, Sport, Freizeit	116	7,6	0,6	-
Gesamt	1.520	100,0	100,0	

Quelle: Finanzministerium NRW 2002-2005

Bereits auf den ersten Blick zeigen sich deutliche Abweichungen zwischen der Darstellungs- und Ausgabenseite. Die Sozialpolitik ist im Koalitionsvertrag mehr als doppelt so stark vertreten als in den Haushaltsbudgets; umgekehrt spiegelt sich die dominante Stellung der Bildungspolitik auf der Ausgabenseite im Text nur bedingt wider. In noch stärkerem Maße trifft dies auf die Finanzpolitik zu, die 6,2 Prozent der Handlungsabsichten, aber 30,4 Prozent der Ausgaben auf sich vereint. Selbst in Anbetracht der Tatsache, dass rund die Hälfte des Finanzbudgets für den Schuldendienst Verwendung findet, sind die Relationen nicht stimmig. Auch in den verbleibenden Feldern zeigen sich wenige Übereinstimmungen – die geringsten Abweichungen finden sich im Bereich der gesellschaftlichen und politischen Ordnung, der in weiten Teilen die Innenpolitik abdeckt. Insgesamt ergeben sich aber nur wenige Anknüpfungspunkte zwischen den Handlungsabsichten und den Haushaltsausgaben. Die statistische Prüfung nach Spearman zeigt eine Korrelation, die aber – auch aufgrund der geringen Fallzahl – nicht signifikant ist.

Tabelle 12: Rangkorrelation nach Spearman

		Handlungen	Ausgaben
Handlungen	Spearman's rho	1	,447
	Sig. (2-tailed)	.	,126
	N	13	13
Ausgaben	Spearman's rho	,447	1
	Sig. (2-tailed)	,126	.
	N	13	13

Die Suche nach Erklärungsmustern für die Abweichungen muss eine Reihe von Faktoren einschließen. An erster Stelle steht hierbei die prekäre Finanzlage, die der Landesregierung nur wenig Gestaltungsspielraum einräumt. Große Aufstockungen bzw. Umschichtungen sind – wenn überhaupt – nur über lange Zeiträume möglich.²⁵⁵ Schlägt sich die Darstellungsseite also erst mit Verzögerung in der Haushaltspolitik nieder? Ein Blick auf die tendenzielle Entwicklung der Haushaltsausgaben zeigt, dass in fünf von 13 Politikfeldern Ausgaben expandieren. Zuwächse verzeichnen die Bildungs- und Innen-, die Rechts-, Umwelt-, und Energiepolitik. Die Sozialpolitik verliert im Gegenzug leicht an Gewicht. Wie die Verteilung der Gesamtausgaben zeigt also auch die Ausgabenentwicklung keine Anknüpfungspunkte an die starke soziale Prägung des Vertragswerkes.

Beschränkende Faktoren dieser Betrachtung bilden die kurze zeitliche Dimension von nur einer Legislaturperiode sowie die Tatsache, dass hier nur auf ein programmatisches Dokument Bezug genommen wird. Hofferbert/Klingemann/Volkens (1992) beziehen in ihre Analyse knapp 1.000 Wahlprogramme über einen Zeitraum von rund 40 Jahren mit ein. Wider eigenem Erwarten identifizieren sie starke statistische Zusammenhänge zwischen Ausgabenverteilung und Wahlprogrammen. Die These, dass von Koalitionsparteien gemeinsam erarbeitete Inhalte eine noch bessere Prognosefähigkeit entwickeln, wird von den Autoren verworfen. In der Untersuchung weisen sie nach, dass Regierungsreden einen sehr viel geringeren Niederschlag im politischen Handeln finden. Die höchste Entsprechung findet sich in den Wahlprogrammen des kleinen Koalitionspartners, der FDP. Deren Prognosefähigkeit übertraf in fünf von elf Politikfeldern die der jeweiligen Kanzlerpartei.²⁵⁶

Bewertung

Die Darstellungsseite spiegelt sich zumindest für das vorliegende Untersuchungsmaterial nicht in der Ausgabenverteilung wider. In Ansätzen zeigen sich Parallelen zu den tatsächlichen Entscheidungskompetenzen der Landespolitik, etwa bei der hohen Gewichtung der Bildungs- und Forschungspolitik. In der Ausgabenverteilung erhält die Finanzpolitik eine überdurchschnittliche Bedeutung, wohingegen die Sozialpolitik deutlich unterrepräsentiert ist und sich das Sozialbudget im Laufe der Legislaturperiode sogar verringert.

Inwieweit die Ausgabenverteilung ein geeigneter Indikator für die Umsetzung von Darstellungs- in Entscheidungspolitik ist, muss an dieser Stelle offen bleiben. Der monetäre Aspekt ist immer nur ein Ausschnitt der Handlungsrealitäten. Der Landesregierung stehen zur Erschließung von Einflusschancen immer auch informelle Handlungstaktiken zur Verfügung, die in programmatischen Dokumenten nur in Teilen abgedeckt werden können bzw. sich der

²⁵⁵ vgl. Schilder, Peter (2000), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.05.2000.

²⁵⁶ vgl. Hofferbert, Richard/Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea (1992), S. 385f.

Logik der Ausgabenverteilung entziehen. Zu nennen sind hier etwa die etablierten Verhandlungssysteme mit Arbeitgebern und Gewerkschaften im Bereich der Arbeitsmarktpolitik oder die Gesetzgebungsfunktion.

4. Umsetzung auf Handlungsseite

Im Folgenden sollen die zukunftsgerichteten Willensbekundungen konkret auf Erfüllung überprüft werden. Jede Handlungsabsicht wird hierbei separat einer Umsetzungsanalyse unterzogen. Das Forschungsdesign wechselt somit in Richtung qualitativer Politikforschung, was eine Selektion und Auswahl innerhalb der 1520 Handlungsabsichten notwendig macht. Hier kommt zur Hilfe, dass dem Koalitionsvertrag ein elfseitiges Einstiegskapitel voran steht, in dem die Kernpunkte verdichtet aufgegriffen werden.

Die in der Präambel des Koalitionsvertrages benannten Handlungsabsichten bilden also den Ausgangspunkt der weiteren Analyse. Wie Tabelle 13 veranschaulicht, zeigen sich im direkten Vergleich mit dem Gesamtdokument bei der Gewichtung der einzelnen Politikfelder deutliche inhaltliche Übereinstimmungen.

Tabelle 13: Vergleich Schwerpunktsetzung Koalitionsvertrag gesamt vs. Präambel

	Koalitionsvertrag gesamt	Präambel
Bildungs-/ Forschungspolitik	17,2	16,7
Infrastrukturpolitik	3,5	0,0
Verkehrspolitik	9,7	9,3
Energiepolitik	3,1	5,1
Umweltpolitik	6,4	8,8
gesellschaftliche und politische Ordnung	8,6	20,4
Sozialpolitik	23,8	11,6
Arbeitspolitik	6,4	12,0
Wirtschaftspolitik	3,2	0,5
Finanzpolitik	6,2	8,3
Rechtspolitik	2,7	1,4
Auswärtiges	1,8	1,4
Kultur, Medien, Sport, Freizeit	7,6	4,6
gesamt	100,0	100,0

Die Bildungs- und Forschungspolitik ist mit 17,2 Prozent im gesamten Vertragswerk und mit 16,7 Prozent in der Präambel vertreten. Auch die Verkehrspolitik ist in beiden Stichproben in etwa gleich stark ausgeprägt. Die Energie-, Umwelt- und Finanzpolitik sind in der Präambel nur wenig stärker vertreten als im Gesamtwerk. Signifikante Abweichungen zeigen sich

jedoch in der Sozialpolitik (Koalitionsvertrag: 23,8 Prozent/Präambel: 11,6 Prozent) und im Themenfeld „Gesellschaftliche und politische Ordnung“ (Koalitionsvertrag: 8,6 Prozent/Präambel: 20,4 Prozent). Der starke sozialpolitische Fokus des Vertragswerkes lässt sich in der Präambel also nicht nachweisen, dafür gewinnen Innen-, Arbeits- und Finanzpolitik an Bedeutung. Die Wirtschaftspolitik spielt in der Präambel mit nur 0,5 Prozent praktisch keine Rolle.

Die Präambel, soviel bleibt festzustellen, setzt in einigen Bereichen andere Schwerpunkte als das Vertragswerk in Gänze. Sie orientiert sich nicht nur stärker an den tatsächlichen Handlungskompetenzen der Landespolitik, sondern auch an der politischen Reform-Agenda der beiden Ministerpräsidenten. Für die Überprüfung auf Erfüllung spielen derartige Verschiebungen aber keine große Rolle, denn anders als bei der bereits vorgenommenen Gegenüberstellung mit den Landeshaushalten ist die quantitative Verteilung der Handlungsabsichten auf einzelne Politikfelder für die anstehende Analyse nur insofern von Relevanz, als dass genügend konkrete Handlungsabsichten vorzufinden sind, die einer Umsetzungsanalyse unterzogen werden können. Hierfür werden die Handlungsabsichten zunächst anhand ihres Detailgrades in V7 kategorisiert. Empirisch prüfbare Handlungsbekundungen finden sich in Kategorie 03 wieder. Hier wird zusätzlich in Variable V8 das zugehörige Handlungsinstrument codiert. Weiterhin werden für jede Handlungsabsicht die bereits im Analysemodell identifizierten Einflussfaktoren politischen Entscheidens angegeben:

V4 Themenpriorität

V5 Policy-Art

V6 Richtung der Handlung

Tabelle 14 gibt einen ersten Einblick in die inhaltliche Dimension der Präambel. Insgesamt lassen sich dort 216 Handlungsabsichten nachweisen (Koalitionsvertrag inklusive Präambel gesamt: 1520). Davon sind 30,1 Prozent für eine empirische Überprüfung ausreichend konkretisiert. Zur leichteren Lesbarkeit der Tabelle werden hier unterhalb der absoluten Zahlen immer auch die prozentualen Verteilungen der Merkmalsausprägungen innerhalb der Politikfelder wiedergegeben. Übergreifend wird ersichtlich, dass 55,1 Prozent der Handlungsabsichten kollektiver Natur sind. 44,9 Prozent adressieren jeweils eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe. Distributive und regulative Ansätze halten sich mit etwa 40 Prozent die Waage. Im Gegenzug sind nur 3,7 Prozent der geplanten Maßnahmen redistributiv, das heißt auf Umverteilung ausgerichtet. Deutlich wird zudem ein starker gestalterischer Wille: 83,3 Prozent der Handlungsbekundungen zielen auf eine Veränderung bestehender Verhältnisse.

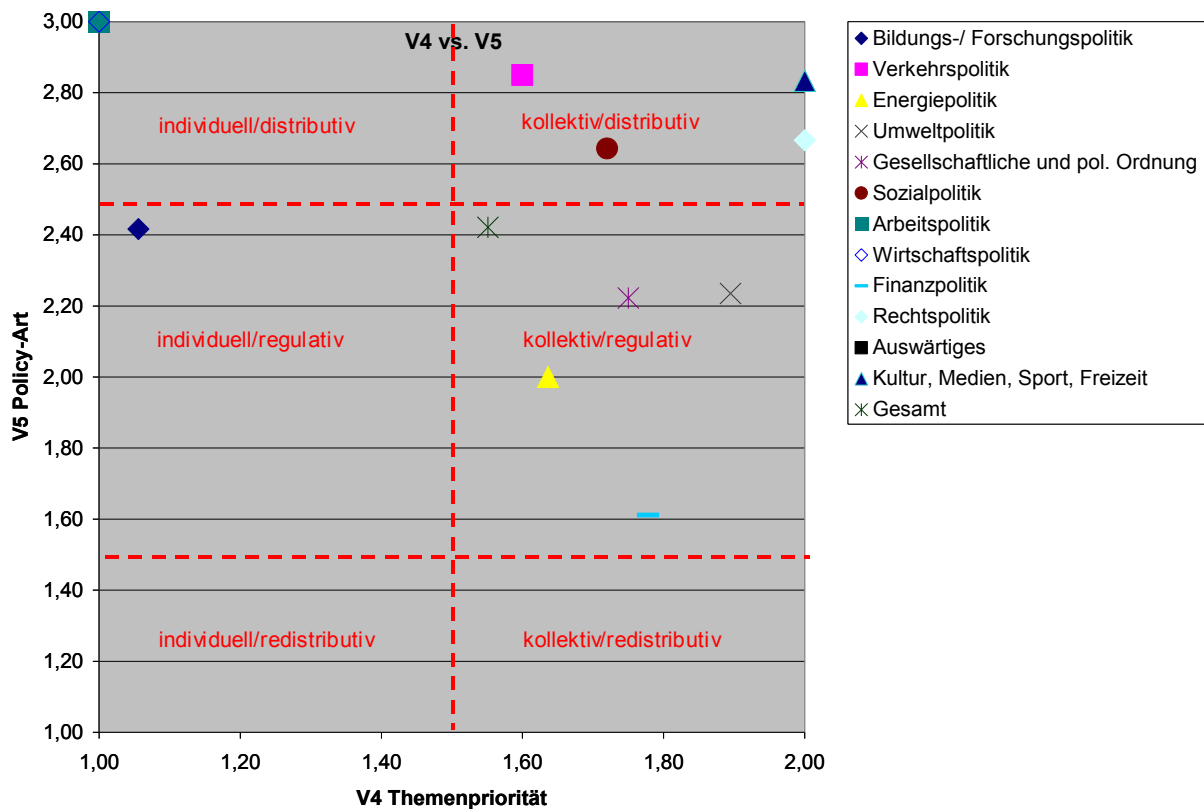
Tabelle 14: Der Handlungskontext der Präambel

	Hand- lungsab- sichten	Themenpriorität (V4)			Policy-Art (V5)				Richtung der Handlung (V6)				Detailgrad (V7)		
		(00)	(01)	(02)	(00)	(01)	(02)	(03)	(00)	(01)	(02)	(03)	(01)	(02)	(03)
Präambel															
Bildungs-/ Forschungspolitik	36	0	34 94,4%	2 5,6%	0	1 2,8%	19 52,8%	16 44,4%	0	33 91,7%	0	3 8,3%	2	13	21 58,3%
Infrastrukturpolitik	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verkehrspolitik	20	0	8 40,0%	12 60,0%	0	0	3 15,0%	17 85,0%	0	15 75,0%	1 5,0%	4 20,0%	5	10	5 25,0%
Energiepolitik	11	0	4 36,4%	7 63,6%	1 9,1%	0	10 90,9%	0	0	10 90,9%	1 9,1%	0	4	6	1 9,1%
Umweltpolitik	19	0	2 10,5%	17 89,5%	2 10,5%	0	13 68,4%	4 21,1%	0	16 84,2%	3 15,8%	0	6	11	2 10,5%
gesellschaftliche und pol. Ordnung	44	0	11 25,0%	33 75,0%	8 18,2%	0	28 63,6%	8 18,2%	5 11,4%	39 88,6%	0	0	10	18	16 36,4%
Sozialpolitik	25	0	7 28,0%	18 72,0%	11 44,0%	0	5 20,0%	9 36,0%	7 28,0%	15 60,0%	1 4,0%	2 8,0%	13	5	7 28,0%
Arbeitspolitik	26	0	26 100,0%	0	2 7,7%	0	0	24 92,3%	0	15 57,7%	7 26,9%	4 15,4%	2	17	7 26,9%
Wirtschaftspolitik	1	0	1 100,0%	0	0	0	0	1 100,0%	0	0	0	1 100,0%	0	1	0
Finanzpolitik	18	0	4 22,2%	14 77,8%	0	7 38,9%	11 61,1%	0	0	18 100,0%	0	0	1	11	6 33,3%
Rechtspolitik	3	0	0	3 100,0%	0	0	1 33,3%	2 66,7%	0	2 66,7%	1 33,3%	0	2	1	0
Auswärtiges	3	0	0	3 100,0%	3 100,0%	0	0	0	0	3 100,0%	0	0	3	0	0
Kultur, Medien, Sport, Freizeit	10	0	0	10 100,0%	4 40,0%	0	1 10,0%	5 50,0%	0	8 80,0%	2 20,0%	0	8	1	1 10,0%
gesamt	216	0	97 44,9%	119 55,1%	31 14,4%	8 3,7%	91 42,1%	86 39,8%	12 5,6%	180 83,3%	13 6,0%	11 5,1%	56	94	66 30,1%

Zur besseren Darstellung der Profile auf Politikfeldebene werden die Ausprägungen im Folgenden jeweils anhand von Scatterplots dargestellt. Hierfür werden die Ordinal-Variablen durch Addition der jeweiligen Ausprägungswerte auf metrisches Niveau gehoben. Jede Variable besitzt eine eigene Skala, die Themenpriorität z.B. kann einen Wert zwischen 01 = *individuell* und 02 = *kollektiv* annehmen, die Policy-Art einen Wert zwischen 01 = *redistributiv* und 03 = *distributiv*. Dazwischen sind Abstufungen möglich.

Wie sieht es nun auf der Ebene der einzelnen Politikfelder aus – inwieweit lassen sich hier themenspezifische Besonderheiten identifizieren? Grafik 6 veranschaulicht zunächst die Variablen V4 und V5.

Grafik 6: Politikfelder nach V4 Themenpriorität und V5 Policy-Art



Erkennbar wird zunächst, dass in den meisten Feldern kollektiv orientierte Handlungsabsichten überwiegen. Dies gilt besonders für die Kulturpolitik. Auch die Rechtspolitik ist stark kollektiv orientiert – wobei hier einschränkend auf eine geringe Fallzahl verwiesen werden muss. Einzig in der Wirtschafts-, Arbeits- und Bildungspolitik zeigen sich häufiger individuell orientierte Handlungsbekundungen.

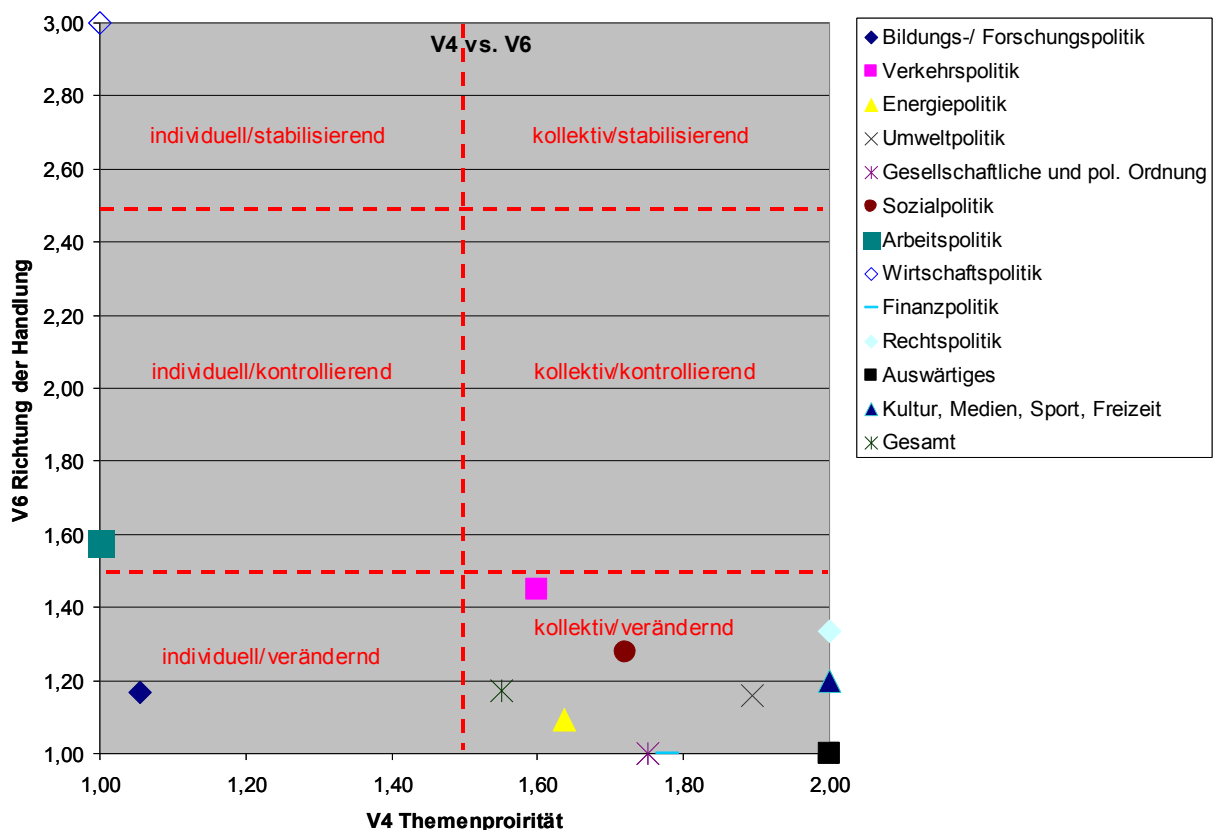
Hinsichtlich der Policy-Art lässt sich eine Zweiteilung der Stichprobe in distributive und regulative Willensbekundungen erkennen. So zielen sozial-, verkehrs-, rechts-, arbeits- und kul-

turpolitische Äußerungen stark auf die Verteilung von zusätzlichen Leistungen und Geldern. In den verbleibenden Politikbereichen sollen dagegen überwiegend Sachverhalte geregelt werden – auch auf die Gefahr hin, damit Teile der Bevölkerung zum Gegner zu haben.

Unter Rückgriff auf das in Kapitel I skizzierte Analysemodell steigt die Umsetzungswahrscheinlichkeit mit der Themenpriorität und sinkt mit dem Zwangscharakter einer Maßnahme. Regulative und redistributive Maßnahmen sind aufgrund der potenziell zu erwartenden Widerstände also schwerer umzusetzen als distributive. Für die vorliegende Grafik bedeutet dies, dass kollektive/distributive Aussagen die höchste Chance auf Umsetzung haben. Dies trifft besonders auf die Sozial-, Verkehrs-, Kultur- und Rechtspolitik zu.

Grafik 7 bezieht im nächsten Schritt V6, die Richtung der Handlung, mit ein. Bis auf die Arbeitspolitik setzen alle Politikfelder einen klaren Fokus auf die Veränderung bestehender Verhältnisse.

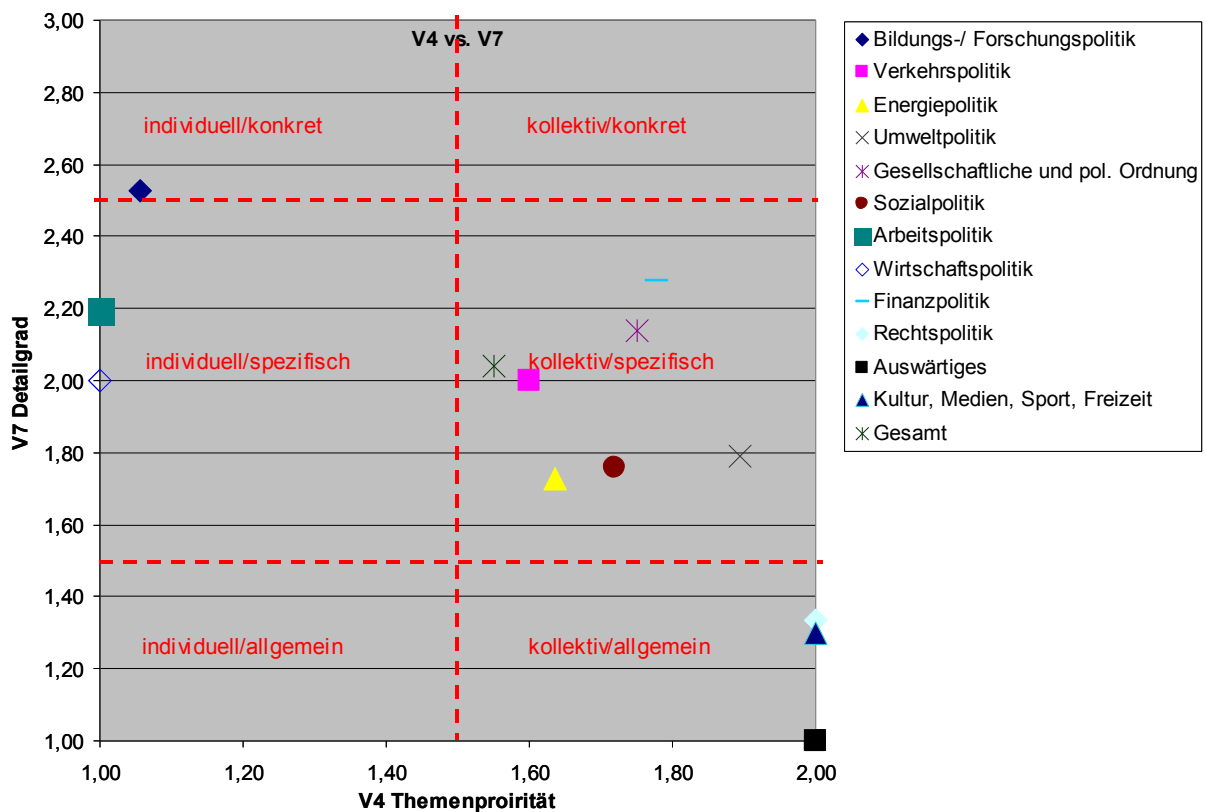
Grafik 7: Politikfelder nach V4 Themenpriorität und V6 Richtung der Handlung



Laut der zugrunde liegenden Untersuchungshypothese ist die Umsetzungswahrscheinlichkeit von Maßnahmen der Arbeitspolitik deshalb höher als in den übrigen abgebildeten Bereichen. Einschränkung wirkt allerdings die vergleichsweise eingegrenzte Zielgruppenansprache und somit niedrigere Themenpriorität der Arbeitspolitik.

Grafik 8 gibt einen Überblick zum Detailgrad der Handlungsabsichten. Knapp jede Dritte ist ausreichend konkret formuliert, um einer Überprüfung stand zu halten. Die Bildungspolitik ist das einzige Politikfeld, in dem konkret überprüfbare Handlungsbekundungen dominieren. Einen leicht überdurchschnittlichen Wert erreichen zudem die Finanz- und Arbeitspolitik. Allgemeiner gehalten sind demgegenüber die Bereiche Auswärtiges, Kultur- und Rechtspolitik.

Grafik 8: Politikfelder nach V4 Themenpriorität und V7 Detailgrad der Handlung



Bewertung

Wenn davon auszugehen ist, dass die Präambel als eine Art Vorwort bzw. Inhaltsangabe die Prioritäten des gesamten Vertragswerkes auf den Punkt bringt, so bewahrheitet sich diese Annahme zwar in Aspekten der demokratischen Teilhabe, der Verwaltungsmodernisierung bzw. öffentlichen Sicherheit, weniger jedoch in der Sozialpolitik. Die Präambel orientiert sich an den tatsächlichen Handlungsspielräumen der Landespolitik. Besonders deutlich wird dies im Verhältnis von allgemeinen zu konkreten Handlungsabsichten. Die Akteure der Landesregierung sind sich bewusst, nach Ablauf der Legislaturperiode an den eigenen Zielen gemessen zu werden, darum werden vor allem in den Bereichen überprüfbare Handlungsversprechen ausgesprochen, in denen die Umsetzungschancen am größten sind. Die Bildungspolitik liegt hier mit einer Quote von 58,3 Prozent überprüfbarer Handlungsabsichten deutlich über dem Durchschnitt. Das trifft in schwächerer Form auch für den Bereich „Gesellschaftliche und politische Ordnung“ zu (36,4 Prozent). In der weiteren Betrachtung zeigt

sich zudem, dass die Sozial- sowie die Arbeitspolitik demgegenüber mit 28,0 Prozent bzw. 26,9 Prozent seltener ein konkretes, nachprüfbares Instrument transportieren. Dies gilt auch für die Energie- und Umweltpolitik sowie in geringerem Maße für die Verkehrspolitik.

Die Präambel ist stark auf Veränderung und Gestaltung ausgelegt. Einzig in der Arbeitspolitik zeigen sich nennenswerte Anteile kontrollierender oder gar stabilisierender Handlungsabsichten. Hier ist oft vom Erhalt von Arbeitsplätzen bzw. der Eindämmung von Arbeitslosigkeit die Rede.

Die Bildungs- und Forschungs-, sowie Arbeits- und Wirtschaftspolitik adressieren fast ausschließlich Teile der Bevölkerung, hier beziehen sich die Handlungen auf bestimmte mehr oder weniger trennscharf abzugrenzende Zielgruppen. Hinsichtlich der Themenpriorität sind sie damit unterhalb der übrigen Politikfelder anzusiedeln, die größtenteils die Bevölkerung als Ganzes ansprechen.

Auch bei der Kategorisierung in distributive, regulative bzw. redistributive Handlungsabsichten zeigen sich erkennbare Unterschiede: In der Arbeits-, Verkehrs-, Wirtschafts-, Bildungs- sowie Rechtspolitik verspricht die Regierung zusätzliches Geld bzw. zusätzliche Leistungen. Im Gegensatz dazu liegt der Fokus in der Bildungs-, Energie-, Umwelt- und Innenpolitik auf Regulierung. Auch in der Finanzpolitik geht es um konkrete Regelungen und um eine Umverteilung von Geldern bzw. Leistungen (38,9 Prozent). Hier sollen Maßnahmen auch gegen zu erwartende Widerstände durchgesetzt werden.

Einschränkend muss an dieser Stelle auf die Unschärfe der Operationalisierung verwiesen werden. Wenn komplexe Sachverhalte in ein Analyseraster gegossen werden sollen, geht immer ein gewisser Teil der Informationen verloren und Tendenzen werden gegebenenfalls ausgeblendet. So kann der Unterschied zwischen distributiven und redistributiven bzw. regulatorischen Handlungen zwar aus der Formulierung einzelner Handlungsabsichten durchaus trennscharf erfasst werden, in der politischen Umsetzung verbinden sich diese Dimensionen aber oft. Alle Gesetzesvorhaben, auch solche, die zusätzliche Gelder für bestimmte Gruppen versprechen, haben immer auch einen regulativen Charakter. Zudem sind die Ressourcen jeder Regierung begrenzt: Jede Leistung muss zuvor finanziert werden bzw. es findet eine Priorisierung bei der Vergabe von Mitteln und Geldern statt.

5. Determinanten der Umsetzung

Auf den vorigen Seiten wurde die Präambel auf thematische Aspekte hin untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass einzelne Politikfelder durchaus unterschiedliche Profile aufweisen, die auf die differierenden Einflussstärken und -richtungen der Themenspezifika zurückgehen. Offen bleibt jedoch die Frage, inwieweit die hinter den Variablen V4 bis V6 stehenden Forschungshypothesen anzunehmen bzw. abzulehnen sind. Dieser Frage widmet sich das vorliegende Kapitel. Zunächst findet eine Erfassung der Handlungsseite statt, daran anschließend wird diese operationalisiert.

Für jedes Handlungsinstrument, das in V7 den Wert 03 annimmt und somit konkret genug formuliert ist, um einer Überprüfung standzuhalten, wird die erfolgte Umsetzung auf Handlungsseite recherchiert. Die Basis bilden Interviews mit Ministerien, Verbänden und Organisationen sowie umfangreiche Internet- und Datenbankrecherchen. Der Grad der Erfüllung einer Handlungsabsicht wird in Variable V10 erfasst:

00 keine eindeutige Aussage möglich

- Ist die Umsetzung einer bestehenden Handlungsabsicht nicht eindeutig zu recherchieren und in eine der Kategorien 01 bis 03 einzuordnen, wird der Code 00 vergeben.²⁵⁷

01 keine Erfüllung, keine Handlungen

- Keine der angekündigten Maßnahmen wurde umgesetzt.
- Es erfolgten nachweislich keine wahrnehmbaren Maßnahmen, die der Erreichung der angekündigten Ziele dienten.

02 dem Versprechen ähnliche Handlungen wurden vollzogen

- Es wurden Handlungen vollzogen, die das angekündigte Ziel verfolgen. Dabei ist jedoch nicht genau prüfbar, ob dies genau die angekündigten Instrumente waren oder nicht.
- Es wurden nur Teile der angekündigten Maßnahmen bzw. ähnliche Maßnahmen umgesetzt.

03 Handlungsabsicht erfüllt

- Die benannte/n Maßnahme/n wurden auf der politischen Entscheidungsseite vollständig umgesetzt.

²⁵⁷ Diese Klassifizierung ist notwendig, da nicht immer hundertprozentig anzugeben ist, ob eine Handlungsabsicht erfüllt bzw. nicht erfüllt wurde. Oftmals werden ähnliche Handlungen vollzogen bzw. nur Teile der angekündigten Maßnahmen umgesetzt. In anderen Fällen erlaubt es die Datenlage nicht, eindeutige Zuordnungen vorzunehmen.

5.1 Umsetzungsanalyse

Kapitel 5.1 veranschaulicht die Ergebnisse der Umsetzungsanalyse. Ein tieferer Einblick in die Handlungsabsichten der Präambel und die Methodik der Analyse findet sich im Anhang. Dort werden – nach Politikfeldern sortiert – alle Handlungsabsichten tabellarisch aufgelistet und um die jeweiligen themen- und handlungsspezifischen Kategorisierungen ergänzt. Die erfolgte Umsetzung auf Handlungsseite wird dabei zudem kurz textlich skizziert. Um schon an dieser Stelle einen Eindruck von der Komplexität dieser Umsetzungsanalyse zu geben, werden im Folgenden exemplarisch einige Auszüge der im Anhang befindlichen Umsetzungsanalyse der 216 Handlungsabsichten aufgelistet, bevor die statistischen Gesamtergebnisse in Tabelle 15 abgetragen werden.

Koalitionsvertrag: Arbeitslosigkeit bekämpfen

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	Wir schaffen neue Arbeit durch (...) Innovation und Qualifikation (...). (Koalitionsvertrag NRW 2000, S. 7)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
2.	Wir schaffen neue Arbeit durch (...) Wachstum und nachhaltige Entwicklung. (S. 7)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
3.	Unser Ziel bleibt klar: Das neue Nordrhein-Westfalen als der beste Platz zum (...) Arbeiten (...). (S. 7)	01 / 03 / 01	01	unspezifizierte Maßnahme(n)
4.	Wir werden den wirtschaftlichen Aufschwung nutzen, die diesem Ziel dienenden Maßnahmen der Bundesregierung unterstützen, um in den vor uns liegenden fünf Jahren die Arbeitslosigkeit deutlich abzubauen (...). (S. 9)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
5.	Neue Arbeits(...)plätze zu schaffen (...), das ist die wichtigste Aufgabe für unser Land am Beginn des neuen Jahrhunderts. (...) Wir müssen daher in unserem Lande die privaten und öffentlichen Kräfte bündeln. (S. 9)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
6.	(...) Arbeitsplätze zu sichern, das ist die wichtigste Aufgabe für unser Land am Beginn des neuen Jahrhunderts. (...) Wir müssen daher in unserem Lande die privaten und öffentlichen Kräfte bündeln, (...). (S. 9)	01 / 03 / 03	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Koalitionsvertrag: Jugendarbeitslosigkeit

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
7.	Wir werden den wirtschaftlichen Aufschwung nutzen, die diesem Ziel dienenden Maßnahmen der Bundesregierung unterstützen, um in den vor uns liegenden fünf Jahren (...) die Jugendarbeitslosigkeit zu überwinden. (S. 9)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
8.	Wir wollen die Jugendarbeitslosigkeit alsbald vollständig überwinden. (S. 7)	01 / 03 / 01	01	nicht benannt

Die Tabellen zeigen die extrahierten Handlungsabsichten der Themenbereiche der Arbeitspolitik „Arbeitslosigkeit bekämpfen“ und „Jugendarbeitslosigkeit“. Ersichtlich wird, dass alle acht aufgezählten Handlungsabsichten auf eine eingegrenzte Zielgruppe, die der Arbeitssuchenden bzw. der jugendlichen Arbeitssuchenden, zielen. Hier wurde definitionsgemäß bei *V4 Themenpriorität* der Code *01* vergeben. Hinsichtlich der Policy-Art sind die Handlungsabsichten als *distributive Policies (03)* einzuordnen, da in jedem Fall neue Arbeitsplätze und Perspektiven geschaffen bzw. bei Punkt sechs zumindest bestehende Arbeitsplätze durch Leistungen der Politik gesichert werden sollen. Hinsichtlich V6, der Richtung der Handlung, ergibt sich ein starker Veränderungs- und Gestaltungswille, bis auf Handlungsabsicht sechs wird überall der Code *01 Veränderung* gewählt. Wie weiter ersichtlich wird, enthält die Präambel zu den Überbegriffen „Arbeitslosigkeit bekämpfen“ und „Jugendarbeitslosigkeit“ nur Handlungsabsichten der Detailgrade *01* und *02*, die also nicht so konkret formuliert sind, dass eine sichere Überprüfung der Umsetzung möglich ist. Dies ändert sich aber bei den Punkten neun bis zwölf.

Koalitionsvertrag: Unternehmen unterstützen

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
9.	Wir wollen daher die Gründungsoffensive (...) fortsetzen (...), um in allen Bereichen zu mehr Beschäftigung zu kommen. (S. 10)	01 / 03 / 02	03	20 Programme
10.	Wir wollen daher die (...) Mittelstandsoffensive fortsetzen (...), um in allen Bereichen zu mehr Beschäftigung zu kommen. (S. 10)	01 / 03 / 02	03	20 Programme
11.	Wir wollen daher (...) eine Dienstleistungsoffensive ergänzen, um in allen Bereichen zu mehr Beschäftigung zu kommen. (S. 10)	01 / 03 / 02	03	20 Programme
12.	Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Unterstützung und Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen. Deshalb werden wir	01 / 03 / 01	03	20 Programme

	unsere Förderprogramme noch stärker auf sie ausrichten. (S. 10)			
13.	Wir wollen, dass die Zukunftsbranchen im Bereich neuer Medien und der Kommunikationstechnologien, der Materialwirtschaft, der Umwelt und Energietechnik und weitere Schlüsseltechnologien und Dienstleistungen sich in Nordrhein-Westfalen voll entfalten können. Deshalb wird die Politik ihre Handlungsfelder straffen und stärker bündeln, die Effizienz staatlichen Handelns nachhaltig erhöhen (...) (S. 10)	01 / 03 / 02	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
14.	Wir wollen, dass die Zukunftsbranchen im Bereich neuer Medien und der Kommunikationstechnologien, der Materialwirtschaft, der Umwelt- und Energietechnik und weitere Schlüsseltechnologien und Dienstleistungen sich in Nordrhein-Westfalen voll entfalten können. Deshalb wird die Politik (...) die Unternehmen umfassend unterstützen, wo sie in eigener Initiative und Verantwortung die Chancen von Globalisierung und Markttöffnung nutzen. (S. 10)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Für alle Handlungsabsichten, die in *V7 Detailgrad* die Ausprägung *03 spezifische Handlungsabsicht* annehmen, wird im Anschluss in *V8* das zugehörige Handlungsinstrument codiert. Für diese Handlungsabsichten wird anschließend die konkrete Umsetzung innerhalb der 13. Legislaturperiode recherchiert. Um die Validität der Ergebnisse zu sichern, wurde im Vorfeld im Rahmen des Qualitätsmanagements ein fester Rechercheprozess erarbeitet, der die Reihenfolge und den Umfang der Recherche definiert:

a) Operationalisierung der Handlungsabsicht in Suchkriterien

- Umformulierung der Handlungsabsicht in eine Forschungsfrage
- Eingrenzung und inhaltliche Abgrenzung des Erkenntnisinteresses
- Definition genauer Suchkriterien und Schlüsselwörter für die Recherche

b) Internetrecherche

- Eingabe der Schlüsselwörter in zwei verschiedene Suchmaschinen
- Sichtung der angegebenen Quellen auf fünf Ergebnisseiten jeder Suchmaschine
- Recherche in passenden Datenbanken und Websites

Sofern für eine Handlungsabsicht durch Internet- und Datenbankrecherchen kein eindeutiges Ergebnis erzielt werden konnte, wurde zusätzlich auf Interviews mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zurückgegriffen.

3. Interviews

- Erstellung einer Liste mit geeigneten Institutionen und Ansprechpartnern
- Kontaktaufnahme mit mindestens einem staatlichen Akteur (Behörde, Verwaltung, Ministerien) und einem zivilgesellschaftlichen Akteur
- Erfassung der Kontaktdaten der Interviewpartner (Name, Position, Telefonnummer)
- Durchführung und Protokollierung der telefonischen Interviews

Die Ergebnisse der Umsetzungsanalyse werden den Handlungsabsichten in einer separaten Tabelle gegenübergestellt. Dies geschieht jeweils am Ende eines Themenbereiches. Die folgende Tabelle veranschaulicht exemplarisch die Ergebnisse der Umsetzungsanalyse des Themenbereichs „Unternehmen unterstützen“.

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
9.	„NRW GO!“ ist eine Gemeinschaftsaktion von Land und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Das Gründungsnetzwerk informiert und berät Existenzgründer. Dabei stehen alle Themen rund um die Selbstständigkeit im Mittelpunkt. ²⁵⁸ Die Gründungsoffensive wurde über die gesamte 13. Legislaturperiode fortgesetzt. ²⁵⁹	03 Handlungsabsicht erfüllt	20 Programme
10.	Die Mittelstands-Offensive „NRW move“ ist eine Gemeinschaftsaktion von Land und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. NRW move verfolgt das Ziel, das Dienstleistungsangebot für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern und sich für mittelstandsgerechte Rahmenbedingungen einzusetzen. Die Mittelstands-Offensive wurde über die gesamte 13. Legislaturperiode fortgesetzt. ²⁶⁰	03 Handlungsabsicht erfüllt	20 Programme

²⁵⁸ vgl. <http://www.go-online.nrw.de/>

²⁵⁹ vgl. Interview mit Rostek, Tina: Go! & move-Projektbüro im Ministerium. für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW, 25. 09.2006.

²⁶⁰ vgl. Interview mit Rostek, Tina: Go! & move-Projektbüro im Ministerium. für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW, 25. 09.2006.

11.	Eine Dienstleistungsinitiative wurde ausgerufen. Die Initiative wurde im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit des Landes NRW gestartet. ²⁶¹	03 Handlungsabsicht erfüllt	20 Programme
12.	Die bislang auf verschiedenste Ministerien verteilten Förderprogramme werden seit der 13. Legislaturperiode sukzessive von den einzelnen Ministerien abgelöst und bei der am 31. März 2004 aus der Landesbank NRW hervorgegangenen NRW.BANK gebündelt. ²⁶² Der Ausbau der NRW-Bank zur zentralen Förderplattform war ein Vorhaben der rot-grünen Landesregierung um Ministerpräsident Steinbrück. Für kleine und mittlere Unternehmen hat sich der Zugang zu Fördermitteln durch diese Bündelung wesentlich vereinfacht. Ebenfalls wurde ein milliardenschweres Wirtschaftsprogramm aufgelegt. Der NRW-Bank Mittelstandskredit wurde Ende 2005 vorgestellt. ²⁶³ Am 08. Juli 2003 hat der Landtag zudem das „Gesetz zur Förderung und Stärkung des Mittelstandes (Mittelstandsgesetz)“ erlassen. ²⁶⁴ Aufgabe und Ziel des Gesetzes ist es, „durch mittelstandsgerechte Rahmenbedingungen, Fördermaßnahmen und Projekte zur Stärkung und Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft beizutragen.“ ²⁶⁵ Das Gesetz ist auf fünf Jahre angelegt, soll nach drei Jahren einer Evaluierung unterzogen werden. ²⁶⁶	03 Handlungsabsicht erfüllt	20 Programme 01 Gesetze

Anhand der Zahl erfüllter bzw. nicht erfüllter Handlungsabsichten sowie deren Spezifität und Ausrichtung werden Profile der Umsetzungsgrade für die einzelnen Politikfelder erstellt und zueinander ins Verhältnis gesetzt.

²⁶¹ vgl. IAT-Report 2003/01, S. 8.

²⁶² Diese Entwirrung ist nach Aussage von Dr. Klaus Bielstein, Pressesprecher der NRW Bank in 2006 Teilen immer noch im Gange.

²⁶³ vgl. Interview mit Bielstein, Klaus: Pressesprecher der NRW Bank, 23.01.2007.

²⁶⁴ vgl. Gesetzesblatt NRW (2003) Nr. 36, S. 421-424.

²⁶⁵ ebda., S. 421.

²⁶⁶ vgl. ebda., S. 424.

Tabelle 15: Umsetzungsanalyse

	Handlungsabsichten		Verifizierung der Implementierung				
	Präambel gesamt	davon konkret prüfbar	(++/03)	(+/-/02)	(-/01)	(0)	Anteil umgesetzter Handlungsabsichten (in Prozent)
Bildungs-/ Forschungspolitik	36	21	19	0	2	0	90,5
Infrastrukturpolitik	0	0	0	0	0	0	
Verkehrspolitik	20	5	1	1	3	0	20,0
Energiepolitik	11	1	1	0	0	0	100,0
Umweltpolitik	19	2	2	0	0	0	100,0
gesellschaftliche und politische Ordnung	44	16	12	1	0	3	75,0
Sozialpolitik	25	7	4	3	0	0	57,0
Arbeitspolitik	26	7	5	0	2	0	71,4
Wirtschaftspolitik	1	0	0	0	0	0	
Finanzpolitik	18	6	2	0	1	3	33,3
Rechtspolitik	3	0	0	0	0	0	
Auswärtiges	3	0	0	0	0	0	
Kultur, Medien, Sport, Freizeit	10	1	1	0	0	0	100,0
gesamt	216	66	47	5	8	6	71,2

Quelle: eigene Darstellung

In der Gesamtbetrachtung konnten von 66 prüfbaren Handlungsabsichten der Präambel des Koalitionsvertrages 47 im politischen Prozess verwirklicht werden, in fünf Fällen wurde zumindest in Ansätzen versucht, das verfolgte Ziel zu erreichen, wobei ähnliche Instrumente zum Einsatz kamen. Bezogen auf das vorliegende Untersuchungsmaterial liegt die Umsetzungsquote damit bei 71,2 Prozent. In zusätzlichen 3,3 Prozent der Fälle wurden Handlungsabsichten in Teilen umgesetzt. Die hier ermittelte Umsetzungsquote deckt sich mit den Ergebnissen internationaler Untersuchungen: Rallings (1987) kam in seinen Analysen der Wahlprogramme auf Umsetzungsquoten von 63,7 Prozent in Großbritannien und 71,5 Prozent in Kanada.

In der Detailbetrachtung schneiden die Bildungs- und Innenpolitik mit je 90,5 Prozent bzw. 75 Prozent überdurchschnittlich gut ab. In beiden Bereichen findet sich auch das Gros der absolut umgesetzten Handlungsabsichten. In der ebenfalls auf Landesebene angesiedelten Kultur- und Medienpolitik werden zwar zehn Handlungsabsichten benannt, doch ist davon nur eine so konkret formuliert, dass das Handlungsinstrument genau definiert, das Handeln also überprüfbar wird. Ähnlich unkonkret bleiben die Willensbekundungen in der Umwelt- und Energiepolitik.

Das schlechteste Verhältnis in der Umsetzung lässt sich für die Verkehrspolitik nachweisen: Von 20 Handlungen sind nur fünf prüfbar, von denen wiederum nur zwei umgesetzt wurden. In der Finanzpolitik sieht es ähnlich aus: von sechs konkreten Handlungsabsichten konnten zwei verwirklicht werden – in der Sozialpolitik sind es vier von sieben.

Wie ist dieses Ergebnis aber nun zu bewerten? Die erste Forschungsfrage, die auf die Kongruenz von Darstellungs- und Handlungspolitik zielt, lässt sich für das vorliegende Untersuchungsmaterial, die Präambel des Koalitionsvertrages NRW 2000, wie folgt beantworten: Wenn Handlungsabsichten so konkret formuliert sind, dass die Erfüllung wirklich nachprüfbar ist, wurden diese in mehr als 70 Prozent der Fälle auch umgesetzt.

Die zweite Forschungsfrage bezieht sich auf die Wechselwirkungen zwischen beiden Ebenen: Inwieweit nehmen thematische Aspekte bzw. auch die Gruppierung in Politikfelder einen Einfluss auf die Umsetzungswahrscheinlichkeit? Die folgenden Seiten betrachten die Handlungsabsichten und deren Umsetzung jeweils in Abhängigkeit der bereits in Tabelle 14 abgebildeten Themenkriterien V4 bis V6.

5.1.1 Themenpriorität

Wie sich zeigt, konnten 65,0 Prozent der individuellen und 80,8 Prozent der kollektiven Handlungsabsichten umgesetzt werden. Zum Vergleich: der Durchschnitt liegt bei 71,2 Prozent. Die Forschungshypothese, dass kollektiv bedeutsame Themen eine höhere Umsetzungswahrscheinlichkeit besitzen, bestätigt sich damit.

Tabelle 16: V4 Themenpriorität vs. V10 Umsetzung

	V10 Umsetzung				
V4 Themenpriorität	(++/03)	(+/-/02)	(-/01)	(0)	gesamt
individuell (01)	26	3	7	4	40
%	65,0%	7,5%	17,5%	10,0%	100,0%
kollektiv (02)	21	2	1	2	26
%	80,8%	7,7%	3,8%	7,7%	100,0%
gesamt	47	5	8	6	66
%	71,2%	7,6%	12,1%	9,1%	100,0%

Die Prüfung auf statistische Signifikanz (Tabelle 17) zeigt aber nur eine geringe Korrelation, die zudem nicht signifikant ist.

Tabelle 17: Korrelationskoeffizient V4 Themenpriorität vs. V10 Umsetzung

			Themen- priorität	Umsetzung
Spearman's rho	Themenpriorität	Correlation Coefficient	1,000	,170
		Sig. (2-tailed)	.	,171
		N	66	66
	Umsetzung	Correlation Coefficient	,170	1,000
		Sig. (2-tailed)	,171	.
		N	66	66

Die Forschungshypothese kann deshalb nur unter Vorbehalt und nur für das vorliegende Datenmaterial beibehalten werden – ein statistisch verallgemeinerbarer Zusammenhang ist nicht abzuleiten.

5.1.2 Policy-Art

Tabelle 18 setzt die Policy-Art ins Verhältnis zur Umsetzung. Hier sind es – entgegen der Forschungshypothese – nicht die distributiven (61,9 Prozent), sondern die regulativen (81,1 Prozent) Handlungsabsichten, die den höchsten Umsetzungsgrad aufweisen.

Tabelle 18: V5 Policy-Art vs. V10 Umsetzung

	V10 Umsetzung				
V5 Policy-Art	(++/03)	(+/-/02)	(-/01)	(0)	gesamt
nicht erkennbar (0)	2	1	0	1	4
%	50,0%	25,0%	0,0%	25,0%	100,0%
redistributiv (01)	2	0	0	2	4
%	50,0%	0,0%	0,0%	50,0%	100,0%
regulativ (02)	30	1	3	3	37
%	81,1%	2,7%	8,1%	8,1%	100,0%
distributiv (03)	13	3	5	0	21
%	61,9	14,3%	23,8%	0,0%	100,0%
gesamt	47	5	8	6	66
%	71,2%	7,6%	12,1%	9,1%	100,0%

In der statistischen Prüfung lässt sich für die Policy-Art kein statistisch signifikanter Einfluss auf die Umsetzung einer Handlung erkennen. Als Folge ist die Forschungshypothese für das vorliegende Datenmaterial zu verwerfen.

Tabelle 19: Korrelationskoeffizient V5 Policy-Art vs. V10 Umsetzung

			Policy-Art	Umsetzung
Spearman's rho	Policy-Art	Correlation Coefficient	1,000	,088
		Sig. (2-tailed)	.	,484
		N	66	66
	Umsetzung	Correlation Coefficient	,088	1,000
		Sig. (2-tailed)	,484	.
		N	66	66

5.1.3 Richtung der Handlung

Bislang wurde nur ein sehr schwacher Einfluss der Themenpriorität auf die politische Umsetzung identifiziert. Forschungshypothese zwei, die auf Variable V5 (*Policy-Art*) zielt, musste verworfen werden. Wie sieht es nun mit der verbliebenen Variable V6, der Richtung einer Handlung, aus? Besteht hier ein Einfluss auf die Entscheidungsfindung? Tabelle 20 deutet dies an: 66,7 Prozent erfüllter Willensbekundungen der Kategorie 01 stehen 100 Prozent der Merkmalsausprägungen 02 und 03 gegenüber.

Tabelle 20: V6 Richtung der Handlung vs. V10 Umsetzung

	V10 Umsetzung				
V6 Richtung der Handlung	(++/03)	(+/-/02)	(-/01)	(0)	gesamt
Veränderung (01)	38	5	8	6	57
%	66,7%	8,8%	14,0%	10,5%	100,0%
Kontrolle (02)	6	0	0	0	6
%	100,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%
Stabilisierung (03)	3	0	0	0	3
%	100,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%
gesamt	47	5	8	6	66
%	71,2%	7,6%	12,1%	9,1%	100,0%

Der statistische Test zeigt eine signifikante, wenn auch schwache Korrelation. Gleichwohl ist der Einfluss hier erkennbar größer als dies bei V4 (*Themenpriorität*) der Fall ist.

Tabelle 21: Korrelationskoeffizient V6 Richtung der Handlung vs. V10 Umsetzung

			Umsetzung	Richtung
Spearman's rho	Umsetzung	Correlation Coefficient	1,000	,248(*)
		Sig. (2-tailed)	.	,045
		N	66	66
	Richtung	Correlation Coefficient	,248(*)	1,000
		Sig. (2-tailed)	,045	.
		N	66	66

* Correlation is significant at the 0.05 level (2-tailed).

Für die zugrunde liegende Stichprobe kann die Forschungshypothese deshalb bestätigt werden: Die Richtung einer Handlung besitzt einen statistisch nachweisbaren Einfluss auf deren Umsetzungswahrscheinlichkeit: Je größer der Veränderungswille, desto niedriger sind die Umsetzungsquoten.

5.1.4 Das Zusammenwirken der Themenaspekte

Wie sich gezeigt hat, nehmen die Themenpriorität und die Richtung einer Handlung einen schwachen Einfluss auf die Umsetzung in politisches Handeln. Im Anschluss soll nun geprüft werden, inwieweit die Variablen V4, V5 und V6 untereinander korrelieren, sich also gegenseitig beeinflussen.

Tabelle 22 zeigt, dass zwischen V5 (*Policy-Art*) und V6 (*Richtung der Handlung*) ein signifikanter Zusammenhang existiert. Wird im Text Veränderungs- und Gestaltungsbedarf erkennbar, so ist dieser in der Regel distributiver Natur. Dahinter verbirgt sich der für eine Volkspartei nötige Integrationswille. Ziel ist es, sich die notwendige Zustimmung für das Regierungsprogramm zu sichern. Auf die Untersuchung hat dieses Resultat dennoch keine Auswirkung. Die Korrelation zwischen V5 und V6 ist schwach; zudem nimmt V5 keinen erkennbaren Einfluss auf die Verwirklichungschancen einer Handlungsabsicht.

Tabelle 22: Korrelationskoeffizient nach Spearman

		Themenpriorität V4	Policy-Art V5	Richtung V6
Themenpriorität V4	Spearman's rho Correlation Coefficient	1	,241	-,148
	Sig. (2-tailed)	.	,052	,237
	N	66	66	66
Policy-Art V5	Spearman's rho Correlation Coefficient	,241	1	-,392(**)
	Sig. (2-tailed)	,052	.	,001
	N	66	66	66
Richtung V6	Spearman's rho Correlation Coefficient	-,148	-,392(**)	1
	Sig. (2-tailed)	,237	,001	.
	N	66	66	66

** Correlation is significant at the 0.01 level (2-tailed).

V4 zeigt sich unabhängig von den beideren anderen Dimensionen. Die Themenpriorität ist nicht direkt mit der Policy-Art bzw. der Richtung einer Handlung verknüpft. Dies wirft die Frage auf, ob sich die Prognosekraft des Modells politischer Umsetzung durch eine Kombination beider Variablen steigern lässt. Vor der Beantwortung dieser Frage steht aber noch ein Blick auf weitere mögliche Einflussfaktoren an.

5.2 Instrumente politischen Handelns

Soweit eine Handlungsabsicht einen ausreichenden Spezifikationsgrad aufweist, transportiert sie auch ein Handlungsinstrument. Die folgenden Absätze gehen der Frage nach, inwieweit die Wahl des Instrumentes einen Einfluss auf die Umsetzung einer Handlungsabsicht nimmt. Tabelle 23 zeigt die Umsetzungsgrade der einzelnen Instrumente im Vergleich.

Tabelle 23: V8 Instrumente vs. V10 Umsetzung

	V10 Umsetzung				
V8 Instrumente	(++/03)	(+/-/02)	(-/01)	(0)	gesamt
Gesetze	11	1	0	0	12
%	91,7%	8,3%	0,0%	0,0%	100,0%
Gesetzesnovellen	2	0	0	0	2
%	100,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%
Haushaltsmaßnahmen	0	0	1	0	1
%	0,0%	0,0%	100,0%	0,0%	100,0%
öffentliche Investitionen	1	0	0	1	2
%	50,0%	0,0%	0,0%	50,0%	100,0%
Sozialleistungen	1	0	0	0	1
%	100,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%
Programme	6	1	2	0	9
%	66,7%	11,1%	22,2%	,0%	100,0%
Ausschüsse	3	0	0	0	3
%	100,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%
organisator. Veränderungen von Institutionen/ Organisationen	10	1	0	0	11
%	90,9%	9,1%	0,0%	0,0%	100,0%
Gespräche, Verhandlungen, Zusammenarbeit	1	0	0	0	1
%	100,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%
Verfahrensregelungen	6	0	2	3	11
%	54,5%	0,0%	18,2%	27,3%	100,0%
mehrere Instrumente	0	2	0	1	3
%	0,0%	66,7%	0,0%	33,3%	100,0%
sonstige Instrumente	6	0	3	1	10
%	60,0%	0,0%	30,0%	10,0%	100,0%
Gesamt	47	5	8	6	66
%	71,2%	7,6%	12,1%	9,1%	100,0%

Erkennbar wird, dass die Umsetzungsgrade einzelner Instrumente deutlich voneinander abweichen. Gesetzesnovellen (100 Prozent) und Gesetze (91,7 Prozent) sowie organisatorische Veränderungen (90,9 Prozent), z.B. im Rahmen von Reformprozessen, stehen an der Spitze der Umsetzung. Die niedrigsten Werte verzeichnen Verfahrensregelungen (54,5 Prozent) und Programme (66,7 Prozent). Für den vorliegenden Untersuchungsfall macht es also sehr wohl einen Unterschied, welches Instrument gewählt wird.

5.3 Das Analysemodell politischer Umsetzung 1/2

Die bisherigen Analysen konnten für das vorliegende Untersuchungsmaterial in quantitativer Hinsicht Faktoren identifizieren, die das Verhältnis von Darstellungs- und Entscheidungspolitik beschreiben. Diese Kriterien sollen nun in einem themenspezifischen Analysemodell politischer Umsetzung zusammengefasst werden. In quantitativer Sicht kann dies durch Kombination der beiden verifizierten Einflussvariablen *V4 (Themenpriorität)* und *V6 (Richtung der Handlung)* geschehen. Tabelle 24 fasst die beiden Variablen zu einem übergreifenden Index *V11* zusammen. Hier werden die jeweiligen Werte der Merkmalsausprägungen summiert. Da sich in der Einzelanalyse (siehe Kap. 5.1.3) aber zeigte, dass sich die Umsetzungswahrscheinlichkeiten der beiden Merkmalsausprägungen *02 (Kontrolle)* und *03 (Stabilisierung)* der Variablen *V6* auf dem gleichem Niveau befinden (sie differieren nur gegenüber der Ausprägung *01*), wird Variable *V6* zuvor dichotomisiert. Zukünftig wird in *V6* also nur noch zwischen *01 (Veränderung)* und *02 (Kontrolle/Stabilisierung)* unterschieden.

Tabelle 24: Zusammenwirken der thematischen Aspekte bei verifizierbaren Handlungsabsichten

Umsetzung (V10)	V11 Index der Umsetzungswahrscheinlichkeit (V4+V6)			Total
	niedrige Umsetzungschancen (Indexwert=2)	mittlere Umsetzungschancen (Indexwert=3)	hohe Umsetzungschancen (Indexwert=4)	
keine Aussage möglich (00)	4	2	0	6
Expected Count	3,0	2,8	,2	6,0
% within V11_Index	12,1%	6,5%	,0%	9,1%
keine Erfüllung (- / 00)	7	1	0	8
Expected Count	4,0	3,8	,2	8,0
% within V11_Index	21,2%	3,2%	,0%	12,1%
ähnliche Handlungen (+/- / 02)	3	2	0	5
Expected Count	2,5	2,3	,2	5,0
% within V11_Index	9,1%	6,5%	,0%	7,6%
Erfüllung (+ / 03)	19	26	2	47
Expected Count	23,5	22,1	1,4	47,0
% within V11_Index	57,6%	83,9%	100,0%	71,2%
Total	33	31	2	66
% within V11_Index	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Der Index der Umsetzungswahrscheinlichkeit ergibt somit für eine Handlungsabsicht, die z.B. in *V4* den Wert *01 (individuell)* und in *V6* den Wert *01 (Veränderung)* einnimmt, einen Indexwert von *02*. Nimmt *V6* dagegen den Wert *02 (Kontrolle/Stabilisierung)* ein, so liegt der Index der Umsetzungswahrscheinlichkeit bei *03*. Den Forschungshypothesen zufolge nimmt die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung mit steigendem Indexwert von *V11* zu. Der Abgleich mit den erwarteten Häufigkeiten lässt eine Korrelation zwischen dem Indexwert und der tat-

sächlichen Umsetzung vermuten. Einschränkend fallen die teils sehr kleinen Zahlen der einzelnen Merkmalsausprägungen ins Auge.

In der statistischen Prüfung zeigt sich eine signifikante Korrelation, die erkennbar höher ausfällt als dies in der Gegenüberstellung von *V6* und *V10* in Kapitel 5.1.3 der Fall ist. Die Verbindung von Themenpriorität und Richtung der Handlung verbessert also die Prognostizierbarkeit der Umsetzungswahrscheinlichkeit.

Tabelle 25: Korrelationskoeffizient

			V11 Index der Umsetzungswahrschein- lichkeit (V4+V6)	Umsetzung
Kendall's tau_b	V11 Index der Umsetzungswahrschein- lichkeit (V4+V6)	Correlation Coefficient	1,000	,287(*)
		Sig. (2-tailed)	.	,014
		N	203	66
	V10 Umsetzung	Correlation Coefficient	,287(*)	1,000
		Sig. (2-tailed)	,014	.
		N	66	66
Spearman's rho	V11 Index der Umsetzungswahrschein- lichkeit (V4+V6)	Correlation Coefficient	1,000	,305(*)
		Sig. (2-tailed)	.	,013
		N	203	66
	V10 Umsetzung	Correlation Coefficient	,305(*)	1,000
		Sig. (2-tailed)	,013	.
		N	66	66

* Correlation is significant at the 0.05 level (2-tailed).

Mit dem in *V11* festgehaltenen Index endet die Überprüfung der ersten drei der sechs Theoriemodelle des Analysemodells. Wie sich zeigte, können thematische Faktoren in einem stark vereinfachten Untersuchungsrahmen durchaus hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Implementierungswahrscheinlichkeit quantifiziert werden. Allerdings ist die zu erreichende Informationstiefe ergänzungsbedürftig. Entscheidungsprozesse sind nie völlig nach rationalen Gesichtspunkten zu analysieren. Vielmehr spielen persönliche und strategische Motive mit ein, die sich einer quantitativen Erhebung entziehen. Zu bemängeln ist ferner, dass in die Überprüfung der Theoriemodelle überhaupt nur 66 der 216 Handlungsabsichten der Präambel einbezogen werden konnten und über die restlichen 150 Handlungsabsichten ohne konkret angegebenes Handlungsinstrument keine Aussagen gemacht werden können. Bevor in Abschnitt sieben die verbleibenden drei Theoriemodelle *VN1*, *VN2* und *VN3* einer Überprüfung unterzogen werden, nehmen die folgenden Seiten deshalb noch einmal die nicht getesteten Handlungsabsichten in den Fokus – wie sind diese hinsichtlich der thematischen

Faktoren einzuordnen? Lassen sich Rückschlüsse auf etwaige Umsetzungswahrscheinlichkeiten gemäß des thematischen Analysemodells ziehen?

6. Detailgrad und Themenspezifika

Die Zielsetzung der folgenden Seiten ist es, tiefer in die Logik der Darstellungsseite des Koalitionsvertrages einzutauchen. Wie deutlich wurde, sind nur 30,6 Prozent der 216 in der Präambel festgehaltenen Handlungsabsichten so konkret formuliert, dass diese einer empirischen Überprüfung unterzogen werden können. Dies ist per Definition dann der Fall, wenn ein konkretes Handlungsinstrument benannt wurde bzw. aus der Formulierung als einzig mögliches Instrument hervorging, mit dessen Einsatz ein gesetztes Ziel erreicht werden sollte. Davon zu unterscheiden sind Handlungsabsichten, die sehr allgemein formuliert sind und ein Instrument ganz vermissen lassen sowie solche, bei denen zwar in Ansätzen, aber nicht eindeutig klar ist, auf welches Instrument bzw. welche Instrumente die Koalition zurückgreifen will, um ein gesetztes Ziel zu erreichen. Zwar transportieren alle Handlungsabsichten teils mehr, teils weniger konkrete Ziele. Für die Validierung einer Handlungsabsicht ist die Überprüfung eines Zielzustandes aber nicht ausreichend, denn viele Ziele sind nicht trennscharf erfassbar, weil die Determinanten des Endzustands nicht klar sind oder sich der Grad der Zielerreichung mit dem jeweiligen Betrachtungswinkel ändert: Wann ist etwa eine familienfreundliche Gesellschaft, wann ist soziale Gerechtigkeit erreicht?

Von den 66 spezifischen Willensbekundungen konnten, so das Ergebnis dieser Arbeit, 47 in der 13. Legislaturperiode wirklich umgesetzt werden. Über die Umsetzung der restlichen 150 Handlungsabsichten der Präambel kann aufgrund ihrer relativen Unspezifiziertheit in quantitativer Sicht keine Aussage gefällt werden. Zum Einsatz kommt stattdessen ein indirektes Verfahren, ein Abgleich der Themenspezifika mit den prüfbaren Handlungsabsichten. Hier können, soweit vorhanden, Unterschiede oder Gemeinsamkeiten in Bezug auf die im Analysemodell getesteten Einflussfaktoren identifiziert werden. Im besten Fall lassen sich nicht nur Aussagen über thematische Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zwischen den 66 prüfbaren und den 150 nicht prüfbaren Handlungsabsichten der Präambel treffen, sondern sich in Folge Schlüsse über das Wesen der Handlungsabsichten bzw. die hinter der Anfertigung der Formulierungen stehenden Logiken ableiten.

Die folgenden Seiten stellen die verfügbaren quantitativen Daten der 216 Handlungsabsichten der Präambel in den Fokus. Lassen sich themenspezifische Unterschiede hinsichtlich

V4 Themenpriorität

V5 Policy-Art

V6 Richtung der Handlung

zwischen den Handlungsabsichten verschiedener Detailgrade

V7 Detailgrad

01 allgemeine Handlungsabsicht

02 Handlungsabsicht mit erkennbaren Maßnahmen

03 spezifische Handlungsabsicht

identifizieren? In den Tabellen 26 bis 31 wird *V7 Detailgrad* den Variablen *V4*, *V5* und *V6* als unabhängige Variable jeweils tabellarisch gegenübergestellt. Die Berechnung der statistischen Zusammenhänge hilft bei der Interpretation der Ergebnisse. Tabelle 26 analysiert die nach ihrem Detailgrad aufgeschlüsselten Handlungsabsichten zunächst anhand der Themenpriorität.

Tabelle 26: V7 Detailgrad vs. V4 Themenpriorität

	V4 Themenpriorität		
V7 Detailgrad	individuelle Policy-Wirkungen (01)	kollektive Policy-Wirkungen (02)	gesamt
allgemeine Handlungsabsicht (01)	7	49	56
%	12,5%	87,5%	100,0%
Handlungsabsicht mit erkennbaren Maßnahmen (02)	50	44	94
%	53,2%	46,8%	100,0%
spezifische Handlungsabsicht (03)	40	26	66
%	60,6%	39,4%	100,0%
Gesamt	97	119	216
%	44,9%	55,1%	100,0%

Wie ersichtlich wird, gewinnen individuelle Ziele mit zunehmendem Detailgrad an Gewicht. Je weniger konkret eine Handlungsabsicht formuliert ist, desto eher steht die Bevölkerung als Ganzes im Zentrum: 87,5 Prozent der allgemeinen Handlungsabsichten sind kollektiver Natur. Zum Vergleich: bei den spezifischen Handlungsabsichten sind dies nur 39,4 Prozent; hier liegt der Fokus ganz klar auf individuellen Bezugsgruppen. Auch in statistischer Hinsicht erweist sich dieser Unterschied als signifikant:

Tabelle 27: Korrelationskoeffizienten V7 Detailgrad vs. V4 Themenpriorität

	Wert	Asymptotischer Standardfehler(a)	Näherungsweise T(b)	Näherungsweise Signifikanz
Korrelation nach Spearman	-,350	,060	-5,468	,000(c)
Anzahl der gültigen Fälle	216			

a Die Null-Hyphothese wird nicht angenommen.

b Unter Annahme der Null-Hyphothese wird der asymptotische Standardfehler verwendet.

c Basierend auf normaler Näherung

Tabelle 28 analysiert im Anschluss den Zusammenhang zwischen dem Detailgrad und der Policy-Art, also der Frage, ob eine Handlung distributiv, regulativ oder redistributiv ausgerichtet ist. Auch hier zeigen sich statistisch verifizierbare Zusammenhänge:

Tabelle 28: V7 Detailgrad vs. V5 Policy-Art

	V5 Policy-Art				
V7 Detailgrad	nicht erkennbar (00)	distributiv (01)	regulativ (02)	redistributiv (03)	gesamt
allgemeine Handlungsabsicht (01)	23	21	12	0	56
%	41,1%	37,5%	21,4%	0,0%	100,0%
Handlungsabsicht mit erkennbaren Maßnahmen (02)	4	44	42	4	94
%	4,3%	46,8%	44,7%	4,3%	100,0%
spezifische Handlungsabsicht (03)	4	21	37	4	66
%	6,1%	31,8%	56,1%	6,1%	100,0%
Gesamt	31	86	91	8	216
%	14,4%	39,8%	42,1%	3,7%	100,0%

Ist eine Handlungsabsicht spezifisch genug formuliert, um einer Überprüfung unterzogen zu werden, dann ist diese in 56,1 Prozent der Fälle regulativ und in 31,8 Prozent der Fälle distributiv ausgerichtet. Es geht also stärker um die Regulierung bestehender Sachverhalte denn um die Verteilung zusätzlicher Gelder oder Leistungen. Letzteres spielt dafür in den zwei Kategorien der nicht prüfbaren Willensbekundungen eine größere Rolle: 37,5 Prozent der allgemein gehaltenen und 46,8 Prozent der Handlungsabsichten mit erkennbaren Ansätzen von Maßnahmen sind distributiver Natur. Hier finden sich seltener regulative bzw. redistributive Ansätze. Die statistische Überprüfung belegt einen signifikanten Unterschied:

Tabelle 29: Korrelationskoeffizienten V7 Detailgrad vs. V5 Policy-Art

	Wert	Asymptotischer Standardfehler(a)	Näherungsweise T(b)	Näherungsweise Signifikanz
Korrelation nach Spearman	,374	,063	5,903	,000(c)
Anzahl der gültigen Fälle	216	216		

a Die Null-Hypothese wird nicht angenommen.

b Unter Annahme der Null-Hypothese wird der asymptotische Standardfehler verwendet.

c Basierend auf normaler Näherung

Tabelle 30 stellt schließlich eine Verbindung zwischen dem Detailgrad und der Richtung einer Handlung her:

Tabelle 30: V7 Detailgrad vs. V6 Richtung der Handlung

	V6 Richtung der Handlung				
V7 Detailgrad	nicht erkennbar (00)	Veränderung (01)	Kontrolle (02)	Stabilisierung (03)	gesamt
allgemeine Handlungsabsicht (01)	10	41	1	4	56
%	17,9%	73,2%	1,8%	7,1%	100,0%
Handlungsabsicht mit erkennbaren Maßnahmen (02)	3	75	8	8	94
%	3,2%	79,8%	8,5%	8,5%	100,0%
spezifische Handlungsabsicht (03)	0	57	6	3	66
%	0,0%	86,4%	9,1%	4,5%	100,0%
Gesamt	13	173	15	15	216
%	6,0%	80,1%	6,9%	6,9%	100,0%

Über die gesamte Präambel zeigt sich hier der bereits identifizierte starke Gestaltungswille: 80,1 Prozent aller erfassten politischen Handlungsabsichten wollen bestehende Verhältnisse verändern, sind auf Wandel ausgerichtet. Für spezifische Handlungsabsichten (86,4 Prozent) trifft dies in noch stärkerem Maße zu als für allgemeine (73,2 Prozent) oder solche mit zumindest angedeuteten Maßnahmenpaketen (79,8 Prozent). Wie Tabelle 31 zeigt, ist die Korrelation ist hier allerdings geringer als bei den zuvor untersuchten Variablen V4 und V5.

Tabelle 31: Korrelationskoeffizienten V7 Detailgrad vs. V6 Richtung der Handlung

	Wert	Asymptotischer Standardfehler(a)	Näherungsweise T(b)	Näherungsweise Signifikanz
Korrelation nach Spearman	,169	,066	2,502	,013(c)
Anzahl der gültigen Fälle	216	216		

a Die Null-Hyphothese wird nicht angenommen.

b Unter Annahme der Null-Hyphothese wird der asymptotische Standardfehler verwendet.

c Basierend auf normaler Näherung

In drei Tests ist deutlich geworden, dass sich die Handlungsabsichten der Präambel – je nach Detailgrad – teils deutlich bezüglich ihrer thematischen Faktoren unterscheiden. Tendenziell sind die in den Ausprägungen 01 und 02 versammelten nicht prüfbar Willensbekundungen stärker auf die zusätzliche Verteilung von Geldern und Leistungen ausgerichtet. Sie adressieren zudem häufiger kollektive, nicht trennscharf eingegrenzte Zielgruppen bzw. die Bevölkerung als Ganzes. Der Gestaltungswille ist hoch, bleibt aber hinter dem Stichprobendurchschnitt zurück. Stattdessen werden hier häufiger als im Schnitt auch auf Stabilisierung bestehender Verhältnisse zielende Aussagen gemacht. In 17,9 Prozent der Fälle ist die Richtung der Handlung zudem nicht genau bestimmbar, diese werden unter der Ausprägung (00) subsummiert.

Gemäß Analysemodell haben Handlungsabsichten für das vorliegende Datenmaterial dann die höchste Umsetzungswahrscheinlichkeit, wenn sie:

1. eine hohe Themenpriorität besitzen, also möglichst große Teile der Bevölkerung direkt adressieren und
2. einen möglichst niedrigen Veränderungswillen transportieren, also auf eine Aufrechterhaltung oder Absicherung bestehender Sachverhalte setzen.

Überträgt man diese Ergebnisse auch auf die 150 nicht hinreichend spezifizierten Handlungsabsichten, so spricht zunächst die Themenpriorität für eine hohe Umsetzungswahrscheinlichkeit. Vor allem Handlungsabsichten der Kategorie 01, die bezüglich ihrer Absicht und Instrumente allgemein gehalten sind, adressieren die Bevölkerung als Ganzes bzw. nicht trennscharf umrissene und deshalb nicht identifizierbare Gruppen. Die hohe Themenpriorität ist hier aber auch eine Folge ihrer semantischen Unspezifiziertheit und deshalb systemimmanent. In Kategorie 01 *allgemeine Handlungsabsicht* finden sich etwa Formulierungen wie:

- „Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Absicht, von der traditionellen Nachsorge zur Umweltvorsorge überzugehen.“²⁶⁷
- „Wir setzen auf eine neue Kultur der Verantwortung und Teilhabe, die eine Erweiterung der sozialen Chancen (...) ermöglicht.“²⁶⁸
- „Unsere Aufgabe ist es, (...) die reichhaltigen Möglichkeiten der Kulturwirtschaft zu entwickeln (...).“²⁶⁹

In Kategorie *02 Handlungsabsicht mit erkennbare(n) Maßnahme(n)* haben nur 46,8 Prozent der Maßnahmen einen kollektiven Zielgedanken, hier werden überwiegend eingegrenzte Gruppen adressiert. Bei den konkret verifizierbaren Aussagen der Kategorie *03* fokussieren nur noch 39,4 Prozent auf kollektive Akteure. Hier ist die Themenpriorität am niedrigsten, was laut Theorie die geringsten Umsetzungschancen bedeutet. In der Praxis aber ist die durch die allgemeingültige Formulierung bedingte semantische Unschärfe der Adressaten gegen die ungeprüfte Annahme dieser These anzuführen.

Die relative Offenheit der Handlungsabsichten in Kategorie *01* zeigt sich auch in einem anderen Punkt – eine Kategorisierung hinsichtlich der Policy-Art ist in zwei von fünf Fällen nicht möglich. Es fällt schwer, allgemein gehaltene Handlungsabsichten dahingehend zu codieren, ob sie distributiver, regulativer oder redistributiver Natur sind. Ist die Policy-Art dann doch zu bestimmen, dominiert hier mit 37,5 Prozent der distributive Charakter – das ist zwei Prozentpunkte niedriger als der Durchschnitt, liegt aber noch höher als bei den spezifischen Aussagen der Kategorie *03* (31,8 Prozent). Der Anteil an regulierenden Willensbekundungen ist in Kategorie *01* dafür mit 21,4 Prozent nur knapp halb so hoch wie in Kategorie *02* (44,7 Prozent) und Kategorie *03* (56,1 Prozent).

Die Unschärfe der allgemeinen Handlungsabsichten erschwert auch die Kategorisierung in Bezug auf die Richtung der Handlung: in 17,9 Prozent ist eine Einordnung nicht möglich. Die auf eine Veränderung bestehender Gegebenheiten zielenden Willensbekundungen dominieren mit 73,2 Prozent deutlich. In Relation zur Gesamtstichprobe ist dieser Wert dennoch unterdurchschnittlich. Die Analyse zeigt weiter, dass der Veränderungswille mit zunehmendem Detailgrad auf 86,3 Prozent in Kategorie *03* ansteigt. Laut zugrunde liegendem Analysemodell sinkt die Umsetzungswahrscheinlichkeit der Handlungsabsichten mit zunehmendem Detailgrad von *01* über *02* und erreicht bei *03* ihren niedrigsten Wert.

²⁶⁷ vgl. Koalitionsvertrag NRW 2000 – 2005, S. 7.

²⁶⁸ vgl. ebda., S. 14.

²⁶⁹ vgl. ebda., S. 16.

Bewertung

In der Zusammenfassung bleibt festzuhalten: Zwei der drei geprüften Thesen sprechen für eine höhere Umsetzungswahrscheinlichkeit der nicht ausreichend spezifizierten Handlungsabsichten. Gleichzeitig ist aber auch klar geworden, dass begründete Zweifel gegenüber einer ungeprüften Annahme dieser Ergebnisse bestehen:

Zunächst stellt sich die Frage, inwieweit der Zielerfüllung der nicht hinreichend prüfbaren Handlungsabsichten der gleiche Umsetzungsbegriff zugrunde gelegt werden kann. Wann ist, um bei einer der vorgestellten Handlungsabsichten der Kategorie 01 zu bleiben, etwa das Ziel erreicht, die sozialen Chancen zu erweitern? Ist das Ziel schon erfüllt, wenn zwei Arbeiterkinder mehr studieren, die Zahl der Bafög-Empfänger messbar steigt, oder erst dann, wenn sich die soziale Herkunft überhaupt nicht mehr in der Einkommensverteilung spiegelt? Unter dem Begriffsinhalt der sozialen Chancen lässt sich die ganze Lebenswelt des bevölkerungsreichsten deutschen Bundeslandes subsummieren, von Integrationskursen über Exzellenzförderung bis hin zur infrastrukturellen Umgestaltung von Verkehrsnetzen. So wenig hier trennscharf eine Erfüllung zu messen ist, geht dies bei den beiden anderen vorgestellten Maßnahmen: Woran lässt sich etwa der erfolgte Übergang von der Nachsorge zur Umweltvorsorge feststellen, wann ist die Aufgabe erfüllt, die Kulturwirtschaft zu entwickeln? Bei Letzterem könnte man versucht sein, die Erfüllung vor allem an monetären Ausgaben zu messen, doch damit ist hier sicher zu kurz gegriffen: Umschichtungen in Budgets oder nicht-monetäre Maßnahmen bleiben ausgeklammert.

Eine Schwäche des quantitativen Modells ist zweifelsfrei sein verengter Blick: Es stützt sich auf nur drei Variablen, schließt andere Effekte gänzlich aus. So fällt etwa bei der Analyse der oben exemplarisch ausgesuchten Handlungsabsichten ein weiterer Faktor auf, der die Wahrscheinlichkeit einer möglichen Umsetzung beeinflussen könnte: hier werden ausnahmslos konsensuelle Zielzustände angeführt. Welcher politische Akteur oder Wähler ist gegen die Förderung der Nachhaltigkeit, der sozialen Chancen und der Kulturangebote? Begrenzender Faktor ist hier eher eine Knappheit der Mittel. Die Frage, ob und bei wie vielen der restlichen Handlungsabsichten auch konsensuelle Zielvorstellungen angeführt werden, bzw. ob und wieviele Vetospieler hier auf den Plan treten, kann in der durchgeführten Analyse nicht beantwortet werden. Die Polarisation der Handlungsabsichten konnte in der empirischen Inhaltsanalyse nicht trennscharf operationalisiert werden. Dies soll aber im folgenden Kapitel geschehen.

7. Thematische Polarisation

Die Themenpolarisation steht eng in Verbindung mit den beteiligten Vetospielern sowie den Entscheidungsmodi. Allen ist gemeinsam, dass es sich um theoretische Ansätze handelt, die Entscheidungshandeln erklärbar machen wollen, aber mit dem bislang genutzten inhaltsanalytischen Zugang nicht operationalisierbar sind:

VN1 Themenpolarisation

VN2 Vetospieler

VN3 Entscheidungsmodi

Für die Analyse der drei verbleibenden Theoriemodelle muss an dieser Stelle ein anderer Ansatz gefunden werden, der auf einer übergeordneten Ebene Zusammenhänge zwischen diesen, dem in V7 festgehaltenen Detailgrad sowie dem in V10 codierten Umsetzungsgrad einer Handlungsabsicht ermöglicht. Eine qualitativ orientierte Policy-Analyse kann dies kaum leisten, hier können aufgrund der Komplexität der Erhebung nur einzelne Handlungsabsichten im Zentrum stehen. Zu bezweifeln ist zudem, ob in einer Policy-Analyse die oft lange dauernden und auf ganz verschiedenen Ebenen verlaufenden Entscheidungsprozesse überhaupt in der gewünschten Detailtiefe zu erfassen sind.

Benötigt wird ein quantitativ orientierter Zugang, der es erlaubt, die Positionen von Akteuren hinsichtlich einer Handlungsabsicht anhand standardisierter Indikatoren zu erheben. Dem methodischen Ansatz der vorliegenden Arbeit folgend, die den Gestaltungswillen der Regierungskoalition über den Koalitionsvertrag in NRW 2000 erfasst, kann auch an dieser Stelle auf programmatische Dokumente zurückgegriffen werden. Dabei muss an erster Stelle eine Komplexitätsreduktion erfolgen, denn es ist kaum möglich, die Positionen aller an einer Entscheidung beteiligten Akteure einzubeziehen. Nicht nur deren Zahl sondern auch deren Zusammensetzung ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Notwendig ist eine Priorisierung, eine Eingrenzung auf die relevantesten Gruppen, die einen maßgeblichen Einfluss und Veto-Macht im politischen Prozess in NRW besitzen.

Einen analytischen Zugang zu den Steuerungspotenzialen der Akteure liefern die bereits in Kapitel II beschriebenen Strukturmerkmale des Regierens.²⁷⁰ Sie verbinden akteurs- und institutionenspezifische Handlungsmuster und unterscheiden dabei zwischen fünf Ebenen:

- Ministerpräsidentendemokratie
- verhandelnde Wettbewerbsdemokratie

²⁷⁰ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 71ff.

- Parteiendemokratie
- Koalitionsdemokratie
- Mediendemokratie

Jedes der Strukturelemente steht für eine jeweils eigene politische Sphäre mit eigenen Funktionslogiken, Macht- und Akteurskonstellationen. Die Strukturmerkmale geben so einen Rahmen für die Analyse von Handlungsabsichten anhand der Entscheidungsmodi, der Themenpolarisation und der Vetospieler vor.

Aufgrund der oft sehr allgemeinen Formulierung der Handlungsabsichten ist eine eindeutige Erfassung des jeweiligen Zusammenspiels der Strukturelemente aber nicht immer durchführbar. Deshalb müssen hier Indikatoren für das Standing eines Themas innerhalb dieser herangezogen werden. Es muss gelingen, die Grundhaltung und inhaltliche Substanz der jeweiligen Akteure bzw. Akteurskollektive im Hinblick auf eine Handlungsabsicht zu erfassen, um in der Analyse verwertbare Ergebnisse zu erhalten. Wie sich im Folgenden zeigt, ist diese Erfassung für zwei der Strukturelemente über inhaltsanalytische Bearbeitung programmatischer Dokumente möglich.

Ministerpräsidentendemokratie

Im Zentrum des politischen Prozesses steht der Ministerpräsident, der neben der Organisationsgewalt auch die Richtlinienkompetenz inne hat, die Mitglieder des Regierungskabinetts ernennt und die grundlegenden Ziele der Regierungsarbeit festlegt. Die Richtlinienkompetenz ist hier jedoch wie beim Bundeskanzler weniger eine direkte Entscheidungsmacht denn eine weiche Verhandlungsmacht, „ein rhetorisches Führungsinstrument, das insbesondere in Form von Regierungserklärungen seine Anwendung findet.“²⁷¹

Zu Beginn jeder Legislaturperiode hat der Ministerpräsident das Recht, seine Vorhaben und Ziele für die kommenden Jahre in einer Rede zum Ausdruck zu bringen und um Akzeptanz und Zustimmung für seinen Kurs zu werben. Im vorliegenden Fall der 13. Legislaturperiode haben sowohl Clement als auch Steinbrück jeweils zu Beginn ihrer Amtszeit von diesem Instrument Gebrauch gemacht. Durch Extraktion des Inhaltes der beiden Regierungsreden kann die grundlegende Positionierung der Ministerpräsidenten zu einem Thema identifiziert werden. Für die weitere Analyse stellt sich damit die Frage, inwieweit sich die Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages auch in den Regierungsreden der Ministerpräsidenten wiederfinden. Tabelle 32 visualisiert die hinter diesem Abgleich stehende Systematik sowie die sich dadurch ergebenden Annahmen für die zu testenden Einflusskriterien:

²⁷¹ Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 88.

Tabelle 32: Abgleich Koalitionsvertrag und Regierungsantrittsreden: Konstellationen

Konstellationen	Themen- polarisation	Vetospieler
Handlungsabsicht der Präambel findet sich in gleicher Weise in den Regierungsantrittsreden beider Ministerpräsidenten	++	0
Handlungsabsicht der Präambel findet sich in gleicher Weise in der Regierungsantrittsrede eines Ministerpräsidenten	+	0
Handlungsabsicht der Präambel findet sich in gleicher Weise in keiner der Regierungsantrittsreden	0	0
Gegenläufige Handlungsabsicht findet sich in der Regierungsantrittsrede eines Ministerpräsidenten	-	1
Gegenläufige Handlungsabsicht findet sich in den Regierungsantrittsreden beider Ministerpräsidenten	--	2

Die Tabelle ist als theoriegeleitete, schematische Darstellung zu verstehen. Wie ersichtlich wird, lassen sich in engen Grenzen Aussagen zur Themenpolarisation und zu den Vetospielern machen. Zu den Entscheidungsmodi sind keine trennscharfen Aussagen möglich, hier bedarf es weiterer Informationen, nicht nur über die Priorität eines Themas bei Clement oder Steinbrück, sondern über deren Interaktion mit anderen an Entscheidungen beteiligten Akteuren bzw. Akteurskollektiven.

Verhandelnde Wettbewerbsdemokratie

Entscheidungsprozesse in modernen westlichen Demokratien können zwei Verfahrensmerkmalen zugeordnet werden: wettbewerbsdemokratischen und verhandlungsdemokratischen. Erstere werden durch Parteienkonkurrenz und Mehrheitsentscheidungen geprägt. Definitionsgemäß finden sich hier die hierarchischen und auf Mehrheiten ausgerichteten Entscheidungsmodi wieder. Verhandlungsdemokratische Systeme sind durch die hohe Anzahl an Nebenregierungen und Vetospielern zwar in demokratietheoretischer Sicht legitimer, Entscheidungen erfordern hier aber einen wesentlich höheren (Verhandlungs-) Aufwand.²⁷²

Auf Landesebene wird eine Unterscheidung im Einzelfall aufgrund der Komplexität der Entscheidungsprozesse allerdings schwer fallen. Der Versuch, Handlungsabsichten danach zu kategorisieren, ob zu ihrer Realisierung Mehrheits- oder Verhandlungslösungen nötig sind, scheitert so oft bereits im Ansatz. Wo etwa nimmt ein Gesetz seinen Anfang, bis es von der Regierung angedacht und schließlich vom Parlament verabschiedet wird? Je nach Entscheidungsstadium können hier sehr unterschiedliche Entscheidungsmodi zum Einsatz kommen, die aufgrund ihrer Diskretion von Außenstehenden kaum beobachtet werden können. In der Regel ist von Verhandlungsentscheidungen auszugehen, denn an einer Entscheidung sind in demokratischen Systemen zumeist mehrere Akteure beteiligt, das bloße hierarchische

²⁷² vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 92ff.

Durchregieren von oben nach unten ist mit der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten kaum zu vereinbaren. Selbst Mehrheitsentscheidungen sind oft das Ergebnis eines zuvor stattgefundenen Verhandlungsprozesses innerhalb der die Mehrheit stellenden Gruppe. Realistische Rückschlüsse auf die Entscheidungsmodi sind deshalb immer nur auf stark abstrahierter Ebene möglich, ergeben sich aus dem Zusammenspiel der anderen Strukturmerkmale in einem spezifischen Entscheidungsprozess.

Gemessen an der gesetzgeberischen Kompetenz hat die Landesregierung in den Politikfeldern des Inneren und der Bildungs-/Forschungspolitik die höchste Gestaltungsmacht. Laut der zugrunde gelegten Forschungshypothese sollten Entscheidungen in diesen Bereichen leichter umzusetzen und die Umsetzungswahrscheinlichkeit der Handlungsabsichten höher sein. Mit Blick auf die Ergebnisse der quantitativen Umsetzungsanalyse der 216 Handlungsabsichten der Präambel bestätigt sich diese Vermutung. In den Bereichen der Bildungs- und Forschungspolitik sowie der gesellschaftlichen und politischen Ordnung finden sich mit 90,5 Prozent bzw. 75 Prozent überdurchschnittlich hohe Umsetzungsraten.

Koalitionsdemokratie

Regierungsbildungen sind in Deutschland in den meisten Fällen Koalitionsbildungen.²⁷³ Vor der Bildung einer Koalition stehen Verhandlungen zwischen zwei oder mehr potenziellen Koalitionspartnern. Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen münden seit den 1960er Jahren ausnahmslos in schriftlichen Koalitionsvereinbarungen bzw. -verträgen. Zwar besitzen diese keine Rechtskraft, sind aber essenziell, um den auch in Koalitionsregierungen bestehenden Parteienwettbewerb zu begrenzen, eine Bindung zwischen den Koalitionären herzustellen und Entscheidungsregeln zu vereinbaren.²⁷⁴ Der Koalitionsvertrag als Fahrplan der Legislaturperiode ist für die vorliegende Arbeit bereits inhaltsanalytisch aufgearbeitet worden, die hier extrahierten Handlungsabsichten bilden die Basis der durchgeführten Analyse.

Mediendemokratie

Demokratie und Medien stehen in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Ohne die Medien ist eine moderne Demokratie nicht lebens- und funktionsfähig. Die Medien sind das Kontrollorgan der Regierungsarbeit, übernehmen die Herstellung von Öffentlichkeit sowie die politische Sozialisation der Bürger.²⁷⁵ Die Positionierung der Medien zu einzelnen Themen findet Ausdruck in einer Vielzahl verschiedenster Printartikel, TV- und Radiobeiträge, Internetseiten und Forenbeiträge, die im Vorfeld und im Verlauf von Entscheidungsprozessen zu einzelnen Themen publiziert werden. Der Gedanke liegt nahe, die Mediendemokratie über

²⁷³ vgl. Kropp, Sabine (2001), S. 340.

²⁷⁴ vgl. ebda., S. 68.

²⁷⁵ vgl. Schatz, Heribert (2002/2003), S. 1.

eine Inhaltsanalyse führender Medien, beispielsweise der führenden Tageszeitungen in NRW, zu erfassen. Aus forschungspraktischer Perspektive kann ein solches Analyseverfahren jedoch nicht überzeugen, denn die Inhaltsanalyse müsste über den gesamten Zeitraum der 13. Legislaturperiode erfolgen. Zudem wäre die inhaltliche Komplexität kaum zu handhaben. Dazu kommt die Gewissheit, auch mit einem Bündel von mehreren großen Tageszeitungen die mediale Realität immer nur im Ansatz erfassen zu können und gerade die Funktionslogik der neuen Medien auszublenden. Empirisch ist der Einfluss der Mediendemokratie aufgrund der hohen Komplexität damit kaum auszumachen und kann dementsprechend keine Berücksichtigung finden.

Parteiendemokratie

Der Einfluss der Parteien auf den Regierungsprozess ist vor allem zu Beginn einer Legislaturperiode hoch. Die Parteien verfassen Wahlprogramme und verhandeln Koalitionsverträge, entscheiden somit über die Verteilung der Ämter.²⁷⁶ In Analogie zur bestehenden Methodik sollen die Positionen der Parteien über die jeweiligen Wahlprogramme erschlossen werden. Da die Wahlprogramme von den jeweiligen Parteigremien autorisiert werden müssen, sind diese „zur Messung der Politikpositionen von Parteien als kollektiven Akteuren besonders gut geeignet“.²⁷⁷ Dabei erfolgt eine Eingrenzung auf die beiden Regierungsparteien, die aufgrund der in der 13. Legislaturperiode bestehenden parlamentarischen Mehrheit die meisten Vorhaben auch ohne die Opposition umsetzen konnten. In welchem Umfang finden sich also die im Koalitionsvertrag NRW 2000 identifizierten Handlungsabsichten auch in den Wahlprogrammen der SPD und der Grünen? Tabelle 33 visualisiert die dieser Gegenüberstellung zugrunde liegenden Rückschlüsse auf die Themenpolarisation und die Vetospieler:

Tabelle 33: Abgleich Koalitionsvertrag und Wahlprogramme: Konstellationen

Konstellationen	Themenpolarisation	Vetospieler
Handlungsabsicht der Präambel findet sich in gleicher Weise in den Wahlprogrammen beider Regierungsparteien	++	0
Handlungsabsicht der Präambel findet sich in gleicher Weise im Wahlprogramm einer Regierungspartei	+	0
Handlungsabsicht der Präambel findet sich in gleicher Weise in keinem der Wahlprogramme	0	0
Gegenläufige Handlungsabsicht findet sich im Wahlprogramm einer Regierungspartei	-	1
Gegenläufige Handlungsabsicht findet sich in den Wahlprogrammen beider Regierungsparteien	--	2

²⁷⁶ vgl. Korte, Karl-Rudolf (2003a), S. 1.

²⁷⁷ Volkens, Andrea (2009), S. 271.

Da hier – anders als bei der Betrachtung der beiden Antrittsreden – mit der SPD und den Grünen zwei Akteurskollektive im Fokus stehen, lässt sich für die Entscheidungsmodi die Vermutung äußern, dass ein Verhandlungsentscheid dann eher vorliegt, wenn eine Partei sich für eine Handlungsabsicht ausspricht, die der Position der anderen Partei konträr entgegensteht. In diesem Fall tritt eine der Parteien als möglicher Vetospieler auf den Plan. Finden sich in keinem der Wahlprogramme Hinweise auf eine im Koalitionsvertrag niedergeschriebene Willensbekundung, so können übergreifend keine Analysen dazu durchgeführt werden. Die Ursachen hierfür können nur im Einzelfall identifiziert werden; möglich ist z.B., dass ein Thema erst nach Fertigstellung der Wahlprogramme neu aufkam bzw. akut genug wurde, um den Sprung auf die politische Agenda zu schaffen.

Bewertung: Die Rolle der Strukturmerkmale

Wie ersichtlich wird, lassen sich unter Einbezug der Regierungsreden und Wahlprogramme in engen Grenzen Aussagen zur Themenpolarisation und zu den Vetospielern in der Ministerpräsidenten- und Parteiendemokratie treffen. Zu den Entscheidungsmodi sind auf dieser Ebene keine abschließenden Aussagen möglich, tendenziell wird die Entscheidungsfindung aber mit abnehmendem Konsensgrad und zunehmender Anzahl der Vetospieler schwieriger, was die Chancen auf einen hierarchischen bzw. Mehrheitsentscheid reduziert und eine Verhandlungslösung wahrscheinlicher macht.

Zur Einordnung der Ergebnisse in einen Gesamtkontext wird eine Polarisationsmatrix erstellt, die den Polarisationsgrad eines Themas sowie die Anzahl der Vetospieler in der Ministerpräsidenten- und Parteiendemokratie messbar macht. Abgebildet werden hier jeweils die bei den einzelnen Konstellationen anzunehmenden Auswirkungen auf die Themenpolarisation sowie die Vetospieler. Konsensuelle Themen sind in den grün hervorgehobenen, polarisierte Themen mit entsprechend vielen Vetospielern in den rot gekennzeichneten Bereichen verortet. Die den Theoriemodellen zugrunde liegenden Thesen besagen, dass die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung vom dunkelgrünen Kästchen links oben bis zum dunkelroten Kästchen rechts unten stetig abnimmt.

Tabelle 34: Abgleich Koalitionsvertrag und Wahlprogramme: Konstellationen

Konstellationen	Übereinstimmung mit beiden Wahlprogrammen	Übereinstimmung mit einem Wahlprogramm	Keine Erwähnung in Wahlprogrammen	Konträr zu einem Wahlprogramm	Konträr zu zwei Wahlprogrammen
Übereinstimmung mit den Regierungsantrittsreden beider Ministerpräsidenten	Polarisation ++++ 0 Vetospieler	Polarisation +++ 0 Vetospieler	Polarisation ++ 0 Vetospieler	Polarisation ++ / - 1 Vetospieler	Polarisation ++ / -- 2 Vetospieler
Übereinstimmung mit der Regierungsantrittsrede eines Ministerpräsidenten	Polarisation +++ 0 Vetospieler	Polarisation ++ 0 Vetospieler	Polarisation + 0 Vetospieler	Polarisation + / - 1 Vetospieler	Polarisation + / -- 2 Vetospieler
Keine Erwähnung in den Regierungsantrittsreden	Polarisation ++ 0 Vetospieler	Polarisation + 0 Vetospieler	Polarisation 0 0 Vetospieler	Polarisation -- 1 Vetospieler	Polarisation -- 2 Vetospieler
Konträr zu der Regierungsantrittsrede eines Ministerpräsidenten	Polarisation ++ / - 1 Vetospieler	Polarisation + / - 1 Vetospieler	Polarisation - 1 Vetospieler	Polarisation --- 2 Vetospieler	Polarisation --- 3 Vetospieler
Konträr zu den Regierungsantrittsreden beider Ministerpräsidenten	Polarisation ++ / -- 2 Vetospieler	Polarisation + / -- 2 Vetospieler	Polarisation -- 2 Vetospieler	Polarisation --- 3 Vetospieler	Polarisation ---- 4 Vetospieler

Im Folgenden finden die eben vorgestellten Thesen Anwendung auf die Handlungsabsichten der Präambel. Ziel ist es, die Handlungsabsichten hinsichtlich der Themenpolarisation, der Vetospieler und – soweit möglich – der Entscheidungsmodi zu analysieren. Dabei werden bestehende Unterschiede zwischen Handlungsabsichten unterschiedlicher Detailgrade und Umsetzungsgrade identifiziert. Dies soll – aufgrund der Vielzahl von 216 in der Präambel niedergeschriebenen Handlungsabsichten – in vier ausgewählten Politikfeldern geschehen. Bei deren Auswahl wird darauf geachtet, eine möglichst große Bandbreite hinsichtlich der Themenspezifika und parteipolitischen Kompetenzfelder abzudecken:

Bildungs-/Forschungspolitik

Die Bildungspolitik ist das traditionelle Kompetenzfeld der Landespolitik, in dem die Landesregierung hohe Gestaltungschancen besitzt. Dies spiegelt sich in einer starken Handlungsorientierung; in keinem anderen Politikfeld finden sich so viele spezifisch formulierte und deshalb in ihrer Erfüllung prüfbare Willensbekundungen.

Arbeitspolitik

Die hohe Arbeitslosigkeit in NRW ist eines der Kernthemen des Wahlkampfes der 13. Legislaturperiode, der Erfolgsdruck bis zur nächsten Landtagswahl ist deshalb besonders hoch. Anders als bei der Bildung verfügt die Landesregierung hier jedoch kaum über die Macht,

übergreifende Rahmenbedingungen zu verändern, geschweige denn gesetzgeberisch tätig zu werden. Hier müssen weichere Mittel zum Einsatz kommen, die sehr viel stärker auf Verhandlung und Konsens mit zivilgesellschaftlichen Akteuren fußen. In der vorangegangenen Analyse konnten für die Arbeitspolitik dennoch überdurchschnittlich viele konkret formulierte Handlungsabsichten identifiziert werden, die zudem mit 71,4 Prozent eine hohe Umsetzungsquote aufweisen.

Verkehrspolitik

Die Verkehrspolitik beinhaltet eine Vielzahl von konkret angekündigten Infrastrukturprojekten und zeichnet sich durch die niedrigste Umsetzungsquote aller Politikfelder aus. Nur jede fünfte Handlungsabsicht konnte tatsächlich verwirklicht werden.

Umweltpolitik

Die Umweltpolitik ist ein gesellschaftliches Querschnittsthema und zugleich das Kernkompetenzfeld der Grünen. Hier lassen sich vergleichsweise viele Handlungsabsichten finden, die ein sehr breites Themenspektrum aufweisen.

Bevor in den Kapiteln 7.1 bis 7.4 die Ergebnisse der Gegenüberstellung für jedes der Politikfelder separat aufgelistet werden, geben die folgenden Seiten einen exemplarischen Einblick in die dahinter stehende methodische Umsetzung. Abgebildet wird der Abgleich von Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages mit denen der Regierungsantrittsreden Clements und Steinbrücks sowie den Wahlprogrammen SPD 2000 und Grüne 2000. Die Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages samt deren Entsprechung in den anderen programmatischen Dokumenten werden – gruppiert nach Politikfeldern – aufgelistet:

- + Eine Handlungsabsicht des Koalitionsvertrages findet sich in gleichem Maße im untersuchten Wahlprogramm oder der untersuchten Regierungserklärung wieder.
- 0 Eine Handlungsabsicht des Koalitionsvertrages findet sich nicht im untersuchten Wahlprogramm oder der untersuchten Regierungserklärung wieder.
- Eine Handlungsabsicht des Koalitionsvertrages findet sich in konträrer Form im untersuchten Wahlprogramm oder der untersuchten Regierungserklärung wieder.

Der Abgleich mit den Regierungsreden von Clement und Steinbrück sowie den Landtagswahlprogrammen der beiden Koalitionsparteien soll im Folgenden ergründen, inwieweit die Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages auch hier transportiert werden bzw. ob sich hier sogar gegenläufige Willensbekundungen finden. Die Methodik zur Identifikation von übereinstimmenden Handlungsabsichten in den Wahlprogrammen und Regierungsreden orientiert

sich an dem bereits in Kapitel III beschriebenen Vorgehen, das bei der inhaltsanalytischen Aufarbeitung des Koalitionsvertrages Anwendung fand. Aufgelistet werden alle Handlungsabsichten, die

- eindeutig einen identischen Zielzustand beschreiben,
- thematisch in die gleiche Richtung gehen,
- identische Ziele auf einem anderen Abstraktionsgrad beschreiben,
- das gleiche Handlungsinstrument mit identischer Zieldirektive nennen.

Finden sich für eine im Koalitionsvertrag aufgelistete Handlungsabsicht mehrere gleichbedeutende Willensbekundungen in einer Regierungsrede oder einem Wahlprogramm, werden alle erfasst. In der Analyse können so auf einem höheren Abstraktionslevel weitere Aussagen zur Schwerpunktsetzung der Akteure gemacht werden. Die folgenden Seiten zeigen zehn exemplarisch ausgewählte Handlungsabsichten der Bildungs-/Forschungspolitik, die in der Präambel insgesamt 36 Handlungsabsichten umfasst. Den Anfang machen sechs Handlungsabsichten, die unter dem Überbegriff „Bildung und Qualifizierung“ subsummiert werden. Alle Handlungsabsichten der vier Politikfelder sind im Detail in Kapitel 2 im Anhang aufgelistet.

Koalitionsvertrag NRW 2000: Bildung und Qualifizierung

Nr.	Handlungsabsicht
1.	„Unser Ziel bleibt klar: Das neue Nordrhein-Westfalen als der beste Platz zum Lernen (...).“ (S. 7)
2.	„Unser Ziel bleibt klar: Das neue Nordrhein-Westfalen als der beste Platz (...) zur Förderung aller Begabungen.“ (S. 7)
3.	„Wir werden Kräfte entfesseln und Wege frei machen. Wir fördern heute die Ideen, Initiativen und Impulse für morgen.“ (S. 7)
4.	„Wir wollen das Bildungsangebot mit deutlichen Akzenten auf Qualität (...) weiter entwickeln.“ (S. 10)
5.	„Wir wollen das Bildungsangebot mit deutlichen Akzenten auf (...) Leistungsorientierung (...) weiter entwickeln.“ (S. 10)
6.	„Wir wollen das Bildungsangebot mit deutlichen Akzenten auf (...) Eigenverantwortung weiter entwickeln.“ (S. 10)

Für jede der sechs Handlungsabsichten werden im Folgenden die Entsprechungen in den Regierungsantrittsreden und den Wahlprogrammen gesucht. Alle vier Dokumente wurden hierfür gedruckt und sorgfältig gelesen. Zusätzlich wurden die PDFs über die automatische Suchfunktion nach den jeweiligen Stichwörtern durchsucht. Bei den Handlungsabsichten, die

aufgrund ihres hohen Detailgrades bereits in der Umsetzungsanalyse geprüft werden konnten, lagen diese Stichwörter als Ansatzpunkte für Recherchen und Interviews bereits vor.

Abgleich mit der Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) NRW als bester Platz zum Lernen: +
 - „Unser Ziel bleibt klar: Das neue Nordrhein-Westfalen – der beste Platz zum (...) zum Lernen (...).“²⁷⁸
- b) NRW als bester Platz zur Förderung aller Begabungen: +
 - „Unser Ziel bleibt klar: Das neue Nordrhein-Westfalen – der beste Platz (...) zur Entfaltung von Kreativität und zur Förderung aller Talente.“²⁷⁹
- c) Ideen, Initiativen und Impulse für morgen fördern: +
 - „Wir werden die besten Konzepte aus dem Ideenwettbewerb der Mittelstandsoffensive auszeichnen und ihre Umsetzung fördern.“²⁸⁰
 - „Besonders begabte Schülerinnen und Schüler sollen mit vielfältigen Angeboten und Initiativen angesprochen werden.“²⁸¹
 - „Im Agenda-21-Prozess sind in unseren Städten und Gemeinden bereits viele Initiativen entstanden. Ihr Engagement wollen wir auch in Zukunft fördern.“²⁸²
- d) Bildungsangebot qualitativ weiterentwickeln: +
 - „Wir müssen unser Bildungssystem noch effizienter, noch effektiver, noch besser machen.“²⁸³
- e) Bildungsangebot mit Fokus auf Leistungsorientierung weiterentwickeln: +
 - „Dazu gehört, dass wir mehr differenzierte Leistungsorientierung einführen werden; wir nehmen die besonderen Begabungen in den Blick: Besonders begabte Schülerinnen und Schüler sollen mit vielfältigen Angeboten und Initiativen angesprochen werden.“²⁸⁴
- f) Bildungsangebot mit Fokus auf Eigenverantwortung weiterentwickeln: +
 - „(...) vor allem wollen wir die Eigenverantwortung und die Selbststeuerung erhöhen und verbessern – sowohl in den Schulen als auch in den Hochschulen.“²⁸⁵
 - „Wir setzen verstärkt auf das Fördern, aber wir werden auch mehr fordern, von uns selber, aber auch von den Lernenden und den Lehrenden.“²⁸⁶

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) NRW als bester Platz zum Lernen: +
 - „Wir werden die Schuleingangsphase so gestalten, dass jedes Kind von Anfang an so schnell lernen kann wie möglich (...).“²⁸⁷
- b) NRW als bester Platz zur Förderung aller Begabungen: +
 - „Wir werden die Schuleingangsphase so gestalten, dass jedes Kind von Anfang an (...) so viel Förderung bekommt wie nötig.“²⁸⁸
- c) Ideen, Initiativen und Impulse für morgen fördern: +

²⁷⁸ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 7.

²⁷⁹ ebda., S. 7.

²⁸⁰ ebda., S. 12.

²⁸¹ ebda., S. 18.

²⁸² ebda., S. 25.

²⁸³ ebda., S. 16.

²⁸⁴ ebda., S. 18.

²⁸⁵ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 16.

²⁸⁶ ebda., S. 16.

²⁸⁷ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 20.11.2002, S. 12.

²⁸⁸ ebda., S. 11.

- „Wir geben neue Impulse für den Arbeitsmarkt.“²⁸⁹
- d) Bildungsangebot qualitativ weiterentwickeln: +
 - „Entscheidend für unsere Bemühungen um ein besseres Bildungssystem wird es sein, eine ausreichende Zahl hochqualifizierter und motivierter Menschen in unsere Schulen zu holen.“²⁹⁰
 - „Mit der Einführung der offenen Ganztagsgrundschule wollen wir die Ganztagsangebote deutlich verbessern. Damit geben wir auch eine Antwort auf PISA, weil wir damit die pädagogische Qualität erhöhen.“²⁹¹
- e) Bildungsangebot mit Fokus auf Leistungsorientierung weiterentwickeln: 0
- f) Bildungsangebot mit Fokus auf Eigenverantwortung weiterentwickeln: +
 - „Wir wollen die frühkindliche Bildung und Erziehung stärken, erwarten aber auch den unverzichtbaren Beitrag der Eltern.“²⁹²
 - „Bildung und Erziehung sind eine Gemeinschaftsaufgabe, an der sich alle beteiligen müssen - Eltern, Familien, Verbände und der Staat.“²⁹³

Landtagswahlprogramm SPD

- a) NRW als bester Platz zum Lernen: +
 - „Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen einer der besten Orte zum Leben, zum Lernen und zum Arbeiten bleibt.“²⁹⁴
 - „Wir wollen die Weiterbildung quantitativ und qualitativ voranbringen und ernstmachen mit dem lebenslangen Lernen.“²⁹⁵
 - „Wir wollen, dass Schulen, Hochschulen und Betriebe, Schulträger und Jugendhilfe, Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen noch enger zusammenarbeiten, um allen Bürgerinnen und Bürgern ein breites, zuverlässiges Spektrum von Lernorten und Lernangeboten gewährleisten zu können.“²⁹⁶
- b) NRW als bester Platz zur Förderung aller Begabungen: +
 - „Deutschland hat nicht zu viele Studierende, sondern zu wenig. Deshalb wollen wir alle Begabungsreserven erschließen und dazu auch die Ausbildungsförderung weiter verbessern.“²⁹⁷
- c) Ideen, Initiativen und Impulse für morgen fördern: +
 - „Wir wollen in Nordrhein-Westfalen mit gutem Beispiel vorangehen: Ein MedienNetzwerk NRW einsetzen und damit Impulse für den Aufbau eines Forums geben, das die Interessen von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, von Telekommunikations- und Informationsanbietern, von Politik und Wissenschaft bündelt.“²⁹⁸
 - „Das Land wird (...) auch private Initiativen mit neuen Impulsen fördern.“²⁹⁹
 - „Dazu wollen wir (...) als Land Initiativen unterstützen, die Bürger mehr und direkt an kommunalen Planungs- und Verwaltungsverfahren beteiligen, z.B. durch Planungswerkstätten und verstärkte Transparenz bei der Erarbeitung von kommunalen Haushalten ("gläserner Haushalt") (...).“³⁰⁰
 - „Dazu wollen wir (...) das Leben der Bürgerinnen und Bürger in Kommunen durch den Ausbau der erfolgreichen Initiative Ordnungspartnerschaften noch sicherer gestalten (...).“³⁰¹
- d) Bildungsangebot qualitativ weiterentwickeln: +

²⁸⁹ ebda., S. 9.

²⁹⁰ ebda., S. 10.

²⁹¹ ebda., S. 11.

²⁹² ebda., S. 10.

²⁹³ ebda., S. 11.

²⁹⁴ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010616132245/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp

²⁹⁵ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

²⁹⁶ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

²⁹⁷ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

²⁹⁸ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_11.asp

²⁹⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

³⁰⁰ ebda., http://web.archive.org/web/20011122071219/www.nrwspd.de/politik/rp2000_12.asp

³⁰¹ ebda., http://web.archive.org/web/20011122071219/www.nrwspd.de/politik/rp2000_12.asp

- „Wir wollen die Weiterbildung quantitativ und qualitativ voranbringen und ernstmachen mit dem lebenslangen Lernen.“³⁰²
- „Mit dem Qualifizierungszentrum Medien in Köln entsteht ein Weiterbildungsangebot, das zusätzliche Qualifikationen im Bereich der Produktions- und Sendetechnik vermitteln soll.“³⁰³
- e) Bildungsangebot mit Fokus auf Leistungsorientierung weiterentwickeln: +
 - „Leistungswillen, Motivation, Wertebewusstsein und Chancengleichheit werden wir in jeder Schulform fördern.“³⁰⁴
 - „Wir treten darüber hinaus für mehr Leistungskomponenten bei der Professoren-Besoldung (...) ein.“³⁰⁵
 - „Wir wollen die Berufsschulen aufwerten und mit den Sozialpartnern Einverständnis darüber suchen, dass die Leistungen in der Berufsschule Bestandteil der Abschlussprüfungen werden.“³⁰⁶
 - „Das Land wird uneingeschränkt zu seiner Verantwortung für die Leistungsfähigkeit und die Finanzierung des öffentlichen Hochschulwesens stehen und auch private Initiativen mit neuen Impulsen fördern.“³⁰⁷
- f) Bildungsangebot mit Fokus auf Eigenverantwortung weiterentwickeln: +
 - „Dafür sind wir auf die Bereitschaft zu Eigeninitiative und Eigenverantwortung des und der Einzelnen angewiesen. Wir werden das fördern, aber auch fordern.“³⁰⁸
 - „Wir geben unseren Hochschulen die Instrumente an die Hand, damit sie mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung wahrnehmen können, (...).“³⁰⁹

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) NRW als bester Platz zum Lernen: +
 - „Wir wollen erreichen, dass unsere Schulen und Hochschulen besser werden, damit sie denen, die sie ausbilden, größere Chancen bieten.“³¹⁰
- b) NRW als bester Platz zur Förderung aller Begabungen: +
 - „Das unzureichende System des Bundesausbildungsförderungsgesetzes wollen wir zu einer bedarfsgerechten und elternunabhängigen Studienförderung umgestalten.“³¹¹
- c) Ideen, Initiativen und Impulse für morgen fördern: +
 - „Wir wollen diesen Weg weitergehen und dafür sorgen, dass von NRW weltweit Impulse für die Entwicklung der erneuerbaren Energieträger ausgehen.“³¹²
 - „Diese Initiativen sind Bestandteil unseres Verständnisses von Partizipation in der Gesellschaft. Wir wollen die Erfahrungen auswerten und als Impulse für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Instrumente geben.“³¹³
- d) Bildungsangebot qualitativ weiterentwickeln: +
 - „Wir wollen Schule und Unterricht nicht durch simple Leistungsmessungen scheinbar „neutral“ vergleichen, sondern die Unterrichtsqualität in einem dauerhaft angelegten Entwicklungsprozess langfristig verbessern. Mit unserem Projekt „NRW Schule 21“ machen wir allen Schulen ein Angebot, auf freiwilliger Basis in diesen Prozess der selbstgesteuerten Qualitätsentwicklung einzusteigen.“³¹⁴

³⁰² ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp
³⁰³ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp
³⁰⁴ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp
³⁰⁵ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp
³⁰⁶ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp
³⁰⁷ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp
³⁰⁸ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp
³⁰⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp
³¹⁰ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 5.
³¹¹ ebda., S. 59.
³¹² BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 4.
³¹³ ebda., S. 51.
³¹⁴ ebda., S. 54.

- „Wir wollen ein umfassendes Qualitätsmanagement entwickeln und damit die Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung jeder einzelnen Schule stärken.“³¹⁵
- e) Bildungsangebot mit Fokus auf Leistungsorientierung weiterentwickeln: 0
- f) Bildungsangebot mit Fokus auf Eigenverantwortung weiterentwickeln: +
- „Mehr Autonomie bedeutet aber auch mehr Verantwortung und macht darum mehr Partizipation aller Beteiligten erforderlich. Deshalb treten wir ebenso wie im Schulbereich auch im Hochschulbereich für eine stärkere Demokratisierung ein und wollen integrative Systeme stärken.“³¹⁶

Koalitionsvertrag NRW 2000: Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen

Nr.	Handlungsabsicht
7.	„Wir werden (...) die Eigenständigkeit der Schulen (...) weiter stärken.“ (S. 8)
8.	„Wir werden (...) die Eigenverantwortung der (...) Schulen weiter stärken.“ (S. 8)
9.	„Die Leistungsfähigkeit unserer Schulen stärken wir durch größere Gestaltungsfreiheit, höhere Selbstständigkeit und mehr Eigenverantwortung.“ (S. 11)
10.	„Wir nehmen die Regelungsdichte im Schulbereich zurück, entwickeln Modelle zur Stärkung der Eigenverantwortung und erhöhen die Managementkompetenzen der Leitungsebene.“ (S. 11)

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Eigenverantwortung, Eigenständigkeit, Gestaltungsfreiheit der Schulen stärken: +
 - „(...) vor allem wollen wir die Eigenverantwortung und die Selbststeuerung erhöhen und verbessern – sowohl in den Schulen als auch in den Hochschulen.“³¹⁷
 - „Wir ermuntern unsere Schulen weiter zur Herausbildung eigener Profile und zur Übernahme größerer personeller und finanzieller Verantwortung. Wir packen ein einheitliches Schulgesetz an. Mit dem Projekt NRW-Schule 21 geben wir Schulen die Chance, mit deutlich erweiterten finanziellen und personellen Entscheidungsbefugnissen in größerer eigener Verantwortung ihr „Haus des Lernens“ zu bauen.“³¹⁸
- b) Regelungsdichte im Schulbereich zurücknehmen: +
 - „Mit dem Projekt NRW-Schule 21 geben wir Schulen die Chance, mit deutlich erweiterten finanziellen und personellen Entscheidungsbefugnissen in größerer eigener Verantwortung ihr „Haus des Lernens“ zu bauen.“³¹⁹

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Eigenverantwortung, Eigenständigkeit, Gestaltungsfreiheit der Schulen stärken: +
 - „(...) ich trete für eine ehrgeizigere und verbindlichere Zielsetzung ein, den Schulen eine größere Selbstständigkeit zu geben, weniger Detailregelung und mehr Eigenverantwortung (...).“³²⁰
- b) Regelungsdichte im Schulbereich zurücknehmen: +
 - „Ich trete für eine ehrgeizigere und verbindlichere Zielsetzung ein (...) weniger Detailregelung (...).“³²¹
 - „Gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern werden wir uns darüber verständigen, wie wir den Schulen durch eine konsequente Selbstbeschränkung bei Erlassen, Verordnungen und Richtlinien Luft verschaffen kön-

³¹⁵ ebda., S. 54.

³¹⁶ ebda., S. 5.

³¹⁷ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 30.08.2000, S. 16.

³¹⁸ ebda., S. 18.

³¹⁹ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 30.08.2000, S. 18.

³²⁰ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 20.11.2002, S. 13.

³²¹ ebda., S. 13.

nen. Wir werden den Bestand an Richtlinien und Erlassen überprüfen. Dazu wird die Schul- und Jugendministerin regionale pädagogische Konferenzen durchführen.“³²²

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Eigenverantwortung, Eigenständigkeit, Gestaltungsfreiheit der Schulen stärken: +
 - „Wir geben unseren Hochschulen die Instrumente an die Hand, damit sie mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung wahrnehmen können (...). Wir wollen eine neue Balance von Autonomie, Handlungsfähigkeit und Partizipation.“³²³
 - „Deshalb müssen vor allem das Dienstrecht und die Mitwirkungsrechte so weiterentwickelt werden, dass in den Schulen möglichst viel eigenverantwortlich entschieden werden kann.“³²⁴
 - „Wo immer möglich, müssen Schulen und alle, die dort arbeiten, im Rahmen der staatlichen Zielvorgaben selbstständig handeln und entscheiden können und damit auch mehr Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Arbeit übernehmen.“³²⁵
- b) Regelungsdichte im Schulbereich zurücknehmen: +
 - „Durch den Abbau von Bürokratie, durch die Vereinfachung von Verfahren und durch eine Dienstrechtsreform wollen wir unser Ziel einer schlanken, aber leistungsstarken Verwaltung in den nächsten Jahren Schritt für Schritt verwirklichen. Transparenz und Bürgerfreundlichkeit sind dabei oberste Grundsätze.“³²⁶

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Eigenverantwortung, Eigenständigkeit, Gestaltungsfreiheit der Schulen stärken: +
 - „Wir wollen ein umfassendes Qualitätsmanagement entwickeln und damit die Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung jeder einzelnen Schule stärken.“³²⁷
- b) Regelungsdichte im Schulbereich zurücknehmen: +
 - „Mit unserem Projekt „NRW Schule 21“ machen wir allen Schulen ein Angebot, eigene Profile entwickeln und das Heft – bis hin zur Personal- und Finanzverantwortung – selbst in die Hand nehmen zu können. Das verzwickte und personalintensive System der Schulaufsicht wollen wir radikal vereinfachen; sie soll künftig weniger durch Kontrolle als durch Beratung geprägt sein.“³²⁸

Nach diesem kurzen Einblick in die Systematik der Gegenüberstellung geben die folgenden Kapitel einen Einblick in die Ergebnisse der Analyse. Den Anfang macht Kapitel 7.1 mit der Bildungs-/ Forschungspolitik.

7.1 Bildungs-/Forschungspolitik

Die Bildungs- und Forschungspolitik ist Ländersache, nur in wenigen anderen Themenbereichen hat eine Landesregierung eine so hohe Gestaltungsmacht. Deshalb verwundert es nicht, dass die Bildungspolitik auch im Koalitionsvertrag und dessen Präambel einen Schwerpunkt belegt. Der Bereich der Bildungs- und Forschungspolitik umfasst in der Präam-

³²² ebda., S. 13.

³²³ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

³²⁴ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

³²⁵ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

³²⁶ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_10.asp

³²⁷ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 54.

³²⁸ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 5.

bel in Gänze 36 Handlungsabsichten, von denen 21 ein konkret prüfbares Handlungsinstrument beinhalten. Davon wiederum konnten 19 innerhalb der 13. Legislaturperiode umgesetzt werden. Die übergeordneten Ziele der Regierung in der Bildungs- und Forschungspolitik bringt der Koalitionsvertrag gleich zu Beginn des Kapitels in sechs sehr allgemein und umfassend formulierten Handlungsabsichten unter dem Überbegriff „Bildung und Qualifizierung“ auf den Punkt. NRW soll nicht weniger werden als der beste Platz zum Lernen und zur Förderung aller Begabungen.³²⁹ Die Koalition will das gesamte Bildungsangebot qualitativ weiterentwickeln, dabei insbesondere die Leistungsorientierung und Eigenverantwortung stärken³³⁰ und damit Ideen, Initiativen und Impulse für morgen fördern.³³¹

Für die Analyse werden alle Handlungsabsichten zunächst nach Handlungsfeldern kategorisiert abgebildet und dann einzeln analysiert: inwiefern finden sich hierzu in den Regierungsantrittsreden und Wahlprogrammen gleiche bzw. konträre Willensbekundungen?

Zielsetzung der zusammenfassenden Darstellung ist es, mögliche Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Zustimmungsggraden und dem *Detailgrad* V7 bzw. der Umsetzung der Handlungsabsichten auf Entscheidungsseite V10 zu identifizieren. Steigt also die Umsetzungswahrscheinlichkeit von Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages mit der Zustimmung, die diese in den Regierungsantrittsreden bzw. Wahlprogrammen erfahren?

Tabelle 35 fasst die Ergebnisse des Abgleichs der Dokumente in quantitativer Weise zusammen. Dargestellt werden – für jedes der Handlungsfelder des Koalitionsvertrages – die Zustimmungsraten in den analysierten Regierungsantrittsreden Clements und Steinbrücks sowie der Wahlprogramme der beiden Regierungsparteien. Im Detail ist die hier visualisierte Gegenüberstellung für jede einzelne Handlungsabsicht in Kapitel 2 im Anhang einsehbar

³²⁹ vgl. Koalitionsvertrag NRW 2000 – 2005, S. 7.

³³⁰ vgl. ebda., S. 10.

³³¹ vgl. ebda., S. 7.

Tabelle 35: Themenpolarisation in der Bildungs-/Forschungspolitik

Handlungsfelder	Handlungsabsichten	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Bildung und Qualifizierung	6	6,0	100,0	6	100,0	6	100,0	6	100,0	6	100,0
Eigenständigkeit der Schulen	4	4,0	100,0	4	100,0	4	100,0	4	100,0	4	100,0
Chancengleichheit	3	1,8	58,3	3	100,0	1	33,3	2	66,7	1	33,3
Abitur nach 12 Jahren	1	0,3	25,0	1	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Personalbestand ausbauen	2	2,0	100,0	2	100,0	2	100,0	2	100,0	2	100,0
Unterricht verbessern	5	1,0	20,0	1	20,0	1	20,0	1	20,0	1	20,0
Hochschulen stärken	3	3,0	100,0	3	100,0	3	100,0	3	100,0	3	100,0
Reform Hochschul-Dienstrecht	3	1,0	33,3	0	0,0	2	66,7	1	33,3	1	33,3
Bafög-Reform	1	0,5	50,0	0	0,0	0	0,0	1	100,0	1	100,0
Forschungspolitik	8	4,0	50,0	6	75,0	4	50,0	2	25,0	4	50,0
Gesamt	36	23,5	65,3	26	72,2	23	63,9	22	61,1	23	63,9
Handlungsfelder	spezifische Handlungsabsichten (V7=03)	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Bildung und Qualifizierung	0										
Eigenständigkeit der Schulen	4	4,0	100,0	4	100,0	4	100,0	4	100,0	4	100,0
Chancengleichheit	2	1,0	50,0	2	100,0	1	50,0	1	50,0	0	0,0
Abitur nach 12 Jahren	1	0,3	25,0	1	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Personalbestand ausbauen	2	2,0	100,0	2	100,0	2	100,0	2	100,0	2	100,0
Unterricht verbessern	1	1,0	100,0	1	100,0	1	100,0	1	100,0	1	100,0
Hochschulen stärken	3	3,0	100,0	3	100,0	3	100,0	3	100,0	3	100,0
Reform Hochschul-Dienstrecht	3	0,8	25,0	0	0,0	1	33,3	1	33,3	1	33,3
Bafög-Reform	1	0,5	50,0	0	0,0	0	0,0	1	100,0	1	100,0
Forschungspolitik	4	1,0	25,0	2	50,0	2	50,0	0	0,0	0	0,0
Gesamt	21	13,5	64,3	15	71,4	14	66,7	13	61,9	12	57,1
Handlungsfelder	erfüllte Handlungsabsichten (V7=03) (V10=02/03)	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Bildung und Qualifizierung	0										
Eigenständigkeit der Schulen	4	4,0	100,0	4	100,0	4	100,0	4	100,0	4	100,0
Chancengleichheit	2	1,0	50,0	2	100,0	1	50,0	1	50,0	0	0,0
Abitur nach 12 Jahren	1	0,3	25,0	1	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Personalbestand ausbauen	2	2,0	100,0	2	100,0	2	100,0	2	100,0	2	100,0
Unterricht verbessern	1	1,0	100,0	1	100,0	1	100,0	1	100,0	1	100,0
Hochschulen stärken	3	3,0	100,0	3	100,0	3	100,0	3	100,0	3	100,0
Reform Hochschul-Dienstrecht	3	0,8	25,0	0	0,0	1	33,3	1	33,3	1	33,3
Bafög-Reform	1	0,5	50,0	0	0,0	0	0,0	1	100,0	1	100,0
Forschungspolitik	2	1,0	50,0	2	100,0	2	100,0	0	0,0	0	0,0
Gesamt	19	13,5	71,1	15	78,9	14	73,7	13	68,4	12	63,2

Hoher Konsens

Zunächst wird sichtbar, dass weder in den Regierungsreden, noch in den Wahlprogrammen Handlungsabsichten benannt werden, die denen des Koalitionsvertrages in Bezug auf die zukünftige Bildungs- und Forschungspolitik konträr entgegenstehen. Es zeigt sich, dass in Bildungsfragen ein großer Konsens zwischen allen hier analysierten Stakeholdern besteht – die grundlegenden Weichenstellungen des Koalitionsvertrages finden sich in allen Dokumenten in gleicher oder ähnlicher Form wieder.

Zustimmung ist bei umgesetzten Handlungsabsichten am höchsten

Betrachtet man weiter die in Spalte drei abgetragenen durchschnittlichen Zustimmungswerte über alle analysierten programmatischen Dokumente, so finden sich von den 36 Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages 23,5 in gleicher oder ähnlicher Form in den Regierungsantrittsreden und Wahlprogrammen wieder – dies entspricht einer Übereinstimmung von 65,3 Prozent. Stellt man nur die 21 konkret prüfbaren Handlungsabsichten (V7 *Detailgrad* nimmt hier die Ausprägung 03 an), in den Fokus, so sinkt die Zustimmungsrate

zunächst leicht auf 64,3 Prozent, bevor diese bei den in der 13. Legislaturperiode tatsächlich erfüllten Willensbekundungen auf 71,1 Prozent ansteigt.

Hohe Übereinstimmung mit SPD-Positionen

Die höchste Übereinstimmung mit den Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages im Bereich der Bildungs-/Forschungspolitik weist die Regierungsantrittsrede Clements auf, die 78,9 Prozent der umgesetzten Handlungsabsichten in vergleichbarer Form aufgreift – zum Vergleich: bei Steinbrück sind es in 2002 73,7 Prozent, im Koalitionsvertrag vorgelagerten SPD-Wahlprogramm noch 68,4 Prozent. Die Positionen der Grünen finden dagegen weniger stark Eingang – nur 63,2 Prozent der erfüllten Handlungsabsichten finden sich im grünen Wahlprogramm wieder. Im Bereich der Bildungs- und Forschungspolitik gibt der Koalitionsvertrag also eher SPD-Positionen wieder, der kleinere Koalitionspartner konnte eigene Vorstellungen nicht so stark einbringen.

Hohe Übereinstimmung des Koalitionsvertrags mit den Regierungsreden

Übergreifend zeigt sich aber auch ein erkennbarer Unterschied zwischen den dem Koalitionsvertrag vorgelagerten Wahlprogrammen und den erst nach Erstellung des Koalitionsvertrages gehaltenen Regierungsreden: Die Regierungsreden der beiden Ministerpräsidenten entfalten tendenziell eine höhere Übereinstimmung in Bezug auf die im Vertragswerk erarbeiteten Weichenstellungen.

7.2 Arbeitspolitik

Im Bereich der Arbeitspolitik finden sich in der Präambel des Koalitionsvertrages insgesamt 26 Handlungsabsichten. Anders als in der Bildungs- und Forschungspolitik hat die Landesregierung hier kaum gesetzgeberischen Spielraum, kann Rahmenbedingungen nur durch Programme und Initiativen im Konsens mit gesellschaftlichen Akteuren ergänzen. Entsprechend finden sich hier auch weniger spezifische Handlungsabsichten, die ein konkret prüfbares Instrument der Handlung beinhalten. Stattdessen werden viele allgemein gehaltene Positionen und Allgemeinplätze transportiert. So soll „neue Arbeit durch (...) Innovation und Qualifikation (...)“ bzw. „durch Wachstum und nachhaltige Entwicklung“³³² geschaffen werden. Die Koalition will hierzu „den wirtschaftlichen Aufschwung nutzen“³³³ und „in unserem Lande die privaten und öffentlichen Kräfte bündeln.“³³⁴

In insgesamt sieben Handlungsabsichten finden sich Hinweise auf konkrete Maßnahmen, wobei es auch hier eher um eine Fortschreibung bestehender Programme und Initiativen

³³² Koalitionsvertrag NRW 2000 – 2005, S. 7.

³³³ ebda., S. 9.

³³⁴ ebda., S. 9.

denn um wirkliche Veränderungen geht. Im Zentrum stehen hierbei Förderprogramme im Allgemeinen sowie Gründungs-, Mittelstands- und Dienstleistungsoffensiven im Besonderen.³³⁵

In der Überprüfung konnten fünf der sieben spezifisch formulierten Handlungsabsichten der Präambel tatsächlich verwirklicht werden, was einer Umsetzungsquote von 71,4 Prozent entspricht. Mit Blick auf Tabelle 36 wird ersichtlich, dass die Arbeitspolitik ein überaus konsensuelles Themenfeld ist.

Tabelle 36: Themenpolarisation in der Arbeitspolitik

Handlungsfelder	Handlungsabsichten	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Arbeitslosigkeit bekämpfen	8	7,3	90,6	8	100,0	7	87,5	7	87,5	7	87,5
Unternehmen unterstützen	6	5,8	95,8	6	100,0	6	100,0	6	100,0	5	83,3
Beschäftigungssicherung	2	2,0	100,0	2	100,0	2	100,0	2	100,0	2	100,0
Ausbildungskonsens	6	4,5	75,0	5	83,3	4	66,7	4	66,7	5	83,3
Geringqualifizierte	4	3,8	93,8	4	100,0	3	75,0	4	100,0	4	100,0
Gesamt	26	23,3	89,4	25	96,2	22	84,6	23	88,5	23	88,5
Handlungsfelder	spezifische Handlungsabsichten (V7=03)	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Arbeitslosigkeit bekämpfen		0									
Unternehmen unterstützen	4	4	100,0	4	100,0	4	100,0	4	100,0	4	100,0
Beschäftigungssicherung	1	1	100,0	1	100,0	1	100,0	1	100,0	1	100,0
Ausbildungskonsens	2	0,5	25,0	1	50,0	0	0,0	0	0,0	1	50,0
Geringqualifizierte	0										
Gesamt	7	5,5	78,6	6	85,7	5	71,4	5	71,4	6	85,7
Handlungsfelder	erfüllte Handlungsabsichten (V7=03) (V10=02/03)	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Arbeitslosigkeit bekämpfen	0	0									
Unternehmen unterstützen	4	4	100,0	4	100,0	4	100,0	4	100,0	4	100,0
Beschäftigungssicherung	1	1	100,0	1	100,0	1	100,0	1	100,0	1	100,0
Ausbildungskonsens	0										
Geringqualifizierte	0										
Gesamt	5	5	100,0	5	100,0	5	100,0	5	100,0	5	100,0

Im Schnitt finden sich 89,4 Prozent der hier benannten Handlungsabsichten in gleicher oder ähnlicher Form auch in den untersuchten Regierungsreden und Wahlprogrammen. Zum Vergleich: In der Bildungs-/Forschungspolitik waren dies nur 65,3 Prozent. Auch in der Arbeitspolitik ist es die Regierungserklärung Clements, die den höchsten Grad an Übereinstimmung aufweist: 96,2 Prozent der Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages werden hier bestätigt.

Zustimmung ist bei umgesetzten Handlungsabsichten am höchsten

Richtet sich der Fokus nur auf die spezifischen Handlungsabsichten, sinkt die hohe Zustimmungsrates von 89,4 Prozent erkennbar auf 78,6 Prozent – vor allem bei Steinbrück und im Wahlprogramm der SPD zeigt sich hierbei ein deutlicher Rückgang, während die Zustimmung bei den Grünen demgegenüber verhältnismäßig konstant bleibt. Wie in der Bildungs-

³³⁵ vgl. ebda., S. 10

politik liegt die Zustimmung bei den tatsächlich umgesetzten Handlungsabsichten aber signifikant höher: in der Arbeitspolitik sogar bei 100 Prozent. Über die Fortführung der Gründungs- und Mittelstandsoffensive sowie des Bündnisses für Arbeit besteht in allen programmatischen Dokumenten genauso Konsens wie über die Etablierung einer Dienstleistungsoffensive und die verstärkte Ausrichtung der Förderprogramme auf den Mittelstand.

Anders als in der Bildungspolitik zeigt sich in der Arbeitspolitik kein systematischer Unterschied zwischen den SPD-Positionen und denen der Grünen. Nach der Regierungsantrittsrede Clements ist das grüne Wahlprogramm hier sogar am nächsten am Koalitionsvertrag.

7.3 Verkehrspolitik

Die Präambel des Koalitionsvertrages beinhaltet in Gänze 20 Handlungsabsichten, die dem Themenkomplex der Verkehrspolitik zuzuordnen sind. Nur fünf davon sind so konkret formuliert, dass sie einer Überprüfung unterzogen werden können. Davon sind zwei in der 13. Legislaturperiode auch wirklich umgesetzt worden. Die Verkehrspolitik weist damit eine unterdurchschnittliche Umsetzungsquote auf.

Grundsätzliches Ziel der Verkehrspolitik ist eine Steigerung der Mobilität in NRW. Die Koalitionsregierung verspricht, die Verkehrsinfrastruktur weiter auszubauen.³³⁶ Dies soll bedarfsgerecht und unter Wahrung der Schutzansprüche der Menschen geschehen. Wirtschaft und Menschen sollen ihre Mobilitätsbedürfnisse umfassend wahrnehmen können. Die Landesregierung will damit die Produktivität, Standortattraktivität und Beschäftigung sichern. Durch neue Technologien soll zudem die Kooperation aller Verkehrsträger gestärkt werden, um den Verkehr effizienter zu gestalten.³³⁷

Thematische Polarisierung zwischen SPD und Grünen

Mit Blick auf Tabelle 37 wird ersichtlich, dass auch in der Verkehrspolitik eine hohe Übereinstimmung mit zwischen dem Koalitionsvertrag und den weiteren programmatischen Dokumenten besteht – 73,8 Prozent der im Vertragswerk anzutreffenden Handlungsabsichten werden im Durchschnitt dort auch aufgegriffen. Insbesondere das Wahlprogramm der SPD ist sehr nah am Koalitionsvertrag – 19 der 20 Willensbekundungen der Verkehrspolitik werden hier bestätigt. In der Regierungsrede Clements sind es 16, in der von Steinbrück 14. Den geringsten Konsensgrad weist das Wahlprogramm der Grünen auf – zwar werden auch hier 14 der 20 Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages in vergleichbarer Weise wieder-

³³⁶ vgl. Koalitionsvertrag NRW 2000 – 2005, S. 8.

³³⁷ vgl. ebda., S. 12.

gegeben, doch zeigen sich in vier Fällen konträre Handlungsabsichten (in der Tabelle rot dargestellt).

Tabelle 37: Themenpolarisation in der Verkehrspolitik

Handlungsfelder	Handlungsabsichten	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Mobilität	7	7,0	100,0	7	100,0	7	100,0	7	100,0	7	100,0
Verkehrsstaus reduzieren	2	0,8	37,5	2	100,0	1	50,0	2	100,0	2	100,0
Schienenverkehr	9	6,5	72,2	5	55,6	6	66,7	8	88,9	7	77,8
Luftverkehr	2	0,5	25,0	2	100,0	0	0,0	2	100,0	2	100,0
Gesamt	20	14,8	73,8	16	80,0	14	70,0	19	95,0	10	50,0
Handlungsfelder	spezifische Handlungsabsichten (V7=03)	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Mobilität	0										
Verkehrsstaus reduzieren	1	0,3	25,0	1	100,0	0	0,0	1	100,0	1	100,0
Schienenverkehr	4	2,8	68,8	4	100,0	2	50,0	3	75,0	2	50,0
Luftverkehr	0										
Gesamt	5	3,0	60,0	5	100,0	2	40,0	4	80,0	1	20,0
Handlungsfelder	erfüllte Handlungsabsichten (V10=02/03)	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Mobilität	0										
Verkehrsstaus reduzieren	1	0,3	25,0	1	100,0	0	0,0	1	100,0	1	100,0
Schienenverkehr	1	0,3	25,0	1	100,0	1	100,0	0	0,0	1	100,0
Luftverkehr	0										
Gesamt	2	1,0	50,0	2	100,0	1	50,0	1	50,0	0	0,0

Das grüne Wahlprogramm stellt sich gegen den Ausbau der Straßeninfrastruktur, den der Koalitionsvertrag vorantreiben will, um die Staubbelastung zu vermindern, setzt dafür im Gegenzug auf Investitionen in die Bahnverbindungen sowie den öffentlichen Personennahverkehr. Wo der Koalitionsvertrag im Zuge des Ausbaus der Flughäfen auf Lärmschutzmaßnahmen setzt, verweigern sich die Grünen diesem Ausbau.

Zustimmung ist bei allgemeinen Handlungsabsichten am höchsten

Anders als in den zuvor analysierten Politikfeldern zeigt sich in der Verkehrspolitik ein Rückgang der Zustimmung von den allgemeinen hin zu den erfüllten Handlungsabsichten. Einzig Clement greift in seiner Regierungsrede alle umgesetzten Handlungsabsichten auf, Steinbrück und die analysierten Wahlprogramme bestätigen jeweils nur noch eine der erfüllten Handlungsabsichten in gleicher Form. Das grüne Wahlprogramm spricht sich zudem eindeutig gegen die Umsetzung des Anti-Stau-Programmes des Bundes aus, mit dessen Mitteln in der 13. Legislaturperiode Engpässe im Fernstraßennetz in NRW beseitigt wurden.

7.4 Umweltpolitik

19 Handlungsabsichten der Präambel des Koalitionsvertrages lassen sich der Umweltpolitik zuordnen. Wie Tabelle 38 zeigt, zielen 14 davon auf die ökologische Modernisierung, vier auf die Reduzierung von CO₂-Emissionen.

Tabelle 38: Themenpolarisation in der Umweltpolitik

Handlungsfelder	Handlungsabsichten	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Ökologische Modernisierung	14	12	85,7	13	92,9	12	85,7	9	64,3	14	100,0
Reduzierung der CO ₂ -Emissionen	5	3	60,0	3	60,0	3	60,0	2	40,0	4	80,0
Gesamt	19	15	78,9	16	84,2	15	78,9	11	57,9	18	94,7
Handlungsfelder	spezifische Handlungsabsichten (V7=03)	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Ökologische Modernisierung	2	1	50,0	2	100,0	0	0,0	0	0,0	2	100,0
Reduzierung der CO ₂ -Emissionen	0										
Gesamt	2	1	50,0	2	100,0	0	0,0	0	0,0	2	100,0
Handlungsfelder	erfüllte Handlungsabsichten (V7=03) (V10=02/03)	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Ökologische Modernisierung	2	1	50,0	2	100,0	0	0,0	0	0,0	2	100,0
Reduzierung der CO ₂ -Emissionen	0										
Gesamt	2	1	50,0	2	100,0	0	0,0	0	0,0	2	100,0

Nur zwei aus dem Bereich der ökologischen Modernisierung sind konkret genug formuliert, um einer Umsetzungsanalyse unterzogen werden zu können; beide wurden in der 13. Legislaturperiode verwirklicht. Einmal geht es um die Fortführung der Agenda 21³³⁸, im anderen Fall um die Weiterführung des „Zukunftsinvestitionsprogramms Arbeit und Umwelt“.³³⁹

Hoher Konsens

Im Durchschnitt finden sich 15 der im Bereich der Umweltpolitik im Koalitionsvertrag aufgezeigten Handlungsabsichten auch in den Regierungsreden und Wahlprogrammen wieder. Dies entspricht einem Übereinstimmungsgrad von 78,9 Prozent. Mit 94,7 Prozent ist es das Wahlprogramm der Grünen, das dem Vertrag in punkto Umwelt am nächsten kommt. Auf den weiteren Plätzen folgen die Regierungsantrittsreden Clements und Steinbrücks mit 84,2 bzw. 78,9 Prozent. Das Wahlprogramm der SPD greift dagegen mit 11 nur wenig mehr als die Hälfte der 19 Handlungsabsichten auf.

Zustimmung ist bei allgemeinen Handlungsabsichten am höchsten

In der Umweltpolitik lässt sich wie im Bereich Verkehr übergreifend keine Zunahme, sondern im Gegenteil eine Abnahme der Übereinstimmung von den allgemein formulierten hin zu den spezifischen bzw. den damit identischen umgesetzten Handlungsabsichten feststellen. Dies geht vor allem auf das Konto Steinbrücks und des SPD-Wahlprogramms zurück. Während Steinbrück keine der beiden spezifischen Handlungsabsichten aufgreift, findet sich im Wahlprogramm der SPD zumindest der Hinweis auf die geplante Fortführung der Agenda 21. Anders sieht es bei den Grünen und bei Clement aus – in beiden Fällen zeigt sich eine Zu-

³³⁸ vgl. Koalitionsvertrag NRW 2000 – 2005, S. 9.

³³⁹ vgl. ebda., S. 13.

nahme der Übereinstimmung von den allgemeinen hin zu den tatsächlich verwirklichten Handlungsabsichten.

7.5 Das Analysemodell politischer Umsetzung 2/2

Die vorangegangenen Kapitel haben zunächst einen Einblick in die thematische Polarisierung auf der Ebene vier ausgesuchter Politikfelder gegeben. Wie deutlich wurde, zeigen sich hierbei von Politikfeld zu Politikfeld leicht unterschiedliche Ergebnisse. Zielsetzung des vorliegenden Kapitels ist es, die Ergebnisse des Abgleichs der Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages mit den Regierungsreden und Wahlprogrammen übergreifend zusammenzutragen und zu bewerten. Ist es möglich, darauf aufbauend ein Analysemodell thematischer Polarisierung zu entwerfen und damit das bereits verifizierte Analysemodell politischer Umsetzung zu ergänzen? Tabelle 39 stellt die Ergebnisse der vier Politikfelder in einen gemeinsamen Rahmen.

Tabelle 39: Themenpolarisierung in der Zusammenfassung

Handlungsfelder	Handlungsabsichten	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Bildungs-/Forschungspolitik	36	23,5	65,3	26	72,2	23	63,9	22	61,1	23	63,9
Arbeitspolitik	26	23,3	89,4	25	96,2	22	84,6	23	88,5	23	88,5
Verkehrspolitik	20	14,8	73,8	16	80,0	14	70,0	19	95,0	10	50,0
Umweltpolitik	19	15	78,9	16	84,2	15	78,9	11	57,9	18	94,7
Gesamt	101	61,5	60,9	67	66,3	59	58,4	64	63,4	56	55,4
Handlungsfelder	spezifische Handlungsabsichten (V7=03)	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Bildungs-/Forschungspolitik	21	13,5	64,3	15	71,4	14	66,7	13	61,9	12	57,1
Arbeitspolitik	7	5,5	78,6	6	85,7	5	71,4	5	71,4	6	85,7
Verkehrspolitik	5	3	60,0	5	100,0	2	40,0	4	80,0	1	20,0
Umweltpolitik	2	1	50,0	2	100,0	0	0,0	0	0,0	2	100,0
Gesamt	35	23	65,7	28	80,0	21	60,0	22	62,9	21	60,0
Handlungsfelder	erfüllte Handlungsabsichten (V7=03) (V10=02/03)	Zustimmung gesamt		Zustimmung Clement		Zustimmung Steinbrück		Zustimmung SPD Wahlprogramm		Zustimmung Grüne Wahlprogramm	
Bildungs-/Forschungspolitik	19	13,5	71,1	15	78,9	14	73,7	13	68,4	12	63,2
Arbeitspolitik	5	5	100,0	5	100,0	5	100,0	5	100,0	5	100,0
Verkehrspolitik	2	1	50,0	2	100,0	1	50,0	1	50,0	0	0,0
Umweltpolitik	2	1	50,0	2	100,0	0	0,0	0	0,0	2	100,0
Gesamt	28	20,5	73,2	24	85,7	20	71,4	19	67,9	19	67,9

Wie ersichtlich wird, transportiert die Präambel des Koalitionsvertrages in den vier analysierten Politikfeldern in Gänze 101 Handlungsabsichten, von denen im Durchschnitt 60,9 Prozent in den Regierungsantrittsreden und Wahlprogrammen bestätigt werden. 35 der 101 Handlungsabsichten sind so konkret formuliert, dass sie einer Überprüfung unterzogen werden können, 28 davon wurden tatsächlich in der 13. Legislaturperiode verwirklicht. Beide Kategorien verzeichnen einen hohen Konsensgrad – 65,7 Prozent der spezifischen und 73,2 Prozent der wirklich umgesetzten Handlungsabsichten werden auch durch die Regierungsreden und Wahlprogramme aufgegriffen.

Tabelle 40: Korrelation Umsetzung von Handlungsabsichten vs. Polarisation

			Umsetzung	Polarisation
Spearman's rho	Umsetzung	Correlation Coefficient	1,000	-,234(*)
		Sig. (2-tailed)	.	,018
		N	101	101
	Polarisation	Correlation Coefficient	-,234(*)	1,000
		Sig. (2-tailed)	,018	.
		N	101	101

* Correlation is significant at the 0.05 level (2-tailed).

Für das vorliegende Datenmaterial bestätigen sich somit in deskriptiver Sicht die durch die Theoriemodelle VN1 und VN2 postulierten Zusammenhänge: Je niedriger die Themenpolarisation und je weniger Vetospieler, desto höher ist die Umsetzungswahrscheinlichkeit. Die statistische Prüfung bestätigt eine signifikante Korrelation.

Das Theoriemodell VN3 *Entscheidungsmodi* konnte in der Analyse nicht direkt geprüft werden. Allerdings ist es eng mit den Vetospielern und der Themenpolarisation verbunden: Das Zustandekommen eines hierarchischen bzw. eines Mehrheitsentscheids ist dann am wahrscheinlichsten, wenn es sich um einen konsensuellen Sachverhalt handelt. Treten dagegen Vetospieler auf den Plan, sind Verhandlungen notwendig – die Umsetzungswahrscheinlichkeit einer Handlungsabsicht ist dann tendenziell niedriger einzuschätzen.

VI. Schlussfolgerung

Wie sind die dargestellten Resultate nun aber im Hinblick auf die Forschungsfragen zu bewerten und welchen Einfluss nimmt die gewählte Forschungsmethodik auf die Validität der Ergebnisse? Das folgende Kapitel vermittelt eine Bilanz der Forschungsarbeit, diskutiert Stärken und Schwächen des Modells und der Methodik und gibt darüber hinaus einen Ausblick auf weiterführende Fragestellungen und Forschungsansätze.

Klarer sozialpolitischer Schwerpunkt im Gesamtvertrag

Zunächst wurde deutlich, dass der Koalitionsvertrag einen sozialpolitischen Schwerpunkt besitzt. Die Sozialpolitik bildet zusammen mit der Bildungspolitik rund 40 Prozent aller benannten Problemdefinitionen ab. Die Problemzentriertheit verbindet sich mit einer starken Handlungsorientierung – für die überwiegende Zahl der thematisierten Probleme bietet der Koalitionsvertrag passende Lösungsvorschläge an. Die klassischen Bezugsgruppen der Sozialpolitik werden häufiger als Adressaten des Handelns benannt als andere Gruppen. Insgesamt zeigt sich eine breite bzw. in Teilen unscharfe Zielgruppenansprache, stehen außer in der Bildungs- und Arbeitspolitik kollektive Gruppen stark im Fokus. Auffallend ist, dass kaum je Personengruppen benannt werden, die durch Handlungsabsichten schlechter gestellt werden als zuvor bzw. die für eine Maßnahme bezahlen sollen. Hier wird der Integrationsanspruch des Koalitionsvertrages sichtbar.

Die Präambel zielt auf Modernisierung

In der Präambel, die als einleitende Zusammenfassung dem Vertrag voran steht, verschiebt sich der Schwerpunkt von der Sozial- zur Innenpolitik. Auch die Arbeits- und Finanzpolitik erhalten große Bedeutung. Hier zeigt sich die Handschrift der Modernisierer, ergibt sich ein deutlicher Schwenk hin zu den landespolitischen Themen und Kompetenzfeldern. Gleichwohl bleibt der integrierende Charakter bestehen: Über die Hälfte der Handlungsabsichten bezieht sich auf die Bevölkerung als Ganzes und zeigt eine gestaltende, auf Veränderung ausgerichtete Note mit stark distributivem Charakter.

Orientierung am politisch Möglichen

Der sozialpolitische Fokus des Vertragswerkes relativiert sich im Zuge der Detailanalyse. Viele sozialpolitische Handlungsabsichten sind abstrakt und allgemein formuliert. Dem stehen traditionelle landespolitische Felder wie die Bildungs- und Innenpolitik gegenüber, deren Vorhaben überdurchschnittlich konkret formuliert sind. Der Koalitionsvertrag orientiert sich am politisch Möglichen, geht vor allem da ins Detail, wo sich die Regierenden tatsächlich reale Gestaltungsspielräume erhoffen und Projekte bestenfalls schon vorbereitet sind.

Forschungsfrage 1: Inwieweit wurden die Handlungsabsichten in die Tat umgesetzt?

Das Erkenntnisinteresse der ersten Forschungsfrage richtet sich auf die Kongruenz von Darstellungs- und Handlungspolitik. Inwieweit wurden die im Vertrag enthaltenen Handlungsabsichten in der 13. Legislaturperiode wirklich umgesetzt? In der wissenschaftlichen Literatur finden sich mehrere Forschungsarbeiten, die sich mit spezifischen Ansätzen an dieser Fragestellung versuchen. Zumeist stehen hierbei Wahlprogramme oder Regierungsreden im Zentrum der Untersuchung. Zu unterscheiden sind Modelle, die die Ausgabenverteilung als Indikator für die politische Handlungsseite anstrengen, von solchen, die die Tätigkeit des Parlaments und der Regierung bzw. die tatsächliche Erfüllung von Handlungsabsichten in der Praxis messen.

Die Darstellungsseite spiegelt sich nicht in der Haushaltspolitik

Mit dem Ziel, eine höchstmögliche Validität der Ergebnisse zu gewährleisten, wurde in der vorliegenden Arbeit ein zweistufiger Analyseprozess gewählt. Der zuerst erfolgte Abgleich der prozentualen Verteilung von Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages auf die einzelnen Politikfelder mit deren Budgetanteil im Haushaltsplan zeigt keine Korrelation. Insbesondere die Sozialpolitik nimmt im Budget eine gegenüber dem Koalitionsvertrag deutlich reduzierte Bedeutung ein, wohingegen die Bildungs- und Finanzpolitik im Landeshaushalt überproportional vertreten sind. Auch die Ausgabenentwicklung innerhalb der 13. Legislaturperiode lässt keine Verlagerung der Budgets im Sinne des Koalitionsvertrages erkennen. Dies steht im Gegensatz zu den Ergebnissen des Comparative Manifesto Project der Manifesto Research Group³⁴⁰, die in diversen Ländern bereits über lange Zeiträume Wahlprogramme analysiert hat und eine deutliche Prognosefunktion gegenüber den Haushaltsausgaben feststellt.

An dieser Stelle muss auf eine Reihe möglicher Ursachen verwiesen werden, die gegen die verwendete Prüfmethode sprechen bzw. ihre Aussagekraft für das vorliegende Untersuchungsmaterial beeinträchtigen. Zum einen sind die prekäre Haushaltslage und hohe Verschuldung anzuführen, die der Landesregierung nur wenig Spielraum für Umschichtungen lassen – zumal hier ein Zeitraum von lediglich vier Jahren betrachtet wird. Auf der anderen Seite wird ersichtlich, dass viele Handlungsabsichten nicht notwendigerweise mit monetären Mitteln zu verwirklichen sind. Dies trifft gerade auf die zu, die nicht verändernd sondern kontrollierend oder stabilisierend wirken bzw. regulativer Natur sind. Auch die föderale Komponente gilt es zu berücksichtigen. Die Landespolitik hat gegenüber der Bundespolitik einen verengten Handlungsspielraum und besitzt in wenigen Bereichen umfassende Gestaltungskompetenzen. Ein beschränkender Faktor ist auch die Tatsache, dass hier nur auf ein pro-

³⁴⁰ zu nennen sind hier etwa die Arbeiten von Hofferbert, Richard/Klingemann, Hans-Dieter (1990) und Klingemann, Hans-Dieter/Hofferbert, Richard/Budge, Ian (1994).

grammatisches Dokument Bezug genommen wird. Hofferbert/Klingemann/Volkens (1992)³⁴¹ beziehen in ihre Analyse knapp 1.000 Wahlprogramme über einen Zeitraum von rund vier Jahrzehnten ein und erkennen starke statistische Zusammenhänge zwischen Ausgabenverteilung und Wahlprogrammen.

71,2 Prozent der konkret formulierten Handlungsabsichten wurden verwirklicht

Der Koalitionsvertrag besitzt zwar keine Prognosewirkung gegenüber den Haushaltsausgaben, dies bedeutet jedoch nicht zwingend, dass die Darstellungspolitik keinen Bezug zur Handlungsseite hat. In der direkten Überprüfung der konkret formulierten Handlungsabsichten der Präambel konnte für mehr als sieben von zehn eine Umsetzung nachgewiesen werden. In anderen Fällen wurden zumindest ähnliche Handlungen verwirklicht bzw. über einen längeren Zeitraum außerhalb der 13. Legislaturperiode angestrebt, etwa bei der flächendeckenden Etablierung der Ganztagschulen. Auch von anderen Autoren wird ein Einfluss von Wahlprogrammen und Regierungserklärungen auf das politische Handeln identifiziert. So kommt etwa Rallings (1987) in seiner Analyse von Regierungserklärungen auf einen Umsetzungsgrad von Handlungsabsichten in Gesetze von 63,7 Prozent für Großbritannien und 71,5 Prozent für Kanada.³⁴² Die Unterschiede zwischen beiden Ländern erklärt er mit den unterschiedlichen Verhandlungsmustern und Nebenregierungen. Auch Pomper (1980)³⁴³ gelangt in seiner Analyse amerikanischer Wahlprogramme aus drei Jahrzehnten zur Überzeugung, dass sich dort platzierte Handlungsabsichten auf das politische Handeln auswirken.

Die erste der beiden Forschungsfragen lässt sich demnach wie folgt beantworten: Der Koalitionsvertrag hat durchaus eine starke Verbindung zur Ebene der politischen Entscheidungspolitik. Wenn Handlungsabsichten konkret genug formuliert sind, lässt sich für die Mehrzahl auch eine Umsetzung feststellen. Dieses Erkenntnis wird jedoch durch die relative Unbestimmtheit vieler Textpassagen des Koalitionsvertrages getrübt. Die Landesregierung weiß, dass sie an den eigenen Versprechen gemessen wird, geht deshalb nur selten so ins Detail, dass die Erfüllung direkt gemessen werden kann. Konkrete Ziele und darauf abzielende Maßnahmen bleiben meist im Dunkeln. Werden doch konkrete Versprechen gemacht, so werden zwar reichlich Nutznießer, kaum aber die von der geplanten Maßnahme benachteiligten Bevölkerungsgruppen erkennbar.

³⁴¹ vgl. Hofferbert, Richard/Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea (1992), S. 385f.

³⁴² vgl. dazu Tabelle 3, S.63.

³⁴³ vgl. ebda.

Forschungsfrage 2: Welche Faktoren bestimmen das Verhältnis von Darstellungs- und Handlungspolitik?

Die zweite Forschungsfrage zielt auf die Verbindung von Darstellungs- und Handlungspolitik unter Einbeziehung wechselseitiger Einflusskriterien. Hierzu wurden in Kapitel I wissenschaftliche Modelle der Entscheidungstheorie vorgestellt und auf ihre Eignung für die vorliegende Arbeit geprüft. Darauf aufbauend wurde ein Analysemodell politischer Umsetzung erstellt, das auf sechs Theoriemodellen fußt. Jedes der Theoriemodelle enthält eine implizite These zum eigenen Einfluss auf die Entscheidungsfindung.

Test der ersten drei Theoriemodelle V4, V5 und V6 des Analysemodells

Die dem Analysemodell zugrunde liegenden Theoriemodelle wurden in zwei getrennt voneinander stattfindenden Analysen auf Erfüllung geprüft. Drei der Theoriemodelle konnten in der empirischen Inhaltsanalyse quantitativ erfasst werden:

V4 Themenpriorität

V5 Policy-Art

V6 Richtung der Handlung

Für das vorliegende Datenmaterial wurden die Theoriemodelle V4 und V6 bestätigt

Den stärksten Einfluss auf die Umsetzungswahrscheinlichkeit einer im Koalitionsvertrag fixierten Handlungsabsicht entfaltet deren Richtung. Ist sie nicht auf Veränderung, sondern auf Stabilisierung bzw. den Erhalt bestehender Verhältnisse ausgerichtet, lässt sich eine höhere Umsetzungsquote nachweisen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Entscheidungskosten mit dem implizierten Veränderungswillen steigen. Die Themenpriorität übt demgegenüber einen etwas schwächeren Einfluss aus, der sich zudem in der statistischen Prüfung als nicht signifikant erweist. Im vorliegenden Fall werden politische Vorhaben aber eher dann verwirklicht, wenn sie kollektive Zielgruppen adressieren, also für möglichst große Teile der Bevölkerung von Bedeutung sind. Durch die Verbindung von *V4 (Themenpriorität)* und *V6 (Richtung der Handlung)* in einem neuen, gemeinsamen Modell *V11* lässt sich die Prognosekraft signifikant steigern.

Für die Policy-Art, d.h. die Frage, ob distributive, redistributive bzw. regulative Motive geltend gemacht werden, lässt sich keine erkennbare Wirkung auf die Umsetzung feststellen. Dies steht in einer Reihe mit den Ergebnissen des Abgleichs mit der Ausgabenverteilung. Die prekäre Haushaltslage und der damit verbundene Sparzwang haben die Verteilung zusätzlicher Mittel und Leistungen erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Begrenzte Mittel gilt es

strategisch möglichst sinnvoll im Sinne der Legitimitätsbeschaffung einzusetzen und auf prioritäre Themen zu konzentrieren.

Auch die Wahl des Handlungsinstruments beeinflusst die Umsetzungschancen

Nicht nur die einzelnen Strukturmerkmale des Regierens und deren gezielter Einsatz machen einen Unterschied, wenn es um die Umsetzungswahrscheinlichkeit der Handlungsabsichten der Präambel geht. Auch die Wahl der hierfür vorgesehenen Instrumente hat unterschiedliche Erfolgswahrscheinlichkeiten zur Folge, wie in der empirischen Inhaltsanalyse deutlich geworden ist. Gesetzesvorhaben bzw. -novellen und organisatorische Veränderungen, z.B. von Institutionen oder staatlichen Behörden, weisen höhere Umsetzungsquoten auf als Programme und Verfahrensänderungen.

Test der verbleibenden drei Theoriemodelle VN1, VN2 und VN3 des Analysemodells

Die drei verbleibenden Theoriemodelle des Analysemodells konnten nicht trennscharf im inhaltsanalytischen Kategoriensystem erfasst werden. Es gelang nicht, ihnen eindeutig abgegrenzte Merkmalsausprägungen zuzuordnen:

VN1 Themenpolarisation

VN2 Vetospieler

VN3 Entscheidungsmodi

Hier fand stattdessen ein Zugang Anwendung, der auf einer übergeordneten Ebene Zusammenhänge zwischen den Theoriemodellen, dem Detailgrad sowie dem codierten Umsetzungsgrad einer Handlungsabsicht sichtbar macht. Hierfür wurden die Positionen der wesentlichen Vetospieler der 13. Legislaturperiode, der beiden Ministerpräsidenten und der Koalitionsparteien, hinsichtlich einer Handlungsabsicht erfasst. Dem methodischen Ansatz der vorliegenden Arbeit folgend, wurde dabei auf programmatische Dokumente zurückgegriffen. Einen analytischen Zugang zu den Steuerungspotenzialen der Akteure lieferten die in Kapitel II im Detail beschriebenen Strukturmerkmale des Regierens.³⁴⁴ Unter Einbezug der Regierungsreden Clements und Steinbrücks sowie der Wahlprogramme der beiden Regierungsparteien ließen sich so Aussagen zur Themenpolarisation und zu den Vetospielern auf den Ebenen der Ministerpräsidenten- und Parteiendemokratie treffen.

Für das vorliegende Datenmaterial wurden die Theoriemodelle VN1 und VN2 bestätigt

In der Analyse konnten die in den Theoriemodellen VN1 und VN2 postulierten Zusammenhänge verifiziert werden: Je niedriger die Themenpolarisation und je weniger Vetospieler,

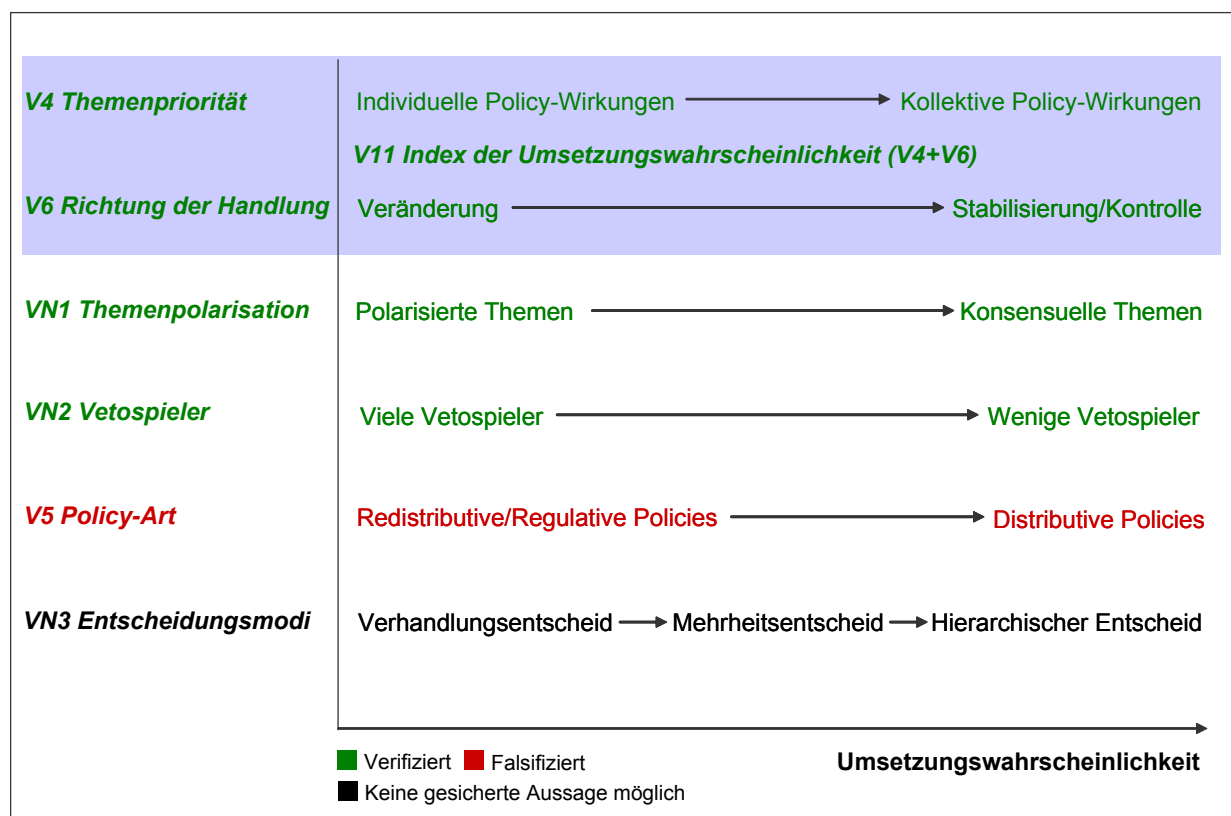
³⁴⁴ vgl. Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2004), S. 71ff.

desto höher die Umsetzungswahrscheinlichkeit einer Handlungsabsicht des vorliegenden Vertragswerkes. Die statistische Prüfung bestätigt eine signifikante Korrelation. Die in Theoriemodell *VN3 thematisierten Entscheidungsmodi* ließen sich durch die Analyse nicht direkt testen. Allerdings sind die Entscheidungsmodi eng mit den Vetospielern und der Themenpolarisation verbunden: Ein hierarchischer bzw. Mehrheitsentscheid ist bei konsensuellen Themen am wahrscheinlichsten. Treten dagegen intervenierende Vetospieler auf den Plan, sind in Demokratien Verhandlungen notwendig, was die Lösungsfindung tendenziell erschwert, sich also negativ auf die Umsetzungswahrscheinlichkeit von Handlungsabsichten auswirkt.

Etablierung des Analysemodells politischer Umsetzung

Auf Basis der vorliegenden Ergebnisse lässt sich die zweite Forschungsfrage wie folgt beantworten: In den gegebenen Grenzen ist es gelungen, ein übergeordnetes Prognosemodell politischer Umsetzung zu erstellen, das Aussagen über die Umsetzungswahrscheinlichkeit konkret formulierter politischer Handlungsabsichten des rot-grünen Koalitionsvertrages 2000 zulässt. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit konnten verschiedene entscheidungstheoretisch orientierte Wirkungsmodelle getestet und Unterschiede in deren Einflussstärken identifiziert werden. Grafik 9 fasst die Ergebnisse der Analyse in einem einheitlichen Rahmen zusammen.

Grafik 9: Das Analysemodell politischer Umsetzung



Wie hier ersichtlich wird, konnten vier der sechs Theoriemodelle des in Kapitel I erstellten Analysemodells verifiziert werden. Sie alle entfalten nachweislich Einfluss auf die Umsetzung hinreichend konkretisierter Handlungsabsichten der Präambel des Koalitionsvertrages. Über das Zusammenspiel der Faktoren sind aber nur deskriptive Aussagen möglich, ohne dass übergreifende Wirkungszusammenhänge erkennbar werden. Einzige Ausnahme bilden die Theoriemodelle V4 und V6, deren Prognosekraft in einem gemeinsamen Theoriemodell V11 *Index der Umsetzungswahrscheinlichkeit* gesteigert werden konnte.

Für die semantische Analyse des Koalitionsvertrages lassen sich damit analog zu Grafik 10 folgende Aussagen ableiten: Die Umsetzungswahrscheinlichkeit einer Handlungsabsicht ist dann am höchsten, wenn

- möglichst große Teile der Bevölkerung adressiert werden, also nicht nur einzelne Interessengruppen wie z.B. Schüler, Bahnfahrer oder Rentner im Mittelpunkt stehen,
- sie einen möglichst geringen Gestaltungs- bzw. Veränderungswillen aufweist, es also eher darum geht, bereits laufende Prozesse fortzuführen, bzw. bestehende Zustände aufrechtzuerhalten oder zu verteidigen,
- es um konsensuelle Themen geht, die sich mit den Vorstellungen des Ministerpräsidenten und der Regierungsparteien decken, hier also keine Vetospieler auf den Plan treten.

Im Analysemodell nicht abgebildet wurden die Instrumente des Handelns, die aber nachweislich auch auf das Verhältnis von Darstellungs- und Handlungspolitik einwirken: Gesetzesnovellen und Gesetze sowie organisatorische Veränderungen verzeichnen durchweg die höchsten Umsetzungsgrade. Wurden im Koalitionsvertrag dagegen Willensbekundungen identifiziert, die auf Verfahrensregelungen oder Programme abzielen, so ließ sich eine unterdurchschnittliche Umsetzung feststellen.

Daneben konnten weitere Einflussfaktoren identifiziert werden, deren Richtungen und Wirkungen aber schwerlich zu quantifizieren sind. So lassen sich z.B. die Bildungs- und Forschungspolitik durch V6 nicht gut beschreiben. Hier sind trotz starken Veränderungswillens hohe Umsetzungsquoten anzutreffen. Für diese Tatsache können eine ganze Reihe von Faktoren ursächlich sein: Neben den jeweils spezifischen Policy-Netzen, Akteurskonstellationen und Entscheidungsregeln zählt dazu auch die hohe Gestaltungsmacht der Landesregierung. Dies trifft auch für den Bereich der gesellschaftlichen und politischen Ordnung zu, der ebenfalls eine überdurchschnittliche Umsetzungsquote aufweist. In der Bildungspolitik ist die Koalition zudem aufgrund des starken öffentlichen Interesses einem hohen Handlungsdruck ausgesetzt. Die Innenpolitik beinhaltet die als Chefsache deklarierten und daher

öffentlich priorisierten Themengebiete rund um die Verwaltungsmodernisierung und den Bürokratieabbau.

Methodendiskussion

Die vorliegende Arbeit stellt den Versuch dar, ein empirisches Instrument zur Analyse der Umsetzungswahrscheinlichkeit politischer Willensbekundungen innerhalb eines programmatischen Dokumentes zu erstellen. Wenn es gilt, die politische Wirklichkeit auf ein Analyseraster abzustimmen, gibt es immer auch eine Reihe inhaltlicher und methodischer Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Diese müssen bekannt sein, um eine abschließende Bewertung und Einordnung der Ergebnisse zu ermöglichen.

Eine inhaltliche Einschränkung ergibt sich durch das Wesen des Untersuchungsobjekts, des rot-grünen Koalitionsvertrages selbst. Dieser zeichnet sich zwar durch einen großen Gestaltungswillen aus, bleibt aber in weiten Teilen unscharf. Die Mehrzahl der Handlungsabsichten ist nur unkonkret beschrieben und entzieht sich somit einer gesicherten empirischen Überprüfung. Zwar wurde im Rahmen der Analyse der Versuch unternommen, die Umsetzungswahrscheinlichkeiten der nicht hinreichend konkretisierten Handlungsabsichten indirekt aus deren in V4 und V6 festgehaltenen thematischen Faktoren abzuleiten, doch konnte diese Vorgehensweise aufgrund der Vernachlässigung eventuell vorhandener anderer Unterschiede nicht ganz überzeugen. Festzuhalten bleibt: Der Koalitionsvertrag ist in weiten Teilen nicht der oft beschriebene „Fahrplan der nächsten Legislaturperiode“. Er gibt zumeist lediglich eine Himmelsrichtung vor, ohne aber auf die Reisedaten oder den genauen Zielort einzugehen.

Die Frage, ob andere programmatische Dokumente wie Wahlprogramme oder Regierungreden bessere Detailanalysen zulassen, kann an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden. Anzunehmen ist jedoch, dass programmatische Dokumente, die nach einer Wahl und einer vollzogenen Regierungsbildung erstellt werden, einen höheren Detailgrad und eine stärkere Prognoseleistung aufweisen. Hier tritt das wahltaktische Stimmenwerben für einen Moment in den Hintergrund und es eröffnet sich – je nach inhaltlicher Kongruenz der Koalitionsregierung – am ehesten ein Fenster auch für unbequeme Wahrheiten. Die Koalitionsverhandlungen im Vorfeld der 13. Legislaturperiode waren durchaus kontrovers und bildeten somit auch einen ersten Härtetest für viele in den Wahlprogrammen gemachte Ankündigungen. Beide Parteien mussten Zugeständnisse machen und gegebenenfalls nicht durchsetzbare oder praxistaugliche Vorhaben über Bord werfen.

Nicht nur das Untersuchungsobjekt, auch das Untersuchungsinstrument leidet zuweilen unter einer prozessimmanenten Unschärfe. Allen quantitativen Ansätzen gemein ist, dass sie die Komplexität der realen Entscheidungssituationen stark vereinfacht abbilden. Dies bedeutet, dass eventuell wichtige Kausalfaktoren bzw. Akteurskonstellationen ausgeblendet bzw. gar nicht erst berücksichtigt werden. Die quantitative Analyse beschränkt sich nur auf einen Ausschnitt der Wirklichkeit, verengt den Blickwinkel auf einige wenige Faktoren. So können die idealtypischen Annahmen und Merkmalsausprägungen der Theoriemodelle nie eins zu eins auf die politische Praxis übertragen werden: Die auf Basis der semantischen Analyse des Textes codierten Unterschiede zum Beispiel zwischen individuellen und kollektiven oder distributiven und redistributiven bzw. regulatorischen Handlungen sind im politischen Alltag nie ganz zu 100 Prozent abgrenzbar. So haben alle Gesetze, auch solche, die zusätzliche Gelder für bestimmte Gruppen versprechen, immer auch einen regulativen Charakter. Zudem sind die Ressourcen jeder Regierung begrenzt: Jeder Euro, der verteilt wird, muss irgendwann bezahlt oder eingespart werden. Rein distributive oder regulative Maßnahmen werden sich in der Praxis entsprechend kaum finden lassen, es ist davon auszugehen, dass meistens Mischformen vorzufinden sind.

Ausblick

Politikwissenschaftliche Forschung ist traditionell sehr stark im qualitativen Forschungsdesign verwurzelt. Wie schwer es ist, bestehende Theorien in ein für die empirische Analyse hinreichendes Skalenniveau zu transformieren, hat die vorliegende Arbeit gezeigt. Komplexe Entscheidungs- und Handlungssysteme lassen sich nicht kategorisieren, ohne dabei einen Teil des Informationsgehalts zu verlieren. „Soweit (...) Policy-Forschung im Allgemeinen tatsächlich nach verallgemeinernden Aussagen strebt, wird sie mit Schwierigkeiten konfrontiert, die die analytische Wissenschaftstheorie nicht berücksichtigt und deshalb auch nicht lösen hilft.“³⁴⁵

Trotz forschungspraktischer Einschränkungen ist es in Ansätzen gelungen, ein quantitatives Analysemodell politischer Umsetzung des rot-grünen Koalitionsvertrages 2000 zu entwickeln. Wie sich aber auch gezeigt hat, sind die hier nachgewiesenen Effekte nicht ohne Weiteres verallgemeinerbar. Um zu einem tragbaren, praxisgerechten Ansatz der Entscheidungsanalyse zu gelangen, ist weitere Forschungsarbeit unter Einbezug möglichst vieler entscheidungstheoretisch abgesicherter Einflussfaktoren von Nöten. Auch eine Internationalisierung der Untersuchung wäre in forschungspraktischer Hinsicht von Interesse. So könnten spezifische systembedingte Einflüsse erkannt und eingeordnet, Unterschiede etwa zwischen Koalitions- und Einparteienregierungen identifiziert werden.

³⁴⁵ Mayntz, Renate (1983), S. 15.

VII. Anhang

1. Detailanalyse Präambel

Die folgenden Seiten zeigen die Detailanalyse der Handlungsabsichten der Präambel des Koalitionsvertrages der rot-grünen Landesregierung NRW 2000. Ein Überblick wurde bereits in Tabelle 16 gegeben. Aufgelistet werden – gruppiert nach Politikfeldern – alle Handlungsabsichten nach der bereits in Kap. III beschriebenen Kategorisierungssystematik: Jene, die konkret genug formuliert sind, um einer Prüfung standzuhalten, weisen in V7 (*Detailgrad*) die Merkmalsausprägung 03 auf. Diesen wird in einer separaten Tabelle anschließend die konkrete Umsetzung gegenübergestellt.

1.1 Arbeitspolitik

Koalitionsvertrag: Arbeitslosigkeit bekämpfen

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Wir schaffen neue Arbeit durch (...) Innovation und Qualifikation (...)“ (Koalitionsvertrag, S. 7)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
2.	„Wir schaffen neue Arbeit durch (...) Wachstum und nachhaltige Entwicklung.“ (S. 7)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
3.	„Unser Ziel bleibt klar: Das neue Nordrhein-Westfalen als der beste Platz zum (...) Arbeiten (...)“ (S. 7)	01 / 03 / 01	01	unspezifizierte Maßnahme(n)
4.	„Wir werden den wirtschaftlichen Aufschwung nutzen, die diesem Ziel dienenden Maßnahmen der Bundesregierung unterstützen, um in den vor uns liegenden fünf Jahren die Arbeitslosigkeit deutlich abzubauen (...)“ (S. 9)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
5.	„Neue Arbeits(...)plätze zu schaffen (...), das ist die wichtigste Aufgabe für unser Land am Beginn des neuen Jahrhunderts. (...) Wir müssen daher in unserem Lande die privaten und öffentlichen Kräfte bündeln.“ (S. 9)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
6.	„(...) Arbeitsplätze zu sichern, das ist die wichtigste Aufgabe für unser Land am Beginn des neuen Jahrhunderts. (...) Wir müssen daher in unserem Lande die privaten und öffentlichen Kräfte bündeln, (...)“ (S. 9)	01 / 03 / 03	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Koalitionsvertrag: Jugend

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
7.	„Wir werden den wirtschaftlichen Aufschwung nutzen, die diesem Ziel dienenden Maßnahmen der Bundesregierung unterstützen, um in den vor uns liegenden fünf Jahren (...) die Jugendarbeitslosigkeit zu überwinden.“ (S. 9)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
8.	„Wir wollen die Jugendarbeitslosigkeit alsbald vollständig überwinden.“ (S. 7)	01 / 03 / 01	01	nicht benannt

Koalitionsvertrag: Unternehmen unterstützen

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
9.	„Wir wollen daher die Gründungsoffensive (...) fortsetzen (...), um in allen Bereichen zu mehr Beschäftigung zu kommen.“ (S. 10)	01 / 03 / 02	03	20 Programme
10.	„Wir wollen daher die (...) Mittelstandsoffensive fortsetzen (...), um in allen Bereichen zu mehr Beschäftigung zu kommen.“ (S. 10)	01 / 03 / 02	03	20 Programme
11.	„Wir wollen daher (...) eine Dienstleistungsoffensive ergänzen, um in allen Bereichen zu mehr Beschäftigung zu kommen.“ (S. 10)	01 / 03 / 02	03	20 Programme
12.	„Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Unterstützung und Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen. Deshalb werden wir unsere Förderprogramme noch stärker auf sie ausrichten.“ (S. 10)	01 / 03 / 01	03	20 Programme
13.	„Wir wollen, dass die Zukunftsbranchen im Bereich neuer Medien und der Kommunikationstechnologien, der Materialwirtschaft, der Umwelt und Energietechnik und weitere Schlüsseltechnologien und Dienstleistungen sich in Nordrhein-Westfalen voll entfalten können. Deshalb wird die Politik ihre Handlungsfelder straffen und stärker bündeln, die Effizienz staatlichen Handelns nachhaltig erhöhen (...).“ (S. 10)	01 / 03 / 02	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
14.	„Wir wollen, dass die Zukunftsbranchen im Bereich neuer Medien und der Kommunikationstechnologien, der Materialwirtschaft, der Umwelt- und Energietechnik und weitere	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

	Schlüsseltechnologien und Dienstleistungen sich in Nordrhein-Westfalen voll entfalten können. Deshalb wird die Politik (...) die Unternehmen umfassend unterstützen, wo sie in eigener Initiative und Verantwortung die Chancen von Globalisierung und Markttöffnung nutzen.“ (S. 10)			
--	---	--	--	--

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
9.	„NRW GO!“ ist eine Gemeinschaftsaktion von Land und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Das Gründungsnetzwerk informiert und berät Existenzgründer. Dabei stehen alle Themen rund um die Selbstständigkeit im Mittelpunkt. ³⁴⁶ Die Gründungsinitiative wurde über die gesamte 13. Legislaturperiode fortgesetzt. ³⁴⁷	03 Handlungsabsicht erfüllt	20 Programme
10.	Die Mittelstands-Offensive „NRW move“ ist eine Gemeinschaftsaktion von Land und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. NRW move verfolgt das Ziel, das Dienstleistungsangebot für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern und sich für mittelstandsgerechte Rahmenbedingungen einzusetzen. Die Mittelstands-Offensive wurde über die gesamte 13. Legislaturperiode fortgesetzt. ³⁴⁸	03 Handlungsabsicht erfüllt	20 Programme
11.	Eine Dienstleistungsinitiative wurde ausgerufen. Die Initiative wurde im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit des Landes NRW gestartet. ³⁴⁹	03 Handlungsabsicht erfüllt	20 Programme

³⁴⁶ vgl. <http://www.go-online.nrw.de/>

³⁴⁷ vgl. Interview mit Rostek, Tina: Go! & move-Projektbüro im Ministerium. für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW, 25. 09.2006.

³⁴⁸ vgl. Interview mit Rostek, Tina: Go! & move-Projektbüro im Ministerium. für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW, 25. 09.2006.

³⁴⁹ vgl. IAT-Report 2003/01, S. 8.

12.	Die bislang auf verschiedenste Ministerien verteilten Förderprogramme werden seit der 13. Legislaturperiode sukzessive von den einzelnen Ministerien abgelöst und bei der am 31. März 2004 aus der Landesbank NRW hervorgegangenen NRW.BANK gebündelt. ³⁵⁰ Der Ausbau der NRW-Bank zur zentralen Förderplattform war ein Vorhaben der rot-grünen Landesregierung um Ministerpräsident Steinbrück. Für kleine und mittlere Unternehmen hat sich der Zugang zu Fördermitteln durch diese Bündelung wesentlich vereinfacht. Ebenfalls wurde ein milliardenschweres Wirtschaftsprogramm aufgelegt. Der NRW-Bank Mittelstandskredit wurde Ende 2005 vorgestellt. ³⁵¹ Am 08. Juli 2003 hat der Landtag zudem das „Gesetz zur Förderung und Stärkung des Mittelstandes (Mittelstandsgesetz)“ erlassen. ³⁵² Aufgabe und Ziel des Gesetzes war es, „durch mittelstandsgerechte Rahmenbedingungen, Fördermaßnahmen und Projekte zur Stärkung und Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft beizutragen.“ ³⁵³ Das Gesetz war auf fünf Jahre angelegt, sollte nach drei Jahren einer Evaluierung unterzogen werden. ³⁵⁴	03 Handlungsabsicht erfüllt	20 Programme 01 Gesetze
-----	---	-----------------------------	----------------------------

Koalitionsvertrag: Initiativen zur Beschäftigungssicherung

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
15.	„Wir setzen die erfolgreichen Kooperationen mit Wirtschaft, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Verbänden – wie im „Bündnis für Arbeit“ – konsequent fort.“ (S. 7)	01 / 00 / 02	03	33 Gespräche, Verhandlungen, Absprachen, Zusammenarbeit
16.	„Deshalb werden wir die bewährte und erfolgreiche Zusammenarbeit von Wirtschaft, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Verbänden in Bündnissen, Offensiven und Initiativen fortsetzen.“ (S. 9)	01 / 00 / 02	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

³⁵⁰ Diese Entwirrung ist nach Aussage von Dr. Klaus Bielstein, Pressesprecher der NRW Bank in 2006 Teilen auch immer noch im Gange.

³⁵¹ vgl. Interview mit Bielstein, Klaus: Pressesprecher der NRW Bank, 23.01.2007.

³⁵² vgl. Gesetzesblatt NRW (2003) Nr. 36, S. 421-424.

³⁵³ ebda., S. 421.

³⁵⁴ vgl. ebda., S. 424.

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
15.	Die Landesregierung hat in 1999 das "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" gegründet. Hauptziel ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. ³⁵⁵ Das Bündnis wurde über die gesamte 13.Legislaturperiode fortgesetzt. ³⁵⁶	03 Handlungsabsicht erfüllt	33 Gespräche, Verhandlungen, Absprachen, Zusammenarbeit

Koalitionsvertrag: Ausbildungskonsens

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
17.	„Wir werden im Rahmen des Ausbildungskonsenses unsere Bemühungen um zusätzliche Arbeitsplätze auf hohem Niveau fortführen.“ (S. 10)	01 / 03 / 02	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
18.	„Wir schaffen neue (...) Ausbildung durch Innovation und Qualifikation (...)“ (S. 7)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
19.	„Wir schaffen neue (...) Ausbildung durch (...) Wachstum und nachhaltige Entwicklung.“ (S. 7)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
20.	„Wir werden (...) besondere Anstrengungen unternehmen, um eine Ausbildungsinitiative im IT-Bereich zu starten.“ (S. 10)	01 / 03 / 01	03	20 Programme
21.	„Den erfolgreichen Ansatz von „Jugend in Arbeit“ werden wir weiterentwickeln und auf andere Zielgruppen übertragen.“ (S. 10)	01 / 03 / 01	03	20 Programme
22.	„Neue (...) Ausbildungsplätze zu schaffen (...), das ist die wichtigste Aufgabe für unser Land am Beginn des neuen Jahrhunderts. (...) Wir müssen daher in unserem Lande die privaten und öffentlichen Kräfte bündeln (...)“ (S. 9)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

³⁵⁵ vgl. http://www.landentwicklung.nrw.de/weitere_aufgaben/buendnis_fuer.htm

³⁵⁶ vgl. <http://www.afao-siegen.nrw.de/aufgaben/allgAufgaben/LE/buendnisfuerarbeit/>

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
20.	Eine Ausbildungsinitiative fand nicht statt. Vielmehr wurden die IT-Umschulungen in großen Teilen gestrichen. Durch die Kurse konnte nicht das vom Arbeitsmarkt geforderte Qualifikationsniveau der IT-Experten erreicht werden. Zudem standen zu wenige qualifizierte Bewerber für Schulungen zur Verfügung. ³⁵⁷	01 keine Erfüllung, keine Handlungen	kein
21.	Das Programm "Jugend in Arbeit" existiert seit 1998 und wurde im Verlauf der letzten acht Jahre immer wieder in Details modifiziert (z.B. zeitliche Befristung der Beratungsphase auf neun Monate), ist aber in seinen Grundbestandteilen gleichgeblieben. „Eine Ausweitung von Jugend in Arbeit auf andere Zielgruppen hat nicht stattgefunden, Zielgruppe sind weiterhin Jugendliche bis zum 25. Lebensjahr, die mindestens sechs Monate erwerbslos gewesen sein müssen und in der Regel nicht für eine betriebliche Ausbildung in Frage kommen.“ ³⁵⁸	01 keine Erfüllung, keine Handlungen	kein

Koalitionsvertrag: Arbeitsmarktpolitik für Geringqualifizierte

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
23.	„Die Brücken in den ersten Arbeitsmarkt wollen wir vor allem für geringer Qualifizierte verstärken.“ (S. 10)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
24.	„Durch unser arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium werden wir auch weiterhin einen wirksamen Beitrag zur Sicherung von Beschäftigung (...) leisten. Dabei spielen Qualifizierung und Wiedereingliederungsprogramme eine wichtige Rolle.“ (S. 10)	01 / 03 / 03	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
25.	„Durch unser arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium werden wir auch weiterhin einen wirksamen Beitrag (...) zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit (...) leisten. Dabei spielen Qua-	01 / 03 / 03	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

³⁵⁷ vgl. Interview mit Herrmann, Stephanie: Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, Programmbereich Arbeitnehmerintegration, 22.09.2006.

³⁵⁸ vgl. Interview mit Schepers, Albert: Fachliche Begleitung der Initiative "Jugend in Arbeit plus"; Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH, 12.02.2007.

	lifizierung und Wiedereingliederungsprogramme eine wichtige Rolle.“ (S. 10)			
26.	„Durch unser arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium werden wir auch weiterhin einen wirksamen Beitrag zur (...) Herstellung von Chancengleichheit leisten. Dabei spielen Qualifizierung und Wiedereingliederungsprogramme eine wichtige Rolle.“ (S. 10)	01 / 03 / 03	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

1.2 Wirtschaftspolitik

Koalitionsvertrag: Wirtschaft stärken

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Um das Wachstum unserer Wirtschaft zu stärken, brauchen wir schneller mehr Innovation. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die modernen Technologien und Schlüsselindustrien in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin ihren Standort finden.“ (S. 8)	01 / 03 / 03	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

1.3 Bildungs-/Forschungspolitik

Koalitionsvertrag: Bildung und Qualifizierung

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Unser Ziel bleibt klar: Das neue Nordrhein-Westfalen als der beste Platz zum Lernen (...)“ (S. 7)	01 / 03 / 01	01	nicht benannt
2.	„Unser Ziel bleibt klar: Das neue Nordrhein-Westfalen als der beste Platz (...) zur Förderung aller Begabungen.“ (S. 7)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt
3.	„Wir werden Kräfte entfesseln und Wege frei machen. Wir fördern heute die Ideen, Initiativen und Impulse für morgen.“ (S. 7)	02 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
4.	„Wir wollen das Bildungsangebot mit deutlichen Akzenten auf Qualität (...) weiter entwickeln.“ (S. 10)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
5.	„Wir wollen das Bildungsangebot mit deutlichen Akzenten auf (...) Leistungsorientierung (...) weiter entwickeln.“ (S. 10)	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
6.	„Wir wollen das Bildungsangebot mit deutlichen Akzenten auf (...) Eigenverantwortung	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

	weiter entwickeln.“ (S. 10)			
--	-----------------------------	--	--	--

Koalitionsvertrag: Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
7.	„Wir werden (...) die Eigenständigkeit der Schulen (...) weiter stärken.“ (S. 8)	01 / 02 / 01	03	01 Gesetze
8.	„Wir werden (...) die Eigenverantwortung der (...) Schulen weiter stärken.“ (S. 8)	01 / 02 / 01	03	01 Gesetze
9.	„Die Leistungsfähigkeit unserer Schulen stärken wir durch größere Gestaltungsfreiheit, höhere Selbstständigkeit und mehr Eigenverantwortung.“ (S. 11)	01 / 02 / 01	03	01 Gesetze
10.	„Wir nehmen die Regelungsdichte im Schulbereich zurück, entwickeln Modelle zur Stärkung der Eigenverantwortung und erhöhen die Managementkompetenzen der Leitungsebene.“ (S. 11)	01 / 02 / 01	03	01 Gesetze

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
7.	Das Schulgesetz für NRW (SchG) vom 15. Februar 2005 räumt den Schulen eine höhere Eigenständigkeit und ein größeres Selbstbestimmungsrecht ein: „Die Schule gestaltet den Unterricht, die Erziehung und das Schulleben im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften in eigener Verantwortung. Sie verwaltet und organisiert ihre inneren Angelegenheiten selbstständig. Die Schulaufsichtsbehörden sind verpflichtet, die Schulen in ihrer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung zu beraten und zu unterstützen.“ ³⁵⁹	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
8.	Schulgesetz für NRW (SchG) 15. Februar 2005. ³⁶⁰	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
9.	Schulgesetz für NRW (SchG) 15. Februar 2005. ³⁶¹	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze

³⁵⁹ vgl. Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 2005, Erster Abschnitt, §3.

³⁶⁰ vgl. ebda.

³⁶¹ vgl. ebda.

10.	Das Schulgesetz für NRW (SchG) vom 15. Februar 2005 ersetzt die bislang bestehenden sieben Schulgesetze und die Allgemeine Schulordnung ³⁶²	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
-----	--	-----------------------------	------------

Koalitionsvertrag: Chancengleichheit

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
11.	„Wir wollen Chancengleichheit sichern, indem wir alle jungen Menschen individuell optimal fördern, leistungsschwächere ebenso wie besonders begabte. Dazu gehören gezielte Förderangebote wie der Aufbau von „centers of excellence“ (...).“ (S. 8)	01 / 03 / 03	03	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen
12.	„Wir wollen Chancengleichheit sichern, indem wir alle jungen Menschen individuell optimal fördern, leistungsschwächere ebenso wie besonders begabte. Dazu gehören gezielte Förderangebote wie (...) das Angebot, nach zwölf Jahren Abitur zu machen.“ (S. 8)	01 / 03 / 03	03	42 Verfahrensregelungen
13.	„Wir werden schon in der Schule die Neugier auf die Wissensgesellschaft wecken und allen jungen Menschen möglichst frühzeitig einen chancengleichen Zugang zu neuen Medien und zur Medienkompetenz bieten.“ (S. 11)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
11.	Der Aufbau von „centers of excellence“ an einzelnen Universitäten wurde von der Landesregierung finanziell gefördert. Zu nennen sind die Ruhr Universität Bochum, die hierfür in einer am 22. April 2002 mit dem MSWF geschlossenen Zielvereinbarung bis 2004 mehr als 5,2 Mio. DM für den Aufbau von drei „centers of excellence“ erhielt. ³⁶³	03 Handlungsabsicht erfüllt	19 Subventionen, Kredite

³⁶² vgl. <http://efg.wtal.de/Schulgesetz/Schulgesetz2005.htm>

³⁶³ vgl. <http://www.ruhr-uni-bochum.de/pressemitteilungen-2002/msg00108.html>

12.	Das Schulgesetz vom 15. Februar 2005 ermöglicht es den Schulen, das Abitur nach zwölf Jahren zu vergeben. "Die gymnasiale Oberstufe umfasst eine zweijährige Qualifikationsphase, der eine einjährige Einführungsphase vorgeschaltet werden kann." ³⁶⁴ "Über die Einrichtung einer Einführungsphase für die gymnasiale Oberstufe beschließt der Schulträger nach Maßgabe der Schulentwicklungsplanung." ³⁶⁵ Die neue Regelung ist "erstmalig auf die Schülerinnen und Schüler anzuwenden, die sich im Schuljahr 2005/06 in Klasse fünf befinden." ³⁶⁶	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
-----	--	-----------------------------	------------

Koalitionsvertrag: Abitur nach 12 Jahren

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
14.	„Wir ermöglichen leistungsstarken Schülerinnen und Schülern in allen Regionen des Landes, nach zwölf Jahren das Abitur zu machen.“ (S. 10f.)	01 / 02 / 01	03	01 Gesetze

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
14.	Das Schulgesetz vom 15. Februar 2005 ermöglicht es den Schulen, das Abitur nach zwölf Jahren zu vergeben. ³⁶⁷	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze

Koalitionsvertrag: Personalbestand ausbauen

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
15.	„Wir werden für die Bildung noch mehr qualifiziertes Personal zur Verfügung stellen.“ (S. 8)	01 / 03 / 01	03	99 sonstige Instrumente
16.	„Wir sichern die Unterrichtsversorgung bei steigenden Schülerzahlen durch Wiederbesetzung aller freiwerdenden Lehrerstellen und durch Neueinstellungen.“ (S. 11)	01 / 03 / 03	03	99 sonstige Instrumente

³⁶⁴ Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 2005, Erster Abschnitt, §18.

³⁶⁵ ebda., §81.

³⁶⁶ ebda., §132.

³⁶⁷ vgl. Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 2005, Erster Abschnitt, §132.

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
15.	Im Schuljahr 2004/05 gibt es in NRW 5.752 Lehrer mehr als zu Beginn der 13. Legislaturperiode in 2000. Neueinstellungen haben dementsprechend wie angekündigt stattgefunden. Insgesamt hat sich das Verhältnis von Schülern pro Lehrer aufgrund um 31.842 gestiegener Schülerzahlen aber kaum verbessert. Kamen in 2000 noch 16,99 Schüler auf einen Lehrer, waren es in 2005 16,61. Die Zahl der Lehrerstellen ist über fast alle Schultypen gewachsen. ³⁶⁸ Einzige Ausnahme bilden die Grundschulen – aufgrund sinkender Schülerzahlen wurden hier auch Lehrerstellen abgebaut. Nicht berücksichtigt sind in der Statistik nebenberufliche Lehrer in Halbeinstellen. Deren Zahl ist behördlich nicht genau erfasst. ³⁶⁹	03 Handlungsabsicht erfüllt	99 sonstige Instrumente
16.	Im Schuljahr 2004/05 gibt es in NRW 5.752 Lehrer mehr als zu Beginn der 13. Legislaturperiode in 2000. Kamen in 2000 noch 16,99 Schüler auf einen Lehrer, waren es in 2005 16,61. ³⁷⁰ Keine Daten gibt es allerdings, was den Ausfall von Stunden bzw. die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung betrifft. ³⁷¹	03 Handlungsabsicht erfüllt	99 sonstige Instrumente

Koalitionsvertrag: Unterricht verbessern

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
17.	„Wir werden den Fremdsprachenunterricht verstärken und Englisch ab der dritten Klasse einführen (...)“ (S. 11)	01 / 03 / 01	03	42 Verfahrensregelungen
18.	„Wir werden (...) den Unterricht in Mathematik (...) fördern und seine Attraktivität steigern.“ (S. 11)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
19.	„Wir werden (...) den Unterricht in (...) den Naturwissenschaften (...) fördern und seine Attraktivität steigern.“ (S. 11)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

³⁶⁸ vgl. dazu Tabelle 1, Kapitel 2 im Anhang.

³⁶⁹ vgl. Interview mit Krampitz, Manfred: Pressereferent des Schulministeriums, 11.04.2006.

³⁷⁰ vgl. ebda.

³⁷¹ vgl. ebda., bestätigt auch durch Anfrage beim Landesamt für Statistik am 11.04.2006.

20.	„Wir werden (...) den Unterricht (...) in Informatik (...) fördern und seine Attraktivität steigern.“ (S. 11)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
21.	„Wir werden (...) den Unterricht in (...) Technik fördern und seine Attraktivität steigern.“ (S. 11)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
17.	Nordrhein-Westfalen hat mit Schuljahresbeginn 2003/04 an allen Grundschulen das Fach Englisch ab der dritten Klasse eingeführt. Hierfür wurden über 3.600 Grundschullehrkräfte weitergebildet. Für die sprachliche Qualifizierung wurde ein Qualitätsprofil festgelegt, das sich an der Kompetenzstufe C1 des Allgemeinen Europäischen Referenzrahmens für das Lernen und Lehren von Sprachen orientiert. Zum 01. August 2003 stand damit an jeder Schule mindestens eine qualifizierte Grundschullehrkraft für den Englischunterricht zur Verfügung. ³⁷²	03 Handlungsabsicht erfüllt	42 Verfahrensregelungen

Koalitionsvertrag: Hochschulen stärken

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
22.	„Wir werden (...) die Eigenständigkeit der (...) Hochschulen weiter stärken.“ (S. 8)	01 / 02 / 01	03	01 Gesetze
23.	„Wir werden (...) die Eigenverantwortung der (...) Hochschulen weiter stärken.“ (S. 8)	01 / 02 / 01	03	01 Gesetze
24.	„Wir machen deshalb unsere Hochschulen für das 21. Jahrhundert fit, indem wir ihre Autonomie stärken.“ (S. 11)	01 / 02 / 01	03	01 Gesetze

³⁷² vgl. Interview mit Krampitz, Manfred: Pressereferent des Schulministeriums, 11.04.2006.

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
22.	Das NRW-Hochschulgesetz vom 25. November 2004 stärkt die Eigenständigkeit und -verantwortung der Hochschulen: Die Hochschulen erhalten durch eine Öffnungsklausel mehr Gestaltungsmöglichkeiten: „Die Grundordnung kann regeln, dass Aufgaben der Fachbereiche auf zentrale Organe verlagert oder eine von § 25 abweichende Gliederung der Hochschule in Organisationseinheiten und eine von den Vorschriften dieses Gesetzes abweichende Zuordnung von Aufgaben und Befugnisse an diese Einheiten und ihre Organe erfolgt“ ³⁷³ Zudem wird den Hochschulen die Berufung von Professoren übertragen. ³⁷⁴	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
23.	NRW-Hochschulgesetz vom 25. November 2004. ³⁷⁵	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
24.	NRW-Hochschulgesetz vom 25. November 2004. ³⁷⁶	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze

Koalitionsvertrag: Reform des Hochschul-Dienstrechts

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
25.	„Wir unterstützen die Bemühungen des Bundes zur Reform des Dienstrechts mit dem Ziel der Einführung einer leistungsorientierten Besoldung (...).“ (S. 11)	01 / 01 / 01	03	42 Verfahrensregelungen
26.	„Wir unterstützen die Bemühungen des Bundes zur Reform des Dienstrechts mit dem Ziel der (...) Abschaffung der Habilitation als Berufungsvoraussetzung (...).“ (S. 11)	01 / 02 / 01	03	42 Verfahrensregelungen
27.	„Wir unterstützen die Bemühungen des Bundes zur Reform des Dienstrechts mit dem Ziel der (...) Einrichtung sogenannter Junior-Professuren.“ (S. 11)	01 / 02 / 01	03	42 Verfahrensregelungen

³⁷³ vgl. Hochschulreformweiterentwicklungsgesetz (2004), § 25 a, S. 20

³⁷⁴ vgl. ebda., § 47, S. 29.

³⁷⁵ vgl. ebda.

³⁷⁶ vgl. ebda.

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
25.	Im Februar 2002 wurde vom Bund das neue Besoldungssystem verabschiedet, dass 2005 in den Ländern zum Einsatz kommt. Die C-Besoldung wurde durch die W-Besoldung ersetzt. Die Einkünfte der Professoren bestehen aus einem fixen Grundgehalt und leistungsabhängigen Komponenten. ³⁷⁷	03 Handlungsabsicht erfüllt	42 Verfahrensregelungen
26.	Das Hochschulgesetz führt in NRW die Juniorprofessur ein, die zukünftig den Regelweg zur Professur darstellen soll. Die Habilitation ist damit nicht mehr einzige Zugangsvoraussetzung für die Professur. ³⁷⁸	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
27.	NRW-Hochschulgesetz vom 25. November 2004. ³⁷⁹	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze

Koalitionsvertrag: Bafög-Reform

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
28.	„Wir setzen uns für eine Reform des Bafög ein, die die soziale Situation der Studierenden gezielt verbessert und die Chancengleichheit zum Hochschulzugang aufrechterhält.“ (S. 11)	01 / 02 / 01	03	18 Sozialleistungen

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
28.	Durch die 2001 vom Bund beschlossene Bafög-Reform hat sich die Zahl der Bafög-Empfänger deutlich erhöht. In NRW ist deren Zahl zwischen 2003 und 2005 um 4,5 Prozent auf über 100.000 gestiegen. ³⁸⁰	03 Handlungsabsicht erfüllt	18 Sozialleistungen

Koalitionsvertrag: Forschungspolitik

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
29.	„Zur Qualitätsverbesserung (...) werden wir Exzellenz-Studiengänge im graduierten und postgraduierten Bereich schaffen (...).“ (S. 11)	01 / 02 / 01	03	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und

³⁷⁷ vgl. Gesetz zur Reform der Professorenbesoldung, § 33, S. 678.

³⁷⁸ vgl. Hochschulreformweiterentwicklungsgesetz (2004), § 46 ff., S. 28 ff.

³⁷⁹ vgl. ebda.

³⁸⁰ vgl. <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,375147,00.html>

				Organisationen
30.	„Zur Qualitätsverbesserung (...) werden wir (...) private Berufsakademien als zusätzliches Bildungsangebot zulassen (...)“ (S. 11)	01 / 02 / 01	03	42 Verfahrensregelungen
31.	„Zur Qualitätsverbesserung (...) werden wir (...) die Attraktivität für internationale Gäste erhöhen (...)“ (S. 11)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
32.	„Zur Qualitätsverbesserung (...) werden wir (...) die Forschungen in innovativen Zukunftsfeldern durch Konzentration und Verdichtung voranbringen und das Wissen umfassend verwertbar machen.“ (S. 11)	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
33.	„Zur (...) Steigerung der Innovationskraft werden wir (...) die Forschungen in innovativen Zukunftsfeldern durch Konzentration und Verdichtung voranbringen und das Wissen umfassend verwertbar machen.“ (S. 11)	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
34.	„Zur (...) Steigerung der Innovationskraft werden wir Exzellenz-Studiengänge im graduerten und postgraduierten Bereich schaffen (...)“ (S. 11)	01 / 02 / 01	03	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen
35.	„Zur (...) Steigerung der Innovationskraft werden wir (...) private Berufsakademien als zusätzliches Bildungsangebot zulassen (...)“ (S. 11)	01 / 02 / 01	03	42 Verfahrensregelungen
36.	„Zur (...) Steigerung der Innovationskraft werden wir (...) die Attraktivität für internationale Gäste erhöhen (...)“ (S. 11)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
29.	Der Aufbau von „centers of excellence“ an einzelnen Universitäten wurde von der Landesregierung finanziell gefördert. Zu nennen ist beispielhaft die Ruhr Uni Bochum, die hierfür in einer am 22. April 2002 mit dem MSWF geschlossenen Zielvereinbarung bis 2004 mehr als 5,2 Mio. DM für den Aufbau von drei „centers of excellence“ erhielt. ³⁸¹	03 Handlungsabsicht erfüllt	19 Subventionen, Kredite
30.	Staatlich anerkannte Berufsakademien in privater Trägerschaft auf Basis entsprechender Landesgesetze gibt es nur in Hessen, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein. In Nordrhein-Westfalen werden ebenfalls BA-Studiengänge angeboten, jedoch ohne staatliche Legitimation. ³⁸²	01 keine Erfüllung, keine Handlungen	kein
34.	Der Aufbau von „centers of excellence“ an einzelnen Universitäten wurde von der Landesregierung finanziell gefördert. Zu nennen ist beispielhaft die Ruhr Uni Bochum, die hierfür in einer am 22. April 2002 mit dem MSWF geschlossenen Zielvereinbarung bis 2004 mehr als 5,2 Mio. DM für den Aufbau von drei „centers of excellence“ erhielt. ³⁸³	03 Handlungsabsicht erfüllt	19 Subventionen, Kredite
35.	Staatlich anerkannte Berufsakademien in privater Trägerschaft auf Basis entsprechender Landesgesetze gibt es nur in Hessen, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein. In Nordrhein-Westfalen werden ebenfalls BA-Studiengänge angeboten, jedoch ohne staatliche Legitimation. ³⁸⁴	01 keine Erfüllung, keine Handlungen	kein

³⁸¹ vgl. <http://www.ruhr-uni-bochum.de/pressemitteilungen-2002/msg00108.html>

³⁸² vgl. <http://www.bezreg-koeln.nrw.de/mnogo/bezreg-koeln.cgi?q=anerkennung&wm=sub&config=bezreg-koeln> und <http://de.wikipedia.org/wiki/Berufsakademie>

³⁸³ vgl. <http://www.ruhr-uni-bochum.de/pressemitteilungen-2002/msg00108.html>

³⁸⁴ vgl. <http://www.bezreg-koeln.nrw.de/mnogo/bezreg-koeln.cgi?q=anerkennung&wm=sub&config=bezreg-koeln> und <http://de.wikipedia.org/wiki/Berufsakademie>

1.4 Verkehrspolitik

Koalitionsvertrag: Mobilität

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Wir machen unser Land mobil und attraktiv. Wir bauen zügig, bedarfsgerecht und unter Wahrung der berechtigten Schutzansprüche der Menschen die Verkehrsinfrastruktur weiter aus.“ (S. 8)	02 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
2.	„Wir nutzen die Innovationskraft der neuen Technologien und stärken die Kooperation aller Verkehrsträger.“ (S. 8)	02 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
3.	„Ziel unserer Verkehrspolitik ist es, dafür zu sorgen, dass die Menschen (...) ihre Mobilitätsbedürfnisse umfassend wahrnehmen können.“ (S. 12)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt
4.	„Ziel unserer Verkehrspolitik ist es, dafür zu sorgen, dass (...) und die Wirtschaft ihre Mobilitätsbedürfnisse umfassend wahrnehmen können.“ (S. 12)	01 / 03 / 01	01	nicht benannt
5.	„Mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb der Regionen Europas auch zukünftig eine Spitzenstellung einnimmt. Damit sichern wir Produktivität (...).“ (S. 12)	02 / 03 / 03	01	nicht benannt
6.	„Mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb der Regionen Europas auch zukünftig eine Spitzenstellung einnimmt. Damit sichern wir (...) Standortattraktivität (...).“ (S. 12)	02 / 03 / 03	01	nicht benannt
7.	„Mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb der Regionen Europas auch zukünftig eine Spitzenstellung einnimmt. Damit sichern wir (...) Beschäftigung.“ (S. 12)	02 / 03 / 03	01	nicht benannt

Koalitionsvertrag: Verkehrsstaus reduzieren

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
8.	„Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die die Staus auf den Straßen weniger werden (...). Deshalb müssen der öffentliche Nah- und Fernverkehr, die Luftverkehrsinfrastruktur und die Autobahnen, Bundes- und Landstrassen so ausgebaut werden, dass die Verkehre effizienter werden.“ (S. 12)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
9.	„Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Staus auf den Straßen weniger werden (...) dazu wollen wir das Anti-Stau-Programm des Bundes zügig umsetzen.“ (S. 12)	01 / 03 / 01	03	20 Programme

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
9.	Das Anti-Stau-Programm des Bundes wird seit 2000 sukzessive umgesetzt. NRW ist das Bundesland, das von der Förderung des Bundes dabei am meisten profitiert hat. Die Fördergelder kommen zum großen Teil aus der LKW-Maut, die allerdings erst am 01. Januar 2005, und damit mehr als ein Jahr später als geplant, starten konnte. Dies hat auch beim Anti-Stau-Programm zu Verzögerungen geführt. Dennoch konnten viele Autobahnen in NRW bis 2005 ausgebaut werden. ³⁸⁵	02 dem Versprechen ähnliche Handlungen werden vollzogen	20 Programme

Koalitionsvertrag: Schienenverkehr

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
10.	„Die verkehrsbedingten Umweltbelastungen durch Luftschadstoffe (...) müssen (...) durch (...) die Verlagerung des Verkehrs auf die Schienen verringert werden.“ (S. 12)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
11.	„Die verkehrsbedingten Umweltbelastungen durch (...) Lärm (...) müssen (...) durch (...) die Verlagerung des Verkehrs auf die Schienen verringert werden.“ (S. 12)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

³⁸⁵ vgl. Interview mit Löchter, Bernd A.: Pressesprecher Strassen.NRW, vom 21.02.2007.

12.	„Die verkehrsbedingten Umweltbelastungen durch (...) Flächeninanspruchnahme müssen (...) durch (...) Verlagerung des Verkehrs auf die Schienen verringert werden.“ (S. 12)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
13.	„Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die (...) Züge pünktlich fahren. Deshalb müssen der öffentliche Nah- und Fernverkehr, die Luftverkehrsinfrastruktur und die Autobahnen, Bundes- und Landstraßen so ausgebaut werden, dass die Verkehre effizienter werden.“ (S. 12)	02 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
14.	„In unserem dicht besiedelten Ballungsraum müssen wir, wo immer es geht, Verkehre von der Straße auf die Schiene verlagern. Deswegen wird die Taktfolge des Schienenverkehrs insbesondere zwischen den Städten des Ruhrgebiets und des Rheinlandes wesentlich verbessert.“ (S. 12)	02 / 03 / 01	03	99 sonstige Instrumente
15.	„Wir wollen die „Betuwe-Linie“ (...) so schnell wie möglich realisieren.“ (S. 12)	01 / 03 / 01	03	99 sonstige Instrumente
16.	„Wir wollen (...) den „Eisernen-Rhein“ (...) so schnell wie möglich realisieren.“ (S. 12)	01 / 03 / 01	03	99 sonstige Instrumente
17.	„Wir wollen (...) die geplanten Hochgeschwindigkeitsstrecken so schnell wie möglich realisieren.“ (S. 12)	01 / 03 / 01	03	99 sonstige Instrumente
18.	„Durch geeignete Maßnahmen wollen wir den Schienenverkehr in der Fläche erhalten.“ (S. 12)	02 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
14.	Durch den 2002 eingeführten „Integrierten Taktfahrplan 2“ (ITF2) ist die Taktfolge der Verbindungen deutlich ausgebaut worden – nicht nur in den Ballungsgebieten. In einigen Fällen wurden wenig befahrene Strecken wieder auf Ganztagsbetrieb umgestellt, der Abend- und Wochenendverkehr ausgeweitet. ³⁸⁶	03 Handlungsabsicht erfüllt	99 sonstige Instrumente

³⁸⁶ vgl. Interview Ebbers, Lothar: Sprecher Pro Bahn-Fachkommission, 12.03.2007.

.	Im Bundesvergleich hat NRW in der 13. Legislaturperiode deutlich aufgeholt, was die geleisteten Zugkilometer pro Einwohner betrifft; wenngleich es im Bundesdurchschnitt noch immer auf dem vorletzten Platz liegt. ³⁸⁷		
15.	Die Betuwe-Linie ist eine holländische Initiative. Sie verbindet auf einer Länge von 160 km den Rotterdamer Hafen mit der deutschen Grenze, endet dort jedoch. ³⁸⁸ Am 06. Juni 2002 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Bund, dem Land NRW und der Bahn AG über die Planung und die Finanzierung zu den Ausbaumaßnahmen auf deutscher Seite unterzeichnet und der Bau der Betuwe-Linie in den Bundesverkehrswegeplan als vordringlicher Bedarf aufgenommen. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat zugesagt, die Strecke mit zu finanzieren und es damit geschafft, den Bau der Betuwe-Strecke als prioritäres Projekt in die oberste Kategorie des Bundesverkehrswegeplans aufnehmen zu lassen. Außerdem hat die EU-Kommission die Betuwe-Linie im Oktober 2003 als prioritäres Projekt in die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) aufgenommen. ³⁸⁹ Bis zum Ende der 13. Legislaturperiode wurde die Verbindung auf deutscher Seite aber nicht ausgebaut. ³⁹⁰	01 keine Erfüllung, keine Handlungen	kein
16.	Der "Eiserne Rhein" ist der historische Name der Bahnstrecke Antwerpen – Hasselt – Roermond – Wegberg – Mönchengladbach, die die Bahnverbindung von Antwerpen ins Ruhrgebiet um mehr als 50 Kilometer gegenüber dem Weg über Aachen verkürzt. Die Strecke wurde 1945 teilweise gesprengt und ist nach dem zweiten Weltkrieg nie wieder voll für den grenzüberschreitenden Betrieb reaktiviert worden. 1953 wurde der grenzüberschreitende Verkehr ganz eingestellt.	01 keine Erfüllung, keine Handlungen	kein

³⁸⁷ vgl. Agentur Nahverkehr NRW (2005), S. 10.

³⁸⁸ vgl. WAZ-Lokalausgabe Oberhausen, 15.04.2005.

³⁸⁹ vgl. Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung des Landes NRW, Pressemitteilung vom 26.03.2004.

³⁹⁰ vgl. WAZ-Lokalausgabe Oberhausen, 15.04.2005.

	1996 ist die provisorische und befristete Wiederinbetriebnahme dieser Strecke vereinbart worden. Dies ist allerdings bis 2005 nicht geschehen. Belgien und die Niederlande konnten sich über die Art und Weise der Reaktivierung nicht einigen, haben deshalb 2003 das Internationale Schiedsgericht in Den Haag angerufen. Dieses hat erst am 24.05.2005 ein Urteil gesprochen, das die Realisierung der historischen Trasse ermöglicht. ³⁹¹		
17.	Seit dem 27. Juni 2003 steht fest, dass der Metrorapid in NRW nicht gebaut wird. Als Alternative verfolgt die Landesregierung den Bau des "Rhein-Ruhr-Express". ³⁹²	01 keine Erfüllung, keine Handlungen	kein

Koalitionsvertrag: Luftverkehr

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
19.	„Dort, wo die Luftverkehrsinfrastruktur ausgebaut werden muss, werden wir geeignete Maßnahmen zur Reduzierung des Fluglärms (...) ergreifen.“ (S. 12)	01 / 03 / 02	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
20.	„Dort, wo die Luftverkehrsinfrastruktur ausgebaut werden muss, werden wir geeignete Maßnahmen (...) zum Schutz der Nachtruhe ergreifen.“ (S. 12)	01 / 03 / 03	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

1.5 Energiepolitik

Koalitionsvertrag: Energieeffizienz

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Eine rationelle Energieerzeugung (...) sind für uns zentrale Ziele unserer Energiepolitik.“ (S. 12)	02 / 00 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
2.	„(...) verstärkte Anstrengungen zur Energieeinsparung sind für uns zentrale Ziele unserer Energiepolitik.“ (S. 12)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
3.	„Das Ziel der Bundesregierung, den Anteil des Stroms aus Kraftwärmekopplungsanlagen zu verdoppeln, wird von uns nachhaltig unterstützt.“ (S. 12)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

³⁹¹ vgl. <http://www.der-eiserne-rhein.de/geschichte/geschichte.html>

³⁹² vgl. Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006), S. 306.

Koalitionsvertrag: Solarenergie

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
4.	„Der Übergang zum solaren Zeitalter ist für das Energieland Nordrhein-Westfalen eine besondere Herausforderung. Auf diesem Weg sind wichtige Entscheidungen im Rahmen der Landesinitiative „Zukunftsenergien“ getroffen worden. Nordrhein-Westfalen ist auf diesem Feld Spitzenreiter. Die entsprechenden Programme werden auf hohem Niveau fortgeführt.“ (S. 13)	02 / 02 / 02	03	20 Programme

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
4.	Die „Landesinitiative Zukunftsenergien“ wurde über die gesamte 13. Legislaturperiode fortgeführt. ³⁹³ Neu hinzugekommen sind in 2002 die „Solaroffensive NRW“ sowie der „Solar-Check NRW“. ³⁹⁴	03 Handlungsabsicht erfüllt	20 Programme

Koalitionsvertrag: Erneuerbare Energien fördern

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
5.	„Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energieträger deutlich verbessern (...).“ (S. 13)	01 / 02 / 01	01	nicht benannt
6.	„Wir wollen (...) bei der Brennstoffzellentechnologie die Entwicklung bis zur Markteinführung vorantreiben.“ (S. 13)	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
7.	„Wir halten an unserem Ziel fest, Nordrhein-Westfalen bei den regenerativen Energietechnologien (...) zum Spitzenland in der Bundesrepublik zu machen.“ (S. 13)	02 / 02 / 01	01	nicht benannt
8.	„Wir halten an unserem Ziel fest, Nordrhein-Westfalen(...) in der Solar-(...)wirtschaft zum Spitzenland in der Bundesrepublik zu machen.“ (S. 13)	02 / 02 / 01	01	nicht benannt
9.	„Wir halten an unserem Ziel fest, Nordrhein-Westfalen (...) in der (...) Wasserstoffwirtschaft zum Spitzenland in der Bundesrepublik zu	02 / 02 / 01	01	nicht benannt

³⁹³ vgl. http://www.enrgieland.nrw.de/_infopool/page.asp?TopCatID=5272&CatID=5273&RubrikID=5273

³⁹⁴ vgl. EnergieAgentur.NRW (2001), S. 14.

	machen.“ (S. 13)			
10.	„Dabei werden wir unsere Förderprogramme noch besser und gezielter aufeinander abstimmen und darauf achten, dass die Beschäftigungs-(...)wirkungen deutlich erhöht werden.“ (S. 13)	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
11.	„Dabei werden wir unsere Förderprogramme noch besser und gezielter aufeinander abstimmen und darauf achten, dass die (...) Exportwirkungen deutlich erhöht werden.“ (S. 13)	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

1.6 Umweltpolitik

Koalitionsvertrag: ökologische Modernisierung

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Wir wollen (...) eine vorbildhafte Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit in die Wege leiten.“ (S. 7)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt
2.	„Wir verbinden den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (...) mit dem modernen Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen.“ (S. 7)	02 / 02 / 01	01	nicht benannt
3.	„Wir verbinden (...) den Schutz der Menschen vor Umweltgefahren mit dem modernen Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen.“ (S. 7)	02 / 02 / 01	01	nicht benannt
4.	„Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Absicht, von der traditionellen Nachsorge zur Umweltvorsorge überzugehen.“ (S. 7)	02 / 02 / 01	01	nicht benannt
5.	„Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, das die Landesregierung verfolgt, zielt auf den intelligenten Umgang mit natürlichen Ressourcen.“ (S. 7)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt
6.	„Auf dem Weg in die Spitzengruppe Europas bleibt Nachhaltigkeit Maßstab unseres konkreten politischen Handelns. Wir werden ihn gemeinsam mit Partnern aus allen gesellschaftlichen Bereichen im Rahmen einer Agenda 21 NRW entwickeln und in konkrete Schritte umsetzen. Dazu wird ein Kabinetts-Ausschuss eingerichtet.“ (S. 9)	02 / 02 / 01	03	23 Ausschüsse
7.	„Lange Zeit wird die Nutzung der Stein- und Braunkohle weiterhin erforderlich sein. Dies	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

	soll möglichst umweltverträglich geschehen.“ (S. 12)			
8.	„Die ökologische Modernisierung ist eine große Chance, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zugleich mehr Arbeit zu schaffen. Die Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens hierbei wollen wir ausbauen. Wir orientieren uns dabei am Leitbild der Nachhaltigkeit.“ (S. 13)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt
9.	„Aufbauend auf bereits geleisteten Vorarbeiten und bestehenden Programmen werden wir den Agenda 21-Prozess in Nordrhein-Westfalen zeitnah weiterentwickeln und umsetzen. Gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft, der Politik, der Wissenschaft, aus den Gewerkschaften, den Umwelt- und Verbraucherorganisationen, den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Organisationen wollen wir Ziele und konkrete Schritte zur Umsetzung vereinbaren.“ (S. 13)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
10.	„Wir wollen neue Technologien (...) entwickeln und einführen, die an den Ursachen der Umweltzerstörung ansetzen und in die Produktion integriert werden.“ (S. 13)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
11.	„Wir wollen neue (...) Verfahren entwickeln und einführen, die an den Ursachen der Umweltzerstörung ansetzen und in die Produktion integriert werden.“ (S. 13)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
12.	„Wir werden das „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt“ (...) weiterführen (...).“ (S. 13)	02 / 03 / 02	03	20 Programme
13.	„Wir werden (...) ebenso weiterführen wie die Förderung von Umweltmanagementsystemen (...).“ (S. 13)	02 / 03 / 02	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
14.	„Wir werden (...) ebenso weiterführen wie die Förderung von (...) produktionsintegriertem Umweltschutz.“ (S. 13)	02 / 03 / 02	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
6.	Durch Kabinettsbeschlüsse am 31. Oktober 2000 und 13. März 2001 wurden zunächst die inhaltlichen und strukturellen Rahmenbedingungen für die Agenda 21 ³⁹⁵ NRW festgelegt und die Organisationsstrukturen und Themenschwerpunkte definiert. Von 2001 bis 2004 wurden daraufhin Leitlinien, Ziele und Projekte erarbeitet bzw. auf den Weg gebracht. ³⁹⁶ Aus über 130 Projektvorschlägen hat der eigens etablierte StaatssekretärInnen-Ausschuss für nachhaltige Entwicklung 52 Agenda-Projekte und fünf Netzwerke ausgewählt. ³⁹⁷ Im Mai 2005 hat die Landesregierung einen Bericht über die bisherigen Aktivitäten vorgelegt.	03 Handlungsabsicht erfüllt	23 Ausschüsse
12.	Mit dem „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt“, das die Landesregierung in der 12. Legislaturperiode mit mehr als den vorgesehenen 13 Mrd. DM durchgeführt hat, wurden investive Fördermittel des Landes gesichert und die Förderrichtlinien des Landes stärker an ökologischen und arbeitsplatzschaffenden Kriterien ausgerichtet. Das Programm wurde über die gesamte 13. Legislaturperiode fortgeführt und erst mit dem Regierungswechsel im Jahr 2005 beendet. ³⁹⁸	03 Handlungsabsicht erfüllt	20 Programme

Koalitionsvertrag: Reduzierung der CO₂-Emissionen

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
15.	„Mit diesen Anstrengungen wird die Landesregierung dazu beitragen, das Ziel der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen, die Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent zu reduzieren.“ (S. 13)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

³⁹⁵ Die Agenda 21, die mit ihren 40 Kapiteln alle wesentlichen Politikbereiche einer umweltverträglichen, nachhaltigen Entwicklung anspricht, ist das in Rio de Janeiro von mehr als 170 Staaten verabschiedete Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. Mit der Agenda 21 werden detaillierte Handlungsaufträge gegeben, um einer weiteren Verschlechterung der Situation entgegenzuwirken, eine schrittweise Verbesserung zu erreichen und eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sicherzustellen. Wesentlicher Ansatz ist dabei die Integration von Umweltaspekten in alle Politikbereiche. Das Aktionsprogramm gilt sowohl für Industrie- wie für Entwicklungsländer. Vgl. dazu: www.un.org/depts/german/conf/agenda21/rio.pdf

³⁹⁶ vgl. Landesregierung NRW (Hrsg.) (2005): Zusammenfassender Bericht der Landesregierung zur Nachhaltigen Entwicklung in NRW, S. 4.

³⁹⁷ vgl. ebda., S. 8.

³⁹⁸ vgl. Interview Raddatz, Sabine: Pressesprecherin Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW, vom 22.02.2007.

16.	„Wir wollen unsere Aufgaben im Rahmen des nationalen Klimaschutzprogramms offensiv erfüllen.“ (S. 13)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
17.	„Wir wollen uns mit Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden, mit Gewerkschaften, Unternehmen, Betriebsräten über konkrete Projekte verständigen, durch die die Eigenverantwortung der Wirtschaft gestärkt (...)“ (S. 13)	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
18.	„Wir wollen uns mit Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden, mit Gewerkschaften, Unternehmen, Betriebsräten über konkrete Projekte verständigen, durch die (...) die Effizienz des Verwaltungsvollzugs gesteigert (...) werden.“ (S. 13)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
19.	„Wir wollen uns mit Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden, mit Gewerkschaften, Unternehmen, Betriebsräten über konkrete Projekte verständigen, durch die (...) die Umweltqualität zusätzlich verbessert werden.“ (S. 13)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

1.7 Sozialpolitik

Koalitionsvertrag: sozial gerechter Wandel

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Wir wollen (...) Vorbild für erfolgreichen, sozial gerechten Wandel sein (...). Diesen Erneuerungsprozess im Interesse Nordrhein-Westfalens und seiner Menschen zu gestalten, haben sich die Sozialdemokratische Partei und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam vorgenommen.“ (S. 7)	02 / 02 / 01	01	nicht benannt
2.	„Wir werden in diesen Modernisierungsprozess alle Menschen einbeziehen. Nordrhein-Westfalen bleibt die Heimat sozialer Gerechtigkeit.“ (S. 7)	02 / 02 / 01	01	nicht benannt
3.	„Wir wollen den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft erhalten (...). Deswegen werden wir auch zukünftig verlässliche Unterstützung bieten für Menschen, die sie brauchen.“ (S. 14)	01 / 03 / 03	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
4.	„Wir wollen (...) solidarisches Handeln stärken. Deswegen werden wir auch zukünftig verläss-	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

	liche Unterstützung bieten für Menschen, die sie brauchen.“ (S. 14)			
5.	„Wir setzen auf eine neue Kultur der Verantwortung und Teilhabe, die eine Erweiterung der sozialen Chancen (...) ermöglicht.“ (S. 14)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt
6.	„Wir setzen auf eine neue Kultur der Verantwortung und Teilhabe, die (...) eine Verbesserung der gesellschaftlichen Beteiligung (...) ermöglicht.“ (S. 14)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt
7.	„Wir setzen auf eine neue Kultur der Verantwortung und Teilhabe, die (...) eine Stärkung der Eigenverantwortung ermöglicht.“ (S. 14)	02 / 02 / 01	01	nicht benannt

Koalitionsvertrag: sozialer Staat

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
8.	„Zugleich wollen wir durch eine aktivierende Förderung die Fähigkeit und die Bereitschaft der Menschen stärken, sich selbst zu helfen.“ (S. 14)	02 / 00 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Koalitionsvertrag: Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
9.	„Ein besonderer Schwerpunkt wird in der kommenden Legislaturperiode für uns die Herstellung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sein. Wir werden daher ein flexibel organisiertes Ganztagsangebot flächendeckend in Nordrhein-Westfalen für die Betreuung von Kindern aufbauen.“ (S. 14)	02 / 00 / 01	03	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
9.	In NRW wurden im Primarbereich in 2003/2004 insgesamt 235 Ganztagschulen etabliert. ³⁹⁹	02 dem Versprechen ähnliche Handlungen werden vollzogen	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen

³⁹⁹ vgl. Beher, Karin/Haenisch, Hans (2005), S. 9.

Koalitionsvertrag: selbstbestimmtes Altern

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
10.	„Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Generationen nicht nebeneinander, sondern miteinander leben.“ (S. 14)	02 / 00 / 00	01	nicht benannt
11.	„Wir wollen, dass die Älteren so lange wie möglich selbstständig und selbstbestimmt in gewohnter Umgebung leben können (...).“ (S. 14)	02 / 00 / 00	01	nicht benannt
12.	„Wir wollen, dass die Älteren (...) umfassend an den gesellschaftlichen (...) Möglichkeiten teilhaben (...) können.“ (S. 14)	02 / 00 / 00	01	nicht benannt
13.	„Wir wollen, dass die Älteren (...) umfassend an den (...) politischen Möglichkeiten teilhaben (...) können.“ (S. 14)	02 / 00 / 00	01	nicht benannt
14.	„Wir wollen, dass die Älteren (...) auf eine gute medizinische (...) Versorgung vertrauen können.“ (S. 14)	02 / 00 / 00	01	nicht benannt
15.	„Wir wollen, dass die Älteren (...) auf eine gute (...) pflegerische Versorgung vertrauen können.“ (S. 14)	02 / 00 / 00	01	nicht benannt

Koalitionsvertrag: Kinder- und Jugendpolitik

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
16.	„Deshalb können sich Kinder, Jugendliche und ihre Eltern auch künftig auf außerschulische Angebote der Kinder- und Jugendpolitik verlassen, die über Familie und Schule hinaus das Aufwachsen, Leben und Lernen fördernd und unterstützend begleiten.“ (S. 14)	01 / 00 / 00	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Koalitionsvertrag: Integration von Menschen mit Behinderungen

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
17.	„Die Integration von Menschen mit Behinderungen in Arbeitswelt (...) wollen wir verstärken; dazu setzen wir unsere Initiativen und Aktionsprogramme fort und wollen auch offene Initiativen unterstützen.“ (S. 14)	01 / 03 / 01	03	98 mehrere Instrumente
18.	„Die Integration von Menschen mit Behinderungen in (...) Gesellschaft wollen wir verstärken.“ (S. 14)	01 / 03 / 01	03	98 mehrere Instrumente

	ken; dazu setzen wir unsere Initiativen und Aktionsprogramme fort und wollen auch offene Initiativen unterstützen.“ (S. 14)			
--	---	--	--	--

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
17.	Der Landesverband NRW für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. stellt der Behindertenpolitik des Landes NRW insgesamt ein schlechtes Zeugnis aus: „Bislang hat die Behindertenpolitik in NRW nur eine marginale Rolle eingenommen. Es gab einzelne Initiativen und Aktionsprogramme, die aber mehr auf die Erhaltung des Status Quo ausgerichtet waren als auf eine innovatorische Förderung der behinderten Menschen.“ ⁴⁰⁰ Folge ist eine im nationalen und auch internationalen Vergleich sehr geringe Vermittlungsquote von behinderten Schülern in den Arbeitsmarkt. ⁴⁰¹ Durchschnittlich können nur drei Prozent in ein reguläres Arbeitsverhältnis vermittelt werden. In einigen Modellprojekten konnte der Landesverband NRW für Körper und Mehrfachbehinderte e.V. die Zahl auf zwölf Prozent steigern. Doch wurden die Modellprojekte vom Land nie in der Fläche umgesetzt. Ein Grund für die geringe Vermittlungsquote ist die hohe Zahl an Werkstätten für Behinderte in NRW. „Anstatt zu versuchen, die Schüler in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren, wird die Sozialisation in den Werkstätten als Königsweg gewählt.“ ⁴⁰² Positiv zu erwähnen ist, dass die von vielen Behinderten und vom Landesverband NRW für Körper und Mehrfachbehinderte e.V. geforderte Möglichkeit zur Teilzeitarbeit in den Werkstätten im Rheinland ermöglicht wurde. ⁴⁰³	02 dem Versprechen ähnliche Handlungen werden vollzogen	98 mehrere Instrumente
18.	Am 16. Dezember 2003 wurde das „Gesetz	02 dem Versprechen	01 Gesetze

⁴⁰⁰ Landesverband NRW für Körper und Mehrfachbehinderte e.V., kurz & knapp aus NRW, Ausgabe 1/2004, S. 2.

⁴⁰¹ vgl. ebda., S. 2.

⁴⁰² vgl. Interview Wessels, Wolfgang: Chefredakteur „kurz&knapp“, Landesverband NRW für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., 10.10.2006.

⁴⁰³ vgl. Landesverband NRW für Körper und Mehrfachbehinderte e.V.: kurz & knapp aus NRW, Ausgabe 1/2004, S. 2.

<p>zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und zur Änderung anderer Gesetze des Landes NRW (BGG NRW)“ verabschiedet. Das Gesetz ermöglicht es Behindertenorganisationen, mit öffentlichen Einrichtungen (z.B. Gemeinden, Kreisen, Landesministerien oder Landschaftsverbänden) Zielvereinbarungen zu konkreten Veränderungen, z.B. dem barrierefreien Umbau von Gebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln, zu treffen.⁴⁰⁴ Ähnliche Gesetze existieren auch in anderen Bundesländern. Jedoch konnte bis 2006 keine einzige Zielvereinbarung umgesetzt werden. Die Kommunen zeigten sich nicht sehr aufgeschlossen.⁴⁰⁵ Seit 2004 gibt es in NRW zudem eine Behindertenbeauftragte im Parlament, die durch das Landeskabinett ernannt wird.⁴⁰⁶ Positiv ist zu werten, dass die Landesverbände seit 2004 Heimplätze zugunsten von Einrichtungen des betreuten Wohnens abbauen, den Behinderten dadurch ein eigenständigeres, selbstbestimmteres Leben und eine bessere Integration ermöglichen.⁴⁰⁷ Im Gegenzug wurden alle Zuschüsse der Landesregierung für die Behindertenarbeit in 2004 um 20 Prozent, in 2005 um weitere 20 Prozent gekürzt.⁴⁰⁸ Als Negativbeispiel wird auch die zurückgehende schulische Integration behinderter Kinder genannt. Der in den 1980er Jahren vorangetriebene Versuch, behinderte Kinder im Primarbereich in den Regelschulbetrieb zu integrieren, muss als gescheitert betrachtet werden. Der von Eltern behinderter Kinder geforderte Erlass von Schulrichtlinien zur Förderung von Kindern mit motorischen Problemen ist nie verwirklicht worden.⁴⁰⁹</p>	<p>ähnliche Handlungen werden vollzogen</p>	<p>28 organisatorische Veränderungen</p>
---	---	--

⁴⁰⁴ vgl. Landesverband NRW für Körper und Mehrfachbehinderte e.V.: kurz & knapp aus NRW, Ausgabe 2/2003, S. 1.

⁴⁰⁵ vgl. Interview Wessels, Wolfgang: Chefredakteur „kurz&knapp“, Landesverband NRW für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., 10.10.2006.

⁴⁰⁶ vgl. Landesverband NRW für Körper und Mehrfachbehinderte e.V.: kurz & knapp aus NRW, Ausgabe 1/2004, S. 2.

⁴⁰⁷ vgl. Interview Wessels, Wolfgang: Chefredakteur „kurz&knapp“, Landesverband NRW für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., 10.10.2006.

⁴⁰⁸ vgl. Landesverband NRW für Körper und Mehrfachbehinderte e.V.: kurz & knapp aus NRW, Ausgabe 2/2003, S. 1.

⁴⁰⁹ vgl. ebda., Ausgabe 1/2004, S. 2.

Koalitionsvertrag: Rentenstrukturreform/Pflegeversicherung

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
19.	„Wir unterstützen grundsätzlich das Vorhaben der Bundesregierung zur Rentenstrukturreform (...)“ (S. 14)	02 / 02 / 01	03	02 Gesetzesnovellen
20.	„Wir unterstützen grundsätzlich das Vorhaben der Bundesregierung (...) zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung.“ (S. 14)	02 / 02 / 01	03	02 Gesetzesnovellen

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
19.	Eine Rentenstrukturreform wurde im Juli 2000 vom Bundestag verabschiedet. Ab dem Jahr 2001 begann der schrittweise Aufbau der privaten Vorsorge („Riester-Rente“). ⁴¹⁰	03 Handlungsabsicht erfüllt	02 Gesetzesnovellen
20.	Die Landesregierung hat am 8. Juli 2003 ein Gesetz zur Änderung des Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen - PfG NW vom 19. März 1996 verabschiedet. ⁴¹¹ Ziel ist es, „eine leistungsfähige und wirtschaftliche ambulante, teilstationäre, vollstationäre und komplementäre Angebotsstruktur für alle Pflegebedürftigen zu gewährleisten“. ⁴¹² Auf Bundesebene ergaben sich folgende gesetzliche Regelungen zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung: ⁴¹³ <ul style="list-style-type: none"> 13. Juli 2001: Der Bundesrat verabschiedet das Gesetz zur Qualitätssicherung und zur Stärkung des Verbraucherschutzes in der Pflege: Pflege-Qualitätssicherungsgesetz (PQsG). Das Gesetz tritt am 1. Januar 2002 in Kraft. 14. Dezember 2001: Pflegeleistungsergänzungsgesetz tritt in Kraft. Zu Hause betreute demenzkranke Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf erhalten 	03 Handlungsabsicht erfüllt	02 Gesetzesnovellen

⁴¹⁰ vgl. http://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/nn_14304/SharedDocs/de/Inhalt/04_Formulare_Publikationen/03_publikationen/Publikationen/DRV__Info/VDR__info/2001/1/Rentenstrukturreform_Teil2.html

⁴¹¹ vgl. Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen (2003), Nr. 34 S. 380-383.

⁴¹² ebda.

⁴¹³ vgl. Interview Klaus, Ina: Referentin Bundesministerium für Gesundheit, 18.10.2006.

	<p>zusätzlich zu bestehenden Leistungen 1,26 € pro Tag.⁴¹⁴</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Novelle des Heimgesetzes (BMFSFJ, 2001) ▪ Novelle des Altenpflegegesetzes (BMFSFJ) ▪ Der „runde Tisch Pflege“ ▪ 15. Dezember 2004: Das „Gesetz zur Berücksichtigung der Kindererziehung im Beitragsrecht der sozialen Pflegeversicherung (Kinder-Berücksichtigungsgesetz, KiBG) tritt in Kraft. Das Gesetz besagt, dass sozialversicherungspflichtig Beschäftigte über 23 Jahren einen um 0,25 Prozent erhöhten Beitragssatz zu bezahlen haben, wenn sie keine Kinder erziehen.“⁴¹⁵ 		
--	---	--	--

Koalitionsvertrag: Integration

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
21.	„Wir wollen (...) das Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern fördern, das wechselseitige Verständnis fortentwickeln.“ (S. 14)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt
22.	„Gemeinsam mit Kommunen, Kirchen, Verbänden, Initiativen und zunehmend auch mit Migranten-Selbstorganisationen werden wir auch weiterhin für ein integrationsfreundliches Klima sorgen.“ (S. 14)	02 / 03 / 03	01	nicht benannt
23.	„Gemeinsam mit Kommunen, Kirchen, Verbänden, Initiativen und zunehmend auch mit Migranten-Selbstorganisationen werden wir (...) insbesondere unsere Sprach- und Qualifikationskurse ergänzen (...).“ (S. 14)	01 / 03 / 01	03	99 sonstige Maßnahmen
24.	„Gemeinsam mit Kommunen, Kirchen, Verbänden, Initiativen und zunehmend auch mit Migranten-Selbstorganisationen werden wir (...) unsere (...) integrationsfördernden Maßnahmen stärker koordinieren.“ (S. 14)	01 / 03 / 01	03	unspezifizierte Maßnahme(n)

⁴¹⁴ vgl. <http://www.dpv-online.de/kommentare/menschenrechte2.htm>

⁴¹⁵ vgl. Bundesgesetzblatt (2004), Teil 1, Nr.69, 20.12.2004, S. 3448f.

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
23.	Am 01. Januar 2005 trat das bundesweite Zuwanderungsgesetz und in seiner Folge die Integrationskursverordnung in Kraft, womit Integrationsmaßnahmen für Migranten auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wurden. Als Kernelement der Maßnahmen wurden Integrationskurse etabliert. ⁴¹⁶ Die Zahl der Sprach- und Qualifikierungskurse ist jedoch schon vorher von Jahr zu Jahr gestiegen. Genaue, übergreifende Zahlen für NRW existieren hierzu allerdings nicht. ⁴¹⁷	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze 02 Verfahrensänderungen
24.	Die Koordination der integrationsfördernden Maßnahmen hat sich laufend verbessert. Der wichtigste Impuls hierbei geht jedoch vom 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz aus. ⁴¹⁸ Durch das neue Gesetz werden die integrationsfördernden Maßnahmen stärker als bisher gebündelt, gehen in Teilen in die Verantwortung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über. In Landesverantwortung bleiben Integrationsmaßnahmen für junge Menschen in Ausbildung. ⁴¹⁹	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze 02 Verfahrensänderungen

Koalitionsvertrag: Städtebau- und Wohnungsförderung

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
25.	„Der soziale Zusammenhalt in unseren Städten ist eine wichtige Voraussetzung für Stabilität und Sicherheit. Wir werden daher auch zukünftig die Städtebau- und Wohnungsförderung gezielt zu diesem Zweck einsetzen.“ (S. 15)	02 / 03 / 02	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

⁴¹⁶ vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009), S. 10.

⁴¹⁷ vgl. Interview Kerpel, Marlene: Pressesprecherin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, 31.05.2006.

⁴¹⁸ vgl. Interview Donnepp, Joachim: Pressesprecher Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen, 07. 06.2006.

⁴¹⁹ vgl. Interview Kerpel, Marlene: Pressesprecherin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, 31.05.2006.

1.8 Gesellschaftliche und politische Ordnung

Koalitionsvertrag: demokratische Teilhabe

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Wir werden vor Ort und im ganzen Land den Menschen mehr Chancen bieten, an den Entscheidungen mitzuwirken.“ (S. 7)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt
2.	„Wir werden die Menschen ermutigen, Verantwortung nicht nur für sich, sondern verstärkt auch für das Gemeinwohl zu übernehmen.“ (S. 7)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt
3.	„Wir wollen Bürgerfreiheit für alle (...)“ (S. 15)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt
4.	„Wir (...) werden Minderheiten vor Diskriminierungen schützen (...)“ (S. 15)	01 / 00 / 01	01	nicht benannt
5.	„Wir (...) werden Minderheiten (...) in ihren Rechten stärken.“ (S. 15)	01 / 03 / 01	01	nicht benannt
6.	„Demokratie verlangt Teilhabe. Für eine aktive Bürgergesellschaft wollen wir deswegen die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen erweitern.“ (S. 15)	02 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
7.	„Wir wollen sie (die Menschen, Anm. d.V.) ermutigen, Verantwortung für sich und das Gemeinwohl zu übernehmen.“ (S. 15)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt
8.	„Wir wollen Wettbewerbe, Modellvorhaben und Best-Practice-Beispiele als Instrumente nutzen, um eine neue Kultur zivilgesellschaftlichen Engagements zu entwickeln.“ (S. 15)	02 / 00 / 01	03	98 mehrere Maßnahmen
9.	„Wir wollen, dass sich die Menschen mehr einbringen (...)“ (S. 15)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt
10.	„Wir wollen, dass (...) die Menschen (...) Standpunkte beziehen (...)“ (S. 15)	02 / 00 / 00	01	nicht benannt
11.	„Wir wollen, dass (...) die Menschen (...) Zivilcourage zeigen (...)“ (S. 15)	02 / 00 / 00	01	nicht benannt
12.	„Wir wollen, dass (...) die Menschen (...) für das Gemeinwohl handeln.“ (S. 15)	02 / 00 / 00	01	nicht benannt
13.	„Wir werden die Hürden für Volksbegehren (...) senken.“ (S. 15)	02 / 02 / 01	03	01 Gesetze
14.	„Wir werden die Hürden für (...) Volksentscheide senken.“ (S. 15)	02 / 02 / 01	03	01 Gesetze
15.	„Mit den anderen Parteien des Landtags wollen wir darüber verhandeln, die Quote für	02 / 02 / 01	03	01 Gesetze

	Volksbegehren auf zehn Prozent zu senken (...).“ (S. 15)			
16.	„Mit den anderen Parteien des Landtags wollen wir darüber verhandeln, (...) für Volksbegehren (...) die Eintragungsfrist auf drei Monate zu verlängern.“ (S. 15)	02 / 02 / 01	03	01 Gesetze

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
8.	Zwar sind konkrete Instrumente benannt, doch ist deren Ziel zu ungenau formuliert, um eindeutige Aussagen treffen zu können. Die Nachfrage bei Landesregierung, Ministerien sowie SPD und Grünen brachte keine Erkenntnisse.	00 keine eindeutige Aussage möglich	
13.	Am 15. Juli 2004 hat der Landtag mit den Stimmen der Opposition die Hürden für Volksbegehren gesenkt. Am 01. Oktober 2004 ist das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in Kraft getreten. Die Quote für Volksbegehren wurde auf acht Prozent gesenkt, die Eintragungsfrist auf acht Wochen erhöht. Zudem können die Initiatoren von Volksinitiativen Unterschriften ab September 2004 per Briefwahl oder auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen sammeln. ⁴²⁰	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
14.	Am 15. Juli 2004 hat der Landtag mit den Stimmen der Opposition die Hürden für Volksbegehren gesenkt. Am 01. Oktober 2004 ist das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid ⁴²¹ in Kraft getreten.	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
15.	Am 01. Oktober 2004 ist das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in Kraft getreten. Die Quote für	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze

⁴²⁰ vgl. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. 2004 Nr. 27 S. 408-410.

⁴²¹ vgl. ebda.

	Volksbegehren wurde auf acht Prozent gesenkt. ⁴²²		
16.	Am 01. Oktober 2004 ist das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in Kraft getreten. Die Eintragsfrist wurde jedoch nicht wie angekündigt auf zwölf sondern nur auf acht Wochen erhöht. ⁴²³	00 dem Versprechen ähnliche Handlungen werden vollzogen	01 Gesetze

Koalitionsvertrag: Teilhabe von Immigranten

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
17.	„Wir sehen eine große Herausforderung darin, die Teilhabe von Eingewanderten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erhöhen. Wir werden deshalb interkulturelles Lernen (...) unterstützen (...).“ (S. 15)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
18.	„Wir sehen eine große Herausforderung darin, die Teilhabe von Eingewanderten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erhöhen. Wir werden deshalb (...) die Förderung von Sprache und Selbstorganisation weiter unterstützen (...).“ (S. 15)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
19.	„Wir sehen eine große Herausforderung darin, die Teilhabe von Eingewanderten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erhöhen. Wir werden deshalb (...) die Angebote zum Übergang von der Schule zum Beruf verbessern.“ (S. 15)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Koalitionsvertrag: Effizienz staatlichen Handelns

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
20.	„Wir wollen unsere staatlichen (...) Prozesse (...) einem „Benchmarking“ unterziehen.“ (S. 8)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
21.	„Wir wollen unsere (...) administrativen Prozesse (...) einem „Benchmarking“ unterziehen.“ (S. 8)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
22.	„Wir wollen (...) die Erfolge unserer Programme (...) einem „Benchmarking“ unterziehen.“ (S. 8)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

⁴²² vgl. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. 2004 Nr. 27 S. 408-410.

⁴²³ vgl. ebda.

23.	„Wir wollen (...) die Schaffung von besten Rahmenbedingungen zur Entwicklung des Standortes Nordrhein-Westfalen einem „Benchmarking“ unterziehen.“ (S. 8)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
24.	„Schnelle und transparente Planungs- und Genehmigungsverfahren (...) geben den Gebietskörperschaften Planungssicherheit (...). Darum werden Planungs- und Genehmigungsverfahren nach Recht und Gesetz und so zügig wie möglich durchgeführt. Die Interessen der Beteiligten werden frühzeitig einbezogen und sorgfältig abgewogen.“ (S. 8f.)	02 / 02 / 00	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
25.	„Schnelle und transparente Planungs- und Genehmigungsverfahren (...) stärken das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Darum werden Planungs- und Genehmigungsverfahren nach Recht und Gesetz und so zügig wie möglich durchgeführt. Die Interessen der Beteiligten werden frühzeitig einbezogen und sorgfältig abgewogen.“ (S. 8f.)	02 / 02 / 00	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
26.	„Zur Beschleunigung und Effizienzsteigerung staatlichen (...) Handelns wird ein interministerieller Ausschuss eingesetzt.“ (S. 9)	02 / 02 / 01	03	23 Ausschüsse
27.	„Zur Beschleunigung und Effizienzsteigerung administrativen Handelns wird ein interministerieller Ausschuss eingesetzt.“ (S. 9)	02 / 02 / 01	03	23 Ausschüsse
28.	„Die Reform der nordrhein-westfälischen Verwaltung treiben wir konsequent voran. Unsere Ziele sind, Bürokratie abzubauen (...).“ (S. 9)	02 / 02 / 01	03	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen
29.	„Die Reform der nordrhein-westfälischen Verwaltung treiben wir konsequent voran. Unsere Ziele sind, (...) die Bündelfunktion der Mittelbehörden zu stärken (...).“ (S. 9)	02 / 02 / 01	03	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen
30.	„Die Reform der nordrhein-westfälischen Verwaltung treiben wir konsequent voran. Unsere Ziele sind, (...) die Effizienz in den Bearbeitungsprozessen (...) zu steigern (...).“ (S. 9)	02 / 02 / 01	03	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen
31.	„Die Reform der nordrhein-westfälischen Verwaltung treiben wir konsequent voran. Unsere Ziele sind, (...) die Motivation und Leistungs-	02 / 02 / 01	03	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und

	bereitschaft der Beschäftigten zu steigern (...).“ (S. 9)			Organisationen
32.	„Die Reform der nordrhein-westfälischen Verwaltung treiben wir konsequent voran. Unsere Ziele sind, (...) moderne Formen der Kooperation zu stärken (...).“ (S. 9)	02 / 02 / 01	03	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen
33.	„Die Reform der nordrhein-westfälischen Verwaltung treiben wir konsequent voran. Unsere Ziele sind, (...) den Austausch von Erfahrungen und von Personal zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zu verbessern.“ (S. 9)	02 / 02 / 01	03	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen
34.	„Wir setzen innerhalb der vorhandenen personellen Ressourcen neue Prioritäten.“ (S. 9)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
35.	„Wir intensivieren die Qualifizierung der Beschäftigten des Landes, um die beste Effizienz staatlicher Leistungen zu erreichen.“ (S. 9)	01 / 03 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
36.	„Eine bürgerfreundliche und leistungsstarke Verwaltung fördert Demokratie und Bürgerbeteiligung. Deshalb setzen wir die Verwaltungsreform konsequent fort.“ (S. 15)	02 / 02 / 01	03	28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen
37.	„Wir straffen die Verfahren für alle “Kunden” der Verwaltung, (...) insbesondere durch den Einsatz modernster Kommunikationstechnologien (...).“ (S. 15)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
38.	„Wir (...) setzen auf Leistungssteigerung, (...) insbesondere durch den Einsatz modernster Kommunikationstechnologien (...).“ (S. 15)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
39.	„Wir (...) setzen auf (...) Effizienzerhöhung, insbesondere durch den Einsatz modernster Kommunikationstechnologien (...).“ (S. 15)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
40.	„Wir machen (...) das Dienstrecht (...) flexibler.“ (S. 15)	01 / 02 / 01	03	42 Verfahrensregelungen
41.	„Wir machen (...) das Tarifvertragsrecht flexibler.“ (S. 15)	01 / 02 / 01	03	42 Verfahrensregelungen

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
26.	Zwischen 2000 und 2005 sind zwei Gremien im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung eingerichtet worden. Diese wurden zwar nicht offiziell als interministerieller Ausschuss bezeichnet, hatten aber faktisch eine entsprechende Funktion. Auf Arbeitsebene war dies eine Gruppe von Ansprechpartnern zur Verwaltungsmodernisierung auf Referenten-/Referatsleitersebene mit Vertretern aus allen Ressorts, die bei Bedarf tagt. Zudem wurde nach Einsetzung eines Reformbeauftragten im Jahr 2003 ein sogenannter Lenkungskreis auf Staatssekretärsebene installiert, der seine Aufgaben bis zur Landtagswahl 2005 wahrgenommen hat. ⁴²⁴	03 Handlungsabsicht erfüllt	23 Ausschüsse
27.	Zwischen 2000 und 2005 sind zwei Gremien im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung eingerichtet worden. ⁴²⁵	03 Handlungsabsicht erfüllt	23 Ausschüsse
28.	Das Reformvorhaben einer umfassenden Erlass- und Rechtsbereinigung im Verwaltungsbereich wurde 2004 abgeschlossen. Insgesamt wurden von 3.300 Erlassen 1.600 abgeschafft – 1.700 sind erhalten geblieben. Auch die verbleibenden Vorschriften wurden nach Aussage der Landesregierung alle kritisch überprüft, enthalten demzufolge nur noch Angaben, die für das Funktionieren der Verwaltung wirklich notwendig sind. ⁴²⁶	03 Handlungsabsicht erfüllt	20 Programme
29.	Am 14. August 2003 hat Ministerpräsident Steinbrück dem Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform den Fahrplan zur Binnenmodernisierung (Vorlage 13/2286) vorgelegt. Dieser beinhaltet 15 Modernisierungsziele für die Ministerien und deren nachgeordnete Behörden. Eine in 2004 von der Landesregierung nach 2003 wiederholt	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze

⁴²⁴ vgl. Interview Lubitz, Jürgen: Referent Innenministerium Nordrhein-Westfalen, 12.02.2007.

⁴²⁵ vgl. ebda.

⁴²⁶ vgl. Landesregierung NRW (Hrsg.) (2005): Drucksache 13/6623: Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage 2150, vom 21.02.2005.

	durchgeführte Befragung von 637 Behörden, Betrieben und Einrichtungen der Landesverwaltung (560 Antworten) zeigt in den abgefragten Modernisierungsthemen Fortschritte bei der Umsetzung. ⁴²⁷ In einer vom Berliner Verwaltungsexperten Prof. Joachim Jens Hesse im Auftrag des BdSt NRW im Januar 2004 vorgelegten Zwischenbilanz ⁴²⁸ der Verwaltungsreform rechnet dieser NRW den reformfreudigen Bundesländern zu, verweist dabei auf das erste und zweite Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung. ⁴²⁹		
30.	Erstes und zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
31.	Erstes und zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
32.	Erstes und zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
33.	Erstes und zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
36.	Erstes und zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung	03 Handlungsabsicht erfüllt	01 Gesetze
40.	Darüber, ob und inwieweit das Dienstrecht in NRW flexibler geworden ist, sind keine eindeutigen Aussagen möglich.	00 keine eindeutige Aussage möglich	
41.	Darüber, ob und inwieweit das Tarifvertragsrecht in NRW flexibler geworden ist, sind keine eindeutigen Aussagen möglich.	00 keine eindeutige Aussage möglich	

Koalitionsvertrag: Frauenpolitik

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
42.	„Wir wollen in den nächsten fünf Jahren der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern näher kommen. Deswegen ist Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen Querschnitts-	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

⁴²⁷ Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004): Fahrplan zur Binnenmodernisierung der Landesverwaltung in Nordrhein-Westfalen. Anlage 6, S. 1ff.

⁴²⁸ vgl. Hesse, Joachim Jens (2004), <http://www.steuerzahler-nrw.de/index.asp?action=swtext&id=551&la=5001>

⁴²⁹ Die Gesetze straffen sowohl die horizontale als auch vertikale Struktur der Verwaltung. Hesse (2004) verweist auf den Internetseiten des Bund der Steuerzahler auf die Verringerung der Zahl landesweit zuständiger Sonderbehörden. Auch die Schaffung wirtschaftlich arbeitender Landesbetriebe sowie die Kompensation wegfallender Sonderbehörden durch Kompetenzen vor Ort werden hervorgehoben. Weiterhin positive Erwähnung finden „nennenswerte Ansätze“ bei der Neuordnung der Aufgabenverteilung der Landschaftsverbände, z.B. durch Verlagerung der Zuständigkeiten beim Bundes- und Landstrassenbau auf einen einheitlichen Landesbetrieb. Erfolgreich umgesetzt werden konnte auch die Kommunalisierung im Sozialbereich.

	aufgabe. Bereits bei der Planung wie auch der Durchführung staatlicher Maßnahmen sind die Auswirkungen auf Frauen und Männer zu berücksichtigen.“ (S. 15)			
43.	„Gleichzeitig werden wir spezielle Frauenprojekte (...) durchführen, um gezielt Benachteiligungen von Frauen entgegenzuwirken.“ (S. 15)	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
44.	„Gleichzeitig werden wir spezielle Frauen(...)maßnahmen durchführen, um gezielt Benachteiligungen von Frauen entgegenzuwirken.“ (S. 15)	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

1.9 Rechtspolitik

Koalitionsvertrag: Öffentliche Sicherheit

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Wir wollen die öffentliche Sicherheit (...) der Bürgerinnen und Bürger weiter erhöhen.“ (S. 15)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt
2.	„Wir wollen (...) das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger weiter erhöhen.“ (S. 15)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt
3.	„Durch eine effiziente Justiz werden wir die wirksame Strafverfolgung weiterhin gewährleisten.“ (S. 15)	02 / 02 / 03	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

1.10 Kultur- Medien- und Sport-/Freizeitpolitik

Koalitionsvertrag: Lebensqualität

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Wir wollen, dass sich das Leben in Nordrhein-Westfalen, gerade in seinen Städten und Agglomerationen, bunt und vielfältig entfalten kann. Deshalb werden wir die Politikfelder stärker miteinander verbinden, die dazu beitragen, das Leben in den Städten angenehm, unterhaltsam, interessant, aktiv, begegnungsreich, erlebnisvoll zu machen: die Stadtentwicklungspolitik, die Kultur-, Freizeit-, Sport- und Gesundheitspolitik.“ (S. 16)	02 / 02 / 01	01	nicht benannt

Koalitionsvertrag: Sportförderung

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
2.	„Wir fördern den Sport auch in Zukunft (...) und präsentieren damit auch unsere Standortqualität in aller Welt.“ (S. 16)	02 / 03 / 02	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
3.	„Wir (...) bewerben uns um Spitzenveranstaltungen des internationalen Spitzensports und präsentieren damit auch unsere Standortqualität in aller Welt.“ (S. 16)	02 / 00 / 01	03	99 sonstige Maßnahmen

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
3.	Einzelne Städte in NRW und das Ruhrgebiet als Großregion haben sich für Olympia beworben, scheiterten jedoch mit ihrer Nominierung.	03 Handlungsabsicht erfüllt	99 sonstige Maßnahmen

Koalitionsvertrag: regionale Förderung

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
4.	„Wir haben den Regionen Nordrhein-Westfalens zur Stärkung ihrer Profile, zur Entwicklung ihrer besonderen Leistungsfähigkeit und zum Abbau infrastruktureller Defizite in den letzten Jahren eine Fülle von Unterstützung, Moderation und Entwicklung gegeben. (...) Diese Kraft zum gestaltenden Miteinander in den Regionen wollen wir nutzen, um die besonderen Vorteile einer jeden Region Realität werden zu lassen.“ (S. 16)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt

Koalitionsvertrag: Kulturförderung

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
5.	„Unsere Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen (...) für eine optimale Entwicklung und Entfaltung der künstlerischen und kulturellen Potenziale zu schaffen (...).“ (S. 16)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt
6.	„Unsere Aufgabe ist es, (...) Arbeitsmöglichkeiten (...) für eine optimale Entwicklung und Entfaltung der künstlerischen und kulturellen Potenziale zu schaffen (...).“ (S. 16)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt

7.	„Unsere Aufgabe ist es, (...) ein entsprechendes Klima für eine optimale Entwicklung und Entfaltung der künstlerischen und kulturellen Potenziale zu schaffen (...).“ (S. 16)	02 / 03 / 01	01	nicht benannt
8.	„Unsere Aufgabe ist es, (...) den internationalen Kulturaustausch gezielt fortzusetzen, (...).“ (S. 16)	02 / 00 / 02	01	nicht benannt
9.	„Unsere Aufgabe ist es, (...) die reichhaltigen Möglichkeiten der Kulturwirtschaft zu entwickeln (...).“ (S. 16)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt
10.	„Unsere Aufgabe ist es, (...) den Bereich der Kunst und der neuen Medien zu verbinden.“ (S. 16)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt

1.11 Finanzpolitik

Koalitionsvertrag: Schuldenabbau

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Wir müssen und werden die Schuldenlast senken(...).“ (S. 9)	02 / 02 / 01	01	nicht benannt
2.	„Alle Projekte stellen wir unter einen Finanzierungsvorbehalt. Nur so schaffen wir das notwendige Vertrauen in staatliches Handeln.“ (S. 9)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
3.	„Mit soliden Finanzen sichern wir die Zukunft unseres Landes. Unser Ziel bleibt die Senkung der Schuldenlast.“ (S. 17)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
4.	„Wir werden die Nettokreditermächtigung zurückführen, um langfristig die Schuldenlast senken zu können.“ (S. 17)	02 / 02 / 01	03	16 Haushaltsmaßnahmen
5.	„Wir werden unsere Unternehmensbeteiligungen (...) insoweit verwerten, falls das für das Land von wirtschaftlichem Vorteil ist (...).“ (S. 17)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
6.	„Wir werden unsere (...) Forderungen insoweit verwerten, falls das für das Land von wirtschaftlichem Vorteil ist (...).“ (S. 17)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
4.	Das erklärte Ziel, die Neuverschuldung zu senken, konnte die Landesregierung über die Dauer der 13. Legislaturperiode nicht einhalten. Die Neuverschuldung stieg von 3,5 Mrd. Euro in 2001 auf 6,7 Mrd. Euro in 2004 deutlich an. ⁴³⁰	01 keine Erfüllung, keine Handlungen	

Koalitionsvertrag: private Investitionen

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
7.	„Wir müssen und werden (...) mit gezieltem Finanzeinsatz privates Kapital auch für bislang staatliche Aufgaben aktivieren.“ (S. 9)	02 / 02 / 01	03	02 öffentliche Investitionen
8.	„Wir werden verstärkt privates Kapital für Zukunftsaufgaben mobilisieren.“ (S. 17)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
9.	„Wir wollen eine Partnerschaft von privaten und öffentlichen Akteuren.“ (S. 17)	02 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
7.	Finanzminister Peer Steinbrück hat am 26. Oktober 2001 die „Public Private Partnership-Initiative NRW“ ins Leben gerufen, dazu über 100 Experten aus europäischen Staaten, Finanzexperten, Banker, Beratungsunternehmen, Versicherer und Unternehmer zum ersten Public Private Partnership Kongress nach Düsseldorf eingeladen. ⁴³¹ Die Umsetzung der Initiative erfolgt seit April 2002 durch eine dem Finanzministerium angehörige „PPP-Task Force“. Diese ist zentraler Ansprechpartner und Vermittler zwischen öffentlicher Hand und privatem Sektor. Zu den Kernaufgaben zählt die Initiierung und Begleitung von Pilotprojekten sowie die Finanzierung von Beratungsleistungen aus einem eigens dafür angelegten	03 Handlungsabsicht erfüllt	02 öffentliche Investitionen

⁴³⁰ vgl. http://www.fm.nrw.de/allgemein_fa/presse/pdf/anlage_pk_hh_2006.pdf

⁴³¹ vgl. <http://www.ppp.nrw.de/>

	Budget. Im April 2005 wurden insgesamt elf Pilotprojekte begleitet. ⁴³² Die Immobilien Zeitung bezeichnet NRW als „PPP-Musterknabe“ unter den Bundesländern. ⁴³³ Die Summe privater Investitionen in NRW ist nicht genau zu beziffern. Doch geht das Finanzministerium in einem internen Papier von einer Summe von 300 bis 600 Mio. € für 2005 aus. Zudem ist man sich sicher, dass die privaten Investitionen seit 2000 stetig steigen. ⁴³⁴ Diese Einschätzung wird vom Bund der Steuerzahler bestätigt. ⁴³⁵		
--	--	--	--

Koalitionsvertrag: öffentliche Investitionen

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
10.	„Wir müssen und werden (...) Investitionen konzentrieren (...).“ (S. 9)	02 / 01 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
11.	„Die Haushaltsstruktur muss verändert werden, konsumtive Ausgaben werden wir zu Gunsten von neuen Investitionen zurückführen.“ (S. 17)	02 / 01 / 01	03	17 öffentliche Investitionen siehe haushaltspläne
12.	„Für Investitionen setzen wir Schwerpunkte in den Politikbereichen, die für die Entwicklung unseres Landes im europäischen Wettbewerb (...) besonders entscheidend sind.“ (S. 17)	02 / 01 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
13.	„Für Investitionen setzen wir Schwerpunkte in den Politikbereichen, die (...) für die Lebensqualität der Menschen besonders entscheidend sind.“ (S. 17)	02 / 01 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
11.	Die reale Entwicklung von Ausgaben für Investitionen ist aufgrund von Ausgliederungen in 2001, einer neuen Haushaltssystematik in 2002 und Sondereffekten in 2005 nicht genau bestimmbar. ⁴³⁶ Nominal sank die Quote von 10,2	00 keine eindeutige Aussage möglich	

⁴³² vgl. Littwin, Frank (2005), S. 1.

⁴³³ vgl. Immobilien Zeitung Nr. 16 vom 29. 07.2004.

⁴³⁴ vgl. Interview Littwin, Frank: Leiter der PPP-Task Force im Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 23.10.2006.

⁴³⁵ vgl. Interview Cloesges, Heiner: Haushaltsabteilung Bund der Steuerzahler NRW, 23.10.2006.

⁴³⁶ vgl. Interview Pohlmann, Sandra: Presse- und Informationsreferat Finanzministerium NRW, vom 28.02.2007.

	Prozent in 2000 auf 9,5 Prozent in 2004, stieg dann auf 13,3 Prozent in 2005. ⁴³⁷		
--	--	--	--

Koalitionsvertrag: Reduzierung von Personalkosten

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
14.	„Wir senken die Personalausgaben durch Kostenbudgetierung, Stellendeckung, flexible Teilzeitregelungen (...).“ (S. 17)	02 / 01 / 01	03	42 Verfahrensregelungen
15.	„Freiwerdende Stellen werden wir vorrangig mit Angestellten besetzen.“ (S. 17)	01 / 02 / 01	03	42 Verfahrensregelungen

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
14.	Die Ausgaben für Personal in den Gemeinden konnten in NRW von 8,99 Mrd. € in 2000 auf 8,74 Mrd. € in 2004 gesenkt werden. Basis der Einsparungen im Bereich der Beamten bildet das „Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und über die Bezüge der Staatssekretäre und entsprechender Versorgungsempfänger in den Jahren 2003 und 2004 für das Land Nordrhein-Westfalen“, das am 20. November 2003 verkündet wurde. ⁴³⁸ (vgl. Tabellen Personalentwicklung und -ausgaben im Anhang).	03 Handlungsabsicht erfüllt	98 mehrere Instrumente
15.	Inwieweit offene Stellen vorrangig mit Angestellten statt Beamten besetzt wurden, ist nicht gesichert zu recherchieren.	00 keine eindeutige Aussage möglich	

Koalitionsvertrag: Neuausrichtung von Förderprogrammen

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
16.	„Wir werden alle Förderprogramme neu ausrichten (...).“ (S. 17)	01 / 01 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
17.	„Wir werden (...) die Effektivität der Förderung stärker messbar machen (...).“ (S. 17)	01 / 02 / 01	02	unspezifizierte Maßnahme(n)
18.	„Wir werden (...) den Anteil von Zuschussförderung zu Gunsten von Darlehen, Gewährleistungen und Bürgschaften senken.“ (S. 17)	01 / 01 / 01	03	99 sonstige Instrumente

⁴³⁷ vgl. Interview Pohlmann, Sandra: Presse- und Informationsreferat Finanzministerium NRW, vom 28.02.2007 und Bericht des Finanzministeriums NRW, (02/2007): Investitionsausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen.

⁴³⁸ vgl. Landesdatenbank NRW (2006).

Handlung

Nr.	Umgesetzte politische Maßnahme(n)	Bewertung	Instrument
18.	Die Wirtschaftsförderung wurde erst sukzessive ab 2002 in den Händen der NRW-Bank gebündelt. Deshalb existieren keine übergreifenden Daten für die 13. Legislaturperiode. ⁴³⁹	00 keine eindeutige Aussage möglich	

1.12 Auswärtiges

Koalitionsvertrag: Interessenvertretung

Nr.	Handlungsabsicht	V4 / V5 / V6	V7 Detail	V8 Instrument
1.	„Nordrhein-Westfalen wird sich als starke und bevölkerungsreichste Region in Europa zum Anwalt (...) der regionalen Interessen in Europa machen bei einer starken pro-europäischen und interregionalen Ausrichtung.“ (S. 17)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt
2.	„Nordrhein-Westfalen wird sich als starke und bevölkerungsreichste Region in Europa zum (...) Motor (...) der regionalen Interessen in Europa machen bei einer starken pro-europäischen und interregionalen Ausrichtung.“ (S. 17)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt
3.	„Nordrhein-Westfalen wird sich als starke und bevölkerungsreichste Region in Europa zum (...) Vorbild der regionalen Interessen in Europa machen bei einer starken pro-europäischen und interregionalen Ausrichtung.“ (S. 17)	02 / 00 / 01	01	nicht benannt

⁴³⁹ vgl. Interview Bielstein, Klaus: Pressesprecher der NRW Bank, 23.01.2007.

2. Thematische Polarisation

Die folgenden Seiten zeigen den in Kapitel V, 7.1 bis 7.4 vorgestellten Abgleich der Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages mit denen der Regierungsantrittsreden Clements und Steinbrücks sowie den Wahlprogrammen SPD 2000 und Grüne 2000 im Detail. Aufgelistet werden die Handlungsabsichten des Koalitionsvertrages samt deren Entsprechung in den anderen programmatischen Dokumenten:

- + Eine Handlungsabsicht des Koalitionsvertrages findet sich in gleichem Maße im untersuchten Wahlprogramm oder der untersuchten Regierungserklärung wieder.
- 0 Eine Handlungsabsicht des Koalitionsvertrages findet sich nicht im untersuchten Wahlprogramm oder der untersuchten Regierungserklärung wieder.
- Eine Handlungsabsicht des Koalitionsvertrages findet sich in konträrer Form im untersuchten Wahlprogramm oder der untersuchten Regierungserklärung wieder.

Der Abgleich mit den Regierungsreden sowie den Landtagswahlprogrammen der beiden Koalitionsparteien soll ergründen, inwieweit diese Handlungsabsichten auch hier transportiert werden bzw. ob sich hier sogar gegenläufige Willensbekundungen finden. Die Methodik zur Identifikation von übereinstimmenden Handlungsabsichten in den Wahlprogrammen und Regierungsreden orientiert sich an dem bereits in Kapitel III beschriebenen Vorgehen, das bei der inhaltsanalytischen Aufarbeitung des Koalitionsvertrages Anwendung fand. Aufgelistet werden alle Handlungsabsichten, die eindeutig einen identischen Zielzustand beschreiben, thematisch in die gleiche Richtung gehen oder die identische Ziele auf einem anderen Abstraktionsgrad bzw. das gleiche Handlungsinstrument mit identischer Zieldirektive nennen. Finden sich für eine im Koalitionsvertrag gelistete Handlungsabsicht mehrere gleichbedeutende Willensbekundungen in einer Regierungsrede oder einem Wahlprogramm, so werden diese alle erfasst. In der Analyse können so auf einem höheren Abstraktionslevel weitere Aussagen zur Schwerpunktsetzung der Akteure gemacht werden.

2.1 Bildungs/Forschungspolitik

Die Bildungspolitik ist das traditionelle Kompetenzfeld der Landespolitik, in dem diese hohe Gestaltungschancen besitzt. Dies spiegelt sich in einer starken Handlungsorientierung; in keinem anderen Politikfeld finden sich so viele spezifisch formulierte und deshalb in ihrer Erfüllung prüfbare Willensbekundungen.

Bildung und Qualifizierung: sechs Handlungsabsichten

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) NRW als bester Platz zum Lernen: +
 - „Unser Ziel bleibt klar: Das neue Nordrhein-Westfalen – der beste Platz zum (...) zum Lernen (...).“⁴⁴⁰
- b) NRW als bester Platz zur Förderung aller Begabungen: +
 - „Unser Ziel bleibt klar: Das neue Nordrhein-Westfalen – der beste Platz (...) zur Entfaltung von Kreativität und zur Förderung aller Talente.“⁴⁴¹
- c) Ideen, Initiativen und Impulse für morgen fördern: +
 - „Wir werden die besten Konzepte aus dem Ideenwettbewerb der Mittelstandsoffensive auszeichnen und ihre Umsetzung fördern.“⁴⁴²
 - „Besonders begabte Schülerinnen und Schüler sollen mit vielfältigen Angeboten und Initiativen angesprochen werden.“⁴⁴³
 - „Im Agenda-21-Prozess sind in unseren Städten und Gemeinden bereits viele Initiativen entstanden. Ihr Engagement wollen wir auch in Zukunft fördern.“⁴⁴⁴
- d) Bildungsangebot qualitativ weiterentwickeln: +
 - „Wir müssen unser Bildungssystem noch effizienter, noch effektiver, noch besser machen.“⁴⁴⁵
- e) Bildungsangebot mit Fokus auf Leistungsorientierung weiterentwickeln: +
 - „Dazu gehört, dass wir mehr differenzierte Leistungsorientierung einführen werden; wir nehmen die besonderen Begabungen in den Blick: Besonders begabte Schülerinnen und Schüler sollen mit vielfältigen Angeboten und Initiativen angesprochen werden.“⁴⁴⁶
- f) Bildungsangebot mit Fokus auf Eigenverantwortung weiterentwickeln: +
 - „(...) vor allem wollen wir die Eigenverantwortung und die Selbststeuerung erhöhen und verbessern – sowohl in den Schulen als auch in den Hochschulen.“⁴⁴⁷
 - „Wir setzen verstärkt auf das Fördern, aber wir werden auch mehr fordern, von uns selber, aber auch von den Lernenden und den Lehrenden.“⁴⁴⁸

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) NRW als bester Platz zum Lernen: +
 - „Wir werden die Schuleingangsphase so gestalten, dass jedes Kind von Anfang an so schnell lernen kann wie möglich (...).“⁴⁴⁹
- b) NRW als bester Platz zur Förderung aller Begabungen: +
 - „Wir werden die Schuleingangsphase so gestalten, dass jedes Kind von Anfang an (...) so viel Förderung bekommt wie nötig.“⁴⁵⁰
- c) Ideen, Initiativen und Impulse für morgen fördern: +
 - „Wir geben neue Impulse für den Arbeitsmarkt.“⁴⁵¹
- d) Bildungsangebot qualitativ weiterentwickeln: +

⁴⁴⁰ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 7.

⁴⁴¹ ebda., S. 7.

⁴⁴² ebda., S. 12.

⁴⁴³ ebda., S. 18.

⁴⁴⁴ ebda., S. 25.

⁴⁴⁵ ebda., S. 16.

⁴⁴⁶ ebda., S. 18.

⁴⁴⁷ ebda., S. 16.

⁴⁴⁸ ebda., S. 16.

⁴⁴⁹ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 12.

⁴⁵⁰ ebda., S. 11.

⁴⁵¹ ebda., S. 9.

- „Entscheidend für unsere Bemühungen um ein besseres Bildungssystem wird es sein, eine ausreichende Zahl hochqualifizierter und motivierter Menschen in unsere Schulen zu holen.“⁴⁵²
 - „Mit der Einführung der offenen Ganztagsgrundschule wollen wir die Ganztagsangebote deutlich verbessern. Damit geben wir auch eine Antwort auf PISA, weil wir damit die pädagogische Qualität erhöhen.“⁴⁵³
- e) Bildungsangebot mit Fokus auf Leistungsorientierung weiterentwickeln: 0
- f) Bildungsangebot mit Fokus auf Eigenverantwortung weiterentwickeln: +
- „Wir wollen die frühkindliche Bildung und Erziehung stärken, erwarten aber auch den unverzichtbaren Beitrag der Eltern.“⁴⁵⁴
 - „Bildung und Erziehung sind eine Gemeinschaftsaufgabe, an der sich alle beteiligen müssen - Eltern, Familien, Verbände und der Staat.“⁴⁵⁵

Landtagswahlprogramm SPD

- a) NRW als bester Platz zum Lernen: +
- „Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen einer der besten Orte zum Leben, zum Lernen und zum Arbeiten bleibt.“⁴⁵⁶
 - „Wir wollen die Weiterbildung quantitativ und qualitativ voranbringen und ernstmachen mit dem lebenslangen Lernen.“⁴⁵⁷
 - „Wir wollen, dass Schulen, Hochschulen und Betriebe, Schulträger und Jugendhilfe, Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen noch enger zusammenarbeiten, um allen Bürgerinnen und Bürgern ein breites, zuverlässiges Spektrum von Lernorten und Lernangeboten gewährleisten zu können.“⁴⁵⁸
- b) NRW als bester Platz zur Förderung aller Begabungen: +
- „Deutschland hat nicht zu viele Studierende, sondern zu wenig. Deshalb wollen wir alle Begabungsreserven erschließen und dazu auch die Ausbildungsförderung weiter verbessern.“⁴⁵⁹
- c) Ideen, Initiativen und Impulse für morgen fördern: +
- „Wir wollen in Nordrhein-Westfalen mit gutem Beispiel vorangehen: Ein MedienNetzwerk NRW einsetzen und damit Impulse für den Aufbau eines Forums geben, das die Interessen von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, von Telekommunikations- und Informationsanbietern, von Politik und Wissenschaft bündelt.“⁴⁶⁰
 - „Das Land wird (...) auch private Initiativen mit neuen Impulsen fördern.“⁴⁶¹
 - „Dazu wollen wir (...) als Land Initiativen unterstützen, die Bürger mehr und direkt an kommunalen Planungs- und Verwaltungsverfahren beteiligen, z.B. durch Planungswerkstätten und verstärkte Transparenz bei der Erarbeitung von kommunalen Haushalten ("gläserner Haushalt") (...).“⁴⁶²
 - „Dazu wollen wir (...) das Leben der Bürgerinnen und Bürger in Kommunen durch den Ausbau der erfolgreichen Initiative Ordnungspartnerschaften noch sicherer gestalten (...).“⁴⁶³
- d) Bildungsangebot qualitativ weiterentwickeln: +
- „Wir wollen die Weiterbildung quantitativ und qualitativ voranbringen und ernstmachen mit dem lebenslangen Lernen.“⁴⁶⁴

⁴⁵² Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 10.

⁴⁵³ ebda., S. 11.

⁴⁵⁴ ebda., S. 10.

⁴⁵⁵ ebda., S. 11.

⁴⁵⁶ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010616132245/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp

⁴⁵⁷ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁵⁸ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁵⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁶⁰ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_11.asp

⁴⁶¹ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁶² ebda., http://web.archive.org/web/20011122071219/www.nrwspd.de/politik/rp2000_12.asp

⁴⁶³ ebda., http://web.archive.org/web/20011122071219/www.nrwspd.de/politik/rp2000_12.asp

⁴⁶⁴ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

- „Mit dem Qualifizierungszentrum Medien in Köln entsteht ein Weiterbildungsangebot, das zusätzliche Qualifikationen im Bereich der Produktions- und Sendetechnik vermitteln soll.“⁴⁶⁵
- e) Bildungsangebot mit Fokus auf Leistungsorientierung weiterentwickeln: +
 - „Leistungswillen, Motivation, Wertebewusstsein und Chancengleichheit werden wir in jeder Schulform fördern.“⁴⁶⁶
 - „Wir treten darüber hinaus für mehr Leistungskomponenten bei der Professoren-Besoldung (...) ein.“⁴⁶⁷
 - „Wir wollen die Berufsschulen aufwerten und mit den Sozialpartnern Einverständnis darüber suchen, dass die Leistungen in der Berufsschule Bestandteil der Abschlussprüfungen werden.“⁴⁶⁸
 - „Das Land wird uneingeschränkt zu seiner Verantwortung für die Leistungsfähigkeit und die Finanzierung des öffentlichen Hochschulwesens stehen und auch private Initiativen mit neuen Impulsen fördern.“⁴⁶⁹
- f) Bildungsangebot mit Fokus auf Eigenverantwortung weiterentwickeln: +
 - „Dafür sind wir auf die Bereitschaft zu Eigeninitiative und Eigenverantwortung des und der Einzelnen angewiesen. Wir werden das fördern, aber auch fordern.“⁴⁷⁰
 - „Wir geben unseren Hochschulen die Instrumente an die Hand, damit sie mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung wahrnehmen können, (...).“⁴⁷¹

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) NRW als bester Platz zum Lernen: +
 - „Wir wollen erreichen, dass unsere Schulen und Hochschulen besser werden, damit sie denen, die sie ausbilden, größere Chancen bieten.“⁴⁷²
- b) NRW als bester Platz zur Förderung aller Begabungen: +
 - „Das unzureichende System des Bundesausbildungsförderungsgesetzes wollen wir zu einer bedarfsgerechten und elternunabhängigen Studienförderung umgestalten.“⁴⁷³
- c) Ideen, Initiativen und Impulse für morgen fördern: +
 - „Wir wollen diesen Weg weitergehen und dafür sorgen, dass von NRW weltweit Impulse für die Entwicklung der erneuerbaren Energieträger ausgehen.“⁴⁷⁴
 - „Diese Initiativen sind Bestandteil unseres Verständnisses von Partizipation in der Gesellschaft. Wir wollen die Erfahrungen auswerten und als Impulse für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Instrumente geben.“⁴⁷⁵
- d) Bildungsangebot qualitativ weiterentwickeln: +
 - „Wir wollen Schule und Unterricht nicht durch simple Leistungsmessungen scheinbar „neutral“ vergleichen, sondern die Unterrichtsqualität in einem dauerhaft angelegten Entwicklungsprozess langfristig verbessern. Mit unserem Projekt „NRW Schule 21“ machen wir allen Schulen ein Angebot, auf freiwilliger Basis in diesen Prozess der selbstgesteuerten Qualitätsentwicklung einzusteigen.“⁴⁷⁶
 - „Wir wollen ein umfassendes Qualitätsmanagement entwickeln und damit die Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung jeder einzelnen Schule stärken.“⁴⁷⁷
- e) Bildungsangebot mit Fokus auf Leistungsorientierung weiterentwickeln: 0
- f) Bildungsangebot mit Fokus auf Eigenverantwortung weiterentwickeln: +

⁴⁶⁵ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁶⁶ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁶⁷ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁶⁸ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁶⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁷⁰ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp

⁴⁷¹ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁷² BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 5.

⁴⁷³ ebda., S. 59.

⁴⁷⁴ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 4.

⁴⁷⁵ ebda., S. 51.

⁴⁷⁶ ebda., S. 54.

⁴⁷⁷ ebda., S. 54.

- „Mehr Autonomie bedeutet aber auch mehr Verantwortung und macht darum mehr Partizipation aller Beteiligten erforderlich. Deshalb treten wir ebenso wie im Schulbereich auch im Hochschulbereich für eine stärkere Demokratisierung ein und wollen integrative Systeme stärken.“⁴⁷⁸

Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Eigenverantwortung, Eigenständigkeit, Gestaltungsfreiheit der Schulen stärken: +
- „(...) vor allem wollen wir die Eigenverantwortung und die Selbststeuerung erhöhen und verbessern – sowohl in den Schulen als auch in den Hochschulen.“⁴⁷⁹
 - „Wir ermuntern unsere Schulen weiter zur Herausbildung eigener Profile und zur Übernahme größerer personeller und finanzieller Verantwortung. Wir packen ein einheitliches Schulgesetz an. Mit dem Projekt NRW-Schule 21 geben wir Schulen die Chance, mit deutlich erweiterten finanziellen und personellen Entscheidungsbefugnissen in größerer eigener Verantwortung ihr „Haus des Lernens“ zu bauen.“⁴⁸⁰
- b) Regelungsdichte im Schulbereich zurücknehmen: +
- „Mit dem Projekt NRW-Schule 21 geben wir Schulen die Chance, mit deutlich erweiterten finanziellen und personellen Entscheidungsbefugnissen in größerer eigener Verantwortung ihr „Haus des Lernens“ zu bauen.“⁴⁸¹

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Eigenverantwortung, Eigenständigkeit, Gestaltungsfreiheit der Schulen stärken: +
- „(...) ich trete für eine ehrgeizigere und verbindlichere Zielsetzung ein, den Schulen eine größere Selbstständigkeit zu geben, weniger Detailregelung und mehr Eigenverantwortung (...).“⁴⁸²
- b) Regelungsdichte im Schulbereich zurücknehmen: +
- „Ich trete für eine ehrgeizigere und verbindlichere Zielsetzung ein (...) weniger Detailregelung (...).“⁴⁸³
 - „Gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern werden wir uns darüber verständigen, wie wir den Schulen durch eine konsequente Selbstbeschränkung bei Erlassen, Verordnungen und Richtlinien Luft verschaffen können. Wir werden den Bestand an Richtlinien und Erlassen überprüfen. Dazu wird die Schul- und Jugendministerin regionale pädagogische Konferenzen durchführen.“⁴⁸⁴

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Eigenverantwortung, Eigenständigkeit, Gestaltungsfreiheit der Schulen stärken: +
- „Wir geben unseren Hochschulen die Instrumente an die Hand, damit sie mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung wahrnehmen können (...). Wir wollen eine neue Balance von Autonomie, Handlungsfähigkeit und Partizipation.“⁴⁸⁵
 - „Deshalb müssen vor allem das Dienstrecht und die Mitwirkungsrechte so weiterentwickelt werden, dass in den Schulen möglichst viel eigenverantwortlich entschieden werden kann.“⁴⁸⁶

⁴⁷⁸ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 5.

⁴⁷⁹ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 16.

⁴⁸⁰ ebda., S. 18.

⁴⁸¹ ebda., S. 18.

⁴⁸² Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 13.

⁴⁸³ ebda., S. 13.

⁴⁸⁴ ebda., S. 13.

⁴⁸⁵ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁸⁶ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

- „Wo immer möglich, müssen Schulen und alle, die dort arbeiten, im Rahmen der staatlichen Zielvorgaben selbstständig handeln und entscheiden können und damit auch mehr Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Arbeit übernehmen.“⁴⁸⁷
- b) Regelungsdichte im Schulbereich zurücknehmen: +
 - „Durch den Abbau von Bürokratie, durch die Vereinfachung von Verfahren und durch eine Dienstrechtsreform wollen wir unser Ziel einer schlanken, aber leistungsstarken Verwaltung in den nächsten Jahren Schritt für Schritt verwirklichen. Transparenz und Bürgerfreundlichkeit sind dabei oberste Grundsätze.“⁴⁸⁸

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Eigenverantwortung, Eigenständigkeit, Gestaltungsfreiheit der Schulen stärken: +
 - „Wir wollen ein umfassendes Qualitätsmanagement entwickeln und damit die Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung jeder einzelnen Schule stärken.“⁴⁸⁹
- b) Regelungsdichte im Schulbereich zurücknehmen: +
 - „Mit unserem Projekt „NRW Schule 21“ machen wir allen Schulen ein Angebot, eigene Profile entwickeln und das Heft – bis hin zur Personal- und Finanzverantwortung – selbst in die Hand nehmen zu können. Das verzwickte und personalintensive System der Schulaufsicht wollen wir radikal vereinfachen; sie soll künftig weniger durch Kontrolle als durch Beratung geprägt sein.“⁴⁹⁰

Chancengleichheit

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Aufbau von Centers of excellence: +
 - „In Exzellenz-Zentren bringen wir die besten Köpfe in Studium, Wissenschaft und Forschung zusammen.“⁴⁹¹
 - „Mit dem IT-Center for excellence Dortmund werden maßgeschneiderte Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote in engster Kooperation von regionaler Wirtschaft, Universität, Fachhochschule, Stadt und Region entstehen.“⁴⁹²
- b) Abitur nach 12 Jahren: +
 - „Das Abitur kann nach zwölf Jahren abgelegt werden – dafür machen wir in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt mindestens ein Angebot.“⁴⁹³
- c) Jungen Menschen chancengleichen Zugang zu Medien(kompetenz) bieten: +
 - „Unsere Ziele sind klar: Wir wollen Chancengleichheit.“⁴⁹⁴
 - „So werden wir es bis Ende des Jahres schaffen, für jede Schule einen Netzzugang zu haben, und so schnell wie irgend möglich sollen – wie bisher: mit Unterstützung vieler Unternehmen unseres Landes, denen ich dafür an dieser Stelle ausdrücklich danke – alle Klassen am Netz sein.“⁴⁹⁵
 - „Wir werden es schaffen, dass wir die Fähigkeiten und Begabungen der Kinder und der jungen Menschen bei uns optimal zur Entfaltung bringen und damit nachhaltig ihre Chancen und unsere Zukunft sichern.“⁴⁹⁶

⁴⁸⁷ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁴⁸⁸ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_10.asp

⁴⁸⁹ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 54.

⁴⁹⁰ ebda., S. 5.

⁴⁹¹ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 20.

⁴⁹² ebda., S. 20.

⁴⁹³ ebda., S. 18.

⁴⁹⁴ ebda., S. 16.

⁴⁹⁵ ebda., S. 18.

⁴⁹⁶ ebda., S. 21.

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Aufbau von Centers of excellence: +
 - „In der Forschung werden wir die verabredeten nordrhein-westfälischen Exzellenzfelder und Profilschwerpunkte weiter fördern und uns selbstbewusst den Anforderungen im europäischen Forschungsraum stellen.“⁴⁹⁷
- b) Abitur nach 12 Jahren: 0
- c) Jungen Menschen chancengleichen Zugang zu Medien(kompetenz) bieten: 0

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Aufbau von Centers of excellence: +
 - „Wir wissen, dass Hochleistungsforschung unverzichtbar ist für Spitzenjobs und hohe Einkommen von morgen. Deshalb wollen wir die wirtschaftliche Wirksamkeit unserer Forschungseinrichtungen im Land weiter steigern und die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft weiter voranbringen.“⁴⁹⁸
 - „Wir geben unseren Hochschulen die Instrumente an die Hand, damit sie mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung wahrnehmen können, um im bundesweiten und internationalen Wettbewerb durch Profilbildung, flexible Entscheidungsstrukturen und neue Formen der Mitwirkung sowie effizienten Mitteleinsatz auch künftig eine Spitzenstellung einnehmen zu können.“⁴⁹⁹
- b) Abitur nach 12 Jahren: 0
- c) Jungen Menschen chancengleichen Zugang zu Medien(kompetenz) bieten: +
 - „Wir wollen Medienkompetenz stärken. Denn Chancengleichheit in der Wissensgesellschaft heißt für uns: Kinder und Jugendliche zum offenen Umgang und zur kompetenten Bewertung und Anwendung der neuen Techniken zu erziehen, ihnen Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation der Informationsgesellschaft zu vermitteln. Medienkompetenz gehört schon heute zu den Basisqualifikationen wie Rechnen, Schreiben und Lesen.“⁵⁰⁰

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Aufbau von Centers of excellence: 0
- b) Abitur nach 12 Jahren: 0
- c) Jungen Menschen chancengleichen Zugang zu Medien(kompetenz) bieten: +
 - „Wir wollen erreichen, dass unsere Schulen und Hochschulen besser werden, damit sie denen, die sie ausbilden, größere Chancen bieten. (...) Grundvoraussetzungen sind darüber hinaus die verstärkte Ausrüstung mit internetfähigen Computern und das frühe Erlernen und intensive Anwenden von Fremdsprachen.“⁵⁰¹
 - „In einem ersten Schritt müssen die Grundausrüstung aller Schulformen mit neuen Medien und der freie Zugang für alle Schülerinnen und Schüler zu den neuen Informations- und Kommunikationsmedien auch außerhalb der Unterrichtszeit gesichert werden.“⁵⁰²

⁴⁹⁷ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 14.

⁴⁹⁸ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁴⁹⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵⁰⁰ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵⁰¹ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 5.

⁵⁰² ebda., S. 54.

Abitur nach 12 Jahren

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Abitur nach 12 Jahren: +
 - „Das Abitur kann nach zwölf Jahren abgelegt werden – dafür machen wir in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt mindestens ein Angebot.“⁵⁰³

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Abitur nach 12 Jahren: 0

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Abitur nach 12 Jahren: 0

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Abitur nach 12 Jahren: 0

Personalbestand ausbauen

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Mehr qualifiziertes Personal für Bildung bereitstellen: +
 - „Wir sichern (...) durch Vorgriffsstunden und Vorgriffseinstellungen.“⁵⁰⁴
- b) Sicherung der Unterrichtsversorgung durch Wiederbesetzung frei werdender und neuer Stellen: +
 - „Wir sichern die Unterrichtsversorgung bei steigenden Schülerzahlen durch die Wiederbesetzung aller frei werdenden Lehrerstellen, durch Spielräume in der Stellenbewirtschaftung, durch Vorgriffsstunden und Vorgriffseinstellungen.“⁵⁰⁵

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Mehr qualifiziertes Personal für Bildung bereitstellen: +
 - „Zusätzliche Lehrerstellen für Ganztagsangebote ab Schuljahr 2003/2004. Wir werden für Ganztagsangebote zusätzliche Lehrerstellen an den Grundschulen zur Verfügung stellen. Damit beginnen wir schon zum Schuljahr 2003/2004.“⁵⁰⁶
- b) Sicherung der Unterrichtsversorgung durch Wiederbesetzung frei werdender und neuer Stellen: +
 - „Wir bekennen uns auch in schwieriger Zeit zur Priorität der Bildung. Wir stehen zu unserer Zusage, die Unterrichtsversorgung bei steigenden Schülerzahlen zu sichern und alle frei werdenden Lehrerstellen neu zu besetzen.“⁵⁰⁷

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Mehr qualifiziertes Personal für Bildung bereitstellen: +

⁵⁰³ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 18.

⁵⁰⁴ ebda., S. 18.

⁵⁰⁵ ebda., S. 18.

⁵⁰⁶ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 11.

⁵⁰⁷ ebda., S. 12.

- „Auch in den nächsten Jahren werden wir diese Anstrengungen fortsetzen, damit unsere Schulen auch in den kommenden Jahren bei noch wachsenden Schülerzahlen einen verlässlichen Unterricht garantieren können.“⁵⁰⁸
- b) Sicherung der Unterrichtsversorgung durch Wiederbesetzung frei werdender und neuer Stellen: +
 - „Weil die Qualität der schulischen Ausbildung für uns höchste Priorität hat, haben wir 1999 und 2000 zusätzliche Unterrichtsmöglichkeiten in einem Umfang von über 3.300 Lehrerstellen geschaffen. (...) Auch in den nächsten Jahren werden wir diese Anstrengungen fortsetzen, damit unsere Schulen auch in den kommenden Jahren bei noch wachsenden Schülerzahlen einen verlässlichen Unterricht garantieren können.“⁵⁰⁹

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Mehr qualifiziertes Personal für Bildung bereitstellen: +
 - „(...) wollen wir in den kommenden fünf Jahren den zu erwartenden Anstieg der Schülerzahlen durch Bereitstellung der erforderlichen Stellen in vollem Umfang ausgleichen und insgesamt 25.000 frisch ausgebildete Lehrkräfte in den Schuldienst übernehmen.“⁵¹⁰
- b) Sicherung der Unterrichtsversorgung durch Wiederbesetzung frei werdender und neuer Stellen: +
 - „Zur langfristigen Absicherung der Unterrichtsversorgung an den Schulen wollen wir in den kommenden fünf Jahren den zu erwartenden Anstieg der Schülerzahlen durch Bereitstellung der erforderlichen Stellen in vollem Umfang ausgleichen und insgesamt 25.000 frisch ausgebildete Lehrkräfte in den Schuldienst übernehmen.“⁵¹¹

Unterricht verbessern

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Englisch ab der dritten Klasse: +
 - „Schon in der Grundschule werden wir mit Englisch beginnen.“⁵¹²
- b) Unterricht in Mathematik fördern: 0
- c) Unterricht in Naturwissenschaften fördern: 0
- d) Unterricht in Informatik fördern: 0
- e) Unterricht in Technik fördern: 0

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Englisch ab der dritten Klasse: +
 - „Außerdem bauen wir das Unterrichtsangebot, wie z. B. durch Englisch in der Grundschule, zukunftsgerichtet aus.“⁵¹³
- b) Unterricht in Mathematik fördern: 0
- c) Unterricht in Naturwissenschaften fördern: 0
- d) Unterricht in Informatik fördern: 0
- e) Unterricht in Technik fördern: 0

⁵⁰⁸ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵⁰⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵¹⁰ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 55.

⁵¹¹ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 55.

⁵¹² Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 18.

⁵¹³ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 12.

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Englisch ab der dritten Klasse: +
 - „Wir wollen die Sprachkenntnisse erweitern. Lebensperspektiven und Lebensgefühl der Schülerinnen und Schüler sind bereits heute zunehmend europäisch und international. Wir wollen, dass alle Kinder bereits in der Grundschule Englisch lernen. Weitere Sprachen müssen in der Sekundarstufe I und II hinzukommen.“⁵¹⁴
- b) Unterricht in Mathematik fördern: 0
- c) Unterricht in Naturwissenschaften fördern: 0
- d) Unterricht in Informatik fördern: 0
- e) Unterricht in Technik fördern: 0

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Englisch ab der dritten Klasse: +
 - „Wir wollen erreichen, dass unsere Schulen und Hochschulen besser werden (...). Grundvoraussetzungen sind darüber hinaus (...) das frühe Erlernen und intensive Anwenden von Fremdsprachen.“⁵¹⁵
 - „Die SchülerInnen müssen früher als bisher mit Mehrsprachigkeit vertraut gemacht werden. Die erste Fremdsprache sollte daher bereits in der Grundschule eingeführt werden, da in dieser Altersstufe das Sprachenlernen leichter fällt als später.“⁵¹⁶
- b) Unterricht in Mathematik fördern: 0
- c) Unterricht in Naturwissenschaften fördern: 0
- d) Unterricht in Informatik fördern: 0
- e) Unterricht in Technik fördern: 0

Hochschulen stärken

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Eigenständigkeit, Eigenverantwortung und Autonomie der Hochschulen erhöhen: +
 - „Vor allem wollen wir die Eigenverantwortung und die Selbststeuerung erhöhen und verbessern – sowohl in den Schulen als auch in den Hochschulen.“⁵¹⁷
 - „Mehr Autonomie und Selbststeuerung, mehr Wettbewerb, aber auch intensive Kooperation, mehr Profilierung und Exzellenz, mehr Interdisziplinarität und Internationalität: Das sind die wesentlichen Rahmengrößen für den Weg unserer Hochschulen ins 21. Jahrhundert.“⁵¹⁸
 - „Mit dem neuen Hochschulgesetz ist der Weg in Richtung auf mehr Autonomie und Selbstverantwortung frei gemacht.“⁵¹⁹

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Autonomie der Hochschulen erhöhen: +
 - „Das Hochschulgesetz gewährt den Hochschulen ein hohes Maß an Autonomie; es bedarf aber der weiteren Anpassung an die Gebote von Internationalität und Interdisziplinarität.“⁵²⁰

⁵¹⁴ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵¹⁵ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 5.

⁵¹⁶ ebda., S. 54

⁵¹⁷ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 16.

⁵¹⁸ ebda., S. 19.

⁵¹⁹ ebda., S. 19.

⁵²⁰ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 14.

Landtagswahlprogramm SPD

a) Autonomie der Hochschulen erhöhen: +

- „Mit dem neuen Hochschulgesetz bekommen die Hochschulen auch die rechtlichen Grundlagen, damit sie ihre Zukunft in noch stärkerem Maße selbstverantwortlich gestalten können.“⁵²¹
- „Wir geben unseren Hochschulen die Instrumente an die Hand, damit sie mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung wahrnehmen können, um im bundesweiten und internationalen Wettbewerb durch Profilbildung, flexible Entscheidungsstrukturen und neue Formen der Mitwirkung sowie effizienten Mitteleinsatz auch künftig eine Spitzenstellung einnehmen zu können. Wir wollen eine neue Balance von Autonomie, Handlungsfähigkeit und Partizipation.“⁵²²

Landtagswahlprogramm Grüne

a) Autonomie der Hochschulen erhöhen: +

- „Wir wollen erreichen, dass mehr Entscheidungen von der Landesebene auf die einzelnen Hochschulen verlagert werden. Das Land setzt dabei die Rahmenbedingungen, die die Hochschulen vor Ort selbst im Einzelnen ausfüllen.“⁵²³

Reform des Hochschul-Dienstrechts

Regierungserklärung Wolfgang Clement

a) Leistungsorientierte Besoldung: 0

b) Abschaffung der Habilitation als Berufungsvoraussetzung: 0

c) Einrichtung von Junior-Professuren: 0

Regierungserklärung Peer Steinbrück

a) Leistungsorientierte Besoldung: 0

b) Abschaffung der Habilitation als Berufungsvoraussetzung: +

- „Nordrhein-Westfalen setzt mit den Graduate Schools und den Juniorprofessuren auf eine konsequente Nachwuchsförderung.“⁵²⁴

c) Einrichtung von Junior-Professuren: +

- „Nordrhein-Westfalen setzt mit den Graduate Schools und den Juniorprofessuren auf eine konsequente Nachwuchsförderung.“⁵²⁵

Landtagswahlprogramm SPD

a) Leistungsorientierte Besoldung: +

- „Wir treten darüber hinaus für mehr Leistungskomponenten bei der Professoren-Besoldung (...) ein.“⁵²⁶

b) Abschaffung der Habilitation als Berufungsvoraussetzung: 0

c) Einrichtung von Junior-Professuren: 0

⁵²¹ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵²² ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵²³ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 59.

⁵²⁴ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 14.

⁵²⁵ ebda., S. 14.

⁵²⁶ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Leistungsorientierte Besoldung: +
 - „Wir fordern ausdrücklich (...) den Ausbau von leistungsorientierten Zulagen und ein umfassendes und flexibles Personalmanagement.“⁵²⁷
- b) Abschaffung der Habilitation als Berufungsvoraussetzung: 0
- c) Einrichtung von Junior-Professuren: 0

Bafög-Reform

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Bafög-Reform: 0

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Bafög-Reform: 0

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Bafög-Reform: +
 - „Wir begrüßen und unterstützen die beschlossene Bafög-Anhebung als ersten Schritt für eine Reform der Ausbildungsförderung.“⁵²⁸

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Bafög-Reform: +
 - „Das unzureichende System des Bundesausbildungsförderungsgesetzes wollen wir zu einer bedarfsgerechten und elternunabhängigen Studienförderung umgestalten.“⁵²⁹

Forschungspolitik

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Exzellenzstudiengänge: +
 - „In Exzellenz-Zentren bringen wir die besten Köpfe in Studium, Wissenschaft und Forschung zusammen. Diese Spitzenzentren bauen auf der nachhaltigen Verbesserung der grundständigen Lehre an unseren Hochschulen und Fachhochschulen auf, die durch gestufte Studiengänge, modulare Studienabschnitte und klare Leistungsanforderungen künftig erreicht wird.“⁵³⁰
 - „Mit dem IT-Center for Excellence Dortmund werden maßgeschneiderte Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote in engster Kooperation von regionaler Wirtschaft, Universität, Fachhochschule, Stadt und Region entstehen.“⁵³¹
- b) Private Berufsakademien zulassen: 0
- c) Forschung in innovativen Zukunftsfeldern konzentrieren und verdichten: +
 - „Mit dem Qualitätspakt haben wir für unsere Universitäten und Fachhochschulen eine verlässliche Planungsgröße bis zum Jahr 2010 geschaffen. Wir werden gemeinsam mit allen Verantwortlichen in Wissen-

⁵²⁷ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 79.

⁵²⁸ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵²⁹ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 59.

⁵³⁰ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 20.

⁵³¹ ebda.

schaft und Forschung auf dieser Grundlage die notwendige Umstrukturierung und Qualitätsverbesserung erreichen können.⁵³²

- „Wir werden durch die Erlöse aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen einen Innovationsfonds für Investitionen in Bildung und Ausbildung, in Wissenschaft und Forschung einrichten.“⁵³³
- d) Attraktivität internationale Gäste erhöhen: +
 - „Bildung und Wissenschaft haben deshalb für uns Priorität. Unsere Ziele sind klar: (...) Wir wollen mehr Internationalität und mehr Weltoffenheit erreichen.“⁵³⁴

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Exzellenzstudiengänge: +
 - „In der Forschung werden wir die verabredeten nordrhein-westfälischen Exzellenzfelder und Profilschwerpunkte weiter fördern und uns selbstbewusst den Anforderungen im europäischen Forschungsraum stellen.“⁵³⁵
- b) Private Berufsakademien zulassen: 0
- c) Forschung in innovativen Zukunftsfeldern konzentrieren und verdichten: +
 - „Der Qualitätspakt gibt den Hochschulen langfristige Haushalts- und Planungssicherheit und Spielräume für zukunftsweisende Innovationen.“⁵³⁶
 - „Mit der Zusammenführung der Bereiche Arbeit und Wirtschaft, Qualifizierung und Technologie verstärken wir unsere Anstrengungen (...) für mehr Innovation.“⁵³⁷
- d) Attraktivität für internationale Gäste erhöhen: 0

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Exzellenzstudiengänge: 0
- b) Private Berufsakademien zulassen: 0
- c) Forschung in innovativen Zukunftsfeldern konzentrieren und verdichten: +
 - „Wir wissen, dass Hochleistungsforschung unverzichtbar ist für Spitzenjobs und hohe Einkommen von morgen. Deshalb wollen wir die wirtschaftliche Wirksamkeit unserer Forschungseinrichtungen im Land weiter steigern und die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft weiter voranbringen.“⁵³⁸
 - „Durch die Bildung von Schwerpunkten für Leittechnologien wollen wir die Brücke zwischen Forschung und Anwendung, aber auch zwischen Anwendung und Wertschöpfung schlagen. Fünf Schlüsseltechnologien sind es, die wir für den Standort Nordrhein-Westfalen in Wirtschaft und Forschung sichern und ausbauen müssen: die Mikrosystemtechnik, die Bio- und Gentechnologie, die Energietechnik, die neuen Werkstoffe und Multimedia.“⁵³⁹
 - „Wir wollen unsere technologie- und forschungspolitischen Anstrengungen weiter konzentrieren auf die gesellschaftlichen Bedarfssfelder von morgen: Umwelt, Gesundheit, ressourcenschonende Energieversorgung, Bauen und Wohnen, Logistik und intelligente Verkehre sowie offene Kommunikation.“⁵⁴⁰
- d) Attraktivität für internationale Gäste erhöhen: 0

⁵³² Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 19.

⁵³³ ebda., S. 35.

⁵³⁴ ebda., S. 16.

⁵³⁵ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 14.

⁵³⁶ ebda., S. 14.

⁵³⁷ ebda., S. 8.

⁵³⁸ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁵³⁹ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁵⁴⁰ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Exzellenzstudiengänge: 0
- b) Private Berufsakademien zulassen: 0
- c) Forschung in innovativen Zukunftsfeldern konzentrieren und verdichten: +
 - „Hierbei sollen die Ergebnisse des Gutachtens „Zukunftsorientierung der Wirtschafts- und Innovationsstrukturen Nordrhein-Westfalens“ des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung berücksichtigt werden, das den Güterbedarf der Zukunft mit den Forschungskapazitäten der nordrhein-westfälischen Unternehmen und der Wissenschaft abgleicht.“⁵⁴¹
 - „Deshalb wollen wir Anreize für eine verbesserte Kooperation zwischen den Hochschulen und den außeruniversitären Einrichtungen schaffen. Sie sollen mehr als bisher an den Programmen des Wissenschaftsministeriums, insbesondere am Innovationsprogramm Forschung teilnehmen können.“⁵⁴²
- d) Attraktivität für internationale Gäste erhöhen: +
 - „Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sollen für Studierende aus aller Welt attraktiver werden. Dazu muss die Vergleichbarkeit der Studiengänge und Abschlüsse verbessert und vor allem praktische Unterstützung etwa bei Sprachproblemen sichergestellt werden.“⁵⁴³

2.2 Arbeitspolitik

Unter dem Themenschwerpunkt Arbeitspolitik finden sich in der Präambel des Koalitionsvertrages 26 Handlungsabsichten. Anders als in der Bildungs- und Forschungspolitik hat die Landesregierung hier kaum gesetzgeberischen Spielraum, kann Rahmenbedingungen nur im Konsens mit gesellschaftlichen Akteuren ändern. Dennoch finden sich im Koalitionsvertrag zur Arbeitspolitik relativ viele konkret formulierte Handlungsabsichten, die zudem mit 71,4 Prozent eine hohe Umsetzungsquote aufweisen.

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Neue Arbeit schaffen: +
 - „Wir schaffen neue Arbeit und Ausbildung durch Wachstum, Innovation und Qualifikation.“⁵⁴⁴
 - „Das spricht für unser Konzept: Bündnisse für Ausbildung und Arbeit – Unternehmer, Handwerksmeister und Ausbilder, Betriebsräte, Gewerkschafter und engagierte Bürger für konkrete Ziele zusammen zu bringen – das ist der richtige Weg, unser gemeinsames Ziel für mehr Ausbildung und Beschäftigung zu erreichen.“⁵⁴⁵
 - „Wir entwickeln LogPort zum Drehkreuz im Hinterland der Häfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen und führen hier Schiene, Wasserweg und Straße zusammen. In Rheinhausen sollen in den nächsten zehn Jahren rund 5000 Arbeitsplätze entstehen.“⁵⁴⁶
 - „Die Entwicklung und Einführung neuer produktionsorientierter und damit an den Ursachen der Umweltzerstörung ansetzender Technologien und Verfahren und innovativer Produkte und Dienstleistungen werden

⁵⁴¹ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 11.

⁵⁴² ebda., S. 59.

⁵⁴³ ebda., S. 59.

⁵⁴⁴ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 6.

⁵⁴⁵ ebda., S. 10.

⁵⁴⁶ ebda., S. 23.

zur Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen beitragen. Dazu wollen wir unter anderem das „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt“ weiter führen.⁵⁴⁷

- „In vielen unserer Städte und Gemeinden stehen Flächen zur Verfügung, die früher militärisch, industriell, von der Bahn oder der Post genutzt wurden. Daraus haben wir bereits vielfach Zukunftsstandorte entwickelt. Wir wollen gerade an diesen Standorten hochwertige Arbeitsplätze (...) schaffen.“⁵⁴⁸
- b) Arbeitslosigkeit deutlich abbauen: +
 - „Unser wichtigstes Ziel ist, die Arbeitslosigkeit spürbar und dauerhaft zu senken, um sie schließlich ganz zu überwinden.“⁵⁴⁹
 - „Unsere Messlatte ist klar: Wir wollen die Arbeitslosigkeit in den kommenden fünf Jahren deutlich herunter bringen.“⁵⁵⁰
 - „Die Koalitionsfraktionen haben sich vorgenommen, künftig noch stärker Maßnahmen zur Qualifizierung und zum Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt statt Arbeitslosigkeit zu fördern. Mit der Schaffung von Transfergesellschaften werden wir den Wiedereinstieg in die Erwerbsgesellschaft - gerade auch für etwas ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – spürbar verbessern.“⁵⁵¹
- c) Arbeitsplätze sichern: +
 - „Die Modernisierung des ÖPNV-Fahrzeugparks soll die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs steigern, nicht zuletzt die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit des Nahverkehrs erhöhen und Arbeitsplätze in unserer Fahrzeugindustrie sichern.“⁵⁵²
 - „Darum werden wir unser erfolgreiches Energiesparprogramm fortführen. Es ist nicht nur ökologisch zwingend, sondern sichert gerade für das Handwerk vor Ort ein hohes Auftragsvolumen und damit Arbeitsplätze.“⁵⁵³
- d) Jugendarbeitslosigkeit überwinden: +
 - „Jugendarbeitslosigkeit muss in unserem Land zu einem Fremdwort werden.“⁵⁵⁴
- e) NRW als der beste Platz zum Arbeiten: +
 - „Unser Ziel bleibt klar: Das neue Nordrhein-Westfalen – der beste Platz (...) zum Arbeiten.“⁵⁵⁵

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Neue Arbeit schaffen: +
 - „Zuhören, Entscheiden, Handeln - das ist unsere Maxime. Mit diesem Ansatz haben wir bereits in vielen Bereichen - im Bündnis für Arbeit, (...) erfolgreich zusammengearbeitet. Das wollen wir auch in Zukunft tun.“⁵⁵⁶
 - „Mit der Zusammenführung der Bereiche Arbeit und Wirtschaft, Qualifizierung und Technologie verstärken wir unsere Anstrengungen für neue, dauerhafte Arbeitsplätze(...).“⁵⁵⁷
 - „Auch im Bündnis für Arbeit wollen wir die Umsetzung der Hartz-Vorschläge vorantreiben. Dabei werden die Förderung haushaltsbezogener Dienstleistungen (...) im Vordergrund stehen.“⁵⁵⁸
 - „Wir geben neue Impulse für den Arbeitsmarkt.“⁵⁵⁹
 - „Für uns zählt, was Arbeitsplätze schafft (...). Das ist der Maßstab unser Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.“⁵⁶⁰

⁵⁴⁷ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 26.

⁵⁴⁸ ebda., S. 27.

⁵⁴⁹ ebda., S. 9.

⁵⁵⁰ ebda., S. 9.

⁵⁵¹ ebda., S. 12.

⁵⁵² ebda., S. 24f.

⁵⁵³ ebda., S. 28.

⁵⁵⁴ ebda., S. 9.

⁵⁵⁵ ebda., S. 7.

⁵⁵⁶ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 6.

⁵⁵⁷ ebda., S. 8.

⁵⁵⁸ ebda., S. 8.

⁵⁵⁹ ebda., S. 9.

- b) Arbeitslosigkeit deutlich abbauen: +
 - „Arbeit tut Not: Aber für eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit brauchen wir mehr Bewegung auf dem Arbeitsmarkt, stärkere Anreize zur Rückkehr auf den Arbeitsmarkt, eine Neuorganisation der Arbeitsverwaltung – und vor allem ein stärkeres Wachstum. Mehr Flexibilität: Ja – aber ohne die Einzelne und den Einzelnen zu überfordern.“⁵⁶¹
 - „Mit der Umsetzung des Programms „Kapital für Arbeit“, dem sog. Jobfloater, werden wir die kleinen und mittleren Unternehmen mit zusätzlichem Kapital ausstatten und neue Arbeitsplätze schaffen.“⁵⁶²
- c) Arbeitsplätze sichern: +
 - „Für uns zählt, was Arbeitsplätze schafft und Arbeitsplätze sichert. Das ist der Maßstab unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.“⁵⁶³
- d) Jugendarbeitslosigkeit überwinden: +
 - „Mit der Zusammenführung der Bereiche Arbeit und Wirtschaft, Qualifizierung und Technologie verstärken wir unsere Anstrengungen (...) für mehr Ausbildungsplätze.“⁵⁶⁴
 - „Auch im Bündnis für Arbeit wollen wir die Umsetzung der Hartz-Vorschläge vorantreiben. Dabei werden die (...) und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (...) im Vordergrund stehen.“⁵⁶⁵
- e) NRW als der beste Platz zum Arbeiten: 0

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Neue Arbeit schaffen: +
 - „Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehen im Zentrum unserer Politik.“⁵⁶⁶
 - „Wir verbessern die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung weiter (...).“⁵⁶⁷
 - „Der erfolgreiche Strukturwandel hat auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen geschaffen. Diese Entwicklung wollen wir fortführen.“⁵⁶⁸
 - „Deshalb bauen wir unsere erfolgreiche Gründungsoffensive "GO", die Nordrhein-Westfalen zum Gründungsland Nr. 1 in Deutschland gemacht hat, zu einer umfassenden Mittelstandsoffensive für mehr Arbeitsplätze aus.“⁵⁶⁹
 - „Wir werden die Bedingungen für mehr Beschäftigung in Dienstleistungspools verbessern.“⁵⁷⁰
 - „Allein durch Weiterbildung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien finden bei uns schon heute pro Monat 1.000 Menschen neue Arbeit. Diese Erfolgsstory wollen wir fortschreiben.“⁵⁷¹
 - „Ausbildung und Weiterbildung heißt unser Konzept, mit dem wir zukunftsfähige Arbeitsplätze (...) schaffen.“⁵⁷²
 - „Der Dienstleistungssektor Pflege wird auch in den nächsten Jahren zu den Wachstumsbranchen mit Beschäftigungseffekten zählen. Das werden wir nutzen: im Interesse der Pflegebedürftigen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.“⁵⁷³

⁵⁶⁰ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 9.

⁵⁶¹ ebda., S. 2.

⁵⁶² ebda., S. 8.

⁵⁶³ ebda., S. 9.

⁵⁶⁴ ebda., S. 8.

⁵⁶⁵ ebda., S. 8.

⁵⁶⁶ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp

⁵⁶⁷ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp

⁵⁶⁸ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁵⁶⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁵⁷⁰ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_4.asp

⁵⁷¹ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵⁷² ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵⁷³ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_7.asp

- „Mit dem Grundstücksfonds, mit der Städtebau- und der regionalen Wirtschaftsförderung werden wir neue Nutzungen in alte Gebäude und auf Brachflächen bringen und so neue Arbeitsplätze und Standorte schaffen.“⁵⁷⁴
- „Und zum anderen müssen politische Handlungsspielräume gesichert und geöffnet werden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und in die Zukunft zu investieren.“⁵⁷⁵
- „Deshalb bilden auch in Zukunft die Schaffung von Arbeitsplätzen (...) die wichtigsten Schwerpunkte der Landeshaushaltspolitik.“⁵⁷⁶
- b) Arbeitslosigkeit deutlich abbauen: +
 - „Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehen im Zentrum unserer Politik.“⁵⁷⁷
 - „Einen hohen Beschäftigungsstand in Nordrhein-Westfalen zu erreichen und die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken – das war und ist unser oberstes Ziel.“⁵⁷⁸
 - „Die Arbeitslosigkeit entschlossen abzubauen, (...). Dafür wollen wir Unternehmen in Nordrhein-Westfalen bestmögliche Rahmenbedingungen bieten.“⁵⁷⁹
 - „Denn es bleibt unser Ziel, möglichst vielen Menschen ein ausreichendes Einkommen aus eigener Kraft zu ermöglichen und so Eigenverantwortung und Entfaltungsmöglichkeiten gleichermaßen zu stärken.“⁵⁸⁰
- c) Arbeitsplätze sichern: +
 - „Die (...) Sicherung von Arbeitsplätzen (...) stehen im Zentrum unserer Politik.“⁵⁸¹
 - „Ausbildung und Weiterbildung heißt unser Konzept, mit dem wir zukunftsfähige Arbeitsplätze sichern (...).“⁵⁸²
- d) Jugendarbeitslosigkeit überwinden: +
 - „Wir werden weitere Beschäftigungschancen für unsere Jugendlichen zusammen mit der Arbeitsverwaltung, mit unseren Landesprogrammen und mit Hilfe der engagierten Unternehmen in unserem Land schaffen.“⁵⁸³
 - „Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe leisten darüber hinaus wichtige Hilfestellungen, damit sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen ihre Ausbildung erfolgreich abschließen können. Diesen Weg werden wir in den nächsten fünf Jahren fortsetzen, bis alle ausbildungs- und arbeitswilligen Jugendlichen in Ausbildung oder Arbeit gekommen sind.“⁵⁸⁴
 - „Unser Ausbildungsversprechen gilt: In unserem Land wird allen jungen Menschen, die ausbildungswillig und –fähig sind, ein Ausbildungsplatz angeboten. Damit schaffen wir die entscheidende Voraussetzung, um die Jugendarbeitslosigkeit in den nächsten fünf Jahren zu besiegen.“⁵⁸⁵
- e) NRW als der beste Platz zum Arbeiten: +
 - „Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen einer der besten Orte (...) zum Arbeiten bleibt.“⁵⁸⁶

⁵⁷⁴ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁵⁷⁵ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_9.asp

⁵⁷⁶ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_9.asp

⁵⁷⁷ ebda., http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp

⁵⁷⁸ ebda., http://web.archive.org/web/20010823012417/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁵⁷⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010823012417/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁵⁸⁰ ebda., http://web.archive.org/web/20010630143305/www.nrwspd.de/politik/rp2000_4.asp

⁵⁸¹ ebda., http://web.archive.org/web/20010616132245/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp

⁵⁸² ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵⁸³ ebda., http://web.archive.org/web/20010630143305/www.nrwspd.de/politik/rp2000_4.asp

⁵⁸⁴ ebda., http://web.archive.org/web/20010630143305/www.nrwspd.de/politik/rp2000_4.asp

⁵⁸⁵ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁵⁸⁶ ebda., http://web.archive.org/web/20010616132245/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp

Landtagswahlprogramm Grüne

a) Neue Arbeit schaffen: +

- „Produktionsverfahren und Produkte, die Energie und Wasser sparen und bei denen wenig Abfall anfällt, werden in allen Kontinenten nachgefragt. Mit ihnen schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze.“⁵⁸⁷
- „Die Aktivitäten der Landesregierung sind im Rahmen einer „Mittelstandsoffensive“ noch konsequenter auf die kleinen und mittleren Unternehmen auszurichten. Wir betonen auch: Die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen dient der Schaffung zusätzlicher, zukunftsorientierter Arbeitsplätze.“⁵⁸⁸
- „Die (...) Schaffung von Arbeitsplätzen (...) in den einzelnen Regionen ist unser Ziel.“⁵⁸⁹
- „Es gilt, Arbeit statt Erwerbslosigkeit zu finanzieren. Dabei wollen wir sozialverträgliche Kooperationsmöglichkeiten und -formen mit den Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft nutzen. In diesem Sinne unterstützen wir das landesweite „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“.“⁵⁹⁰
- „Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei der Vergabe von Fördermitteln die Projekte vorrangig unterstützt werden, die (...) hohe Arbeitsplatzwirkungen haben.“⁵⁹¹
- „Wir wollen daher die Schaffung neuer, gesellschaftlich nützlicher, sozialverträglicher und ökologisch sinnvoller Erwerbsarbeit fördern, um dem Ziel dieser neu definierten Vollbeschäftigung möglichst nahe zu kommen.“⁵⁹²
- „Wir wollen sinnvolle und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze fördern und schaffen.“⁵⁹³
- „Ziel ist eine Vollbeschäftigung neuen Typs, um allen Arbeitssuchenden die Teilhabe an bezahlter Erwerbsarbeit zu ermöglichen.“⁵⁹⁴
- „Es gibt viel Arbeit, die gesellschaftlich wichtig ist, die heute zumeist noch unerledigt bleibt. Im sozialen und kulturellen Bereich, aber auch auf dem Gebiet der Bildung und Weiterbildung liegen weite Tätigkeitsfelder brach. In diese zunächst nicht profitablen Arbeitsfelder wollen wir investieren und staatlich finanzierte Arbeit schaffen.“⁵⁹⁵
- „Indem wir Arbeit statt Erwerbslosigkeit finanzieren, können gleichzeitig wichtige Aufgaben für die Allgemeinheit erledigt werden (...).“⁵⁹⁶
- „Wir eröffnen mit unserer Umweltpolitik neue Beschäftigungs- und Innovationspotenziale.“⁵⁹⁷
- „Wir investieren in Beschäftigung, weil wir Arbeit bezahlen wollen, nicht Erwerbslosigkeit.“⁵⁹⁸
- „Weitere Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen sind notwendig. Wir wollen zum Beispiel die Angebote an Arbeitsassistenzen, Integrationsfirmen und Fachdiensten ausbauen.“⁵⁹⁹
- „Gestützt auf die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik sind Arbeits- und Beschäftigungsprogramme verstärkt auf Menschen mit Behinderungen auszurichten.“⁶⁰⁰
- „Für Frauen auf niedrig qualifizierten und bedrohten Arbeitsplätzen wollen wir in Pilotprojekten alternative Beschäftigungsmöglichkeiten entwickeln.“⁶⁰¹
- „Die Grünen treten dagegen für die Schaffung neuer, zukunftsorientierter Arbeitsplätze in der Energiebranche ein.“⁶⁰²

⁵⁸⁷ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 5.

⁵⁸⁸ ebda., S. 9.

⁵⁸⁹ ebda., S. 11.

⁵⁹⁰ ebda., S. 11.

⁵⁹¹ ebda., S. 12.

⁵⁹² ebda., S. 13.

⁵⁹³ ebda., S. 13.

⁵⁹⁴ ebda., S. 13.

⁵⁹⁵ ebda., S. 14.

⁵⁹⁶ ebda., S. 14.

⁵⁹⁷ ebda., S. 15.

⁵⁹⁸ ebda., S. 17.

⁵⁹⁹ ebda., S. 19.

⁶⁰⁰ ebda., S. 19.

⁶⁰¹ ebda., S. 27.

⁶⁰² ebda., S. 31.

- „Deswegen muss das erfolgreiche REN-Programm weitergeführt und möglichst verstärkt werden, um die neuen Arbeitsplätze in diesem Bereich für NRW zu gewinnen.“⁶⁰³
 - „In der nächsten Legislaturperiode wird es unsere vorrangige Aufgabe sein, den Arbeitsplatzabbau in der Steinkohle durch die Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze aufzufangen.“⁶⁰⁴
 - „Gleichzeitig werden damit die Anbieter von Umweltschutztechnologien gefördert und neue Arbeitsplätze geschaffen.“⁶⁰⁵
 - „Die beabsichtigte Unternehmenssteuerreform wird einen zusätzlichen Impuls für die Wirtschaft geben, damit neue Investitionen getätigt werden, Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.“⁶⁰⁶
- b) Arbeitslosigkeit deutlich abbauen: +
- „Kritische Übergänge zwischen verschiedenen Phasen des Arbeitslebens (...) führen heute häufig in die Abwärtsspirale aus Dequalifizierung und Langzeitarbeitslosigkeit. (...) Darum müssen öffentlich geförderte Beschäftigungsprojekte den ersten Arbeitsmarkt ergänzen.“⁶⁰⁷
 - „Wir haben kein Verständnis dafür, dass Einrichtungen für arbeitslose Frauen aus der Förderung gestrichen wurden. Diese Entscheidung wollen wir gegenüber dem Koalitionspartner rückgängig machen.“⁶⁰⁸
 - „Ergänzend zu passgenauen (= bedarfsgerecht im Betrieb und bedürfnisgerecht für die Arbeitssuchenden) Maßnahmen wollen wir eine ebenso passgenaue Arbeitsvermittlung, die bei gemeinnützigen Trägern integriert ist.“⁶⁰⁹
 - „Weil wir uns der langfristigen Folgekosten andauernder Erwerbslosigkeit und damit einhergehender gesellschaftlicher Ausgrenzung bewusst sind, streben wir Investitionen in neue Projekte zur Herstellung eines neuen Typs von Vollbeschäftigung an. Durch die Integration einer Vielfalt von Instrumenten können und wollen wir das Ziel einer wirksamen und nachhaltigen Beseitigung der Massenerwerbslosigkeit erreichen.“⁶¹⁰
 - „In NRW haben wir das Programm Soziale Wirtschaftsbetriebe initiiert, mit dem Betriebe befristet gefördert werden, die mindestens 40% Langzeiterwerbslose und weitere 30% aus anderen am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen beschäftigen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Förderprogramm in der kommenden Wahlperiode ausgeweitet und unter Einbeziehung gemeinnütziger Organisationen weiterentwickelt wird.“⁶¹¹
 - „Wir werden Konzepte für eine Umverteilung der „Erwerbsarbeit“ unterstützen, die die Erwerbslosigkeit konsequent verringern.“⁶¹²
 - „Es ist zu befürchten, dass Frauen von Arbeitsplatzverlusten und Dequalifizierungsprozessen stärker betroffen sein werden als Männer. Hier wollen wir steuernd eingreifen (...)“⁶¹³
- c) Arbeitsplätze sichern: +
- „Die Sicherung (...) von Arbeitsplätzen (...) in den einzelnen Regionen ist unser Ziel.“⁶¹⁴
 - „Wir wollen die klassische Erwerbsarbeit und die verschiedenen Formen anderer produktiver Tätigkeiten ebenso wie Weiterbildungs- und Qualifizierungsphasen rechtlich und finanziell absichern.“⁶¹⁵
 - „Ziel der beruflichen Rehabilitation muss sein, behinderte Menschen in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern und ihre Beschäftigungsverhältnisse zu sichern.“⁶¹⁶

⁶⁰³ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 32.

⁶⁰⁴ ebda., S. 37.

⁶⁰⁵ ebda., S. 42.

⁶⁰⁶ ebda., S. 78.

⁶⁰⁷ ebda., S. 14.

⁶⁰⁸ ebda., S. 15.

⁶⁰⁹ ebda., S. 15.

⁶¹⁰ ebda., S. 16.

⁶¹¹ ebda., S. 18.

⁶¹² ebda., S. 26.

⁶¹³ ebda., S. 27.

⁶¹⁴ ebda., S. 11.

⁶¹⁵ ebda., S. 13.

⁶¹⁶ ebda., S. 19.

- „Darüber hinaus muss die individuelle Unterstützung beim Erhalt der Erwerbsarbeit oder beim Wiedereinstieg verbessert werden.“⁶¹⁷
- „Die beabsichtigte Unternehmenssteuerreform wird einen zusätzlichen Impuls für die Wirtschaft geben, damit neue Investitionen getätigt werden, Arbeitsplätze erhalten (...) werden können.“⁶¹⁸
- d) Jugendarbeitslosigkeit überwinden: +
 - „Die Sicherung und Schaffung (...) von Ausbildungs- und Qualifizierungschancen für junge Menschen in den einzelnen Regionen ist unser Ziel.“⁶¹⁹
 - „Mit der Schaffung und Erhaltung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort muss insbesondere Jugendlichen und Frauen eine Perspektive zur Teilhabe an der Erwerbsarbeit geboten werden.“⁶²⁰
 - „Wir fordern ein finanzielles und praktisches Engagement aller Unternehmen bei der betrieblichen Ausbildung.“⁶²¹
 - „Dabei geht es um Ausbildung und Qualifizierung, aber auch um die Schaffung von Arbeitsplätzen selbst. Mit individuellen Angeboten statt Zwang wollen wir weitere Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote schaffen, in die die Jugendhilfe stärker einbezogen werden muss.“⁶²²
- e) NRW als der beste Platz zum Arbeiten: 0

Unternehmen unterstützen

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Gründungsoffensive fortsetzen: +
 - „Dies ist nicht zuletzt auch ein Verdienst unserer Gründungsoffensive „GO“. Wir werden die Menschen, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen, auch künftig unterstützen.“⁶²³
- b) Mittelstandsoffensive fortsetzen: +
 - „Die Landesregierung wird mit der Mittelstandsoffensive „MOVE“ den kleinen und mittleren Unternehmen nach Gründung zur Seite stehen und helfen, damit sie sich im Markt behaupten können.“⁶²⁴
- c) Dienstleistungsoffensive ergänzen: +
 - „Mit der Initiative „Dienstleistung NRW“ werden wir Neugründungen besser fördern.“⁶²⁵
- d) Effizienz staatlichen Handelns nachhaltig erhöhen: +
 - „Wir sorgen für die qualifizierte Weiterbildung unserer Beschäftigten, um die beste Effizienz staatlicher Leistungen zu erreichen.“⁶²⁶
 - „Deshalb setzen wir zur Beschleunigung und Effizienzsteigerung des administrativen Handelns einen Interministeriellen Ausschuss unter der Leitung des Chefs der Staatskanzlei ein.“⁶²⁷
- e) Förderprogramme stärker auf kleine und mittlere Unternehmen ausrichten: +
 - „Daher muss es uns bei der Versorgung mit Eigen- und Fremdkapital gelingen, mehr als bisher privates Beteiligungskapital nicht nur für die „New Economy“, sondern auch für die normalen Unternehmen in Handwerk und Mittelstand zu mobilisieren.“⁶²⁸
 - „Die Landesregierung wird mit der Mittelstandsoffensive „MOVE“ den kleinen und mittleren Unternehmen nach Gründung zur Seite stehen und helfen, damit sie sich im Markt behaupten können.“⁶²⁹

⁶¹⁷ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 23.

⁶¹⁸ ebda., S. 78.

⁶¹⁹ ebda., S. 11.

⁶²⁰ ebda., S. 48.

⁶²¹ ebda., S. 52.

⁶²² ebda., S. 52.

⁶²³ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 11.

⁶²⁴ ebda., S. 12.

⁶²⁵ ebda., S. 10.

⁶²⁶ ebda., S. 9.

⁶²⁷ ebda., S. 10.

⁶²⁸ ebda., S. 12.

- „Wir werden die Gründung und das Wachstum von jungen Unternehmen der New Economy ebenso fördern wie die Ansiedlung von neuen Unternehmen am Medienstandort Nordrhein-Westfalen.“⁶³⁰
 - „In der vergangenen Legislaturperiode haben wir mit der Effizienzagentur NRW ein Kooperationsprojekt des Public Private Partnership eingerichtet, das kleine und mittelständische Unternehmen bei der Einführung und Anwendung von Technologien des produktionsintegrierten Umweltschutzes unterstützt. Diese erfolgreiche Initiative des Landes wollen wir im Sinne einer stärkeren regionalen Vernetzung ausbauen.“⁶³¹
 - „Darum werden wir unser erfolgreiches Energiesparprogramm fortführen. Es ist nicht nur ökologisch zwingend, sondern sichert gerade für das Handwerk vor Ort ein hohes Auftragsvolumen und damit Arbeitsplätze. Klimaschutz verbindet sich so direkt mit der Förderung des wirtschaftlichen Mittelstandes.“⁶³²
- f) Unternehmen umfassend unterstützen: +
- „Dazu gehört, dass wir privates Kapital mobilisieren, dass wir mit Public Leasing neue und kostengünstige Formen der Wirtschaftsförderung erproben, dass wir Erfahrung und Kapital älterer Unternehmer für junge Unternehmen gewinnen.“⁶³³
 - „Wir werden die besten Konzepte aus dem Ideenwettbewerb der Mittelstandsoffensive auszeichnen und ihre Umsetzung fördern.“⁶³⁴

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Gründungsoffensive fortsetzen: +
- „Mit der Zusammenführung der Bereiche Arbeit und Wirtschaft, Qualifizierung und Technologie verstärken wir unsere Anstrengungen (...) für zusätzliche, neue Unternehmen und damit für mehr Selbstständigkeit (...).“⁶³⁵
- b) Mittelstandsoffensive fortsetzen: +
- „Mit der Umsetzung des Programms „Kapital für Arbeit“, dem sog. Jobfloater, werden wir die kleinen und mittleren Unternehmen mit zusätzlichem Kapital ausstatten.“⁶³⁶
- c) Dienstleistungsoffensive ergänzen: +
- „Darum gehen wir jetzt sofort, gemeinsam mit dem Bund, daran, die Vorschläge der Hartz-Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ passgenau für Nordrhein-Westfalen umzusetzen.“⁶³⁷
- d) Effizienz staatlichen Handelns nachhaltig erhöhen: +
- „Nordrhein-Westfalen verfügt über eine gute Infrastruktur wie nur wenige Teile dieser Welt. Doch in finanziell schwierigen Zeiten müssen wir auch hier ein Höchstmaß an Konzentration, Effizienz und auch Kreativität beweisen.“⁶³⁸
 - „Effektivität der Strukturpolitik erhöhen. Wir wollen dieses Instrumentarium straffen und übersichtlicher machen und die Effektivität unserer Strukturpolitik erhöhen.“⁶³⁹
 - „Wir wollen - drittens - für Transparenz und Effizienz sorgen. Wir müssen lernen, mit weniger Bürokratie mehr zu erreichen. Wir brauchen klare Strukturen und Verfahren. Ich setze dabei auf die Unterstützung der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung, bei der Polizei, in der Justiz, in der Finanzverwaltung, an den Schulen und Hochschulen und in allen anderen Einrichtungen des Landes.“⁶⁴⁰

⁶²⁹ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 12.

⁶³⁰ ebda., S. 13.

⁶³¹ ebda., S. 26.

⁶³² ebda., S. 28.

⁶³³ ebda., S. 10.

⁶³⁴ ebda., S. 12.

⁶³⁵ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 8.

⁶³⁶ ebda., S. 8.

⁶³⁷ ebda., S. 8.

⁶³⁸ ebda., S. 19.

⁶³⁹ ebda., S. 26.

⁶⁴⁰ ebda., S. 6.

- „Wir wollen uns - viertens - in unserer Politik an den Grundsätzen von mehr Konzentration und Koordination orientieren. In allen Politikbereichen. Wir wollen die vorhandenen Fördermittel effizienter einsetzen, Strukturen überprüfen und straffen. Das gilt für die Medienpolitik, die Wirtschaftsförderung und die Strukturpolitik.“⁶⁴¹
- e) Förderprogramme stärker auf kleine und mittlere Unternehmen ausrichten: +
 - „Mit der Umsetzung des Programms „Kapital für Arbeit“, dem sog. Jobfloater, werden wir die kleinen und mittleren Unternehmen mit zusätzlichem Kapital ausstatten.“⁶⁴²
 - „Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Kreditinstituten geplante „Verbriefung von Forderungen“ wird kleinen und mittleren Unternehmen neue Wege der Kreditbeschaffung und eine Verbesserung der Kreditkonditionen eröffnen. Wir werden dieses Vorhaben durch Rückbürgschaften des Landes unterstützen.“⁶⁴³
 - „Darüber hinaus werden wir mit der KfW und Kapitalbeteiligungsgesellschaften einen Mittelstandsfonds einrichten, der ebenfalls durch Rückbürgschaften des Landes abgesichert werden soll.“⁶⁴⁴
 - „Wir werden das strukturpolitische Instrumentarium (...) vor allem für das Handwerk und für die kleinen und mittleren Unternehmen kompakter und übersichtlicher gestalten. Dazu gehört eine enge Abstimmung und Verzahnung mit den Angeboten der kommunalen Wirtschaftsförderung und der Kammern.“⁶⁴⁵
- f) Unternehmen umfassend unterstützen: +
 - „Wir werden das strukturpolitische Instrumentarium für unsere Wirtschaft (...) kompakter und übersichtlicher gestalten. Dazu gehört eine enge Abstimmung und Verzahnung mit den Angeboten der kommunalen Wirtschaftsförderung und der Kammern.“⁶⁴⁶

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Gründungsoffensive fortsetzen: +
 - „(...) die Gründungsoffensive "GO" und viele andere Beispiele zeigen: Gesellschaftlicher Konsens und partnerschaftliche Kooperation in den wichtigsten Fragen zahlen sich aus, für alle. Daran halten wir fest.“⁶⁴⁷
 - „Wir werden an die Erfolge unserer kooperativen Strukturpolitik anknüpfen und dabei die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft schneller voranbringen. Dazu werden wir auch in Zukunft alle Handlungsmöglichkeiten des Landes voll ausschöpfen. Unsere Gründungsoffensive, (...).“⁶⁴⁸
 - „Deshalb bauen wir unsere erfolgreiche Gründungsoffensive "GO", die Nordrhein-Westfalen zum Gründungsland Nr. 1 in Deutschland gemacht hat, zu einer umfassenden Mittelstandsoffensive für mehr Arbeitsplätze aus.“⁶⁴⁹
- b) Mittelstandsoffensive fortsetzen: +
 - „Wir werden an die Erfolge unserer kooperativen Strukturpolitik anknüpfen und dabei die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft schneller voranbringen. Dazu werden wir auch in Zukunft alle Handlungsmöglichkeiten des Landes voll ausschöpfen. (...) unsere neue Mittelstandsoffensive, (...).“⁶⁵⁰
- c) Dienstleistungsoffensive ergänzen: +
 - „Wir werden die Bedingungen für mehr Beschäftigung in Dienstleistungspools verbessern.“⁶⁵¹
- d) Effizienz staatlichen Handelns nachhaltig erhöhen: +

⁶⁴¹ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 6.

⁶⁴² ebda., S. 8.

⁶⁴³ ebda., S. 9.

⁶⁴⁴ ebda., S. 9.

⁶⁴⁵ ebda., S. 26.

⁶⁴⁶ ebda., S. 26.

⁶⁴⁷ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010616132245/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp

⁶⁴⁸ ebda., http://web.archive.org/web/20010823012417/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁶⁴⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010823012417/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁶⁵⁰ ebda., http://web.archive.org/web/20010823012417/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁶⁵¹ ebda., http://web.archive.org/web/20010630143305/www.nrwspd.de/politik/rp2000_4.asp

- „Wir wollen Effizienz und Effektivität über eine Kosten-/Leistungsrechnung transparent machen; genauso wollen wir aber auch die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger und Beschäftigten zeitnah und periodisch wiederkehrend durch vergleichbare Befragungen erfahrbar machen.“⁶⁵²
- „Durch den Abbau von Bürokratie, durch die Vereinfachung von Verfahren und durch eine Dienstrechtsreform wollen wir unser Ziel einer schlanken, aber leistungsstarken Verwaltung in den nächsten Jahren Schritt für Schritt verwirklichen.“⁶⁵³
- e) Förderprogramme stärker auf kleine und mittlere Unternehmen ausrichten: +
 - „Deshalb bauen wir unsere erfolgreiche Gründungsoffensive "GO", die Nordrhein-Westfalen zum Gründungsland Nr. 1 in Deutschland gemacht hat, zu einer umfassenden Mittelstandsoffensive für mehr Arbeitsplätze aus. Dazu werden wir die bisherigen Regional- und Strukturprogramme, Forschungs-, Entwicklungs- und Qualifizierungsprogramme bündeln und stärker miteinander zu verknüpfen.“⁶⁵⁴
- f) Unternehmen umfassend unterstützen: +
 - „Wir werden die heimische Wirtschaft, den Mittelstand und das Handwerk, nachhaltig stärken.“⁶⁵⁵
 - „Die Arbeitslosigkeit entschlossen abzubauen, Wachstum und Wohlstand zu sichern und unser Land fit für die Zukunft zu machen. Dafür wollen wir Unternehmen in Nordrhein-Westfalen bestmögliche Rahmenbedingungen bieten.“⁶⁵⁶

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Gründungsoffensive fortsetzen: +
 - „Es ist deshalb unser vorrangiges Ziel, die Voraussetzungen für die Gründung von innovativen Unternehmen weiter zu verbessern. Von den Grünen angestoßene oder mit initiierte Programme und Projekte wie die „Gründungsoffensive NRW (GO)“, das „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt“, die Landesinitiative „Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk“ oder die Entwicklung örtlicher und regionaler wirtschaftspolitischer Initiativen, haben neue Spielräume eröffnet und müssen weiter ausgebaut werden.“⁶⁵⁷
 - „Ein Schwerpunkt ist die Beratung und die finanzielle Hilfe für Existenzgründungen. Dazu gehört die von uns in der vergangen Legislaturperiode immer wieder geforderte verstärkte Bereitstellung von Wagniskapital durch einen Landesfonds.“⁶⁵⁸
 - „Um den Übergang von Studierenden in die Wirtschaft und die marktreife Entwicklung von Produkten aus dem universitären Bereich zu fördern, wollen wir in den Hochschulen des Landes Existenzgründungsberater ansiedeln. Sie sollen die Aufgabe haben, den Studierenden Hilfestellungen zu geben, nach Abschluss ihres Studiums eine eigene Existenz aufzubauen.“⁶⁵⁹
- b) Mittelstandsoffensive fortsetzen: +
 - „Die Aktivitäten der Landesregierung sind im Rahmen einer „Mittelstandsoffensive“ noch konsequenter auf die kleinen und mittleren Unternehmen auszurichten.“⁶⁶⁰
- c) Dienstleistungsoffensive ergänzen: +
 - „Um für die ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten eine Alternative zu bieten, wollen Grüne weiterhin Dienstleistungspools fördern.“⁶⁶¹
- d) Effizienz staatlichen Handelns nachhaltig erhöhen: +
 - „Wir wollen eine Verwaltungsreform, die mehr Bürgernähe, mehr Effizienz und mehr Transparenz gewährleistet. In den letzten fünf Jahren hat die Verwaltungsreform in NRW neuen Schwung erhalten. Diesen gilt

⁶⁵² Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630134621/www.nrwspd.de/politik/rp2000_10.asp

⁶⁵³ ebda., http://web.archive.org/web/20010630134621/www.nrwspd.de/politik/rp2000_10.asp

⁶⁵⁴ ebda., http://web.archive.org/web/20010823012417/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁶⁵⁵ ebda., http://web.archive.org/web/20010823012417/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁶⁵⁶ ebda., http://web.archive.org/web/20010823012417/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁶⁵⁷ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 9.

⁶⁵⁸ ebda., S. 9.

⁶⁵⁹ ebda., S. 9.

⁶⁶⁰ ebda., S. 9.

⁶⁶¹ ebda., S. 25.

es zu nutzen, um die innere Reform der Landesverwaltung voran zu bringen. Der begonnene Prozess der äußeren Reform der Verwaltung muss fortgesetzt werden und auch die Polizei und die Schulaufsicht einbeziehen.⁶⁶²

- „Fördermittel müssen unter dem Blickwinkel der Effizienz auf den Prüfstand gestellt werden.“⁶⁶³
- e) Förderprogramme stärker auf kleine und mittlere Unternehmen ausrichten: +
 - „Die Aktivitäten der Landesregierung sind im Rahmen einer „Mittelstandsoffensive“ noch konsequenter auf die kleinen und mittleren Unternehmen auszurichten.“⁶⁶⁴
 - „Außerdem soll die Förderung noch stärker auf kleine und mittelständische Unternehmen konzentriert werden.“⁶⁶⁵
- f) Unternehmen umfassend unterstützen: 0

Initiativen zur Beschäftigungssicherung

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Bündnis für Arbeit fortsetzen: +
 - „Das spricht für unser Konzept: Bündnisse für Ausbildung und Arbeit – Unternehmer, Handwerksmeister und Ausbilder, Betriebsräte, Gewerkschafter und engagierte Bürger für konkrete Ziele zusammen zu bringen – das ist der richtige Weg, unser gemeinsames Ziel für mehr Ausbildung und Beschäftigung zu erreichen.“⁶⁶⁶
 - „Wir setzen die „Zukunftsinitiative Bau“ im Rahmen des Bündnisses für Arbeit fort.“⁶⁶⁷
- b) Zusammenarbeit von Wirtschaft, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Verbänden fortsetzen: +
 - „Wir bieten die Moderation an, wenn sich – wie im Falle der „Logistik Initiative“ – solche neuen Netzwerke bilden.“⁶⁶⁸
 - „Dies ist nicht zuletzt auch ein Verdienst unserer Gründungsoffensive „GO“. Wir werden die Menschen, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen, auch künftig unterstützen.“⁶⁶⁹

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Bündnis für Arbeit fortsetzen: +
 - „Mit diesem Ansatz haben wir bereits in vielen Bereichen – im Bündnis für Arbeit, (...) – erfolgreich zusammengearbeitet. Das wollen wir auch in Zukunft tun.“⁶⁷⁰
- b) Zusammenarbeit von Wirtschaft, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Verbänden fortsetzen: +
 - „Wir wollen – sechstens – unsere Politik im Dialog gestalten und Lösungen für konkrete Probleme gemeinsam mit den Partnern in Kirchen, Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen in Angriff nehmen.“⁶⁷¹

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Bündnis für Arbeit fortsetzen: +
 - „Das Bündnis für Arbeit bleibt für uns in Nordrhein-Westfalen eine zentrale Initiative.“⁶⁷²

⁶⁶² BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 64.

⁶⁶³ ebda., S. 79.

⁶⁶⁴ ebda., S. 9.

⁶⁶⁵ ebda., S. 12.

⁶⁶⁶ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 10.

⁶⁶⁷ ebda., S. 11.

⁶⁶⁸ ebda., S. 10.

⁶⁶⁹ ebda., S. 11.

⁶⁷⁰ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte – Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 6.

⁶⁷¹ ebda., S. 6.

⁶⁷² Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630143305/www.nrwspd.de/politik/rp2000_4.asp

- „Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit in Nordrhein-Westfalen, (...) und viele andere Beispiele zeigen: Gesellschaftlicher Konsens und partnerschaftliche Kooperation in den wichtigsten Fragen zahlen sich aus, für alle. Daran halten wir fest.“⁶⁷³
- b) Zusammenarbeit von Wirtschaft, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Verbänden fortsetzen: +
- „Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit in Nordrhein-Westfalen, unser Ausbildungskonsens, unsere Initiative Jugend in Arbeit, die Gründungsoffensive GO und viele andere Beispiele zeigen: Gesellschaftlicher Konsens und partnerschaftliche Kooperation in den wichtigsten Fragen zahlen sich aus, für alle. Daran halten wir fest.“⁶⁷⁴

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Bündnis für Arbeit fortsetzen: +
- „In diesem Sinne unterstützen wir das landesweite „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“.“⁶⁷⁵
- „Wir unterstützen das von Umweltministerin Bärbel Höhn initiierte „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum“.“⁶⁷⁶
- b) Zusammenarbeit von Wirtschaft, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Verbänden fortsetzen: +
- „Von den Grünen angestoßene oder mit initiierte Programme und Projekte wie die „Gründungsoffensive NRW (GO)“, das „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt“, die Landesinitiative „Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk“ oder die Entwicklung örtlicher und regionaler wirtschaftspolitischer Initiativen, haben neue Spielräume eröffnet und müssen weiter ausgebaut werden.“⁶⁷⁷
- „Um diese Zukunftsinvestitionen abzusichern, wollen wir unter Einbeziehung von Schulen und Hochschulen, Staat, Eltern, Wirtschaft und Medien ein „Bündnis für Bildung“ aufbauen.“⁶⁷⁸

Ausbildungskonsens

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Neue Ausbildungsplätze schaffen: +
- „Wir schaffen neue (...) Ausbildung durch Wachstum, Innovation und Qualifikation.“⁶⁷⁹
- „Das spricht für unser Konzept: Bündnisse für Ausbildung und Arbeit – Unternehmer, Handwerksmeister und Ausbilder, Betriebsräte, Gewerkschafter und engagierte Bürger für konkrete Ziele zusammen zu bringen - das ist der richtige Weg, unser gemeinsames Ziel für mehr Ausbildung und Beschäftigung zu erreichen.“⁶⁸⁰
- „Wir werden durch die Erlöse aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen einen Innovationsfonds für Investitionen in Bildung und Ausbildung, in Wissenschaft und Forschung einrichten.“⁶⁸¹
- b) Ausbildungsoffensive im IT-Bereich: +
- „Mit der Aktion Fachkräfte für neue IT-Techniken („FIT“) werden wir Defizite in spezifischen Fachkräfteangeboten schließen. Dabei werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Zielgruppe der jungen Frauen rich-

⁶⁷³ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010616132245/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp

⁶⁷⁴ ebda., http://web.archive.org/web/20010616132245/www.nrwspd.de/politik/rp2000_1.asp

⁶⁷⁵ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 11.

⁶⁷⁶ ebda., S. 48.

⁶⁷⁷ ebda., S. 9.

⁶⁷⁸ ebda., S. 54.

⁶⁷⁹ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 6.

⁶⁸⁰ ebda., S. 10.

⁶⁸¹ ebda., S. 35.

ten, die in den IT-Berufen unterrepräsentiert sind. Das wird ein Schwerpunkt der Initiative „Mehr ausbilden: Wir sind dabei! – Ausbildungspatenschaften“ sein.“⁶⁸²

- „Wir setzen auf eine umfassende und hochqualifizierte Vorbereitung auf den Beruf und das Wirtschaftsleben, auf Ausbildung und Entwicklung der Fähigkeiten auf höchstem Niveau.“⁶⁸³
 - „Mit dem IT-Center for Excellence Dortmund werden maßgeschneiderte Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote in engster Kooperation von regionaler Wirtschaft, Universität, Fachhochschule, Stadt und Region entstehen.“⁶⁸⁴
- c) Ansatz „Jugend in Arbeit“ auf andere Zielgruppen übertragen: 0

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Neue Ausbildungsplätze schaffen: +
- „Mit der Zusammenführung der Bereiche Arbeit und Wirtschaft, Qualifizierung und Technologie verstärken wir unsere Anstrengungen (...) für mehr Ausbildungsplätze.“⁶⁸⁵
- b) Ausbildungsoffensive im IT-Bereich: 0
- c) Ansatz „Jugend in Arbeit“ auf andere Zielgruppen übertragen: 0

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Neue Ausbildungsplätze schaffen: +
- „Berufliche Ausbildung ist für die meisten Jugendlichen das wichtigste Sprungbrett ins Arbeitsleben. Deshalb bringen wir den Ausbildungsmarkt wieder in Ordnung. Unser Ausbildungsversprechen gilt: In unserem Land wird allen jungen Menschen, die ausbildungswillig und -fähig sind, ein Ausbildungsplatz angeboten.“⁶⁸⁶
- b) Ausbildungsoffensive im IT-Bereich: 0
- c) Ansatz „Jugend in Arbeit“ auf andere Zielgruppen übertragen: 0

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Neue Ausbildungsplätze schaffen: +
- „Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie von Ausbildungs- und Qualifizierungschancen für junge Menschen in den einzelnen Regionen ist unser Ziel.“⁶⁸⁷
 - „In diesem Sinne unterstützen wir das landesweite „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“.“⁶⁸⁸
 - „Auch hier gilt es, verstärkt Mädchen und junge Frauen bei der Ausbildung und Arbeitsplatzsuche zu unterstützen.“⁶⁸⁹
 - „Unsere Ziele in den kommenden fünf Jahren sind: (...) eine bedarfsgerechte Ausbildung sowie Qualitätsstandards in der Altenpflegeausbildung und in der Pflegepraxis sichern; (...).“⁶⁹⁰
 - „Wir unterstützen das von Umweltministerin Bärbel Höhn initiierte „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum“. Mit der Schaffung und Erhaltung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort muss insbesondere Jugendlichen und Frauen eine Perspektive zur Teilhabe an der Erwerbsarbeit geboten werden.“⁶⁹¹

⁶⁸² Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 12f.

⁶⁸³ ebda., S. 17.

⁶⁸⁴ ebda., S. 20.

⁶⁸⁵ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 8.

⁶⁸⁶ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁶⁸⁷ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 11.

⁶⁸⁸ ebda., S. 11.

⁶⁸⁹ ebda., S. 13.

⁶⁹⁰ ebda., S. 21.

⁶⁹¹ ebda., S. 48.

- „Wir fordern ein finanzielles und praktisches Engagement aller Unternehmen bei der betrieblichen Ausbildung. (...) Die Forderung nach einer Ausbildungsumlage bleibt notwendig. Deshalb wollen wir weiterhin für Mehrheiten werben, damit Unternehmen, die sich der Ausbildung entziehen, in Zukunft zur solidarischen Ausbildungsfinanzierung herangezogen werden.“⁶⁹²
- „Mit individuellen Angeboten statt Zwang wollen wir weitere Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote schaffen, in die die Jugendhilfe stärker einbezogen werden muss.“⁶⁹³
- b) Ausbildungs Offensive im IT-Bereich: +
 - „Wir wollen eine Ausbildungs Offensive starten und damit auch dem Mangel an qualifizierten Ausbildungskräften entgegen treten. Insbesondere wollen wir verstärkt Ausbilderinnen fördern, die Mädchen und jungen Frauen den Einstieg in diese Branche erleichtern können.“⁶⁹⁴
- c) Ansatz „Jugend in Arbeit“ auf andere Zielgruppen übertragen: 0

Arbeitsmarktpolitik für Geringqualifizierte

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Brücken in den ersten Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte verstärken: +
 - „Die Koalitionsfraktionen haben sich vorgenommen, künftig noch stärker Maßnahmen zur Qualifizierung und zum Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt statt Arbeitslosigkeit zu fördern.“⁶⁹⁵
- b) Qualifizierung und Wiedereingliederungsprogramme fortsetzen: +
 - „Die Koalitionsfraktionen haben sich vorgenommen, künftig noch stärker Maßnahmen zur Qualifizierung und zum Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt statt Arbeitslosigkeit zu fördern. Mit der Schaffung von Transfergesellschaften werden wir den Wiedereinstieg in die Erwerbsgesellschaft – gerade auch für etwas ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – spürbar verbessern.“⁶⁹⁶

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Brücken in den ersten Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte verstärken: 0
- b) Qualifizierung und Wiedereingliederungsprogramme fortsetzen: +
 - „Mit der Zusammenführung der Bereiche Arbeit und Wirtschaft, Qualifizierung und Technologie verstärken wir unsere Anstrengungen für neue, dauerhafte Arbeitsplätze, (...).“⁶⁹⁷

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Brücken in den ersten Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte verstärken: +
 - „Das Bündnis für Arbeit bleibt für uns in Nordrhein-Westfalen eine zentrale Initiative. Im Bündnis für Arbeit haben wir uns auf eine Reihe von Schwerpunkten verständigt: zusätzliche Beschäftigungsfelder auch für gering Qualifizierte zu erschließen.“⁶⁹⁸
 - „Wir wollen dazu beitragen neue Beschäftigungsfelder für gering Qualifizierte dort zu erschließen, wo sie einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Beschäftigung und zur Sicherung von Einkommen aus regulärer Arbeit leisten können, zum Beispiel im Dienstleistungsbereich.“⁶⁹⁹
- b) Qualifizierung und Wiedereingliederungsprogramme fortsetzen: +

⁶⁹² BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 52.

⁶⁹³ ebda., S. 52.

⁶⁹⁴ ebda., S. 10.

⁶⁹⁵ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 35.

⁶⁹⁶ ebda., S. 12.

⁶⁹⁷ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 8.

⁶⁹⁸ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010630143305/www.nrwspd.de/politik/rp2000_4.asp

⁶⁹⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010630143305/www.nrwspd.de/politik/rp2000_4.asp

- „Dazu werden wir die bisherigen Regional- und Strukturprogramme, Forschungs-, Entwicklungs- und Qualifizierungsprogramme bündeln und stärker miteinander zu verknüpfen.“⁷⁰⁰
- „Die Qualifikation junger Menschen, die schulische und berufliche Ausbildung und die Weiterbildung für Jugendliche und Erwachsene, das sind absolut prioritäre Landesaufgaben.“⁷⁰¹
- „Wir wollen deshalb Maßnahmen für Berufsrückkehrer/innen bedarfsgerecht ausbauen.“⁷⁰²

Landtagswahlprogramm Grüne

a) Brücken in den ersten Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte verstärken: +

- „Viele benachteiligte Gruppen wie z. B. ältere ArbeitnehmerInnen, Menschen mit Behinderung oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen, MigrantInnen, Menschen ohne Schulabschluss und/oder Berufsausbildung, aber auch viele Frauen werden derzeit vom Arbeitsmarkt verdrängt. Für diese Menschen ist die Rückkehr zum Arbeitsmarkt ungleich schwerer und oft sogar unmöglich. Darum müssen öffentlich geförderte Beschäftigungsprojekte den ersten Arbeitsmarkt ergänzen.“⁷⁰³
- „Personenbezogene Arbeitsförderung ist angesichts der aktuellen und prognostizierten Lage am ersten Arbeitsmarkt kein kurzfristig in Kauf zu nehmendes Übel, sondern ein langfristig und auf Dauer zu gestaltendes Integrationsinstrument. Es gibt viel Arbeit, die gesellschaftlich wichtig ist, die heute zumeist noch unerledigt bleibt. Im sozialen und kulturellen Bereich, aber auch auf dem Gebiet der Bildung und Weiterbildung liegen weite Tätigkeitsfelder brach. In diese zunächst nicht profitablen Arbeitsfelder wollen wir investieren und staatlich finanzierte Arbeit schaffen.“⁷⁰⁴
- „Ein erster grüner Erfolg in dieser Richtung ist das von uns angestoßene Existenzgründungsprogramm „Soziale Wirtschaftsbetriebe“, das für Langzeitarbeitslose eine tragfähige Brücke zum ersten Arbeitsmarkt darstellt. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode das Programm „Soziale Wirtschaftsbetriebe“ fortsetzen und ausbauen. Aufbauend auf der Auswertung der bislang realisierten sozialen Wirtschaftsbetriebe ist die bestehende öffentlich geförderte Beschäftigung zu verbessern. Neue Felder gemeinwohlorientierter Arbeit sind zu entwickeln.“⁷⁰⁵
- „Wenn Frauenarbeitsplätze im großen Umfang verloren zu gehen drohen, muss es angemessene, wirksame Strukturanpassungs- und Beschäftigungsförderungsprogramme geben. Für Frauen auf niedrig qualifizierten und bedrohten Arbeitsplätzen wollen wir in Pilotprojekten alternative Beschäftigungsmöglichkeiten entwickeln.“⁷⁰⁶

b) Qualifizierung und Wiedereingliederungsprogramme fortsetzen: +

- „Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie von Ausbildungs- und Qualifizierungschancen für junge Menschen in den einzelnen Regionen ist unser Ziel.“⁷⁰⁷
- „Wir wollen die klassische Erwerbsarbeit und die verschiedenen Formen anderer produktiver Tätigkeiten ebenso wie Weiterbildungs- und Qualifizierungsphasen rechtlich und finanziell absichern. Wir wollen sie besser miteinander verzahnen, um Übergänge zu erleichtern.“⁷⁰⁸
- „Die Kooperation zwischen Wirtschaft und arbeitsmarktpolitischen Dienstleistern muss gefördert werden. Arbeitsmarktpolitische Dienstleistungsunternehmen sind auch wirtschaftlich tätig und sollten als Wirtschaftsunternehmen anerkannt werden. Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften, die bislang in der Ge-

⁷⁰⁰ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010823012417/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁷⁰¹ ebda., http://web.archive.org/web/20010703002849/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp

⁷⁰² ebda., http://web.archive.org/web/20010423192857/www.nrwspd.de/politik/rp2000_6.asp

⁷⁰³ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 14.

⁷⁰⁴ ebda., S. 14.

⁷⁰⁵ ebda., S. 15.

⁷⁰⁶ ebda., S. 27.

⁷⁰⁷ ebda., S. 11.

⁷⁰⁸ ebda., S. 13.

meinnützigkeit „gefangen“ bleiben, müssen ihre Produkte und Dienstleistungen auch auf dem freien Markt anbieten und sich an Ausschreibungen beteiligen können.“⁷⁰⁹

- „Dabei gilt für uns in der kommenden Legislaturperiode: Wir wollen jeden Euro, den wir aus dem ESF oder den Programmen für strukturschwache Regionen bekommen, gegenfinanzieren und für eine an den Interessen und Belangen der betroffenen Menschen orientierte Arbeitsmarktpolitik nutzen.“⁷¹⁰
- „Bei der Entwicklung geeigneter, förderungswürdiger Projekte in regionalen Arbeitsmarktkonferenzen setzen wir auf gesellschaftliche Öffnung. Das heißt: Alle relevanten Gruppen und Akteure von den Kammern, den Gewerkschaften, den Arbeitsloseninitiativen und sozialen Projekten über die Naturschutzverbände bis zu den Regionalstellen Frau und Beruf sowie den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, müssen beteiligt werden. Eine Politik der Öffnung und Beteiligung für Arbeitslose beinhaltet die Förderung von Arbeitsloseninitiativen und -beratungsstellen für Männer und Frauen. Wir haben kein Verständnis dafür, dass Einrichtungen für arbeitslose Frauen aus der Förderung gestrichen wurden. Diese Entscheidung wollen wir gegenüber dem Koalitionspartner rückgängig machen. Wirksame Arbeitsmarktpolitik muss sich um Förderkonzepte bemühen, die den Bedürfnissen der Zielgruppen gerecht werden. Fördermaßnahmen müssen eine mit einem formellen Abschluss nachgewiesene Qualifizierung beinhalten.“⁷¹¹
- „Ergänzend zu passgenauen (= bedarfsgerecht im Betrieb und bedürfnisgerecht für die Arbeitssuchenden) Maßnahmen wollen wir eine ebenso passgenaue Arbeitsvermittlung, die bei gemeinnützigen Trägern integriert ist. Wir unterstützen eine entsprechende Förderung von Qualifizierungsprogrammen für MitarbeiterInnen von Trägern und Sozialämtern.“⁷¹²
- „Allerdings darf die Öffnung von ASH für privatgewerbliche Unternehmen nicht dazu führen, dass diese ASH als pauschalen Lohnkostenzuschuss nutzen können. Hier muss korrigierend eingegriffen werden, um das spezifische Profil von ASH (Arbeit plus Qualifizierung und Stärkung sozialer Kompetenzen) zu erhalten und zu schärfen.“⁷¹³
- „Angebote der beruflichen Qualifizierung und Beschäftigung – auch für SozialhilfeempfängerInnen – müssen weiter ausgebaut und individuell ausgerichtet werden. Dabei sind Anreize über reelle Verdienstmöglichkeiten zu schaffen.“⁷¹⁴
- „Unser Interesse gilt aber auch den Frauen, die im Gesundheitswesen beschäftigt sind. Hier setzen wir uns für bessere berufliche Qualifizierungen und Aufstiegsmöglichkeiten auch in Führungs- und Leitungspositionen ein.“⁷¹⁵
- „Wir wollen einen festen Prozentsatz der Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderungsmittel von 15 Prozent für Frauenprojekte reservieren, z. B. zur Förderung von Frauen in Technik und Handwerk, für Wiedereingliederungsmaßnahmen, Frauenweiterbildungseinrichtungen oder Frauenerwerbslosenzentren.“⁷¹⁶
- „Auf Landesebene wollen wir auch für Väter, die ihre Erwerbstätigkeit zu Gunsten von Erziehungsaufgaben unterbrochen oder reduziert haben, Wiedereingliederungsmaßnahmen fördern. Weiterbildungsangebote und Wiedereingliederungsmaßnahmen müssen an die zeitlichen Möglichkeiten von Eltern angepasst werden, bei Teilzeitmaßnahmen ist die Förderdauer entsprechend zu verlängern.“⁷¹⁷
- „Es ist zu befürchten, dass Frauen von Arbeitsplatzverlusten und Dequalifizierungsprozessen stärker betroffen sein werden als Männer. Hier wollen wir steuernd eingreifen: Wir wollen Frauen den Zugang zu neuen Berufen erleichtern und Frauen aktiv fördern, die sich als Multimedia-Spezialistinnen in den neuen Berufen aus- bzw. fortbilden lassen. Angebote der Beratung, der Weiterbildung und des „Coachings“ von Frauen

⁷⁰⁹ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 15.

⁷¹⁰ ebda., S. 15.

⁷¹¹ ebda., S. 15.

⁷¹² ebda., S. 15f.

⁷¹³ ebda., S. 16.

⁷¹⁴ ebda., S. 18.

⁷¹⁵ ebda., S. 22.

⁷¹⁶ ebda., S. 25.

⁷¹⁷ ebda., S. 26.

wollen wir verstärken. Die Beratungsstelle für „Ausbildung in Medienberufen“ muss um ein spezielles Beratungs- und Unterstützungsangebot für Frauen ergänzt werden. In verschiedenen Film- und Medienberufen sind längere, unentgeltliche Praktika Ausbildungsvoraussetzung, die für finanzschwache Frauen als Zugangsbarriere wirken. Hierzu müssen Stipendien angeboten werden.“⁷¹⁸

- „Betriebe und Weiterbildungseinrichtungen müssen gezielt qualifizierende Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen anbieten, die diesen eine Verbindung ihres fachlichen Wissens mit neuen informationstechnischen Kenntnissen ermöglicht. Angebote müssen den Bedürfnissen und besonderen Belangen von Frauen mit Kindern hinsichtlich Zeit, Ort und Umfeld entsprechen. Damit Frauen bei der Entwicklung von IuK-technologischen Anwendungen stärker vertreten sind, ist die verstärkte Aus- und Weiterbildung von Frauen in diesem Bereich besonders zu unterstützen.“⁷¹⁹
- „Mobile Fraueninformations- und Weiterbildungsangebote sind auszubauen.“⁷²⁰
- „Wir setzen uns dafür ein, dass die Förderprogramme des Landes in Abstimmung mit Bundesprogrammen und kommunalen Angeboten bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Dabei geht es um Ausbildung und Qualifizierung, aber auch um die Schaffung von Arbeitsplätzen selbst. Mit individuellen Angeboten statt Zwang wollen wir weitere Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote schaffen, in die die Jugendhilfe stärker einbezogen werden muss.“⁷²¹
- „Die dauerhafte Stabilisierung der Kultur- und Medienwirtschaft in NRW wird vom Niveau der beruflichen Qualifizierung und der Medienkompetenz im Allgemeinen abhängen. Förderung und Aufbau von differenzierten beruflichen Qualifizierungsinstitutionen ist wesentliche Aufgabe der Landespolitik.“⁷²²

2.3 Verkehrspolitik

Die Präambel des Koalitionsvertrages beinhaltet in Gänze 20 Handlungsabsichten, die dem Themenkomplex der Verkehrspolitik zuzuordnen sind. Nur fünf davon sind so konkret formuliert, dass sie einer Überprüfung unterzogen werden können. Davon sind zwei in der 13. Legislaturperiode auch wirklich umgesetzt worden. Die Verkehrspolitik weist damit eine unterdurchschnittliche Umsetzungsquote auf.

Mobilität

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ausbauen: +
- „Mobilität ist der Schlüssel in der Standort-Konkurrenz der europäischen Regionen und der Schlüssel zu Lebensqualität vor Ort. (...) Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sichert Produktivität und Beschäftigung. So wollen wir unser Land fit für die neue Konkurrenz der internationalen Top-Regionen machen.“⁷²³
 - „Allerdings muss unsere Infrastruktur mit den stetig weiter steigenden Verkehrsbelastungen des größten deutschen Ballungs- und Wirtschaftsraums Schritt halten können. Daran müssen wir arbeiten.“⁷²⁴
 - „Unsere Aufgabe ist eine konsequente und umfassende Weiterentwicklung der gesamten Verkehrsinfrastruktur und dabei die Bereitschaft, auch neue Wege zu gehen.“⁷²⁵

⁷¹⁸ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 26.

⁷¹⁹ ebda., S. 27.

⁷²⁰ ebda., S. 29.

⁷²¹ ebda., S. 52.

⁷²² ebda., S. 76.

⁷²³ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 8.

⁷²⁴ ebda., S. 21.

⁷²⁵ ebda., S. 22.

- „Der Erhalt und zielgerichtete Ausbau der Infrastruktur (...) sind Voraussetzungen dafür, dass wir unsere Spitzenposition behaupten können.“⁷²⁶
- „Der bedarfsgerechte Ausbau muss aber weitergehen. Wir werden deshalb entsprechend der Größe und der außerordentlichen Verkehrsbelastung unseres Landes – sie ist die höchste im Vergleich der deutschen Länder – auch künftig mit dem notwendigen Nachdruck für eine bessere Finanzierung der vom Bund darzustellenden Verkehrsinfrastruktur eintreten.“⁷²⁷
- „Wir müssen den Ausbau unserer hoch belasteten Bundesautobahnen weiterführen. Zu den wichtigsten Projekten zählen das Ruhrgebietsdreieck aus den Autobahnen A1, A2 und A3, das in dieser Legislaturperiode weitestgehend fertig gestellt wird, der Autobahnring um Köln, Teilstücke der A2 und die A4 zwischen Köln und Aachen.“⁷²⁸
- „Mit dem bereits für das nächste Jahr vorgesehenen Ausbau der A2 im Bereich Gelsenkirchen und dem Ausbau der A4 zwischen den Autobahnkreuzen Köln-West und Kerpen werden seit Jahren bestehende Engpässe beseitigt.“⁷²⁹
- „Wichtig ist aber auch, die noch vorhandenen Lücken unseres Bundesautobahnnetzes zu schließen. Dazu gehören alle in unserer Koalitionsvereinbarung genannten Projekte, also die A52/A40 und die A42 in Essen, die A40/A44 in Bochum – die sogenannte „Bochumer Lösung“, die A40 bzw. B1 in Dortmund, die A46 Hemmer/Neheim-Hüsten, die A33 in Ostwestfalen und die A30 Ortsumgehung Bad Oeynhausen. Wir werden für alle diese Projekte ohne jede Verzögerung das Baurecht herstellen.“⁷³⁰
- „Bei den Landesstraßen werden wir im kommenden Jahr mit der L418n in Wuppertal unser größtes Bauvorhaben in Angriff nehmen. Bei diesem Projekt mit geschätzten Baukosten von rund 130 Millionen Mark werden wir erstmals bei einer Landesstraße in Nordrhein-Westfalen das Instrument der privaten Vorfinanzierung einsetzen.“⁷³¹
- „Auch das zweite für die private Vorfinanzierung vorgesehene Landesstraßenprojekt, die L697 Ortsumgehung Plettenberg mit geschätzten Baukosten von rund 70 Millionen DM, wollen wir im Jahr 2003 beginnen.“⁷³²
- „Beim Ausbau unserer Luftverkehrsinfrastruktur machen wir Fortschritte: Am Flughafen Düsseldorf International ist ein neues, leistungsfähiges und modernes Abfertigungsgebäude im Bau, das im kommenden Jahr in Betrieb gehen wird. Mit der Fertigstellung der Rheinquerung der A44 im Düsseldorfer Norden werden im Mai 2002 der Autobahnring um die Landeshauptstadt und die Anbindung des Flughafens komplettiert.“⁷³³
- „Bereits am 21. September dieses Jahres werden wir das neue Terminal für die Passagierabfertigung auf dem Konrad Adenauer-Flughafen Köln/Bonn offiziell einweihen.“⁷³⁴
- „Wir investieren in diesem Jahr 1,55 Milliarden DM in den öffentlichen Nahverkehr. Die Landesregierung wird das ihr Mögliche tun, damit dieses Niveau gehalten werden kann.“⁷³⁵
- „Wir wollen das landesweit einheitliche Nahverkehrsticket, das NRW-Ticket, und wir unterstützen die Einführung von Schülertickets in unserem Land.“⁷³⁶
- „Mit unserem Programm „100 Radstationen“ waren wir erfolgreich. Darauf bauen wir beim weiteren Ausbau des landesweiten Radwegenetzes auf, mit dem wir Nordrhein-Westfalen noch fahrradfreundlicher machen wollen.“⁷³⁷

⁷²⁶ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 22.

⁷²⁷ ebda., S. 22.

⁷²⁸ ebda., S. 22.

⁷²⁹ ebda., S. 22f.

⁷³⁰ ebda., S. 23.

⁷³¹ ebda., S. 23.

⁷³² ebda., S. 23.

⁷³³ ebda., S. 23.

⁷³⁴ ebda., S. 24.

⁷³⁵ ebda., S. 25.

⁷³⁶ ebda., S. 25.

⁷³⁷ ebda., S. 25.

- „Mit dem METRORAPID wollen wir über die erheblichen Verbesserungen unserer Nahverkehrs-Infrastruktur einen großen Schritt hinaus tun.“⁷³⁸
- b) Kooperation der Verkehrsträger stärken: +
 - „So wollen wir mit einer Integrierten Gesamtverkehrsplanung die Potenziale der verschiedenen Verkehrsinfrastrukturen und Verkehrsträger in Nordrhein-Westfalen bündeln.“⁷³⁹
 - „Mit dem Projekt LogPort schaffen wir auf dem ehemaligen Krupp-Gelände in Duisburg-Rheinhausen ein Logistikzentrum von europäischem Rang. Wir entwickeln LogPort zum Drehkreuz im Hinterland der Häfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen und führen hier Schiene, Wasserweg und Straße zusammen.“⁷⁴⁰
 - „Damit werden die infrastrukturellen Vorsetzungen für eine schnelle Bahnverbindung zu den und zwischen den beiden größten nordrhein-westfälischen Flughäfen geschaffen. So machen wir ernst mit der Vernetzung der Verkehrsträger.“⁷⁴¹
 - „Wir müssen Schiene, Straßenbahn und Busse optimal vernetzen. So schaffen wir ein aufeinander abgestimmtes Verkehrsangebot für das ganze Land. Alle Verkehrsträger und Verkehrsunternehmen sind zu einer umfassenden Kooperation aufgefordert. Mit der Landesinitiative Mobilität wollen wir zum Beispiel mit Telematik-Technologien die Nutzung der Verkehrswege optimieren, neue Logistikkonzepte entwickeln, die Verkehrssicherheit erhöhen und das Informationsangebot für die Verkehrsteilnehmer ausbauen.“⁷⁴²

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ausbauen: +
 - „Mit unserer Integrierten Gesamtverkehrsplanung gelingt es uns, den jeweils besten Beitrag der einzelnen Verkehrsträger für die Sicherung der Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Wirtschaft zu realisieren. Das bedeutet unter anderem: Ausbau an den regionalen und lokalen Belastungsschwerpunkten, mehr Sicherheit in allen Bereichen des Verkehrs, Trennung von Fern- und Nahverkehren, Steigerung von Effizienz, Qualität und Komfort, Entlastung der Menschen von Verkehrsbelastungen und Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.“⁷⁴³
 - „Wir werden das Management zur Erhaltung unserer Landesstraßen verbessern, um den Zustand des Netzes auf hohem Niveau zu halten.“⁷⁴⁴
 - „Mit Nachdruck werden wir Lücken im Fernstraßennetz schließen, den Bau von Ortsumgehungen und den Ausbau vorhandener Straßen umsetzen, um Engpässe zu beseitigen und den gewachsenen Mobilitätsansprüchen gerecht zu werden.“⁷⁴⁵
 - „Wir bauen hochmoderne Verkehrsmanagement-Systeme wie den „Ruhrpilot“ auf, und wir wollen diese auch für andere Regionen nutzbar machen.“⁷⁴⁶
 - „Wir wollen mithelfen, für Straßenbahnen, U-Bahnen, S-Bahnen, Regionalbahnen und Stadtexpresszüge die Taktfrequenzen deutlich zu erhöhen, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sauberkeit, Sicherheit und Service weiter zu verbessern.“⁷⁴⁷
 - „Im Öffentlichen Nahverkehr werden wir ab dem 15. Dezember den Integralen Taktfahrplan Stufe 2 verwirklichen.“⁷⁴⁸

⁷³⁸ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 25.

⁷³⁹ ebda., S. 22.

⁷⁴⁰ ebda., S. 23.

⁷⁴¹ ebda., S. 24.

⁷⁴² ebda., S. 24.

⁷⁴³ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 19.

⁷⁴⁴ ebda., S. 19.

⁷⁴⁵ ebda., S. 19.

⁷⁴⁶ ebda., S. 19.

⁷⁴⁷ ebda., S. 19.

⁷⁴⁸ ebda., S. 19.

- „Wir nehmen uns vor, noch in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen zu schaffen, in der kommenden Legislaturperiode den Integralen Taktfahrplan 3 zu verwirklichen.“⁷⁴⁹
- „Die Landesregierung will den Metrorapid und damit eine Zukunftstechnologie, die international bereits Interesse gefunden hat, nach Nordrhein-Westfalen holen.“⁷⁵⁰
- b) Kooperation der Verkehrsträger stärken: +
 - „Mit unserer Integrierten Gesamtverkehrsplanung gelingt es uns, den jeweils besten Beitrag der einzelnen Verkehrsträger für die Sicherung der Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Wirtschaft zu realisieren.“⁷⁵¹

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ausbauen: +
- „Leistungsfähige Verkehrssysteme und vitale, attraktive Städte sind auch in Zeiten der neuen Kommunikationstechnologie für die Kommunikation und das kulturelle Leben der Menschen von ausschlaggebender Bedeutung. Alle Möglichkeiten von Kommunikation und Mobilität auszuschöpfen und unsere Städte und ländlichen Räume lebenswert zu erhalten, ist eine Daueraufgabe der Landespolitik.“⁷⁵²
 - „Wir werden zugleich die vorhandene Verkehrsinfrastruktur erhalten und verbessern und dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, neu- und ausbauen.“⁷⁵³
 - „Wir setzen uns für eine bundesweite streckenbezogene Verkehrsabgabe für LKW ein, um zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen zu mobilisieren.“⁷⁵⁴
 - „Wir wollen zudem eine Neuorientierung bei der Vergabe der Verkehrsinvestitionen des Bundes erreichen, die sich stärker an den realen Verkehrsbelastungen in den Regionen orientiert – denn Nordrhein-Westfalen ist die Transit- und Logistikregion Nummer 1 in Deutschland.“⁷⁵⁵
 - „Deshalb ist es in den nächsten Jahren eine unserer wichtigsten Aufgaben, Mobilität effizient zu organisieren. Hierzu werden wir alle Möglichkeiten eines modernen Verkehrsmanagements nutzen und die Möglichkeiten der Verkehrsvermeidung und -verlagerung voll ausschöpfen. Dazu bedarf es vor allem einer besseren Vernetzung und Integration unserer Verkehrsinfrastruktur.“⁷⁵⁶
 - „Die Leistungsfähigkeit unseres Straßennetzes durch Neu- und Ausbaumaßnahmen zu erhalten, bleibt auch weiterhin eine zentrale Zukunftsaufgabe unserer Verkehrspolitik.“⁷⁵⁷
 - „Bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Investitionen ins "Anti-Stau-Programm" haben wir klare Prioritäten gesetzt und 1,2 Mrd. DM allein für Straßenverkehrsinfrastruktur für unser Land mobilisiert. Damit werden wir bis 2007 15 Engpässe auf unseren Autobahnen beseitigen.“⁷⁵⁸
 - „Bei den Verbesserungen des Autobahnnetzes konzentrieren wir uns auf den sechsstreifigen Ausbau des Ruhrgebietsdreieckes (BAB 1, 2 und 3), der Bundesautobahnen 2 und 4 als wichtigste West-Ost-Verbindung und die Verbesserung der Situation auf dem Kölner Autobahnring und im mittleren Ruhrgebiet.“⁷⁵⁹
 - „Wir werden aber auch die Auslastung des vorhandenen Straßennetzes weiter verbessern, indem wir uns der neuen Möglichkeiten der Telematik und der Verkehrsnavigation bedienen.“⁷⁶⁰
 - „Die Optimierung der Schienenverkehrsverbindungen für den Personenverkehr und zu unseren wichtigsten Güterumschlagplätzen in Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen, insbesondere durch die Betuwe-Linie und

⁷⁴⁹ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 19.

⁷⁵⁰ ebda., S. 20.

⁷⁵¹ ebda., S. 19.

⁷⁵² Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁵³ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁵⁴ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁵⁵ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁵⁶ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁵⁷ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁵⁸ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁵⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁶⁰ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

den "Eisernen Rhein", ist für uns eine herausragende verkehrs- und europapolitische Aufgabe der nächsten Jahre. Wir werden auch die Bahnverbindungen in der Fläche weiter verbessern. Die Kooperation zwischen Schiene und Flugzeug wollen wir enger machen und insbesondere die Flughäfen Köln-Bonn, Düsseldorf und Münster/Osnabrück an die Netze des Schienenverkehrs anschließen. Den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes und seine Integration in das System der transeuropäischen Netze treiben wir mit Hochdruck voran, auch um den Luftverkehr zu entlasten.⁷⁶¹

- „Ein hochleistungsfähiger Luftverkehr ist und bleibt unverzichtbar für Nordrhein-Westfalen. Das Anfang der 90er Jahre entwickelte Luftverkehrskonzept werden wir den Anforderungen des neuen Jahrhunderts mit einem weiterhin dynamischen Wachstums des Luftverkehrs und der damit verbundenen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte anpassen und konsequent fortschreiben.“⁷⁶²
 - „Unseren dritten internationalen Flughafen in Münster/Osnabrück wollen wir auch für den Interkontinentalflugverkehr ausbauen und direkt an das Autobahn- und Schienennetz anschliessen. Darüber hinaus wollen wir die Regionalflughäfen Dortmund und Paderborn/Lippstadt bedarfsgerecht und sozialverträglich weiterentwickeln, damit diese den künftigen Anforderungen im Luftverkehr gerecht werden können. Die Konversion des ehemaligen Militärflughafens Weeze-Laarbruch zu einem "Euregionalen Zentrum für Luftverkehr, Logistik und Gewerbe" wird in Partnerschaft mit den Niederlanden fortgesetzt.“⁷⁶³
 - „Wir wollen, dass im kombinierten Verkehr auch die Binnenschifffahrt einen größeren Anteil an der gemeinsamen Transportkette mit Schiene und Straße übernimmt.“⁷⁶⁴
 - „Eine der wichtigsten Handlungsschwerpunkte in der Verkehrspolitik des Landes bleibt die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Das Land stellt dafür jährlich den hohen Betrag von 3,3 Milliarden DM zur Verfügung. Wir werden die Akzeptanz und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs weiter verbessern, indem wir in die Vernetzung, die Sicherheit, die Sauberkeit und den Service investieren und den ÖPNV zuverlässiger machen.“⁷⁶⁵
- b) Kooperation der Verkehrsträger stärken: +
- „Deshalb ist es in den nächsten Jahren eine unserer wichtigsten Aufgaben, Mobilität effizient zu organisieren. Hierzu werden wir alle Möglichkeiten eines modernen Verkehrsmanagements nutzen und die Möglichkeiten der Verkehrsvermeidung und -verlagerung voll ausschöpfen. Dazu bedarf es vor allem einer besseren Vernetzung und Integration unserer Verkehrsinfrastruktur.“⁷⁶⁶
 - „Die Kooperation zwischen Schiene und Flugzeug wollen wir enger machen und insbesondere die Flughäfen Köln-Bonn, Düsseldorf und Münster/Osnabrück an die Netze des Schienenverkehrs anschließen. Den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes und seine Integration in das System der transeuropäischen Netze treiben wir mit Hochdruck voran, auch um den Luftverkehr zu entlasten.“⁷⁶⁷
 - „Wir wollen, dass im kombinierten Verkehr auch die Binnenschifffahrt einen größeren Anteil an der gemeinsamen Transportkette mit Schiene und Straße übernimmt.“⁷⁶⁸

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ausbauen: +
- „Wir wollen vor allem den weiteren behindertengerechten Ausbau des öffentlichen Verkehrsraums (u.a. mit Einstiegs- und Orientierungshilfen für sinnesgeschädigte Menschen sowie auf örtlicher Ebene eine Optimierung der Fahrtendienste), (...).“⁷⁶⁹

⁷⁶¹ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁶² ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁶³ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁶⁴ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁶⁵ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁶⁶ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁶⁷ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁶⁸ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁶⁹ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 19.

- „Zur Überwindung der großen räumlichen Entfernungen müssen öffentliche Verkehrsmittel ausgebaut werden. Sowohl für Schülerinnen als auch für ganztags oder in Teilzeit berufstätige Pendlerinnen mit und ohne Kinder muss es ein bedarfsgerechtes ÖPNV-Angebot geben.“⁷⁷⁰
- „Die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen wachsen. Wir wollen ihnen auf umweltfreundliche Weise gerecht werden. Wir nehmen dabei die Beschwerden über unzureichende und unpünktliche Verkehrsverbindungen, über Staus sowie über Lärmbelästigungen und Abgase zum Ausgangspunkt unserer Veränderungsvorschläge. Wir legen unsere Verkehrspolitik umfassend an: Sie beginnt bei der Raumplanung und Stadtentwicklung. Nicht der Verkehr muss gefördert, sondern die Mobilität der Menschen sichergestellt werden.“⁷⁷¹
- „Wir setzen uns für eine Mobilitätspolitik ein, die Umwelt und Gesundheit schont und gleichzeitig attraktive Angebote zum Umsteigen macht. Die kommunalen Verkehrsbetriebe und Stadtwerke wollen wir wettbewerbsfähiger machen und damit die Qualität von Bussen und Bahnen steigern. Der Wettbewerb bei Bus und Bahn soll durch Qualitätskriterien so gestaltet werden, dass er zu einem besseren Angebot für die Fahrgäste führt und nicht zu einem reinen Kostenwettbewerb führt.“⁷⁷²
- „Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine kundenorientierte Bahnpolitik. Die Interessen der Fahrgäste müssen bei Bussen und Bahnen an erster Stelle stehen. Stadtbahnen sollen auf den Bedarf der Fahrgäste maßgeschneidert, modern und preiswert sein.“⁷⁷³
- „Für die nächsten 5 Jahre stehen folgende Aufgaben im Mittelpunkt: Schienenstrecken sollen erhalten, modernisiert und reaktiviert werden. Nordrhein-Westfalen benötigt dringend neue Strecken und Linien sowie verdichtete Taktzeiten, um einen größeren Teil des Verkehrsaufkommens von der Straße auf die Schiene zu lenken. Insbesondere zwischen den Ballungszentren des Ruhrgebietes und den Städten der Rhein-Schiene sowie zwischen dem Norden und Süden des Ruhrgebietes sind solche Maßnahmen zur Förderung des Schienenverkehrs erforderlich. Mit einem Pünktlichkeitsprogramm muss zielstrebig gegen Verspätungen und ausgefallene Züge vorgegangen werden. Landeszuschüsse an die Deutsche Bahn müssen gemindert werden, wenn versprochene Leistungen nicht erbracht oder auch unzumutbare Verschmutzungen von Bahnhöfen und Waggons nicht abgestellt werden.“⁷⁷⁴
- „Bahnhöfe und Haltepunkte wollen wir umfassend modernisieren und zu einem Erlebnisraum der Mobilität machen.“⁷⁷⁵
- „Die Planungen für ein landesweites Radwegenetz mit einheitlicher Wegweisung sind abgeschlossen und müssen in den nächsten Jahren konsequent umgesetzt werden. (...) Dazu sollen die finanziellen Mittel für Radwegebau und -unterhaltung erhöht werden.“⁷⁷⁶
- „NRW muss die Schaffung leistungsfähiger und schneller Verbindungen in die Niederlande, nach Belgien und Frankreich voranbringen.“⁷⁷⁷
- b) Kooperation der Verkehrsträger stärken: +
 - „Unsere Verkehrspolitik hat deshalb eine verkehrsträgerübergreifende, integrierte Verkehrsplanung zum Ziel. Sie umfasst die Förderung von nachhaltigen Lebensstilen und eines neuen Mobilitätsbewusstseins.“⁷⁷⁸
 - „Mit einer sozialen und ökologischen Gestaltung des Verkehrssystems wollen wir besonders Menschen dienen, die zu Fuß, mit dem Rad oder mit Bus und Bahn unterwegs sind. Dabei sind die Mobilitätsbedürfnisse von Frauen und Jugendlichen besonders zu berücksichtigen.“⁷⁷⁹
 - „Die Zugangshürden für Behinderte im öffentlichen Nahverkehr wollen wir weiter abbauen. Wir treten unverändert für eine Verkehrswende ein.“⁷⁸⁰

⁷⁷⁰ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 19.

⁷⁷¹ ebda., S. 35.

⁷⁷² ebda., S. 36.

⁷⁷³ ebda., S. 36.

⁷⁷⁴ ebda., S. 36.

⁷⁷⁵ ebda., S. 36.

⁷⁷⁶ ebda., S. 36f.

⁷⁷⁷ ebda., S. 37.

⁷⁷⁸ ebda., S. 35.

⁷⁷⁹ ebda., S. 35.

- „Wir wollen einen landesweit einheitlichen Tarif: das noch zu vereinfachende NRW-Ticket. Das ist ein wichtiger Schritt für ein kundenfreundliches Tarifsysteem. Es muss den Umstieg von Regionalzügen auf IC- und EC-Züge kundenfreundlicher gestalten. Die Organisationsstrukturen der Öffentlichen Verkehrsverbünde wollen wir mit dem Ziel überprüfen, effektivere Strukturen zu schaffen und Abstimmung zwischen den Verkehrsunternehmen im Interesse der Fahrgäste zu verbessern.“⁷⁸¹

Verkehrsstaus reduzieren

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Verkehrsinfrastruktur ausbauen um Staus zu reduzieren: +
- „Mobilität ist der Schlüssel in der Standort-Konkurrenz der europäischen Regionen und der Schlüssel zu Lebensqualität vor Ort. Der Stau ist nicht Ausdruck von Lebenskultur. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sichert Produktivität und Beschäftigung. So wollen wir unser Land fit für die neue Konkurrenz der internationalen Top-Regionen machen.“⁷⁸²
 - „Für den Ausbau und die Modernisierung von Schienenstrecken und Wasserstraßen hat die Bundesregierung ebenfalls eine beträchtliche zusätzliche Förderung in Aussicht gestellt. Das zeigt: Die Bemühungen der Landesregierung um eine deutliche Verstärkung der Finanzmittel, insbesondere für den Ausbau unserer hochbelasteten Autobahnen, für wichtige Lückenschlüsse, den Bau von Ortsumgehungen und für Schienen- und Wasserstraßenprojekte zahlen sich aus. Der bedarfsgerechte Ausbau muss aber weitergehen. Wir werden deshalb entsprechend der Größe und der außerordentlichen Verkehrsbelastung unseres Landes (...) auch künftig mit dem notwendigen Nachdruck für eine bessere Finanzierung der vom Bund darzustellenden Verkehrsinfrastruktur eintreten. Das wird sehr bald konkret werden, wenn es um den Einsatz der Mittel aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen geht: (...) Wir halten es aber auch für richtig, dass der durch die Zinssparnis jährlich frei werdende Betrag für Investitionen vor allem in (...) die Verkehrsinfrastruktur, in Schiene und Straße verwandt wird.“⁷⁸³
 - „Wir müssen den Ausbau unserer hoch belasteten Bundesautobahnen weiterführen. Zu den wichtigsten Projekten zählen das Ruhrgebietsdreieck aus den Autobahnen A1, A2 und A3, das in dieser Legislaturperiode weitestgehend fertig gestellt wird, der Autobahnring um Köln, Teilstücke der A2 und die A4 zwischen Köln und Aachen. Mit dem bereits für das nächste Jahr vorgesehenen Ausbau der A2 im Bereich Gelsenkirchen und dem Ausbau der A4 zwischen den Autobahnkreuzen Köln-West und Kerpen werden seit Jahren bestehende Engpässe beseitigt.“⁷⁸⁴
 - „Wichtig ist aber auch, die noch vorhandenen Lücken unseres Bundesautobahnnetzes zu schließen. Dazu gehören alle in unserer Koalitionsvereinbarung genannten Projekte, also die A52/A40 und die A42 in Essen, die A40/A44 in Bochum - die sogenannte „Bochumer Lösung“, die A40 bzw. B1 in Dortmund, die A46 Hemer/Neheim-Hüsten, die A33 in Ostwestfalen und die A30 Ortsumgehung Bad Oeynhausen. Wir werden für alle diese Projekte ohne jede Verzögerung das Baurecht herstellen.“⁷⁸⁵
- b) Anti-Stau-Programm des Bundes umsetzen: +
- „In den nächsten zwei Jahren wird Nordrhein-Westfalen zusätzlich 184 Millionen Mark für den Bundesfernstraßenbau erhalten; hinzu kommt das schon im Februar beschlossene Anti-Stau-Programm mit einem Finanzvolumen von rund 1,2 Milliarden DM für den Bundesstraßenbau in unserem Land.“⁷⁸⁶

⁷⁸⁰ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 35.

⁷⁸¹ ebda., S. 36.

⁷⁸² Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 8.

⁷⁸³ ebda., S. 22.

⁷⁸⁴ ebda., S. 22f.

⁷⁸⁵ ebda., S. 23.

⁷⁸⁶ ebda., S. 22.

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Verkehrsinfrastruktur ausbauen um Staus zu reduzieren: +
- „Mit unserer Integrierten Gesamtverkehrsplanung gelingt es uns, den jeweils besten Beitrag der einzelnen Verkehrsträger für die Sicherung der Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Wirtschaft zu realisieren. Das bedeutet unter anderem: Ausbau an den regionalen und lokalen Belastungsschwerpunkten, (...) Entlastung der Menschen von Verkehrsbelastungen(...).“⁷⁸⁷
 - „Mit Nachdruck werden wir Lücken im Fernstraßennetz schließen, den Bau von Ortsumgehungen und den Ausbau vorhandener Straßen umsetzen, um Engpässe zu beseitigen und den gewachsenen Mobilitätsansprüchen gerecht zu werden.“⁷⁸⁸
- b) Anti-Stau-Programm des Bundes umsetzen: 0

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Verkehrsinfrastruktur ausbauen um Staus zu reduzieren: +
- „Die Leistungsfähigkeit unseres Straßennetzes durch Neu- und Ausbaumaßnahmen zu erhalten, bleibt auch weiterhin eine zentrale Zukunftsaufgabe unserer Verkehrspolitik. Bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Investitionen ins "Anti-Stau-Programm" haben wir klare Prioritäten gesetzt und 1,2 Mrd. DM allein für Straßenverkehrsinfrastruktur für unser Land mobilisiert. Damit werden wir bis 2007 15 Engpässe auf unseren Autobahnen beseitigen.“⁷⁸⁹
- b) Anti-Stau-Programm des Bundes umsetzen: +
- „Bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Investitionen ins "Anti-Stau-Programm" haben wir klare Prioritäten gesetzt und 1,2 Mrd. DM allein für Straßenverkehrsinfrastruktur für unser Land mobilisiert. Damit werden wir bis 2007 15 Engpässe auf unseren Autobahnen beseitigen.“⁷⁹⁰

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) Verkehrsinfrastruktur ausbauen um Staus zu reduzieren: -
- „Es ist eine Illusion zu glauben, dass der Ausbau und Neubau von Straßen die Verkehrsprobleme in NRW lösen könnte. Einen entscheidenden Beitrag stellt die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene dar.“⁷⁹¹
 - „Um den Dauerstau aufzulösen, müssen die Lkw-Kolonnen auf die Schiene verlagert werden. Das kann nur mit einer Senkung der Trassenpreise (Schienebenutzungsgebühr) und einer angemessenen Straßenbenutzungsgebühr (Schwerverkehrsabgabe) für Lkw gelingen.“⁷⁹²
 - „Ein weiterer Beitrag zur Entlastung der Autobahnen vom Güterverkehr ist die bessere Nutzung der Wasserwege. Die Binnenhäfen in NRW bieten ein großes, aber teilweise ungenutztes Potential für die Verknüpfung von Wasserstraße, Schiene und Straße. Wir wollen sie fördern und streben eine Koordination mit den anderen Verkehrsträgern und anderen mitteleuropäischen Häfen – besonders in den Niederlanden – an.“⁷⁹³
- b) Anti-Stau-Programm des Bundes umsetzen: -
- „Es ist eine Illusion zu glauben, dass der Ausbau und Neubau von Straßen die Verkehrsprobleme in NRW lösen könnte. Einen entscheidenden Beitrag stellt die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene dar.“⁷⁹⁴

⁷⁸⁷ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 19.

⁷⁸⁸ ebda., S. 19.

⁷⁸⁹ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁹⁰ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁷⁹¹ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 37.

⁷⁹² ebda., S. 37.

⁷⁹³ ebda., S. 37.

⁷⁹⁴ ebda., S. 37.

Schienenverkehr

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Umweltbelastung durch Verlagerung Verkehr auf Schiene reduzieren: 0
- b) Verkehrsinfrastruktur ausbauen um Pünktlichkeit der Züge zu erhöhen: +
 - „Die Modernisierung des ÖPNV-Fahrzeugparks soll die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs steigern, nicht zuletzt die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit des Nahverkehrs erhöhen.“⁷⁹⁵
- c) Taktfolge des Schienenverkehrs verbessern: +
 - „Wir werden deshalb die Nahverkehrsangebote in unserem Land durch dichtere Takte konsequent verbessern. Dazu gehört, dass der bestehende 20-Minuten-Takt auf wichtigen Strecken auf einen 15-Minuten-Takt verdichtet wird. Für die hauptbelasteten Strecken kommen wir damit zu einem 7,5-Minuten-Takt. Zusätzlich soll das Angebot der Regional-Expresslinien vom bisherigen Stunden- auf einen 30-Minuten-Takt verbessert werden.“⁷⁹⁶
- d) Betuwe-Linie realisieren: +
 - „Wir wollen die Verlängerung der Betuwe-Linie auch auf deutscher Seite.“⁷⁹⁷
- e) Eisernen Rhein realisieren: +
 - „Wir wollen den „Eisernen Rhein“.“⁷⁹⁸
- f) Hochgeschwindigkeitsstrecken realisieren: +
 - „Mit dem METRORAPID wollen wir über die erheblichen Verbesserungen unserer Nahverkehrs-Infrastruktur einen großen Schritt hinaus tun.“⁷⁹⁹
 - „Unser Ziel ist es - sollten sich unsere Erwartungen bestätigen - den METRORAPID möglichst schon zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in Betrieb zu nehmen.“⁸⁰⁰
- g) Schienenverkehr in der Fläche erhalten: 0

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Umweltbelastung durch Verlagerung Verkehr auf Schiene reduzieren: +
 - „Immer mehr Menschen von der Straße auf die Schiene bringen. Wir werden an dem Ziel festhalten, immer mehr Personen und Güter auf der Schiene zu transportieren.“⁸⁰¹
- b) Verkehrsinfrastruktur ausbauen um Pünktlichkeit der Züge zu erhöhen: +
 - „Wir wollen mithelfen, für Straßenbahnen, U-Bahnen, S-Bahnen, Regionalbahnen und Stadtexpresszüge (...) Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sauberkeit, Sicherheit und Service weiter zu verbessern.“⁸⁰²
- c) Taktfolge des Schienenverkehrs verbessern: +
 - „Im Öffentlichen Nahverkehr werden wir ab dem 15. Dezember den Integralen Taktfahrplan Stufe 2 verwirklichen. Wir nehmen uns vor, noch in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen zu schaffen, in der kommenden Legislaturperiode den Integralen Taktfahrplan 3 zu verwirklichen.“⁸⁰³
- d) Betuwe-Linie realisieren: 0
- e) Eisernen Rhein realisieren: 0
- f) Hochgeschwindigkeitsstrecken realisieren: +

⁷⁹⁵ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 24f.

⁷⁹⁶ ebda., S. 24f.

⁷⁹⁷ ebda., S. 37.

⁷⁹⁸ ebda., S. 37.

⁷⁹⁹ ebda., S. 25.

⁸⁰⁰ ebda., S. 25.

⁸⁰¹ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 19.

⁸⁰² ebda., S. 19.

⁸⁰³ ebda., S. 19.

- „Wir nehmen uns vor, noch in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen zu schaffen, in der kommenden Legislaturperiode den Integralen Taktfahrplan 3 zu verwirklichen. Sein Leistungsumfang soll dabei im Ballungsraum Rhein-Ruhr wesentlich vom Metrorapid mitgetragen werden.“⁸⁰⁴
 - „Die Landesregierung will den Metrorapid und damit eine Zukunftstechnologie, die international bereits Interesse gefunden hat, nach Nordrhein-Westfalen holen. (...) Dafür ist allerdings Voraussetzung, dass der Bund die Zusage aus seiner Koalitionsvereinbarung erfüllt und noch im Jahr 2003 auskömmliche Barmittel zur Verfügung stellt.“⁸⁰⁵
- g) Schienenverkehr in der Fläche erhalten: 0

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Umweltbelastung durch Verlagerung Verkehr auf Schiene reduzieren: +
- „Die Eisenbahnen müssen den Straßen- und Luftverkehr in Zukunft stärker entlasten. Die Optimierung der Schienenverkehrsverbindungen für den Personenverkehr und zu unseren wichtigsten Güterumschlagplätzen in Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen, insbesondere durch die Betuwe-Linie und den "Eisernen Rhein", ist für uns eine herausragende verkehrs- und europapolitische Aufgabe der nächsten Jahre. Wir werden auch die Bahnverbindungen in der Fläche weiter verbessern.“⁸⁰⁶
 - „Den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes und seine Integration in das System der transeuropäischen Netze treiben wir mit Hochdruck voran, auch um den Luftverkehr zu entlasten.“⁸⁰⁷
- b) Verkehrsinfrastruktur ausbauen um Pünktlichkeit der Züge zu erhöhen: +
- „Wir werden die Akzeptanz und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs weiter verbessern, indem wir in die Vernetzung, die Sicherheit, die Sauberkeit und den Service investieren und den ÖPNV zuverlässiger machen. Diese Ziele wollen wir durch moderne Fahrzeuge, erhöhte personelle Präsenz im Nahverkehr, bauliche Modernisierungen im Bahnhofsbereich, neue Servicekonzepte und mehr Sicherheit im Bereich von Haltestellen und Bahnhöfen erreichen.“⁸⁰⁸
- c) Taktfolge des Schienenverkehrs verbessern: 0
- d) Betuwe-Linie realisieren: +
- „Die Optimierung der Schienenverkehrsverbindungen für den Personenverkehr und zu unseren wichtigsten Güterumschlagplätzen in Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen, insbesondere durch die Betuwe-Linie (...) ist für uns eine herausragende verkehrs- und europapolitische Aufgabe der nächsten Jahre.“⁸⁰⁹
- e) Eisernen Rhein realisieren: +
- „Die Optimierung der Schienenverkehrsverbindungen für den Personenverkehr und zu unseren wichtigsten Güterumschlagplätzen in Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen, insbesondere durch (...) den "Eisernen Rhein", ist für uns eine herausragende verkehrs- und europapolitische Aufgabe der nächsten Jahre.“⁸¹⁰
- f) Hochgeschwindigkeitsstrecken realisieren: +
- „Den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes und seine Integration in das System der transeuropäischen Netze treiben wir mit Hochdruck voran, auch um den Luftverkehr zu entlasten.“⁸¹¹
- g) Schienenverkehr in der Fläche erhalten: +
- „Wir werden auch die Bahnverbindungen in der Fläche weiter verbessern.“⁸¹²

⁸⁰⁴ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 19f.

⁸⁰⁵ ebda., S. 20.

⁸⁰⁶ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁸⁰⁷ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁸⁰⁸ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁸⁰⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁸¹⁰ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁸¹¹ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁸¹² ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

Landtagswahlprogramm Grüne

a) Umweltbelastung durch Verlagerung Verkehr auf Schiene reduzieren: +

- „Nordrhein-Westfalen benötigt dringend neue Strecken und Linien sowie verdichtete Taktzeiten, um einen größeren Teil des Verkehrsaufkommens von der Straße auf die Schiene zu lenken. Insbesondere zwischen den Ballungszentren des Ruhrgebietes und den Städten der Rhein-Schiene sowie zwischen dem Norden und Süden des Ruhrgebietes sind solche Maßnahmen zur Förderung des Schienenverkehrs erforderlich.“⁸¹³
- „Es ist eine Illusion zu glauben, dass der Ausbau und Neubau von Straßen die Verkehrsprobleme in NRW lösen könnte. Einen entscheidenden Beitrag stellt die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene dar. Lkw erhöhen durch die Verursachung von Staus die Schadstoff- und Lärmemissionen des Verkehrs.“⁸¹⁴
- „Um den Dauerstau aufzulösen, müssen die Lkw-Kolonnen auf die Schiene verlagert werden. Das kann nur mit einer Senkung der Trassenpreise (Schienenbenutzungsgebühr) und einer angemessenen Straßenbenutzungsgebühr (Schwerverkehrsabgabe) für Lkw gelingen.“⁸¹⁵

b) Verkehrsinfrastruktur ausbauen um Pünktlichkeit der Züge zu erhöhen: +

- „Mit einem Pünktlichkeitsprogramm muss zielstrebig gegen Verspätungen und ausgefallene Züge vorgegangen werden. Landeszuschüsse an die Deutsche Bahn müssen gemindert werden, wenn versprochene Leistungen nicht erbracht oder auch unzumutbare Verschmutzungen von Bahnhöfen und Waggons nicht abgestellt werden.“⁸¹⁶

c) Taktfolge des Schienenverkehrs verbessern: +

- „Nordrhein-Westfalen benötigt dringend (...) verdichtete Taktzeiten, um einen größeren Teil des Verkehrsaufkommens von der Straße auf die Schiene zu lenken. Insbesondere zwischen den Ballungszentren des Ruhrgebietes und den Städten der Rhein-Schiene sowie zwischen dem Norden und Süden des Ruhrgebietes sind solche Maßnahmen zur Förderung des Schienenverkehrs erforderlich.“⁸¹⁷

d) Betuwe-Linie realisieren: 0

e) Eisernen Rhein realisieren: +

- „Beim umweltgerechten Ausbau des Eisernen Rheins (Antwerpen – Ruhrgebiet) und der Betuwe-Linie (Rotterdam–Duisburg), ist besondere Rücksicht auf den Lärmschutz der betroffenen Siedlungsgebiete zu nehmen. Zur Entlastung der Strecke Emmerich-Oberhausen ist eine Verlagerung auf die Binnenschifffahrt und der Bau von Schienenbypässen notwendig.“⁸¹⁸

f) Hochgeschwindigkeitsstrecken realisieren: 0

g) Schienenverkehr in der Fläche erhalten: +

- „Zahlreiche Bahnstrecken konnten vor der Stilllegung bewahrt werden, 18 Strecken sind mittlerweile zur Reaktivierung vorgesehen; (...).“⁸¹⁹
- „Für die nächsten 5 Jahre stehen folgende Aufgaben im Mittelpunkt: Schienenstrecken sollen erhalten, modernisiert und reaktiviert werden. Nordrhein-Westfalen benötigt dringend neue Strecken und Linien (...).“⁸²⁰

⁸¹³ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 36.

⁸¹⁴ ebda., S. 37.

⁸¹⁵ ebda., S. 37.

⁸¹⁶ ebda., S. 36.

⁸¹⁷ ebda., S. 36.

⁸¹⁸ ebda., S. 37.

⁸¹⁹ ebda., S. 35.

⁸²⁰ ebda., S. 36.

Luftverkehr

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) Bei Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur Maßnahmen zur Reduzierung Fluglärm ergreifen: +
- „Für den Flughafen Köln/Bonn werden wir die Regelungen des vom Landtag verabschiedeten 22-Punkte-Programms zur Verringerung der Lärmbelastung mit Nachdruck weiter verfolgen. Ich begrüße ausdrücklich, dass das Unternehmen United Parcel Service seinen – lauten - Fracht-Jumbo Boeing 747-100/200 ab 19. September dieses Jahres nicht mehr in der Nacht fliegen lassen wird. Die Starts werden dann auf die Zeit nach sechs Uhr morgens verlegt.“⁸²¹
 - „Zur schnellen Bearbeitung von Beschwerden und zur Vermittlung zwischen Anwohnern und Flughafeninteressen beim Lärmschutz wird am Flughafen Köln/Bonn zusätzlich ein Bürgerbeauftragter eingesetzt.“⁸²²
 - „Die Landesregierung wird ihre Politik zum Schutz von Wasser, Luft und Böden, zum Schutz vor Lärm – Aktionsprogramm Lärmschutz -, vor anderen Umweltbeeinträchtigungen und zur Abfallvermeidung weiter führen.“⁸²³
- b) Bei Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur Maßnahmen zum Schutz der Nachtruhe ergreifen: +
- „Es liegt auf der Hand, dass es an unseren Flughäfen besonderer Anstrengungen bedarf, den verkehrlichen und ökonomischen Interessen gerecht zu werden und zugleich die berechtigten Schutzinteressen der Anwohnerinnen und Anwohner zu wahren. Diese Schutzinteressen nehmen wir sehr ernst. Die Koalitionsfraktionen haben sich deshalb auf Nachtflugregelungen für die Flughäfen Münster/Osnabrück und Paderborn/Lippstadt verständigt. Wir setzen uns überall für freiwillige Verlagerungen von Passagier- und Frachtflügen aus der Nacht in die Morgen- und Abendstunden ein.“⁸²⁴

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) Bei Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur Maßnahmen zur Reduzierung Fluglärm ergreifen: 0
- b) Bei Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur Maßnahmen zum Schutz der Nachtruhe ergreifen: 0

Landtagswahlprogramm SPD

- a) Bei Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur Maßnahmen zur Reduzierung Fluglärm ergreifen: +
- „Ein hochleistungsfähiger Luftverkehr ist und bleibt unverzichtbar für Nordrhein-Westfalen. Das Anfang der 90er Jahre entwickelte Luftverkehrskonzept werden wir den Anforderungen des neuen Jahrhunderts mit einem weiterhin dynamischen Wachstums des Luftverkehrs und der damit verbundenen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte anpassen und konsequent fortschreiben – wobei wir weiterhin eine sorgfältige Abwägung zwischen dem Lärmschutz und den ökologischen Interessen unseres Landes und seiner Menschen mit den verkehrswirtschaftlichen Erfordernissen gewährleisten.“⁸²⁵
 - „Vorrangig sind Steigerungen der Kapazitäten und der Leistungsfähigkeit des Flughafens Düsseldorf sowie der Passagier- und Frachtabfertigungsanlagen auf dem Flughafen Köln/Bonn. Diese müssen so gestaltet werden, dass optimaler Lärmschutz für die Anlieger garantiert wird.“⁸²⁶
- b) Bei Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur Maßnahmen zum Schutz der Nachtruhe ergreifen: +
- „Ein hochleistungsfähiger Luftverkehr ist und bleibt unverzichtbar für Nordrhein-Westfalen. Das Anfang der 90er Jahre entwickelte Luftverkehrskonzept werden wir den Anforderungen des neuen Jahrhunderts mit einem weiterhin dynamischen Wachstums des Luftverkehrs und der damit verbundenen Wertschöpfungs- und

⁸²¹ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 23.

⁸²² ebda., S. 24.

⁸²³ ebda., S. 26.

⁸²⁴ ebda., S. 23.

⁸²⁵ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁸²⁶ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

*Beschäftigungseffekte anpassen und konsequent fortschreiben – wobei wir weiterhin eine sorgfältige Abwägung zwischen dem Lärmschutz und den ökologischen Interessen unseres Landes und seiner Menschen mit den verkehrswirtschaftlichen Erfordernissen gewährleisten.*⁸²⁷

- *„Vorrangig sind Steigerungen der Kapazitäten und der Leistungsfähigkeit des Flughafens Düsseldorf sowie der Passagier- und Frachtabfertigungsanlagen auf dem Flughafen Köln/Bonn. Diese müssen so gestaltet werden, dass optimaler Lärmschutz für die Anlieger garantiert wird.“*⁸²⁸

Landtagswahlprogramm Grüne

a) Bei Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur Maßnahmen zur Reduzierung Fluglärm ergreifen:

- *„Wir geben in der Interessenabwägung den gesundheitlichen und ökologischen Bedürfnissen den Vorrang vor den rein wirtschaftlichen Interessen der Flughafenexpansion.“*⁸²⁹
- *„Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass der Flugverkehr durch die Einführung einer Kerosinsteuer auf Bundes- und Europaebene wie alle anderen Verkehrsträger mit Steuern belastet und so die Chancengleichheit mit der Bahn hergestellt wird. Dringend müssen die Inlandsflüge und die Flüge zu den unmittelbaren Nachbarn in den Niederlanden und Belgien durch den Ausbau des ICE-, IC- und EC-Netzes ersetzt werden. So können Zubringer- und Kurzstreckenflüge entfallen.“*⁸³⁰
- *„Wir wollen, dass der Luftverkehr nicht weiter subventioniert wird und sich die Flughäfen selbst finanzieren müssen. Zuschüsse aus Landesmitteln verzerren den Wettbewerb mit umweltverträglicheren Verkehrsträgern und werden von uns wie der weitere Ausbau von Flughäfen abgelehnt.“*⁸³¹

b) Bei Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur Maßnahmen zum Schutz der Nachtruhe ergreifen:

- *„Unser besonderes Augenmerk gilt dem Lärmschutz der AnwohnerInnen. Der technische Fortschritt muss den vom Lärm geplagten Menschen zu Gute kommen. Besonders die Nachtruhe ist zu schützen. Deswegen wollen wir Nachtflugverbote an allen Flughäfen in NRW.“*⁸³²
- *„Köln/Bonn, der Flughafen mit den meisten Nachtflügen in Deutschland wird nach jahrelangem Wachstum im Jahr 2000 rund 40.000 Nachtflüge haben. Unterhalb unseres Zieles eines vollständigen Nachtflugverbotes verfolgen wir kurzfristig das Ziel, dass ein Nachtflugverbot für Passagierflüge zwischen 0 und 5 Uhr und für besonders laute Frachtflugzeuge zwischen 22 und 6 Uhr, gemäß der 22-Punkte-Vereinbarung der rot-grünen Landesregierung zur Nachtflugregelung, endlich realisiert wird.“*⁸³³
- *Wir setzen uns für eine enge Kooperation der Flughäfen von Düsseldorf und Köln/Bonn ein. Dadurch kann eine effizientere Arbeitsteilung erreicht, der Ausbau der Landebahn Düsseldorf sowie der Parallelbahn in Köln/Bonn und auch die weitere Zerstörung der Wahner Heide verhindert werden. Dabei muss gelten: Solange nicht wirksame und deutlich über die geltende Nachtflugregelung hinausgehende Einschränkungen des Nachtfluges am Flughafen Köln-Bonn realisiert sind, sollen keine Flüge von Düsseldorf nach Köln-Bonn verlagert werden. Eine Privatisierung des FKB wird solange abgelehnt, wie ein Nachtflugverbot fehlt und dies als „Standortvorteil“ nur zu höheren Verkaufserlösen und zu später schlechteren Möglichkeiten für die Einführung eines Nachtflugverbotes führt. Den Ausbau des internationalen Verkehrsflughafens Münster-Osnabrück zum Interkontinentalflughafen lehnen wir ab.“*⁸³⁴

⁸²⁷ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁸²⁸ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁸²⁹ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 37.

⁸³⁰ ebda., S. 37.

⁸³¹ ebda., S. 37.

⁸³² ebda., S. 37.

⁸³³ ebda., S. 37f.

⁸³⁴ ebda., S. 38.

2.4 Umweltpolitik

19 Handlungsabsichten der Präambel des Koalitionsvertrages lassen sich der Umweltpolitik zuordnen, davon zielen 14 auf die ökologische Modernisierung, vier auf die Reduzierung von CO₂-Emissionen. Nur zwei aus dem Bereich der ökologischen Modernisierung sind konkret genug formuliert um einer Umsetzungsanalyse unterzogen werden zu können; beide wurden in der 13. Legislaturperiode auch verwirklicht. Einmal geht es um die Fortführung der Agenda 21⁸³⁵, im anderen Fall um die Weiterführung des Zukunftsinvestitionsprogramms Arbeit und Umwelt.⁸³⁶

Ökologische Modernisierung

Regierungserklärung Wolfgang Clement

- a) vorbildhafte Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit: +
- „Unsere Leitbegriffe für das neue Nordrhein-Westfalen sind: Bildung und Qualifizierung, Mobilität, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.“⁸³⁷
 - „Dabei bleibt Nachhaltigkeit Maßstab unseres Handelns. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung will einen effizienten Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Wir verbinden den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und den Schutz der Menschen vor Umweltgefahren mit dem Strukturwandel in unserem Land.“⁸³⁸
 - „Künftige Generationen müssen erwarten, dass unsere Energiepolitik nicht zu ihren Lasten geht. Deshalb sind Energieeinsparung und eine rationelle Energienutzung unverzichtbare Ziele, sie bedeuten Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Klimaschutz.“⁸³⁹
 - „Bei der Modernisierung unseres Landes folgen wir in dieser Verantwortung für unsere Kinder und Kinderkinder dem Leitbild der Nachhaltigkeit.“⁸⁴⁰
- b) Strukturwandel umweltverträglich gestalten: +
- „Wir verbinden den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und den Schutz der Menschen vor Umweltgefahren mit dem Strukturwandel in unserem Land.“⁸⁴¹
- c) Etablierung eines Kabinettsausschuss zur Nachhaltigkeit im Rahmen der Agenda 21 NRW : +
- „Im Mittelpunkt unserer Umweltpolitik steht die Absicht, von der traditionellen Nachsorge zur Umweltvorsorge überzugehen. In einem Staatssekretärs-Ausschuss unter Federführung des Umweltministeriums werden wir den gesellschaftlichen Dialog und unser konkretes politisches Handeln zur Umsetzung der Leitlinien der „Agenda 21“ auf der Grundlage der Beschlüsse des Landtags zusammenführen.“⁸⁴²
- d) Möglichst umweltverträgliche Nutzung der Stein- und Braunkohle: +
- „Künftige Generationen müssen erwarten, dass unsere Energiepolitik nicht zu ihren Lasten geht. Deshalb sind Energieeinsparung und eine rationelle Energienutzung unverzichtbare Ziele, sie bedeuten Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Klimaschutz.“⁸⁴³

⁸³⁵ vgl. Koalitionsvertrag NRW 2000 – 2005, S. 9.

⁸³⁶ vgl. ebda., S. 13.

⁸³⁷ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 8.

⁸³⁸ ebda., S. 8.

⁸³⁹ ebda., S. 14.

⁸⁴⁰ ebda., S. 25.

⁸⁴¹ ebda., S. 8.

⁸⁴² ebda., S. 8.

⁸⁴³ ebda., S. 14.

- e) Agenda-21-Prozess zeitnah weiterentwickeln und umsetzen: +
 - „Dafür ist die Agenda 21 eine wichtige Grundlage. Sie werden wir gemeinsam mit unseren Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft, aus den Gewerkschaften, aus den Umwelt- und Verbraucherorganisationen, aus den Kirchen und aus anderen gesellschaftlichen Organisationen entwickeln und umsetzen. Im Agenda-21-Prozess sind in unseren Städten und Gemeinden bereits viele Initiativen entstanden. Ihr Engagement wollen wir auch in Zukunft fördern.“⁸⁴⁴
- f) Entwicklung von Technologien des produktionsintegrierten Umweltschutz: +
 - „Die Entwicklung und Einführung neuer produktionsorientierter und damit an den Ursachen der Umweltzerstörung ansetzender Technologien und Verfahren und innovativer Produkte und Dienstleistungen werden zur Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen beitragen. Dazu wollen wir unter anderem das „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt“ weiter führen.“⁸⁴⁵
- g) Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt weiterführen: +
 - „Dazu wollen wir unter anderem das „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt“ weiter führen.“⁸⁴⁶
- h) Förderung von Umweltmanagementsystemen weiterführen: 0

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) vorbildhafte Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit: +
 - „Wir verbinden den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen mit dem wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel im Land. Wir unterstützen - beispielsweise mit der Effizienz-Agentur NRW - die Wirtschaft beim sparsamen Umgang mit Energie, Ressourcen und Material. Wir stärken Nordrhein-Westfalen als führenden Standort für erneuerbare Energien. Wir organisieren diesen Prozess gemeinsam mit den Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft, Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherorganisationen, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen.“⁸⁴⁷
 - „Ein Schwerpunkt der Nachhaltigkeit lautet selbstverständlich Klimaschutz. Deshalb setzen wir verstärkt auf erneuerbare Energien.“⁸⁴⁸
 - „Wir wollen mit dem Programm „Ländlicher Raum“ die Vorreiterrolle unseres Landes bei der Agrarförderung weiter ausbauen. Wir setzen klare Prioritäten für den Umweltschutz, den Tierschutz, für eine bäuerliche Landwirtschaft und den Verbraucherschutz.“⁸⁴⁹
 - „Wir werden unsere Vorrangstellung im Verbraucherschutz dadurch unterstreichen, dass wir den Vorsorgegesichtspunkt verstärken. Darum werden wir in den nächsten Jahren eine Kampagne zum nachhaltigen Konsum durchführen.“⁸⁵⁰
- b) Strukturwandel umweltverträglich gestalten: +
 - „Wir verbinden den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen mit dem wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel im Land.“⁸⁵¹
- c) Etablierung eines Kabinettausschuss zur Nachhaltigkeit im Rahmen der Agenda 21 NRW : 0
- d) Möglichst umweltverträgliche Nutzung der Stein- und Braunkohle: +
 - „Wir werden auch in Zukunft die Energieeffizienz in allen angewandten Technologien steigern, das Energiesparen forcieren und damit zugleich die längere Verfügbarkeit aller Primärenergieträger sichern und durch bessere Kraftwerkstechnik Emissionen, insbesondere Kohlendioxid, vermindern.“⁸⁵²

⁸⁴⁴ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 25.

⁸⁴⁵ ebda., S. 26.

⁸⁴⁶ ebda., S. 26.

⁸⁴⁷ Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 15.

⁸⁴⁸ ebda., S. 16.

⁸⁴⁹ ebda., S. 16.

⁸⁵⁰ ebda., S. 16.

⁸⁵¹ ebda., S. 20.

- „Die heimischen Energieträger Braun- und Steinkohle sind eine wesentliche Grundlage der nordrhein-westfälischen Energieversorgung. Ein lebens- und leistungsfähiger Steinkohlenbergbau wird auch in Zukunft auf Beihilfen angewiesen sein. Die Landesregierung wird die Umsetzung der Kohlevereinbarung von 1997, die den Beihilferahmen bis 2005 festlegt, sicherstellen. Sie wird die mit dem Bund und der EU getroffene EGKS-Anschlussregelung bis 2010 umsetzen.“⁸⁵³
- e) Agenda-21-Prozess zeitnah weiterentwickeln und umsetzen: +
 - „„Zuhören, Entscheiden, Handeln“ - das ist unsere Maxime. Mit diesem Ansatz haben wir bereits in vielen Bereichen (...), in der Agenda 21, (...) - erfolgreich zusammengearbeitet. Das wollen wir auch in Zukunft tun.“⁸⁵⁴
 - „Wir setzen schon jetzt die Agenda 21 in die Praxis um, indem wir kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, ressourceneffizient zu produzieren und damit nicht nur der Umwelt zu nutzen, sondern auch die Kosten zu reduzieren.“⁸⁵⁵
 - „Prozess der Agenda 21 NRW voran treiben. Wir werden den Prozess der Agenda 21 NRW als übergreifende Nachhaltigkeitsstrategie erfolgreich durchführen; gemeinsam mit den Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft, Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherorganisationen, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen.“⁸⁵⁶
- f) Entwicklung von Technologien des produktionsintegrierten Umweltschutz: +
 - „Wir unterstützen - beispielsweise mit der Effizienz-Agentur NRW - die Wirtschaft beim sparsamen Umgang mit Energie, Ressourcen und Material. Wir fördern den Einsatz modernster Technologien aus unserem Land zum Wohle der Länder des Südens und des Ostens und natürlich Nordrhein-Westfalens.“⁸⁵⁷
- g) Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt weiterführen: 0
- h) Förderung von Umweltmanagementsystemen weiterführen: 0

Landtagswahlprogramm SPD

- a) vorbildhafte Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit: +
 - „Die 120 Projekte der Internationalen Bauausstellung Emscher Park haben in den letzten zehn Jahren Maßstäbe für Urbanität, für Partizipation, für Gestaltung der Umwelt, für nachhaltige Entwicklung, für Lebensqualität und kulturelle Vielfalt in den Regionen gesetzt. Diese Erfahrung werden wir nutzen, um den Strukturwandel im Ruhrgebiet und darüber hinaus auch in Zukunft voran zu bringen und zugleich sozialverträglich zu gestalten.“⁸⁵⁸
 - „Deshalb wollen wir auch in Zukunft den von der Agenda 21 angestoßenen Prozess unterstützen und eine ökonomisch nachhaltige, sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung voranbringen – in Nordrhein-Westfalen ebenso wie im internationalen Rahmen.“⁸⁵⁹
- b) Strukturwandel umweltverträglich gestalten
 - „Deshalb wollen wir auch in Zukunft den von der Agenda 21 angestoßenen Prozess unterstützen und eine ökonomisch nachhaltige, sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung voranbringen – in Nordrhein-Westfalen ebenso wie im internationalen Rahmen.“⁸⁶⁰
- c) Etablierung eines Kabinettsausschuss zur Nachhaltigkeit im Rahmen der Agenda 21 NRW : 0
- d) Möglichst umweltverträgliche Nutzung der Stein- und Braunkohle: +

⁸⁵² Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 16.

⁸⁵³ ebda., S. 20f.

⁸⁵⁴ ebda., S. 6.

⁸⁵⁵ ebda., S. 16.

⁸⁵⁶ ebda., S. 27.

⁸⁵⁷ ebda., S. 15.

⁸⁵⁸ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_8.asp

⁸⁵⁹ ebda., http://web.archive.org/web/20011122071614/www.nrwspd.de/politik/rp2000_13.asp

⁸⁶⁰ ebda., http://web.archive.org/web/20011122071614/www.nrwspd.de/politik/rp2000_13.asp

- „Dabei bleiben die kostengünstige Braunkohle und die Steinkohle für uns unverzichtbare Bestandteile einer zukunftsorientierten, auf Hochtechnologie basierenden Energieversorgung.“⁸⁶¹
- e) Agenda-21-Prozess zeitnah weiterentwickeln und umsetzen: +
 - „Deshalb wollen wir auch in Zukunft den von der Agenda 21 angestoßenen Prozess unterstützen und eine ökonomisch nachhaltige, sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung voranbringen – in Nordrhein-Westfalen ebenso wie im internationalen Rahmen.“⁸⁶²
- f) Entwicklung von Technologien des produktionsintegrierten Umweltschutz : 0
- g) Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt weiterführen: 0
- h) Förderung von Umweltmanagementsystemen weiterführen: 0

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) vorbildhafte Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit: +
 - „Sie hat wichtige Impulse für eine an dem Leitbild der Nachhaltigkeit orientierte wirtschaftliche Entwicklung gesetzt. Und Michael Vesper ist es gelungen, ökologische und soziale Politik im Sektor Bauen und Wohnen zusammenzuführen, dessen Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung ins Bewusstsein zu rücken und Nordrhein-Westfalen zum Spitzenreiter bei der Markteinführung erneuerbarer Energien zu machen. Wir wollen diese Arbeit in den kommenden fünf Jahren noch kraftvoller weiterführen.“⁸⁶³
 - „Das verpflichtet uns, mit den Ressourcen sparsam umzugehen, sie effizienter zu nutzen, die ökologischen Rucksäcke, die wir tragen, so klein wie möglich zu halten und besonders auf Bildung und Ausbildung einen Schwerpunkt zu legen: Wir setzen uns für intelligente Lösungen ein, um den Verbrauch endlicher Ressourcen wie der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas und zugleich den Ausstoß von Schadstoffen wie des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) spürbar zu verringern.“⁸⁶⁴
 - „Umweltpolitik bleibt Kernaufgabe des Staates. Es ist eine der wichtigsten Funktionen des Staates, für einheitliche Rahmenbedingungen zu sorgen und den Schutz der Menschen und der Natur zu gewährleisten. Aktiver Umweltschutz ist vorbeugender Gesundheitsschutz. Hierfür bedarf es einer starken und gut organisierten Umweltverwaltung. Den in der letzten Legislaturperiode beschrittenen Weg, die Umweltinformationsrechte und -möglichkeiten der Bevölkerung zu stärken, wollen wir fortsetzen.“⁸⁶⁵
 - „Mit der Initiative „Ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft in NRW“ wurden bis heute weit über 10.000 Einzelmaßnahmen etwa zur Entsiegelung von Böden, zur Optimierung von Kleinkläranlagen, zur Nutzung von Regenwasser oder zur Abwasservermeidung und -behandlung gefördert. Das Konzept für einen nachhaltigen Hochwasserschutz, mit dem unter anderem ca. 60 km² natürlicher Überschwemmungsfläche in unserem Land zurückgewonnen werden, findet bundesweit Beachtung und Anerkennung. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.“⁸⁶⁶
- b) Strukturwandel umweltverträglich gestalten: +
 - „Bündnis 90/Die Grünen treten für einen beschleunigten Strukturwandel ein, für eine Strategie der breiten Einführung von effizienten Technologien und ressourcenschonenden Produktionen und Dienstleistungen. (...) Der Leitbegriff der Nachhaltigkeit hat auch hier seine Gültigkeit: Nur eine Wirtschaftspolitik, die die Interessen der kommenden Generationen und den Zustand der Ökosysteme integriert, hat Zukunft. Sie zielt auf die Schonung von Ressourcen, betriebswirtschaftliche Kosteneinsparung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.“⁸⁶⁷

⁸⁶¹ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20010823012417/www.nrwspd.de/politik/rp2000_3.asp

⁸⁶² ebda., http://web.archive.org/web/20011122071614/www.nrwspd.de/politik/rp2000_13.asp

⁸⁶³ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 4.

⁸⁶⁴ ebda., S. 4.

⁸⁶⁵ ebda., S. 40.

⁸⁶⁶ ebda., S. 44.

⁸⁶⁷ ebda., S. 8.

- „Bündnis 90/Die Grünen wollen dafür sorgen, dass NRW die hiermit verbundenen Chancen nutzt, um diesen Prozess ökologisch und sozial nicht nur verträglich, sondern auch gewinnbringend zu gestalten. In kaum einem Politikbereich lassen sich Ökonomie und Ökologie, Arbeitsplatzsicherheit und Nachhaltigkeit so gut miteinander verbinden wie in der Energiepolitik.“⁸⁶⁸
- c) Etablierung eines Kabinettsausschuss zur Nachhaltigkeit im Rahmen der Agenda 21 NRW : +
 - „Als Impuls- und Beratungsgremium für die Agenda 21 möchten wir einen Zukunftsrat NRW einrichten.“⁸⁶⁹
- d) Möglichst umweltverträgliche Nutzung der Stein- und Braunkohle: +
 - „Wir setzen uns für intelligente Lösungen ein, um den Verbrauch endlicher Ressourcen wie der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas und zugleich den Ausstoß von Schadstoffen wie des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) spürbar zu verringern.“⁸⁷⁰
- e) Agenda-21-Prozess zeitnah weiterentwickeln und umsetzen: +
 - „Mit der auf unsere Initiative hin beschlossenen Agenda 21 für NRW haben wir die Grundlage für eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie für das ganze Land gelegt.“⁸⁷¹
- f) Entwicklung von Technologien des produktionsintegrierten Umweltschutz: +
 - „Dem vorbeugenden Umweltschutz gehört die Zukunft. Produktionsverfahren und Produkte, die Energie und Wasser sparen und bei denen wenig Abfall anfällt, werden in allen Kontinenten nachgefragt. Mit ihnen schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze. Der nachsorgende Umweltschutz mit seinen teuren Filteranlagen wird da, wo es geht, zunehmend durch intelligente, modulare, anpassungsfähige Lösungen ersetzt.“⁸⁷²
 - „Wir wollen eine landesweite Agenda 21 als Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen mit konkreten, verbindlichen und überprüfbaren Zielvorgaben. Sie soll Reduktionsziele und konkrete Umsetzungsschritte für den Ressourcen-, Energie-, Flächen- und Wasserverbrauch, für Abfälle, Abgase und Abwasser enthalten.“⁸⁷³
 - „Die landesweite Agenda 21 soll unter breiter Beteiligung und Mitgestaltung aller relevanten Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft stattfinden. Dabei werden wir auf eine Verknüpfung mit der Eine-Welt-Politik, mit Bildungspolitik im Sinne der Nachhaltigkeit, dem Wohnungsbau und der Frauenpolitik achten. Eine Vielzahl von neuen ökologischen Förderprogrammen, allesamt Erfolge unserer Regierungsbeteiligung in NRW, sowie eine ausgeprägte Umweltwirtschaft sind gute Fundamente für eine Agenda 21 NRW. Als Impuls- und Beratungsgremium für die Agenda 21 möchten wir einen Zukunftsrat NRW einrichten.“⁸⁷⁴
 - „Auf Initiative der grünen Umweltministerin ist 1998 die „Effizienzagentur NRW“ gegründet worden, die kleine und mittelständische Unternehmen bei der Einführung von Verfahren des produktionsintegrierten Umweltschutzes fördert und berät. Auf diese Weise stärkt die Landesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und trägt zur Verbesserung des Ressourcenschutzes bei. Gleichzeitig werden damit die Anbieter von Umweltschutztechnologien gefördert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Diese Arbeit wollen wir in den nächsten Jahren konsequent ausbauen. Mit der Förderung von Umweltmanagementsystemen in kleinen und mittelständischen Betrieben und dem Einsatz von UmweltInnovationsassistenten, wollen wir den produktionsintegrierten Umweltschutz, anknüpfend an das Modell der Landesinitiative „Zukunftsenergien“, weiter intensivieren.“⁸⁷⁵
- g) Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt weiterführen: +
 - „Von den Grünen angestoßene oder mit initiierte Programme und Projekte wie die „Gründungsoffensive NRW (GO)“, das „Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt“, die Landesinitiative „Neue Berufsfelder

⁸⁶⁸ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 30.

⁸⁶⁹ ebda., S. 41.

⁸⁷⁰ ebda., S. 4.

⁸⁷¹ ebda., S. 40.

⁸⁷² ebda., S. 5.

⁸⁷³ ebda., S. 41.

⁸⁷⁴ ebda., S. 41.

⁸⁷⁵ ebda., S. 41.

*für Frauen in Technik und Handwerk“ oder die Entwicklung örtlicher und regionaler wirtschaftspolitischer Initiativen, haben neue Spielräume eröffnet und müssen weiter ausgebaut werden.*⁸⁷⁶

h) Förderung von Umweltmanagementsystemen weiterführen: +

- *„Mit der Förderung von Umweltmanagementsystemen in kleinen und mittelständischen Betrieben und dem Einsatz von Umwelt-Innovationsassistenten, wollen wir den produktionsintegrierten Umweltschutz, anknüpfend an das Modell der Landesinitiative „Zukunftsenergien“, weiter intensivieren.“*⁸⁷⁷

Reduzierung von CO₂-Emissionen

Regierungserklärung Wolfgang Clement

a) CO₂-Emissionen bis 2005 um 25 Prozent reduzieren: 0

b) Aufgaben im Rahmen des Klimaschutzprogramms offensiv erfüllen: +

- *„In der vergangenen Legislaturperiode haben wir mit der Effizienzagentur NRW ein Kooperationsprojekt des Public Private Partnership eingerichtet, das kleine und mittelständische Unternehmen bei der Einführung und Anwendung von Technologien des produktionsintegrierten Umweltschutzes unterstützt. Diese erfolgreiche Initiative des Landes wollen wir im Sinne einer stärkeren regionalen Vernetzung ausbauen. Wir wollen deshalb Aktivitäten entwickeln, die unter Einbindung der regionalen Akteure an verschiedenen, auf unser Land verteilten Stützpunkten Maßnahmen des produktionsintegrierten Umweltschutzes, der Kreislaufwirtschaft und der Ressourcenschonung initiieren.“*⁸⁷⁸

c) Projekte etablieren, um Eigenverantwortung der Wirtschaft in Umweltfragen zu stärken: 0

d) Projekte etablieren um Effizienz des Verwaltungsvollzugs zu steigern: +

- *„Deshalb setzen wir auch innerhalb der vorhandenen Ressourcen neue Prioritäten. Wir sorgen für die qualifizierte Weiterbildung unserer Beschäftigten, um die beste Effizienz staatlicher Leistungen zu erreichen.“*⁸⁷⁹
- *„Deshalb setzen wir zur Beschleunigung und Effizienzsteigerung des administrativen Handelns einen Interministeriellen Ausschuss unter der Leitung des Chefs der Staatskanzlei ein.“*⁸⁸⁰

e) Projekte etablieren um Umweltqualität zu verbessern: +

- *„In der vergangenen Legislaturperiode haben wir mit der Effizienzagentur NRW ein Kooperationsprojekt des Public Private Partnership eingerichtet, das kleine und mittelständische Unternehmen bei der Einführung und Anwendung von Technologien des produktionsintegrierten Umweltschutzes unterstützt. Diese erfolgreiche Initiative des Landes wollen wir im Sinne einer stärkeren regionalen Vernetzung ausbauen. Wir wollen deshalb Aktivitäten entwickeln, die unter Einbindung der regionalen Akteure an verschiedenen, auf unser Land verteilten Stützpunkten Maßnahmen des produktionsintegrierten Umweltschutzes, der Kreislaufwirtschaft und der Ressourcenschonung initiieren.“*⁸⁸¹

⁸⁷⁶ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 9.

⁸⁷⁷ ebda., S. 41.

⁸⁷⁸ Wolfgang Clement: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30.08.2000, S. 26.

⁸⁷⁹ ebda., S. 9.

⁸⁸⁰ ebda., S. 10.

⁸⁸¹ ebda., S. 26.

Regierungserklärung Peer Steinbrück

- a) CO₂-Emissionen bis 2005 um 25 Prozent reduzieren: 0
- b) Aufgaben im Rahmen des Klimaschutzprogramms offensiv erfüllen : +
 - „Wir werden auch in Zukunft die Energieeffizienz in allen angewandten Technologien steigern, das Energiesparen forcieren und damit zugleich die längere Verfügbarkeit aller Primärenergieträger sichern und durch bessere Kraftwerkstechnik Emissionen, insbesondere Kohlendioxid, vermindern.“⁸⁸²
 - „Wir werden den Ausbau des Anteils der regenerativen Energien an der Stromversorgung aus ökologischer und ökonomischer Verantwortung weiter vorantreiben.“⁸⁸³
- c) Projekte etablieren, um Eigenverantwortung der Wirtschaft in Umweltfragen zu stärken: 0
- d) Projekte etablieren um Effizienz des Verwaltungsvollzugs zu steigern: +
 - „Wir wollen uns - viertens - in unserer Politik an den Grundsätzen von mehr Konzentration und Koordination orientieren. In allen Politikbereichen. Wir wollen die vorhandenen Fördermittel effizienter einsetzen, Strukturen überprüfen und straffen. Das gilt für die Medienpolitik, die Wirtschaftsförderung und die Strukturpolitik.“⁸⁸⁴
- e) Projekte etablieren um Umweltqualität zu verbessern: +
 - „Wir verbinden den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen mit dem wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel im Land. Wir unterstützen - beispielsweise mit der Effizienz-Agentur NRW - die Wirtschaft beim sparsamen Umgang mit Energie, Ressourcen und Material. Wir fördern den Einsatz modernster Technologien aus unserem Land zum Wohle der Länder des Südens und des Ostens – und natürlich Nordrhein-Westfalens. (...) Wir stärken Nordrhein-Westfalen als führenden Standort für erneuerbare Energien. Wir organisieren diesen Prozess gemeinsam mit den Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft, Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherorganisationen, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen.“⁸⁸⁵

Landtagswahlprogramm SPD

- a) CO₂-Emissionen bis 2005 um 25 Prozent reduzieren: 0
- b) Aufgaben im Rahmen des Klimaschutzprogramms offensiv erfüllen: +
 - „Deshalb wollen wir auch in Zukunft den von der Agenda 21 angestoßenen Prozess unterstützen und eine ökonomisch nachhaltige, sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung voranbringen – in Nordrhein-Westfalen ebenso wie im internationalen Rahmen.“⁸⁸⁶
- c) Projekte etablieren, um Eigenverantwortung der Wirtschaft in Umweltfragen zu stärken: 0
- d) Projekte etablieren um Effizienz des Verwaltungsvollzugs zu steigern: +
 - „Durch den Abbau von Bürokratie, durch die Vereinfachung von Verfahren und durch eine Dienstrechtsreform wollen wir unser Ziel einer schlanken, aber leistungsstarken Verwaltung in den nächsten Jahren Schritt für Schritt verwirklichen. Transparenz und Bürgerfreundlichkeit sind dabei oberste Grundsätze.“⁸⁸⁷
- e) Projekte etablieren um Umweltqualität zu verbessern: 0

Landtagswahlprogramm Grüne

- a) CO₂-Emissionen bis 2005 um 25 Prozent reduzieren: +
 - „Um das hochgesteckte Ziel von Rio 1992, die Verringerung der klimaschädlichen Emissionen um ein Viertel, erreichen zu können, brauchen wir ein umfassendes Klimaschutzkonzept mit konkreten Qualitäts- und Handlungszielen.“⁸⁸⁸

⁸⁸² Peer Steinbrück: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20.11.2002, S. 25.

⁸⁸³ ebda., S. 20.

⁸⁸⁴ ebda., S. 6.

⁸⁸⁵ ebda., S. 15.

⁸⁸⁶ Landtagswahlprogramm NRW SPD 2000: http://web.archive.org/web/20011122071614/www.nrwspd.de/politik/rp2000_13.asp

⁸⁸⁷ ebda., http://web.archive.org/web/20010424215323/www.nrwspd.de/politik/rp2000_10.asp

- b) Aufgaben im Rahmen des Klimaschutzprogramms offensiv erfüllen: +
- „Wir setzen uns für intelligente Lösungen ein, um den Verbrauch endlicher Ressourcen wie der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas und zugleich den Ausstoß von Schadstoffen wie des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) spürbar zu verringern.“⁸⁸⁹
 - „Die vorliegenden Energieszenarien zeigen übereinstimmend, dass die anerkannten Klimaschutzziele nur durch erhebliche Anstrengungen bei der CO₂-Reduktion erreicht werden können. Das langfristige Ziel ist dabei eine erhebliche Effizienzsteigerung der eingesetzten Energie mit 50 Prozent Energieeinsparung bis 2050 und einem Szenario, bei dem dann 90 Prozent der verbleibenden benötigten Energie über regenerative Energieträger erzeugt werden.“⁸⁹⁰
 - „Um die international vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen, müssen Energieverbrauch und CO-Emission des Verkehrs erheblich reduziert werden. Unsere Verkehrspolitik hat deshalb eine verkehrsträgerübergreifende, integrierte Verkehrsplanung zum Ziel. Sie umfasst die Förderung von nachhaltigen Lebensstilen und eines neuen Mobilitätsbewusstseins. Wohnorte, Arbeitsorte und Freizeitstätten müssen wieder näher zusammenrücken.“⁸⁹¹
 - „Um das hochgesteckte Ziel von Rio 1992, die Verringerung der klimaschädlichen Emissionen um ein Viertel, erreichen zu können, brauchen wir ein umfassendes Klimaschutzkonzept mit konkreten Qualitäts- und Handlungszielen.“⁸⁹²
 - „Die Weiterentwicklung der Forstwirtschaft ist für Bündnis 90/Die Grünen von großer Bedeutung. Wir werden die Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten von Holz als umweltfreundlichem, CO₂-neutralem Rohstoff sowohl im Bereich des Bauens und der Wärmedämmung als auch im Bereich der Energieerzeugung vorantreiben.“⁸⁹³
- c) Projekte etablieren, um Eigenverantwortung der Wirtschaft in Umweltfragen zu stärken: 0
- d) Projekte etablieren um Effizienz des Verwaltungsvollzugs zu steigern: +
- „Eine erfolgreiche Verwaltungsreform kann nur gelingen, wenn sie im Dialog mit den Beschäftigten durchgeführt wird. Wir wollen eine Verwaltungsreform, die mehr Bürgernähe, mehr Effizienz und mehr Transparenz gewährleistet. In den letzten fünf Jahren hat die Verwaltungsreform in NRW neuen Schwung erhalten. Diesen gilt es zu nutzen, um die innere Reform der Landesverwaltung voran zu bringen.“⁸⁹⁴
- e) Projekte etablieren um Umweltqualität zu verbessern: +
- „Auf Initiative der grünen Umweltministerin ist 1998 die „Effizienzagentur NRW“ gegründet worden, die kleine und mittelständische Unternehmen bei der Einführung von Verfahren des produktionsintegrierten Umweltschutzes fördert und berät. Auf diese Weise stärkt die Landesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und trägt zur Verbesserung des Ressourcenschutzes bei. Gleichzeitig werden damit die Anbieter von Umweltschutztechnologien gefördert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Diese Arbeit wollen wir in den nächsten Jahren konsequent ausbauen.“⁸⁹⁵

⁸⁸⁸ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nordrhein-Westfalen. Programm zur Landtagswahl 2000, S. 40.

⁸⁸⁹ ebda., S. 4.

⁸⁹⁰ ebda., S. 30.

⁸⁹¹ ebda., S. 35.

⁸⁹² ebda., S. 40.

⁸⁹³ ebda., S. 48.

⁸⁹⁴ ebda., S. 64.

⁸⁹⁵ ebda., S. 41.

3. Tabellen und Abbildungen

Tabelle 41: Anzahl Schüler und Vollzeit-Lehrerstellen NRW 2000 bis 2005

	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05
Schüler	2.871.584	2.886.101	2.908.107	2.913.332	2.903.426
hauptamtliche Lehrer	169.013	170.300	172.072	173.146	174.765
gesamt	16,99	16,94	16,90	16,83	16,61

Quelle: Interview mit Martin Krampitz, 11. April 2006

Tabelle 42: Staustunden Autobahnen NRW 2002-2005

Jahr	Staustunden	mittlere Länge in Kilometern
2002	80.498,3	1,52
2003	94.973,8	2,62
2004	107.335,0	2,32
2005	248.791,0	2,07

Quelle: Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Tabelle 43: Ausgabenverteilung Landeshaushalt NRW 2000 bis 2005 (in Tsd. €)

	2001	2002	2003	2004	2005
<i>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung</i>	<i>15.183,50</i>	<i>16.349,60</i>	<i>16.814,10</i>	<i>17.084,20</i>	<i>17.390,90</i>
allgemeinbildende und berufliche Schulen	10468,7	10.790,20	11.194,60	11.443,90	11.729,10
Hochschulen	3.776,00	4.322,90	4428,3	4.455,60	4.459,30
Förderung von SchülerInnen und StudentInnen	440	437,8	492,5	491,5	496,5
sonstiges Bildungswesen	200,9	470,8	403,4	389,5	404,3
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	297,9	327,9	295,3	302,9	301,7
<i>Kultur/Medien/Sport</i>	<i>349,4</i>	<i>258</i>	<i>253,7</i>	<i>277,7</i>	<i>265,3</i>
Kultureinrichtungen	214,4	129,5	116,3	114,1	107,9
Kulturförderung	84,7	74,4	83,8	75,2	72,4
Medienpolitik	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Sport und Freizeit	50,3	54,1	53,6	88,4	85
<i>Sozialpolitik</i>	<i>4.014,50</i>	<i>3.853,70</i>	<i>4.309,10</i>	<i>4.200</i>	<i>3.391</i>
Verwaltung	154,1	164,5	145,4	143,6	140,7
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	65,8	56,5	55	53,3	53,3
Familien- und Sozialhilfe	1.756,60	1.620,00	1.854,90	1.799,80	994,8 (Wohngeld)
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	275,5	250,3	250,2	221,5	211,3
Jugendhilfe nach SGBVIII	31,9	32,3	24,2	22	22
Einrichtungen der Jugendhilfe	976,2	984,2	1.014,80	993,6	983,2
sonstige soziale Angelegenheiten	220,6	190,8	407,4	401,2	408,8
Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	533,8	555,1	557,2	565	576,9

<i>Infrastrukturpolitik</i>	960,70	685,70	629,50	583,30	511,20
Infrastrukturpolitik allgemein	17,8	19	10,7	10,4	9,2
Wohnungsbaupolitik	707,9	422,4	410,3	355,5	309,1
Städtebau- und Raumordnung	235	244,3	208,5	217,4	192,9
<i>Verkehrspolitik</i>	2.491,00	2.315,20	2.179,90	2.112,70	2.152,30
<i>Energiepolitik</i>	223,5	180,4	169,7	227,4	223,8
<i>Umweltpolitik</i>	169,7	266,7	222,9	244	238,8
<i>gesellschaftliche und politische Ordnung</i>	4.400,30	4.650,70	4.710,40	4.793,40	4.916,00
Ordnungspolitik allgemein	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Gesellschaftsordnung	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
politische Ordnung und politische Führung	2.291,00	1661,1	1.693,50	1.709,20	1.745,00
innere Sicherheit	2.109,30	2.989,60	3.016,90	3.084,20	3.171,00
Föderalismus	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
<i>Arbeitspolitik</i>	477	427,4	392,9	385,7	381,4
Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	477	427,4	392,9	385,7	381,4
<i>Wirtschaftspolitik</i>	493,5	495,2	471,1	450,2	451,4
<i>Rechtspolitik</i>	2.801,40	3.039,70	3.142	3.153,50	3.198,30
<i>Finanzpolitik</i>	16.357,60	14.569,90	13.388	14.068,70	13.142,10
<i>Gesamthaushalt</i>	47.922,10	47.092,20	46.683,30	47.580,80	46.262,50

Quelle: Finanzministerium NRW 2002-2005

Tabelle 44: Beschäftigte des Landes (am Dienort) nach Voll- und Teilzeit und Geschlecht

Stichtag	Beschäftigungsumfang (Vollzeit, T1 und T2)								
	Vollzeit			Teilzeitbeschäftigte (T1) 50% und mehr			Teilzeitbeschäftigte (T2) weniger als 50%		
	Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
30.06.2004	285.681	175.239	110.442	83.083	10.980	72.103	18.210	7.776	10.434
30.06.2003	286.901	177.076	109.825	81.880	10.570	71.310	18.795	8.545	10.250
30.06.2002	286.577	179.077	107.500	83.561	10.432	73.129	18.963	8.942	10.021
30.06.2001	289.212	181.290	107.922	82.418	10.395	72.023	16.502	8.000	8.502
30.06.2000	308.164	187.579	120.585	87.969	12.353	75.616	16.765	8.440	8.325
30.06.1999	312.818	191.791	121.027	84.639	11.037	73.602	15.995	8.577	7.418
30.06.1998	317.818	194.670	123.148	82.353	10.306	72.047	n.a.	n.a.	n.a.
30.06.1997	322.362	197.983	124.379	78.082	9.059	69.023	n.a.	n.a.	n.a.
30.06.1996	323.394	200.261	123.133	75.143	8.216	66.927	n.a.	n.a.	n.a.
30.06.1995	322.413	201.421	120.992	72.670	7.811	64.859	n.a.	n.a.	n.a.

Quelle: Personalstandstatistik des Landes Nordrhein-Westfalen (2006) ⁸⁹⁶

⁸⁹⁶ vgl. Personalstandstatistik des Landes (2006)

Tabelle 45: Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (in Tsd. €)

Jahr	Bruttoausgaben der Gemeinden		
	Bruttoausgaben insgesamt	Verwaltungshaushalt insgesamt	Personalausgaben
2004	45.676.167	39.020.931	8.747.753
2003	45.349.775	37.552.808	8.748.275
2002	43.953.467	36.686.327	8.749.465
2001	43.060.823	35.595.545	8.588.203
2000	42.607.978	35.073.658	8.997.556
1999	42.954.065	35.241.824	8.918.904
1998	41.785.087	33.924.900	8.854.011
1997	42.157.362	34.642.072	9.004.738
1996	42.449.185	34.939.297	9.148.138
1995	42.770.753	34.928.612	9.222.417

Quelle: Landesdatenbank NRW (2006) ⁸⁹⁷

⁸⁹⁷ vgl. Landesdatenbank NRW (2006)

4. Kategorienschema

V1 Problem

01 Problemdefinition

V2 Politikfeld

010 Bereich Bildungs- und Forschungspolitik

011 Bildungspolitik

012 Forschungspolitik

020 Bereich Infrastrukturpolitik

021 Infrastrukturpolitik allgemein

022 Wohnungsbaupolitik

023 Städtebau- und Raumordnungspolitik

030 Verkehrspolitik

040 Energiepolitik

050 Umweltpolitik

060 Bereich gesellschaftliche und politische Ordnung

061 Ordnungspolitik allgemein

062 Gesellschaftsordnung

063 politische Ordnung und politische Führung

064 Innere Sicherheit

065 Föderalismus

070 Bereich Sozialpolitik

071 Sozialpolitik allgemein

072 Familienpolitik

073 Rentenpolitik

074 Jugendpolitik

075 Ausländerpolitik

076 Gesundheitspolitik

077 Sozialordnung

080 Bereich Arbeitspolitik

081 Arbeitspolitik allgemein

082 Einkommens- und Vermögenspolitik

083 Tarif- und Lohnpolitik

084 Arbeitsrechtspolitik

085 Arbeitsschutz und Humanisierung der Arbeitswelt

090 Bereich Wirtschaftspolitik

091 Wirtschaftspolitik allgemein

092 Wirtschaftsordnung

093 Wirtschaftsrecht

094 Außenwirtschaft

095 Agrar- und Forstwirtschaft

100 Bereich Finanzpolitik

101 Finanzpolitik allgemein

102 Haushaltspolitik

103 Steuerpolitik

104 Wirtschaftsförderung

110 Bereich Rechtspolitik

111 Rechtspolitik allgemein

112 Justizreform

120 Bereich Auswärtiges

121 Europapolitik

130 Bereich Kultur-, Medien- und Freizeitpolitik

131 Kulturpolitik

132 Medienpolitik

133 Sport- und Freizeit

V3 Handlungsabsicht

00 keine Handlungsabsicht (Codierung beenden, nächstes Problem erfassen)

01 Handlungsabsicht

V4 bis V6 werden nur für die Präambel des Koalitionsvertrages erhoben. Andernfalls geht die Codierung bei V7 weiter.

V4 Themenpriorität

00 kein erkennbarer Bezugspunkt der Policy-Wirkungen

01 individuelle Policy-Wirkungen

02 kollektive Policy-Wirkungen

V5 Policy-Art

00 keine erkennbare Klassifikation der Maßnahme

01 redistributive Policies

02 regulative Policies

03 distributive Policies

V6 Richtung

00 keine erkennbare Richtung der Maßnahme

01 Veränderung

02 Kontrolle

03 Stabilisierung, Aufrechterhaltung des Status Quo

V7 Detailgrad

- 00 keine Handlungsabsicht, kein Handlungsbedarf*
- 01 allgemeine Handlungsabsicht, allgemeiner Handlungsbedarf*
- 02 Handlungsabsicht oder Handlungsbedarf mit erkennbaren Maßnahmen*
- 03 spezifische Handlungsabsicht, spezifischer Handlungsbedarf*

V8 Handlungsinstrumente

- 01 Gesetze*
- 02 Gesetzesnovellen (Anpassung, Verschärfung, Aufhebung, Amnestie)*
- 03 Verordnungen*
- 06 Anwendung bestehender Gesetze und Verordnungen*
- 13 Steuern und Abgaben (Gestaltung, Entlastung, Belastung)*
- 16 Haushaltsmaßnahmen (Umschichtungen, Bereitstellung von Mitteln)*
- 17 öffentliche Investitionen (insbesondere Infrastrukturinvestitionen)*
- 18 Sozialleistungen*
- 19 Subventionen, Kredite (auch: Kürzung bestehender Finanzhilfen)*
- 20 Programme (Fünfjahresplan, Bildungsgesamtplan, -reform; Sport-, Aktionsprogramme)*
- 21 wissenschaftliche Information und Beratung*
- 22 Kommissionen*
- 23 Ausschüsse*
- 24 Hearings*
- 25 Forschungsaufträge*
- 26 Gutachten, Berichte*
- 27 Stiftungen*
- 28 organisatorische Veränderungen von Institutionen und Organisationen (Neubildung, Auflösung, Festlegung von Zuständigkeiten)*
- 29 Öffentlichkeitsarbeit, Information der Bevölkerung*
- 31 Modellprojekte*
- 32 Statistiken*
- 33 Gespräche, Verhandlungen, Absprachen, Zusammenarbeit*
- 42 Verfahrensregelungen*
- 50 Beitritt zu oder Ausbau von internationalen Organisationen*
- 51 internationale Abkommen, Verträge (auch: deren Anwendung)*
- 52 internationale Verhandlungen, Konferenzen und Zusammenarbeit*
- 98 mehrere Instrumente*
- 99 sonstige Instrumente*

V9 Bezugsgruppen

- 01 Arbeitnehmer*
- 02 Arbeiter*
- 03 Facharbeiter*

04 Angestellte
05 Manager/leitende Angestellte
06 Beamte
07 Angestellte im öffentlichen Dienst
08 Arbeiter im öffentlichen Dienst
09 Arbeitslose
10 ältere Arbeitnehmer
11 Betriebs- und Personalräte
12 Groß-, Besserverdienende, Privilegierte
15 Arbeitgeber
16 Selbständige
17 Unternehmer
18 Landwirte
19 Mittelstand
20 Wirtschaft
21 mittelständische Unternehmen
22 Großkonzerne/Großunternehmen
23 Handel
24 Handwerk
25 Banken
26 Betriebe, Firmen
27 Landwirtschaft
30 Verbraucher
31 Mieter
35 Steuerzahler
36 Sparer
41 Schüler
42 Studenten
43 Pädagogen (Erzieher, Lehrer)
44 Auszubildende
46 Künstler, Intellektuelle, Kritiker
48 wissenschaftlicher Nachwuchs
49 Wissenschaftler
50 Familien
51 Lebens- und Wohngemeinschaften
52 Eltern
53 Alleinerziehende
54 Mütter
55 Kinder
56 Arbeiterkinder
57 Kinderreiche Familien

58 Jugendliche/die Jugend
59 Frauen
60 alte Menschen
61 Rentner
62 Heimbewohner
63 Patienten
64 Behinderte
65 psychisch Kranke
66 Suchtkranke
67 Opfer von Straftaten
68 Opfer von Unfällen
69 Ärzte
70 Minderheiten
71 Ausländer
72 Flüchtlinge
73 Asylanten
74 Vertriebene/Kriegsopfer
75 sozial Schwache
76 Straffällige
80 Kriegsdienstverweigerer
81 Militärpersonen
90 Volk/Bürger/Bevölkerung/Öffentlichkeit
91 gesellschaftliche Schichten ohne konkrete Nennung
V10 Umsetzung auf Entscheidungsseite
00 keine eindeutige Aussage möglich
01 keine Erfüllung, keine Handlungen
02 dem Versprechen ähnliche Handlungen wurden vollzogen.
03 Handlungsabsicht erfüllt

5. Tabellenband

Der Tabellenband gibt einen detaillierten Einblick in das Datenmaterial der Untersuchung. Inhaltsanalytisch erfasst wurde der Koalitionsvertrag 2000 der rot-grünen Landesregierung in NRW. Die Variablen V4 bis V10 wurden jedoch nur für die Präambel codiert.

V2 Probleme und Handlungsabsichten nach Politikfeldern

Tabelle 46: Bildungs-/Forschungspolitik versus Probleme und Handlungsabsichten

		Probleme und Handlungsabsichten		gesamt
		Probleme	Handlungsabsichten	
Bildungspolitik	Count	251	240	491
	%	91,6%	92,0%	91,8%
Forschungspolitik	Count	23	21	44
	%	8,4%	8,1%	8,2%
gesamt	Count	274	261	535
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 47: Kultur-/Medien-/Sport- und Freizeitpolitik versus Probleme und Handlungsabsichten

		Probleme und Handlungsabsichten		gesamt
		Probleme	Handlungsabsichten	
Kulturpolitik	Count	39	27	66
	%	29,8%	23,3%	26,7%
Medienpolitik	Count	72	71	143
	%	55,0%	71,2%	57,9%
Sport- und Freizeit	Count	20	18	38
	%	15,3%	15,5%	15,4%
gesamt	Count	131	116	247
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 48: Infrastrukturpolitik versus Probleme und Handlungsabsichten

		Probleme und Handlungsabsichten		gesamt
		Probleme	Handlungsabsichten	
Infrastrukturpolitik allgemein	Count	53	38	91
	%	77,9%	71,7%	75,2%
Wohnungsbaupolitik	Count	3	3	6
	%	4,4%	5,7%	5,0%
Städtebau- und Raumordnung	Count	12	12	24
	%	17,7%	22,6%	19,3%
gesamt	Count	68	53	121
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 49: Verkehrs-/Energie-/Umweltpolitik versus Probleme und Handlungsabsichten

		Probleme und Handlungsabsichten		gesamt
		Probleme	Handlungsabsichten	
Verkehrspolitik	Count	167	147	314
	%	50,9%	50,5%	50,7%
Energiepolitik	Count	53	47	100
	%	16,2%	16,2%	16,2%
Umweltpolitik	Count	108	97	205
	%	32,9%	33,3%	33,1%
gesamt	Count	328	291	619
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 50: Gesellschaftliche und politische Ordnung versus Probleme und Handlungsabsichten

		Probleme und Handlungsabsichten		gesamt
		Probleme	Handlungsabsichten	
Ordnungspolitik allgemein	Count	60	56	116
	%	43,2%	43,1%	43,1%
Gesellschaftsordnung	Count	7	7	14
	%	5,0%	5,4%	5,2%
politische Ordnung und Führung	Count	55	54	109
	%	39,6%	41,5%	40,5%
innere Sicherheit	Count	17	13	30
	%	12,2%	10,0%	11,2%
gesamt	Count	139	130	269
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 51: Sozialpolitik versus Probleme und Handlungsabsichten

		Probleme und Handlungsabsichten		gesamt
		Probleme	Handlungsabsichten	
Sozialpolitik allgemein	Count	146	134	280
	%	38,8%	37,1%	38,0%
Familienpolitik	Count	35	34	69
	%	9,3%	9,4%	9,4%
Rentenpolitik	Count	4	4	8
	%	1,1%	1,1%	1,1%
Jugendpolitik	Count	17	17	34
	%	4,5%	4,7%	4,6%
Ausländerpolitik	Count	60	60	120
	%	16,0%	16,6%	16,3%
Gesundheitspolitik	Count	55	54	109
	%	14,6%	15,0%	14,8%
Sozialordnung	Count	1	1	2
	%	,3%	,3%	,3%
Frauenpolitik	Count	39	38	77
	%	10,4%	10,5%	10,4%
Verbraucherschutzpolitik	Count	11	11	22

	%	2,9%	3,0%	3,0%
Tierschutz	Count	8	8	16
	%	2,1%	2,2%	2,2%
gesamt	Count	376	361	737
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 52: Arbeitspolitik versus Probleme und Handlungsabsichten

		Probleme und Handlungsabsichten		gesamt
		Probleme	Handlungsabsichten	
Arbeitspolitik allgemein	Count	99	95	194
	%	97,1%	97,9%	97,5%
Arbeitsschutz und Humanisierung der Arbeit	Count	3	2	5
	%	2,9%	2,1%	2,5%
gesamt	Count	102	97	199
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 53: Wirtschaftspolitik versus Probleme und Handlungsabsichten

		Probleme und Handlungsabsichten		gesamt
		Probleme	Handlungsabsichten	
Wirtschaftspolitik allgemein	Count	38	23	61
	%	57,6%	47,9%	53,5%
Wirtschaftsrecht	Count	1	1	2
	%	1,5%	2,1%	1,8%
Außenwirtschaft	Count	2	2	4
	%	3,0%	4,2%	3,5%
Agrar- und Forstwirtschaft	Count	25	22	47
	%	37,9%	45,8%	41,2%
gesamt	Count	66	48	114
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 54: Finanzpolitik versus Probleme und Handlungsabsichten

		Probleme und Handlungsabsichten		gesamt
		Probleme	Handlungsabsichten	
Finanzpolitik allgemein	Count	33	29	62
	%	33,0%	30,9%	32,0%
Haushaltspolitik	Count	26	25	51
	%	26,0%	26,6%	26,3%
Steuerpolitik	Count	1	1	2
	%	1,0%	1,1%	1,0%
Wirtschaftsförderung	Count	40	39	79
	%	40,0%	41,5%	40,7%
gesamt	Count	100	94	194
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 55: Rechtspolitik versus Probleme und Handlungsabsichten

		Probleme und Handlungsabsichten		gesamt
		Probleme	Handlungsabsichten	
Rechtspolitik allgemein	Count	51	41	92
	%	98,1%	100,0%	98,9%
Rechtsordnung	Count	1	0	1
	%	1,9%	,0%	1,1%
gesamt	Count	52	41	93
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 56: Auswärtiges versus Probleme und Handlungsabsichten

		Probleme und Handlungsabsichten		gesamt
		Probleme	Handlungsabsichten	
EU-Politik	Count	32	24	56
	%	88,9%	85,7%	87,5%
Entwicklungspolitik	Count	4	4	8
	%	11,1%	14,3%	12,5%
gesamt	Count	36	28	64
	%	100,0%	100,0%	100,0%

V8 Handlungsinstrumente

Tabelle 57: Handlungsinstrumente versus Bildungs-/Forschungspolitik

Instrumente		Bildungs-/Forschungspolitik		gesamt
		Bildungspolitik	Forschungspolitik	
keine Handlung, kein Instrument	Count	63	7	70
	%	25,1%	30,4%	25,5%
Gesetze	Count	10	0	10
	%	4,0%	,0%	3,6%
Gesetzesnovellen	Count	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%
Anwendung bestehender Gesetze/Verordnungen	Count	8	0	8
	%	3,2%	,0%	2,9%
Haushaltsmaßnahmen	Count	3	0	3
	%	1,2%	,0%	1,1%
öffentliche Investitionen	Count	1	0	1
	%	,4%	,0%	,4%
Sozialleistungen	Count	1	0	1
	%	,4%	,0%	,4%
Subventionen	Count	7	0	7
	%	2,8%	,0%	2,6%
Programme	Count	25	1	26
	%	10,0%	4,3%	9,5%
Forschungsaufträge	Count	2	1	3
	%	,8%	4,3%	1,1%
Stiftungen	Count	1	0	1

	%	,4%	,0%	,4%
organisatorische Veränderungen von Institutionen/ Organisationen	Count	18	0	18
	%	7,2%	,0%	6,6%
Öffentlichkeitsarbeit/Information der Bevölkerung	Count	11	0	11
	%	4,4%	,0%	4,0%
Modellprojekte	Count	4	0	4
	%	1,6%	,0%	1,5%
Gespräche, Verhandlungen, Zusammenarbeit	Count	12	12	24
	%	4,8%	52,2%	8,8%
Verfahrensregelungen	Count	21	0	21
	%	8,4%	,0%	7,7%
internationale Verhandlungen	Count	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%
mehrere Instrumente	Count	28	0	28
	%	11,2%	,0%	10,2%
sonstige Instrumente	Count	36	2	38
	%	14,3%	8,7%	13,9%
gesamt	Count	251	23	274
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 58: Handlungsinstrumente versus Kultur-/Medien-/Sport- und Freizeitpolitik

Instrumente		Kultur-/Medien-/Sport und Freizeitpolitik			gesamt
		Kulturpolitik	Medienpolitik	Sport- und Freizeit	
keine Handlung, kein Instrument	Count	31	33	7	71
	%	79,5%	45,8%	35,0%	54,2%
Gesetze	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Gesetzesnovellen	Count	0	5	0	5
	%	,0%	6,9%	,0%	3,8%
Anwendung bestehender Gesetze/Verordnungen	Count	0	1	0	1
	%	,0%	1,4%	,0%	,8%
Haushaltsmaßnahmen	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
öffentliche Investitionen	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Sozialleistungen	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Subventionen	Count	0	5	2	7
	%	,0%	6,9%	10,0%	5,3%
Programme	Count	0	17	4	21
	%	,0%	23,6%	20,0%	16,0%
Forschungsaufträge	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Stiftungen	Count	0	1	0	1
	%	,0%	1,4%	,0%	,8%
organisatorische Veränder-	Count	0	4	0	4

ungen von Institutionen/ Organisationen	%	,0%	5,6%	,0%	3,1%
Öffentlichkeitsarbeit/Informa- tion der Bevölkerung	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Modellprojekte	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Gespräche, Verhandlungen, Zusammenarbeit	Count	3	2	0	5
	%	7,7%	2,8%	,0%	3,8%
Verfahrensregelungen	Count	0	2	0	2
	%	,0%	2,8%	,0%	1,5%
internationale Verhandlungen	Count	5	0	0	5
	%	12,8%	,0%	,0%	3,8%
mehrere Instrumente	Count	0	1	0	1
	%	,0%	1,4%	,0%	,8%
sonstige Instrumente	Count	0	1	7	8
	%	,0%	1,4%	35,0%	6,1%
gesamt	Count	39	72	20	131
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 59: Handlungsinstrumente versus Infrastrukturpolitik

		Infrastrukturpolitik			gesamt
		Infrastrukturpolitik allgemein	Wohnungs- baupolitik	Städtebau- und Raumordnung	
keine Handlung, kein Instrument	Count	23	0	4	27
	%	43,4%	,0%	33,3%	39,7%
Gesetze	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Gesetzesnovellen	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Verordnungen	Count	1	0	0	1
	%	1,9%	,0%	,0%	1,5%
Anwendung bestehender Gesetze/Verordnungen	Count	2	0	0	2
	%	3,8%	,0%	,0%	2,9%
Steuern und Abgaben	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Haushaltsmaßnahmen	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
öffentliche Investitionen	Count	0	2	2	4
	%	,0%	66,7%	16,7%	5,9%
Subventionen	Count	2	0	0	2
	%	3,8%	,0%	,0%	2,9%
Programme	Count	14	0	6	20
	%	26,4%	,0%	50,0%	29,4%
Kommissionen	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Untersuchungsausschüsse	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Forschungsaufträge	Count	0	0	0	0

	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Gutachten, Berichte	Count	2	0	0	2
	%	3,8%	,0%	,0%	2,9%
Stiftungen	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
organisatorische Veränderungen von Institutionen/ Organisationen	Count	4	0	0	4
	%	7,5%	,0%	,0%	5,9%
Modellprojekte	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Gespräche, Verhandlungen, Zusammenarbeit	Count	4	1	0	5
	%	7,5%	33,3%	,0%	7,4%
Verfahrensregelungen	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
internationale Verhandlungen	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
mehrere Instrumente	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
sonstige Instrumente	Count	1	0	0	1
	%	1,9%	,0%	,0%	1,5%
gesamt	Count	53	3	12	68
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 60: Handlungsinstrumente versus Verkehrs-/Energie-/Umweltpolitik

		Verkehrs-/Energie-/Umweltpolitik		
		Verkehrspolitik	Energiepolitik	Umweltpolitik
keine Handlung, kein Instrument	Count	68	22	53
	%	40,7%	41,5%	49,1%
Gesetze	Count	0	0	1
	%	,0%	,0%	,9%
Gesetzesnovellen	Count	1	0	4
	%	,6%	,0%	3,7%
Verordnungen	Count	0	0	2
	%	,0%	,0%	1,9%
Anwendung bestehender Gesetze/Verordnungen	Count	0	1	2
	%	,0%	1,9%	1,9%
Steuern und Abgaben	Count	0	0	2
	%	,0%	,0%	1,9%
Haushaltsmaßnahmen	Count	2	0	1
	%	1,2%	,0%	,9%
öffentliche Investitionen	Count	6	0	2
	%	3,6%	,0%	1,9%
Subventionen	Count	5	7	3
	%	3,0%	13,2%	2,8%
Programme	Count	12	13	8
	%	7,2%	24,5%	7,4%
Kommissionen	Count	1	0	0
	%	,6%	,0%	,0%
Untersuchungsausschüsse	Count	0	0	1

	%	,0%	,0%	,9%
Forschungsaufträge	Count	0	0	2
	%	,0%	,0%	1,9%
Gutachten, Berichte	Count	0	0	1
	%	,0%	,0%	,9%
Stiftungen	Count	0	0	1
	%	,0%	,0%	,9%
organisatorische Veränderungen von Institutionen/ Organisationen	Count	5	0	1
	%	3,0%	,0%	,9%
Modellprojekte	Count	3	3	6
	%	1,8%	5,7%	5,6%
Gespräche, Verhandlungen, Zusammenarbeit	Count	19	4	9
	%	11,4%	7,5%	8,3%
Verfahrensregelungen	Count	30	0	2
	%	18,0%	,0%	1,9%
internationale Verhandlungen	Count	0	0	1
	%	,0%	,0%	,9%
mehrere Instrumente	Count	2	0	1
	%	1,2%	,0%	,9%
sonstige Instrumente	Count	13	3	5
	%	7,8%	5,7%	4,6%
gesamt	Count	167	53	108
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 61: Handlungsinstrumente versus Gesellschaftliche und politische Ordnung

		gesellschaftliche und politische Ordnung				gesamt
		Ordnungs- politik allgemein	Gesell- schafts- ordnung	politische Ordnung und Führung	innere Sicher- heit	
keine Handlung, kein Instrument	Count	37	7	19	12	75
	%	61,7%	100,0%	34,5%	70,6%	54,0%
Gesetze	Count	0	0	5	0	5
	%	,0%	,0%	9,1%	,0%	3,6%
Anwendung bestehender Gesetze/Verordnungen	Count	1	0	0	0	1
	%	1,7%	,0%	,0%	,0%	,7%
Subventionen	Count	0	0	3	0	3
	%	,0%	,0%	5,5%	,0%	2,2%
Programme	Count	2	0	0	2	4
	%	3,3%	,0%	,0%	11,8%	2,9%
Untersuchungsausschüsse	Count	2	0	0	0	2
	%	3,3%	,0%	,0%	,0%	1,4%
Stiftungen	Count	0	0	1	0	1
	%	,0%	,0%	1,8%	,0%	,7%
organisatorische Veränder- ungen von Institutionen/ Organisationen	Count	7	0	12	2	21
	%	11,7%	,0%	21,8%	11,8%	15,1%
Modellprojekte	Count	2	0	0	0	2
	%	3,3%	,0%	,0%	,0%	1,4%

Gespräche, Verhandlungen, Zusammenarbeit	Count	0	0	4	0	4
	%	,0%	,0%	7,3%	,0%	2,9%
Verfahrensregelungen	Count	4	0	1	0	5
	%	6,7%	,0%	1,8%	,0%	3,6%
internationale Abkommen	Count	2	0	0	0	2
	%	3,3%	,0%	,0%	,0%	1,4%
mehrere Instrumente	Count	3	0	10	1	14
	%	5,0%	,0%	18,2%	5,9%	10,1%
gesamt	Count	60	7	55	17	139
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 62: Handlungsinstrumente versus Sozialpolitik

Instrumente		Sozialpolitik										gesamt
		Sozialpolitik allgemein	Familien- politik	Renten- politik	Jugend- politik	Ausländer- politik	Gesundheits- politik	Sozial- ordnung	Frauen- politik	Verbraucher- schutzpolitik	Tierschutz	
keine Handlung, kein Instrument	Count	78	10	3	5	40	35	0	13	2	0	186
	%	53,4%	28,6%	75,0%	29,4%	66,7%	63,6%	,0%	33,3%	18,2%	,0%	49,5%
Gesetze	Count	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2
	%	,7%	2,9%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,5%
Gesetzesnovellen	Count	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	2
	%	,7%	,0%	25,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,5%
Anwendung bestehender Gesetze/Verordnungen	Count	1	1	0	0	0	1	0	2	0	0	5
	%	,7%	2,9%	,0%	,0%	,0%	1,8%	,0%	5,1%	,0%	,0%	1,3%
Subventionen	Count	14	1	0	1	0	3	0	2	0	0	21
	%	9,6%	2,9%	,0%	5,9%	,0%	5,5%	,0%	5,1%	,0%	,0%	5,6%
Programme	Count	22	6	0	2	2	6	0	9	0	0	47
	%	15,1%	17,1%	,0%	11,8%	3,3%	10,9%	,0%	23,1%	,0%	,0%	12,5%
wissenschaftliche Infor- mation und Beratung	Count	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
	%	,7%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,3%
organisatorische Verän- derungen von Institutio- nen/Organisationen	Count	6	12	0	0	1	2	0	0	0	0	21
	%	4,1%	34,3%	,0%	,0%	1,7%	3,6%	,0%	,0%	,0%	,0%	5,6%
Öffentlichkeitsarbeit/ Information der Bevöl- kerung	Count	7	0	0	0	8	4	1	0	0	0	20
	%	4,8%	,0%	,0%	,0%	13,3%	7,3%	100,0%	,0%	,0%	,0%	5,3%
Modellprojekte	Count	0	0	0	1	0	0	0	3	0	0	4
	%	,0%	,0%	,0%	5,9%	,0%	,0%	,0%	7,7%	,0%	,0%	1,1%
Gespräche, Verhandl., Zusammenarbeit	Count	3	0	0	0	1	1	0	4	4	7	20
	%	2,1%	,0%	,0%	,0%	1,7%	1,8%	,0%	10,3%	36,4%	87,5%	5,3%
Verfahrensregelungen	Count	0	0	0	2	4	0	0	0	3	0	9
	%	,0%	,0%	,0%	11,8%	6,7%	,0%	,0%	,0%	27,3%	,0%	2,4%
internationale Verhandlungen	Count	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	2
	%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	1,8%	,0%	,0%	,0%	12,5%	,5%

mehrere Instrumente	Count	7	3	0	3	0	2	0	2	0	17
	%	4,8%	8,6%	,0%	17,6%	,0%	3,6%	,0%	18,2%	,0%	4,5%
sonstige Instrumente	Count	5	1	0	3	4	0	6	0	0	19
	%	3,4%	2,9%	,0%	17,6%	6,7%	,0%	15,4%	,0%	,0%	5,1%
gesamt	Count	146	35	4	17	60	55	39	11	8	376
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 63: Handlungsinstrumente versus Arbeitspolitik

Instrumente		Arbeitspolitik		gesamt
		Arbeitspolitik allgemein	Arbeitsschutz und Humanisierung der Arbeit	
keine Handlung, kein Instrument	Count	37	1	38
	%	37,4%	33,3%	37,3%
Sozialleistungen	Count	2	0	2
	%	2,0%	,0%	2,0%
Subventionen	Count	2	2	4
	%	2,0%	66,7%	3,9%
Programm	Count	30	0	30
	%	30,3%	,0%	29,4%
wissenschaftliche Informa- tion und Beratung	Count	1	0	1
	%	1,0%	,0%	1,0%
organisatorische Veränder- ungen von Institutionen/ Organisationen	Count	1	0	1
	%	1,0%	,0%	1,0%
Modellprojekte	Count	3	0	3
	%	3,0%	,0%	2,9%
Gespräche,Verhandlungen, Zusammenarbeit	Count	7	0	7
	%	7,1%	,0%	6,9%
mehrere Instrumente	Count	12	0	12
	%	12,1%	,0%	11,8%
sonstige Instrumente	Count	4	0	4
	%	4,0%	,0%	3,9%
gesamt	Count	99	3	102
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 64: Handlungsinstrumente versus Wirtschaftspolitik

Instrumente		Wirtschaftspolitik				gesamt
		Wirtschafts-politik allgemein	Wirtschafts-recht	Außen-wirtschaft	Agrar- und Forstwirtschaft	
keine Handlung, kein Instrument	Count	20	0	0	16	36
	%	52,6%	,0%	,0%	64,0%	54,5%
Anwendung bestehender Gesetze/Verordnungen	Count	0	0	0	3	3
	%	,0%	,0%	,0%	12,0%	4,5%
Subventionen	Count	0	0	0	1	1
	%	,0%	,0%	,0%	4,0%	1,5%
Programme	Count	8	0	2	2	12
	%	21,1%	,0%	100,0%	8,0%	18,2%
wissenschaftliche Information und Beratung	Count	1	0	0	0	1
	%	2,6%	,0%	,0%	,0%	1,5%
organisatorische Veränderungen von Institutionen/ Organisationen	Count	1	0	0	0	1
	%	2,6%	,0%	,0%	,0%	1,5%
Gespräche, Verhandlungen, Zusammenarbeit	Count	4	0	0	1	5
	%	10,5%	,0%	,0%	4,0%	7,6%
Verfahrensregelungen	Count	0	0	0	1	1
	%	,0%	,0%	,0%	4,0%	1,5%
internationale Verhandlungen	Count	0	1	0	0	1
	%	,0%	100,0%	,0%	,0%	1,5%
mehrere Instrumente	Count	2	0	0	0	2
	%	5,3%	,0%	,0%	,0%	3,0%
sonstige Instrumente	Count	2	0	0	1	3
	%	5,3%	,0%	,0%	4,0%	4,5%
gesamt	Count	38	1	2	25	66
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 65: Handlungsinstrumente versus Finanzpolitik

Instrumente		Finanzpolitik				gesamt
		Finanz-politik allgemein	Haushalts-politik	Steuer-politik	Wirtschafts-förderung	
keine Handlung, kein Instrument	Count	18	11	0	4	33
	%	54,5%	42,3%	,0%	10,0%	33,0%
Steuern und Abgaben	Count	0	0	1	0	1
	%	,0%	,0%	100,0%	,0%	1,0%
Haushaltsmaßnahmen	Count	0	8	0	0	8
	%	,0%	30,8%	,0%	,0%	8,0%
öffentliche Investitionen	Count	1	1	0	0	2
	%	3,0%	3,8%	,0%	,0%	2,0%
Subventionen	Count	1	0	0	10	11
	%	3,0%	,0%	,0%	25,0%	11,0%
Programme	Count	0	2	0	21	23
	%	,0%	7,7%	,0%	52,5%	23,0%
Kommissionen	Count	2	0	0	0	2
	%	6,1%	,0%	,0%	,0%	2,0%
Gutachten, Berichte	Count	2	0	0	0	2
	%	6,1%	,0%	,0%	,0%	2,0%
organisatorische Veränderungen von Institutionen/ Organisationen	Count	7	1	0	2	10
	%	21,2%	3,8%	,0%	5,0%	10,0%
Gespräche, Verhandlungen, Zusammenarbeit	Count	0	1	0	1	2
	%	,0%	3,8%	,0%	2,5%	2,0%
Verfahrensregelungen	Count	1	1	0	1	3
	%	3,0%	3,8%	,0%	2,5%	3,0%
mehrere Instrumente	Count	1	1	0	0	2
	%	3,0%	3,8%	,0%	,0%	2,0%
sonstige Instrumente	Count	0	0	0	1	1
	%	,0%	,0%	,0%	2,5%	1,0%
gesamt	Count	33	26	1	40	100
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 66: Handlungsinstrumente versus Rechtspolitik

Instrumente		Rechtspolitik		gesamt
		Rechtspolitik allgemein	Rechtsordnung	
keine Handlung, kein Instrument	Count	32	1	33
	%	62,7%	100,0%	63,5%
Gesetze	Count	1	0	1
	%	2,0%	,0%	1,9%
Gesetzesnovellen	Count	4	0	4
	%	7,8%	,0%	7,7%
Programme	Count	3	0	3
	%	5,9%	,0%	5,8%
organisatorische Veränderungen von Institutionen/ Organisationen	Count	2	0	2
	%	3,9%	,0%	3,8%
Gespräche, Verhandlungen, Zusammenarbeit	Count	1	0	1
	%	2,0%	,0%	1,9%
Verfahrensregelungen	Count	1	0	1
	%	2,0%	,0%	1,9%
mehrere Instrumente	Count	5	0	5
	%	9,8%	,0%	9,6%
sonstige Instrumente	Count	2	0	2
	%	3,9%	,0%	3,8%
gesamt	Count	51	1	52
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 67: Handlungsinstrumente versus Auswärtiges

		Auswärtiges		gesamt
		EU-Politik	Entwicklungspolitik	
keine Handlung, kein Instrument	Count	20	2	22
	%	62,5%	50,0%	61,1%
Verordnungen	Count	0	1	1
	%	,0%	25,0%	2,8%
Programme	Count	2	0	2
	%	6,3%	,0%	5,6%
organisatorische Veränderungen von Institutionen/ Organisationen	Count	1	0	1
	%	3,1%	,0%	2,8%
Öffentlichkeitsarbeit/Informa- tion der Bevölkerung	Count	0	1	1
	%	,0%	25,0%	2,8%
Verfahrensregelungen	Count	1	0	1
	%	3,1%	,0%	2,8%
Beitritt zu oder Ausbau von int. Organisationen	Count	6	0	6
	%	18,8%	,0%	16,7%
mehrere Instrumente	Count	2	0	2
	%	6,3%	,0%	5,6%
gesamt	Count	32	4	36
	%	100,0%	100,0%	100,0%

V9 Bezugsgruppen

Tabelle 68: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird versus Bildungs-/Forschungspolitik

Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird		Bildungs-/Forschungspolitik		gesamt
		Bildungspolitik	Forschungspolitik	
Arbeitnehmer	Count	3	0	3
	%	1,3%	,0%	1,1%
Angestellte	Count	2	0	2
	%	,8%	,0%	,8%
Wirtschaft	Count	1	0	1
	%	,4%	,0%	,4%
Schüler	Count	68	0	68
	%	28,3%	,0%	26,1%
Studenten	Count	62	0	62
	%	25,8%	,0%	23,8%
Künstler, Intellektuelle, Kritiker	Count	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%
wissenschaftlicher Nachwuchs	Count	4	0	4
	%	1,7%	,0%	1,5%
Wissenschaftler	Count	3	5	8
	%	1,3%	23,8%	3,1%
Jugendliche/die Jugend	Count	2	0	2
	%	,8%	,0%	,8%
Frauen	Count	10	0	10
	%	4,2%	,0%	3,8%
alte Menschen	Count	3	0	3
	%	1,3%	,0%	1,1%
Behinderte	Count	2	0	2
	%	,8%	,0%	,8%
Ausländer	Count	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%
Volk/Bürger/Bevölkerung/ Öffentlichkeit	Count	12	3	15
	%	5,0%	14,3%	5,7%
gesellsch. Schichten ohne konkrete Nennung	Count	68	13	81
	%	28,3%	61,9%	31,0%
gesamt	Count	240	21	261
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 69: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird versus Kultur-/Medien-/Sport- und Freizeitpolitik

Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird		Kultur-/Medien-/Sport- und Freizeitpolitik			gesamt
		Kulturpolitik	Medienpolitik	Sport- und Freizeit	
Arbeitnehmer	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Angestellte	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Wirtschaft	Count	1	18	3	22
	%	3,7%	25,4%	16,7%	19,0%
Schüler	Count	0	0	1	1
	%	,0%	,0%	5,6%	,9%
Studenten	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Künstler, Intellektuelle, Kritiker	Count	10	0	0	10
	%	37,0%	,0%	,0%	8,6%
wissenschaftlicher Nachwuchs	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Wissenschaftler	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Jugendliche/die Jugend	Count	2	1	0	3
	%	7,4%	1,4%	,0%	2,6%
Frauen	Count	0	2	1	3
	%	,0%	2,8%	5,6%	2,6%
alte Menschen	Count	0	0	1	1
	%	,0%	,0%	5,6%	,9%
Behinderte	Count	0	0	1	1
	%	,0%	,0%	5,6%	,9%
Ausländer	Count	0	0	1	1
	%	,0%	,0%	5,6%	,9%
Volk/Bürger/Bevölkerung/ Öffentlichkeit	Count	5	21	7	33
	%	18,5%	29,6%	38,9%	28,5%
gesellsch. Schichten ohne konkrete Nennung	Count	9	29	3	41
	%	33,3%	40,8%	16,7%	35,3%
gesamt	Count	27	71	18	116
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 70: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird versus Infrastrukturpolitik

Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird		Infrastrukturpolitik			gesamt
		Infrastruktur-politik allgemein	Wohnungs-baupolitik	Städtebau- und Raumordnung	
Arbeitnehmer	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Wirtschaft	Count	6	0	0	6
	%	15,8%	,0%	,0%	11,3%
mittelständische Unternehmen	Count	2	0	0	2
	%	5,3%	,0%	,0%	3,8%
Verbraucher	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Mieter	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Wissenschaftler	Count	0	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%	,0%
Frauen	Count	0	1	0	1
	%	,0%	33,3%	,0%	1,9%
Volk/Bürger/Bevölkerung/Öffentlichkeit	Count	15	0	0	15
	%	39,5%	,0%	,0%	28,3%
gesellsch. Schichten ohne konkrete Nennung	Count	15	2	12	29
	%	39,5%	66,7%	100,0%	54,7%
gesamt	Count	38	3	12	53
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0

Tabelle 71: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird versus Verkehrs-/Energie-/Umweltpolitik

Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird		Verkehrspolitik	Energiepolitik	Umweltpolitik
Arbeitnehmer	Count	0	0	1
	%	,0%	,0%	1,0%
Wirtschaft	Count	3	20	15
	%	2,0%	42,6%	15,5%
mittelständische Unternehmen	Count	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%
Verbraucher	Count	0	4	0
	%	,0%	8,5%	,0%
Mieter	Count	0	1	0
	%	,0%	2,1%	,0%
Wissenschaftler	Count	0	1	1
	%	,0%	2,1%	1,0%
Frauen	Count	0	0	0
	%	,0%	,0%	,0%
Volk/Bürger/Bevölkerung/ Öffentlichkeit	Count	8	7	17
	%	5,4%	14,9%	17,5%
gesellsch. Schichten ohne konkrete Nennung	Count	136	14	63
	%	92,5%	29,8%	64,9%
gesamt	Count	147	47	97
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 72: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird versus Gesellschaftliche und politische Ordnung

Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird		gesellschaftliche und politische Ordnung				gesamt
		Ordnungs- politik allgemein	Gesell- schafts- ordnung	politische Ordnung und Führung	Innere Sicherheit	
Angestellte öffentlicher Dienst	Count	2	0	2	1	5
	%	3,6%	,0%	3,7%	7,7%	3,8%
Wirtschaft	Count	3	0	0	0	3
	%	5,4%	,0%	,0%	,0%	2,3%
Frauen	Count	0	3	1	0	4
	%	,0%	42,9%	1,9%	,0%	3,1%
alte Menschen	Count	0	0	1	0	1
	%	,0%	,0%	1,9%	,0%	,8%
Opfer von Straftaten	Count	0	0	0	2	2
	%	,0%	,0%	,0%	15,4%	1,5%
Minderheiten	Count	0	0	2	0	2
	%	,0%	,0%	3,7%	,0%	1,5%
Straffällige	Count	3	0	0	0	3
	%	5,4%	,0%	,0%	,0%	2,3%
Schwule/Lesben	Count	0	0	0	1	1
	%	,0%	,0%	,0%	7,7%	,8%
Volk/Bürger/Bevölkerung/ Öffentlichkeit	Count	27	1	40	9	77
	%	48,2%	14,3%	74,1%	69,2%	59,2%
gesellsch. Schichten ohne konkrete Nennung	Count	21	3	8	0	32
	%	37,5%	42,9%	14,8%	,0%	24,6%
gesamt	Count	56	7	54	13	130
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 73: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird versus Gesellschaftliche und politische Ordnung

Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird			Sozialpolitik										gesamt
			Sozial-politik allge-mein	Familien politik	Renten- politik	Jugend- politik	Ausländer- politik	Gesund- heitspo- litik	Sozial- ordnung	Frauen- politik	Verbraucher- schutzpolitik	Tier- schutz	
Arbeitnehmer	Count		1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
	%		,7%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,3%
Landwirte	Count		1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
	%		,7%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,3%
Verbraucher	Count		0	0	0	0	0	0	0	0	11	0	11
	%		,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	100,0%	,0%	3,0%
Schüler	Count		0	1	0	2	0	0	0	0	0	0	3
	%		,0%	2,9%	,0%	11,8%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,8%
Familien	Count		0	27	0	0	0	0	0	0	0	0	27
	%		,0%	79,4%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	7,5%
Kinder	Count		0	1	0	1	0	2	0	0	0	0	4
	%		,0%	2,9%	,0%	5,9%	,0%	3,7%	,0%	,0%	,0%	,0%	1,1%
Jugendliche/die Jugend	Count		1	0	0	12	0	2	0	0	0	0	15
	%		,7%	,0%	,0%	70,6%	,0%	3,7%	,0%	,0%	,0%	,0%	4,2%
Frauen	Count		14	0	1	2	0	4	0	38	0	0	59
	%		10,4%	,0%	25,0%	11,8%	,0%	7,4%	,0%	100,0%	,0%	,0%	16,3%
alte Menschen	Count		12	0	1	0	0	2	0	0	0	0	15
	%		9,0%	,0%	25,0%	,0%	,0%	3,7%	,0%	,0%	,0%	,0%	4,2%
Rentner	Count		0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
	%		,0%	,0%	25,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,3%
Patienten	Count		0	0	0	0	0	11	0	0	0	0	11
	%		,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	20,4%	,0%	,0%	,0%	,0%	3,0%
Behinderte	Count		23	1	0	0	0	0	0	0	0	0	24
	%		17,2%	2,9%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	,0%	6,6%
psychisch Kranke	Count		0	0	0	0	0	4	0	0	0	0	4

Tabelle 74: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird versus Arbeitspolitik

Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird		Arbeitspolitik		gesamt
		Arbeitspolitik allgemein	Arbeitsschutz und Humanisierung der Arbeit	
Arbeitnehmer	Count	12	2	14
	%	12,6%	100,0%	14,4%
Facharbeiter	Count	1	0	1
	%	1,1%	,0%	1,0%
Arbeitslose	Count	14	0	14
	%	14,7%	,0%	14,4%
Unternehmer	Count	1	0	1
	%	1,1%	,0%	1,0%
Landwirte	Count	1	0	1
	%	1,1%	,0%	1,0%
Wirtschaft	Count	7	0	7
	%	7,4%	,0%	7,2%
Handwerk	Count	1	0	1
	%	1,1%	,0%	1,0%
Familien	Count	1	0	1
	%	1,1%	,0%	1,0%
Jugendliche/die Jugend	Count	13	0	13
	%	13,7%	,0%	13,4%
Frauen	Count	6	0	6
	%	6,3%	,0%	6,2%
alte Menschen	Count	1	0	1
	%	1,1%	,0%	1,0%
Geringqualifizierte	Count	2	0	2
	%	2,1%	,0%	2,1%
Volk/Bürger/Bevölkerung/ Öffentlichkeit	Count	8	0	8
	%	8,4%	,0%	8,2%
gesellsch. Schichten ohne konkrete Nennung	Count	27	0	27
	%	28,4%	,0%	27,8%
gesamt	Count	95	2	97
	%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 75: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird versus Wirtschaftspolitik

Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird		Wirtschaftspolitik				gesamt
		Wirtschafts-politik allgemein	Wirtschafts-recht	Außen-wirtschaft	Agrar- und Forstwirtschaft	
Landwirte	Count	1	0	0	15	16
	%	4,3%	,0%	,0%	68,2%	33,3%
Wirtschaft	Count	14	1	2	0	17
	%	60,9%	100,0%	100,0%	,0%	35,4%
mittelständige Unternehmen	Count	4	0	0	0	4
	%	17,4%	,0%	,0%	,0%	8,3%
Volk/Bürger/Bevölkerung/Öffentlichkeit	Count	2	0	0	2	4
	%	8,7%	,0%	,0%	9,1%	8,3%
gesellsch. Schichten ohne konkrete Nennung	Count	2	0	0	5	7
	%	8,7%	,0%	,0%	22,7%	14,6%
gesamt	Count	23	1	2	22	48
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 76: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird versus Finanzpolitik

Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird		Finanzpolitik				gesamt
		Finanz-politik allgemein	Haushalts-politik	Steuer-politik	Wirtschafts-förderung	
Angestellte öffentlicher Dienst	Count	0	2	0	0	2
	%	,0%	8,0%	,0%	,0%	2,1%
Unternehmer	Count	0	0	0	2	2
	%	,0%	,0%	,0%	5,1%	2,1%
Landwirte	Count	0	0	0	3	3
	%	,0%	,0%	,0%	7,7%	3,2%
Wirtschaft	Count	0	0	1	13	14
	%	,0%	,0%	100,0%	33,3%	14,9%
mittelständische Unternehmen	Count	0	0	0	9	9
	%	,0%	,0%	,0%	23,1%	9,6%
Schüler	Count	0	1	0	0	1
	%	,0%	4,0%	,0%	,0%	1,1%
Frauen	Count	0	0	0	1	1
	%	,0%	,0%	,0%	2,6%	1,1%
Existenzgründer	Count	0	0	0	2	2
	%	,0%	,0%	,0%	5,1%	2,1%
Volk/Bürger/Bevölkerung/Öffentlichkeit	Count	1	0	0	0	1
	%	3,4%	,0%	,0%	,0%	1,1%
gesellsch. Schichten ohne konkrete Nennung	Count	28	22	0	9	59
	%	96,6%	88,0%	,0%	23,1%	62,8%
gesamt	Count	29	25	1	39	94
	%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 77: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird versus Rechtspolitik

Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird		Rechtspolitik
		Rechtspolitik allgemein
Angestellte öffentlicher Dienst	Count	3
	%	7,3%
Frauen	Count	2
	%	4,9%
Suchtkranke	Count	1
	%	2,4%
Opfer von Straftaten	Count	4
	%	9,8%
Ausländer	Count	1
	%	2,4%
Straffällige	Count	6
	%	14,6%
Schwule/Lesben	Count	2
	%	4,9%
Volk/Bürger/Bevölkerung/Öffentlichkeit	Count	18
	%	43,9%
gesellsch. Schichten ohne konkrete Nennung	Count	4
	%	9,8%
gesamt	Count	41
	%	100,0%

Tabelle 78: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird versus Auswärtiges

Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird		Auswärtiges		gesamt
		EU-Politik	Entwicklungspolitik	
Volk/Bürger/Bevölkerung/Öffentlichkeit	Count	3	0	3
	%	12,5%	,0%	10,7%
gesellsch. Schichten ohne konkrete Nennung	Count	21	4	25
	%	87,5%	100,0%	89,3%
gesamt	Count	24	4	28
	%	100,0%	100,0%	100,0%

6. Quellenverzeichnis

6.1 Dokumente

Agentur Nahverkehr NRW (2005): Der NRW-Takt. Hintergründe, Entwicklung, Perspektiven. S. 10.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2009): Politikbericht 2009 der deutschen nationalen Kontaktstelle für das europäische Migrationsnetzwerk, Nürnberg.

Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2004): Bundesgesetzblatt 2004, Teil 1.

Bundesgesetzblatt (2004), Teil 1, Nr.69.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: NRW erneuern. Programm zur Landtagswahl 2000. 18. bis 20. Februar 2000, Soest.

Clement, Wolfgang: Neue Chancen. Neues Handeln. Zukunftsland Nordrhein-Westfalen: Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 30. August 2000

ConVent (Hrsg.) (2005): Jahrbuch der 4. Jahrestagung PPP, Frankfurt.

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004): Fahrplan zur Binnenmodernisierung der Landesverwaltung in Nordrhein-Westfalen.

EnergieAgentur.NRW (2001): EA Jahresbericht 2001.

Finanzministerium NRW (Hrsg.) (2007): Bericht des Finanzministeriums NRW, Februar 2007.

Landesregierung NRW (Hrsg.) (2003): Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen (GV.NRW), Nr. 36.

Landesregierung NRW (Hrsg.) (2003): Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen (GV.NRW), Nr. 52.

Landesregierung NRW (Hrsg.) (2005): Zusammenfassender Bericht der Landesregierung zur Nachhaltigen Entwicklung in NRW.

Landesregierung NRW (Hrsg.) (2005): Drucksache 13/6623: Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage 2150, vom 21. Februar 2005.

Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung des Landes NRW (2004): Pressemitteilung vom 26. März 2004.

Personalstandstatistik des Landes Nordrhein-Westfalen (2006)

Steinbrück, Peer: Klarer Kurs: Konzentration der Kräfte - Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 20. November 2002.

6.2 Gesetze

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes (Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen - PfG NW). 13/78, vom 08. Juli 2003.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. 13/121, vom 21. Juli 2004.

Gesetz zur Reform der Professorenbesoldung (Professorenbesoldungsreformgesetz – Prof BesReformG) vom 16. Februar 2002.

Hochschulgesetz in der Fassung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Hochschulreformen (Hochschulreformweiterentwicklungsgesetz) – HRWG-VOM 30.11.2004.

Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchulG). 13/137, vom 15. Februar 2005.

6.3 Periodika

Allensbach Berufsprestige-Skala 2001 und 2005.

Die Tageszeitung taz

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Immobilien Zeitung

Landesverband NRW für Körper und Mehrfachbehinderte e.V.: kurz & knapp aus NRW
Spiegel Online

Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), Lokalausgabe Oberhausen

Westfälische Rundschau (WR)

6.4 Internetquellen

Allensbach Berufsprestige-Skala 2008: http://www.ifd-allensbach.de/news/prd_0802.html,
Stand: 02.10.2010.

Bandelow, Nils: Das Arenenmodell nach Theodore Lowi: <http://www.nilsbandelow.de/pfa06r04.pdf>, Stand: 02. Oktober 2010.

Barthels, Thomas (2006): Der Eiserne Rhein: <http://www.der-eiserne-rhein.de/geschichte/geschichte.html>, Stand: 08. September 2010.

Bezirksregierung Arnsberg: Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum (BAAW) <http://www.afao-siegen.nrw.de/aufgaben/allgAufgabenILE/buendnis fuerarbeit/>, Stand: 02. Oktober 2010.

Bezirksregierung Köln: Anerkennung und Finanzierung von Weiterbildungseinrichtungen nach dem Weiterbildungsgesetz NRW: http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/organisation/abteilung04/dezernat_48/weiterbildung/anerkennung/index.html, Stand: 19. September 2010.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006): Ganztagschulen: http://www.ganztagschulen.org/_downloads/NRW_Kongress.pdf, Stand: 29. September 2010.

Deutscher Pflegeverband DPV (e.V.): Menschenrechte lassen sich nicht ökonomisieren – zur Zukunft der Pflegeversicherung: <http://www.dpv-online.de/kommentare/menschenrechte2.htm>, Stand: 29. September 2010.

Deutsche Rentenversicherung: Rentenstrukturreform Teil 2: http://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/nn_14304/SharedDocs/de/Inhalt/04__Formulare__Publikationen/03__publikationen/Publikationen/DRV__Info/VDR__info/2001/1/Rentenstrukturreform__Teil2.html, Stand: 29. September 2010.

EnergieAgentur.NRW (2007): EnergieAgentur.NRW: http://www.energieland.nrw.de/_info/pool/page.asp?TopCatID=5272&CatID=5273&RubrikID=5273, Stand: 29. September 2010.

Fachhochschule Gelsenkirchen, Institut Arbeit und Technik, IAT-Report (2003): Dienstleistungsoffensive NRW: <http://www.iatge.de/iat-report/2003/report2003-01.pdf#search=%22Dienstleistungsoffensive%20NRW%22>, Stand: 02. Oktober 2010.

Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2006): Eckdatenübersicht Haushalt NRW: http://www.fm.nrw.de/allgemein_fa/presse/pdf/anlage_pk_hh_2006.pdf, Stand: 02. Oktober 2010.

Institut Arbeit und Technik (2003): IAT-Report 2003/01: <http://iat-info.iatge.de/iat-report/2003/report2003-07.pdf>, Stand: 29. September 2010.

Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21: www.un.org/depts/german/conf/agenda21/rio.pdf, Stand: 29. September 2010.

Korte, Karl-Rudolf (2002): Der Ernste gegen den Jovialen – Kandidaten und Parteien in der Publikumsgesellschaft, in: PIN – Politik im Netz, 3. Jg. 2002, Heft 14: http://www.karl-rudolf-korte.de/data/der_ernste_gegen_den_jovialen_kandidaten_und_parteienwettbewerb_in_der_publikumsgesellschaft_.pdf, Stand: 29. September 2010.

Landtag NRW (2007): Besucherbroschüre: http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Besucherbroschuere_Neuaufgabe_RZ_scr.pdf, Stand: 19. September 2010

Landtag NRW (2007): Gang der Gesetzgebung: http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.1/Oeffentlichkeitsarbeit/Touren/Gesetzgebung.jsp, Stand: 19. September 2010

Littwin, Frank (2005): PPP- Task Force NRW: Das Kompetenzzentrum im Finanzministerium Nordrhein-Westfalen, Artikel für das Jahrbuch der 4. Jahrestagung PPP am 26.04.2005 in Frankfurt: http://www.ppp.nrw.de/oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilungen/000_convent_artikel.pdf, Stand: 29. September 2010.

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (2010): Volksbegehren: <http://www.im.nrw.de/bue/276.htm>, Stand: 19. September 2010

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (2006): Gründungsnetzwerk „NRW GO!“: <http://www.go-online.nrw.de/>, Stand: 02. Oktober 2010.

Neumann, Paul: Placebo für die Stimmung. Personalie Clement. Spezialist für das "Von-oben-nach-unten-Regieren" und Dienstleister für die Großwirtschaft, in: Freitag. Die Ost-West Wochenzeitung, 11. Oktober 2002: <http://www.freitag.de/politik/0242-personalie-clement.>, Stand: 02. Oktober 2010.

Neumann, Paul: Scheingefechte, in: Freitag. Die Ost-West Wochenzeitung, 04. Juli 2003: <http://www.freitag.de/2003/28/03280401.php>, Stand: 02. Oktober 2010.

NRW SPD (2000): Landtagswahlprogramm 2000 http://web.archive.org/web/20010630140029/www.nrwspd.de/politik/rp2000_5.asp, Stand: 02. Oktober 2010.

NRW-Takt (2005): Broschüre zur Railtec: www.nahverkehr-nrw.de, Stand: 02. Oktober 2010.

Oberhausener Bürgerinitiative Betuwe – so nicht!: <http://www.betuwe.de>, Stand: 02. Oktober 2010.

Toth, Mike (2005): Neue Armut auf dem Campus: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,375147,00.html>, Stand: 02. Oktober 2010.

Ruhr Universität Bochum (2002): Zielvereinbarung zwischen RUB und MSWF: Bochumer Profilschärfe: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/pressemitteilungen-2002/msg00108.html>, Stand: 02. Oktober 2010.

Schatz, Heribert (2002/2003): Zwischen Schmierenkomödie und Staatstheater: Politische Kommunikation in der Mediendemokratie. Forum Forschung: http://www.forum-forschung.de/2002/pdf/fofo2002_schatz.pdf, Stand: 02. Oktober 2010.

Wikipedia (2007): Berufsakademie: <http://de.wikipedia.org/wiki/Berufsakademie>), Stand: 02. Oktober 2010.

6.5 Interviews

Im Rahmen der Recherche für die vorliegende Arbeit wurden viele Gespräche und Interviews mit Vertretern von Parteien, Behörden, Regierung, Interessengruppen und Wissenschaft

geführt. Im Folgenden werden alle längeren Interviews aufgeführt, von denen Teile direkt im Text wiedergegeben werden.

Bielstein, Klaus: Pressesprecher der NRW Bank, vom 23. Januar 2007, Telefoninterview.

Cloesges, Heiner: Haushaltsabteilung Bund der Steuerzahler NRW, vom 23. Oktober 2006, Telefoninterview.

Donnepp, Joachim: Pressesprecher Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen, vom 07. Juni 2006, Telefoninterview.

Ebbers, Lothar: Sprecher Pro Bahn-Fachkommission, vom 12. März 2007, Telefoninterview.

Herrmann, Stephanie: Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, Programmbe-
reich Arbeitnehmerintegration, vom 22. September 2006, Telefoninterview.

Kerpel, Marlene: Pressesprecherin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, vom 31.
Mai 2006, Telefoninterview.

Klaus, Ina: Referentin Bundesministerium für Gesundheit, vom 18. Oktober 2006, Telefon-
interview.

Krampitz, Manfred: Pressereferent des Schulministeriums, vom 11. April 2006, Telefoninter-
view.

Littwin, Frank: Leiter der PPP-Task Force im Finanzministerium des Landes Nordrhein-West-
falen, vom 23. Oktober 2006, Telefoninterview.

Löchter, Bernd A.: Pressesprecher Strassen.NRW, vom 21. Februar 2007, Telefoninterview
und eMail-Kontakt.

Lubitz, Jürgen: Referent Innenministerium Nordrhein-Westfalen, vom 12. Februar 2007,
Telefoninterview.

Pohlmann, Sandra: Presse- und Informationsreferat Finanzministerium NRW, vom 28. Feb-
ruar 2007, telefonisch geführt.

Raddatz, Sabine: Pressesprecherin Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW, vom 22. Februar 2007, eMail-Kontakt.

Rostek, Tina: Go! & move-Projektbüro im Ministerium. für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW, vom 25. September 2006, Telefoninterview.

Schepers, Albert: Fachliche Begleitung der Initiative "Jugend in Arbeit plus"; Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH, vom 12. Februar 2007, Telefoninterview.

Wessels, Wolfgang: Chefredakteur „kurz&knapp“, Landesverband NRW für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., vom 10. Oktober 2006, Telefoninterview.

7. Literaturverzeichnis

ANDERSEN, UWE (2000): Landeshaushalt. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): NRW Lexikon. Politik Gesellschaft Recht Kultur, 2.Auflage, Opladen.

ANDERSON, UWE & WOYKE, WICHARD (Hrsg.) (2000): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, 4. Auflage.

BAUMGARTNER, FRANK R. & JONES, BRYAN D. (1993): Agendas and Instability in American Politics, The University of Chicago Press, Chicago.

BEHER, KARIN & HAENISCH, HANS (2005): Offene Ganztagsschule im Primarbereich. Begleitstudie zu Einführung, Zielsetzungen und Umsetzungen in Nordrhein-Westfalen, Weinheim und München.

BEHRENS, HENNING (1980): Politische Entscheidungsprozesse: Konturen einer politischen Entscheidungstheorie, Opladen.

BEHRENS, HENNING & PAUL, NOACK (1984): Theorien der internationalen Politik, München.

BELLERS, JÜRGEN & WOYKE, WICHARD (Hrsg.) (1989): Analyse internationaler Beziehungen: Methoden – Instrumente – Darstellungen, Opladen.

BEYME, KLAUS VON (1997): Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum, Opladen.

BIBLIOGRAPHISCHES INSTITUT & F.A. BROCKHAUS AG (HRSG.) (1997): Duden. Fremdwörterbuch, Mannheim 1997.

BROWN, ERIC C. (1982): Introduction, in: BROWN, ERIC C. & DREIJMANIS, JOHN (Hrsg.): Government coalitions in western democracies, New York & London, S. 1-6.

BURTH, HANS-PETER & GÖRLITZ, AXEL (2001): Politische Steuerung in Theorie und Praxis. Eine Integrationsperspektive, in: BURTH, HANS-PETER & GÖRLITZ, AXEL (Hrsg.): Politische Steuerung in Theorie und Praxis. Eine Integrationsperspektive, Baden-Baden, S. 7-15.

CZADA, ROLAND & SCHMIDT, MANFRED G. (1993): Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit. Fachschrift für Gerhard Lehmbuch, Oldenbourg.

DAHL, ROBERT & LINDBLOM, CHARLES E. (1953): Politics, Economics and Welfare, New York.

DÄSTNER, CHRISTIAN (2000/2002): Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen. Kommentar, Stuttgart.

DOUGHERTY, JAMES E. & PFALTZGRAFF, ROBERT L. (1990): Contending Theories of International Relations. New York.

EBERLEIN, BURKHARD & GRANDE, EDGAR (2003): Entscheidungsfindung und Konfliktlösung, in: SCHUBERT, KLAUS & BANDELOW, NILS (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. Oldenburger Wissenschaftsverlag, S.175-202.

EASTON, D. (1965): A Framework for Political Analysis, Englewood Cliffs.

FAUST, JÖRG; LAUTH, HANS-JOACHIM & WAGNER, CHRISTIAN (2003): Politikfeldanalyse, in: MOLS, MANFRED (Hrsg.): Politikwissenschaft: Eine Einführung, 4. Auflage, Schöningh, Paderborn.

GÖRLITZ, AXEL (1995): Politische Steuerung. Ein Studienbuch, Opladen.

HARTMANN, JÜRGEN (1979): Parteienforschung, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

HAUNGS, PETER (1980): Parteiendemokratie in der BRD, Berlin.

HEINELT, HUBERT (2003): Politikfelder: Machen Besonderheiten von Policies einen Unterschied? In: SCHUBERT, KLAUS & BANDELOW, NILS (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse, Oldenbourger Wissenschaftsverlag, S. 240-256.

HESSE, JOACHIM J. (2004): Regierungs- und Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen. Eine Zwischenbilanz und Bewertung von Regierungs- und Oppositionsvorschlägen. Internationales Institut für Staats- und Europawissenschaften, Berlin.

HINCKLEY, BARBARA (1976): Introduction: Coalitions and Time, in: HINCKLEY, BARBARA (Hrsg.): Coalitions and Time. Cross-disciplinary studies, S. 6-12.

HOFFERBERT, RICHARD I. & KLINGEMANN, HANS-DIETER 1990: The Policy Impact of Party Programmes and Government Declarations in the Federal Republic of Germany, in: European Journal of Political Research 18.

HOFFERBERT, RICHARD, KLINGEMANN, HANS-DIETER & VOLKENS, ANDREA (1992): Wahlprogramme, Regierungserklärungen und Politisches Handeln. Zur „Programmatik politischer Parteien“, in: ANDREß, HANS-JÜRGEN ET. AL.: Theorie, Daten Methoden. Neue Modelle und Verfahrensweisen in den Sozialwissenschaften, München, S. 383-393.

HOFFMANN, CLAUDIA (1993): Entscheidungsgestaltung: Neue Perspektiven außenpolitischer Entscheidungstheorie und Planung, München.

HIBBS, DOUGLAS A. (1977): Political Parties and Macroeconomic Policy, in: APSR 71, S. 1467-1487.

HÜBENER, AREND & HALBERSTADT, RUDOLF (1976): Erfolgskontrolle politischer Planung. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Göttingen.

JANSEN, DOROTHEA (1999): Einführung in die Netzwerkanalyse, Opladen.

JARREN, OTFRIED, GROTHE, THORSTEN & RYBARCZYK, CHRISTOPH (1993): Medien und Politik – eine Problemskizze. In: DONSBACH, WOLFGANG ET AL. (Hrsg.), Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion. Fallstudien und Analysen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

JUN, UWE (1993): Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene, Braunschweig.

KAUFMANN, FRANZ-XAVER & ROSEWITZ, BERND (1983): Typisierung und Klassifikation politischer Maßnahmen, in: MAYNTZ, RENATE (Hrsg.): Umsetzung politischer Programme II, S. 25-49.

KIRCHHEIMER, OTTO (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in PVS 6/1965, S. 20-41.

KLINGEMANN, HANS-DIETER (1989): Die programmatischen Profile der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Eine quantitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme von SPD, FDP und CDU von 1949 bis 1987, in: HERZOG, DIETRICH & WESSELS, BERHHARD (Hrsg.): Konfliktpotentiale und Konsensstrategien. Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik, Opladen, S. 99-115.

KLINGEMANN, HANS-DIETER, HOFFERBERT, RICHARD I & BUDGE, IAN (Hrsg.) (1994): Parties, Policies, and Democracy, Boulder, Westview.

KLINGEMANN, HANS-DIETER & VOLKENS, ANDREA (2001): Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998, in: OSCAR GABRIEL, RICHARD STÖSS & NIEDERMEYER, OSCAR (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland 1949-1998, 2. Aufl., Bonn, S. 507-528.

KOLINSKY, EVA (1993): Das Parteiensystem der Bundesrepublik: Forschungsthemen und Entwicklungslinien. In: NIEDERMAYER, OSKAR/STÖSS, RICHARD (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Westdeutscher Verlag, S. 35-56.

KORTE, KARL-RUDOLF & HIRSCHNER, GERHARD (Hrsg.) (2000): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik. Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München.

KORTE, KARL-RUDOLF & HIRSCHNER, GERHARD (2003): Information und Entscheidung. Wiesbaden.

KORTE, KARL-RUDOLF (2003A): Das Ende der Problemlösungsagenturen? Die Krise der Parteien ist differenzierter als die Kritiker meinen, in: politik&kommunikation, Oktober 2003, S. 16-17.

KORTE, KARL-RUDOLF & FRÖHLICH, MANUEL (2004): Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, Paderborn.

KORTE, KARL-RUDOLF, FLORACK, MARTIN & GRUNDEN, TIMO (2006): Regieren in Nordrhein-Westfalen, Wiesbaden.

KORTE, KARL-RUDOLF (2009): Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Schwalbach/Ts.

KORTE, KARL-RUDOLF (2010): Strategie und Regierung: Politikmanagement unter den Bedingungen von Komplexität und Unsicherheit, in: RASCHKE, JOACHIM & TILS, RALF (Hrsg.), Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds, Wiesbaden. S. 211-233.

KÖNIG, KLAUS & DOSE, NICOLAI (1989): Klassifizierungsansätze Staatlicher Handlungsformen. Eine steuerungstheoretische Abhandlung. Speyerer Forschungsberichte, Speyer.

KÖNIG, KLAUS & DOSE, NICOLAI (1993): Klassifikationsansätze zum staatlichen Handeln, in: KÖNIG, KLAUS & DOSE, NICOLAI (Hrsg.), Instrumente und Formen des staatlichen Handelns, Köln.

KÖNIG, KLAUS (1993): Staatskanzleien. Funktionen und Organisation, Opladen.

KÖNIG, KLAUS (1994): Regierungsbildung und Regierungsapparat, in: Gegenwartskunde, 48.

KRIESI, HANSPETER (2001): Ein konzeptueller Rahmen für ein international vergleichendes Forschungsprojekt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

KROPP, SABINE & STURM, ROLAND (1998): Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen, Opladen.

KROPP, SABINE (1999): Strategisches Koalitionshandeln und Koalitionstheorien. Konzeptionelle Überlegungen zur Untersuchung von Konflikt und Konsensbildung in Koalitionen, in:

STURM, ROLAND & KROPP, SABINE (Hrsg.): Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden, Baden-Baden, S. 44-80.

KROPP, SABINE (2001): Regieren in Koalitionen. Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen, Wiesbaden. S. 65-67.

KROPP, SABINE (2001): Koalitionsverhandlungen nach Wahlen. Akteure, Strukturen, Programme, in: DERLIEN, HANS-ULRICH & MURSWIECK, AXEL (Hrsg.): Regieren nach Wahlen, Opladen, S. 59-84.

KROPP, SABINE (2002): Koalitionsbildung in Bund und Ländern – Verfahren, Institutionalierungsprozesse und Gewinnverteilung, in: GABRIEL, OSCAR W. , NIEDERMAYER, OSKAR & STÖSS, RICHARD (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, S. 340-359.

KROPP, SABINE (2003): Regieren als informaler Prozess. Das Koalitionsmanagement der rot-grünen Bundesregierung, S. 23, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/2003, S. 23-31.

KROPP, SABINE (2010): Kooperativer Föderalismus und Politikverflechtung, Wiesbaden.

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.) (2000): NRW Lexikon. Politik Gesellschaft Recht Kultur, 2.Auflage, Opladen.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN (Hrsg.) (2003): 13. Wahlperiode, Volkshandbuch, 2.Auflage, Düsseldorf.

LEHMBRUCH, GERHARD (1967): Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen.

LEHMBRUCH, GERHARD (1998): Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland, 2. erweiterte Auflage, Opladen.

LIJPHART, AREND (1999): Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in thirty-six countries, New Haven/London.

LÖSCHE, PETER (1999): Parteienstaat in der Krise? Überlegungen nach 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

LOWI, THEODORE J. (1964): At the Pleasure of the Mayor, Patronage and Power in New York City, 1898-1958, London.

LOWI, THEODORE J. (1972): Four Systems of Policy, Politics and Choice, in: PAR, S. 298-310

MARCINKOWSKI, FRANK (Hrsg.), 2001: Die Politik der Massenmedien. Heribert Schatz zum 65. Geburtstag, Köln.

MARCINKOWSKI, FRANK & NIELAND, JÖRG-UWE (2002): Medialisierung im politischen Mehrebenensystem – Eine Spurensuche im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf, in: ALEMAN, ULRICH VON & MARSCHALL, STEFAN (Hrsg.): Parteien in der Mediendemokratie, S. 81-115.

MAYNTZ, RENATE (1983): Zur Einleitung: Probleme der Theoriebildung und der Implementationsforschung, in: MAYNTZ, RENATE (Hrsg.): Umsetzung politischer Programme II, S. 7-24.

MAYNTZ, RENATE & SCHARPF, FRITZ W. (1995): Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus, in: MAYNTZ, RENATE & SCHARPF, FRITZ W. (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung, FFM/New York, S. 39-72.

MOLS, MANFRED (Hrsg.) (2003): Politikwissenschaft: Eine Einführung. 4.Auflage, Schöning, Paderborn.

MÜLLER, NORBERT (1973): Strategiemodelle. Aspekte und Probleme einer sozialwissenschaftlichen Praxeologie. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, 13, Opladen.

OCKERMANN, JÜRGEN & GLENDE, ANDREA (1997): So arbeitet der Landtag Nordrhein-Westfalen, 2. überarbeitete Auflage, Neue Darmstädter Verlagsanstalt.

PETRY, FRANCOISES (1987): France 1958 – 1981: the strategy of joint government platforms, in: BUDGE, IAN; ROBERTSON, DAVID & HEARL, DEREK (Hrsg.): Ideology, Strategy and Party Change: spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies, Cambridge u.a., S. 324-344.

PETRY, FRANCOISES (1991): Fragile Mandate: Party Programmes and Public Expenditure in the French Fifth Republic, in: European Journal of Political research 20, S. 149-171.

POMPER, GERALD M. (1980): Control and Influence in Democratic Politics, in: Democratic Politics, New York und London, S. 149-203.

RALLINGS, COLIN (1987): The influence of election programmes: Britain and Canada 1945 – 1979, in: BUDGE, IAN; ROBERTSON, DAVID & HEARL, DEREK (Hrsg.): Ideology, Strategy and Party Change: spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies, Cambridge u.a., S. 1-14.

ROBINSON, JAMES A. (1968). Decision Making: Political Aspects. In: SILLS, DAVID L. (Hrsg.): International Encyclopedia of the Social Sciences. New York, Vol. 4, S. 55-62.

RÖLLE, DANIEL (2000): Wahlprogramme: Richtschnur parlamentarischen Handelns, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 31, S. 821-833.

RÖLLE, DANIEL, MÜLLER, PETRA & STEINBACH, ULRICH W. (Hrsg.) (2001): Politik und Fernsehen. Inhaltsanalytische Untersuchungen, Wiesbaden.

RUDZIO, WOLFGANG (1993): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Grundwissen Politik. Studien zur Geschichte und Politik, Schriftenreihe Band 302, S. 47-89.

RUDZIO, WOLFGANG (2000): NRW Lexikon. Politik Gesellschaft Recht Kultur, 2. Auflage, Opladen.

SAALFELD, THOMAS (2007): Parteien und Wahlen, Baden-Baden.

SABATIER, PAUL A. (1993): Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen. Eine Alternative zur Phasenheuristik, in: HERETIER, ADRIENNE (Hrsg.): Policy-Analyse, Politische Vierteljahresschrift , Sonderheft 24, S. 116-149.

SABATIER, PAUL A. (1999): The Need for better Theories, in: SABATIER, PAUL A. (Hrsg.): Theories of the Policy Process, Boulder, C./Oxford, S. 5-6.

SALISBURY, ROBERT H. (1968): The Analysis of Public Policy: A Search for Theories and Roles, in: RANNEY, AUSTIN (Hrsg.), Political Science and Public Policy, Chicago.

SALISBURY, ROBERT & HEINZ, JOHN (1970): A theory of Policy Analysis and some Preliminary Applications, in: IRA SHARKANSKY (Hrsg.), Policy Analysis in Political Science, Chicago, S. 39-60.

SARCINELLI, ULRICH (1998): Politikvermittlung und Demokratie: Zum Wandel der politischen Kommunikationskultur, in: SARCINELLI, ULRICH (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn, S. 11-23.

SCHARPF, FRITZ W. (1973): Planung als politischer Prozess. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie, Frankfurt am Main.

SCHARPF, FRITZ W. (1976): Theorie der Politikverflechtung, in: SCHARPF, FRITZ W.; REISSERT, BERND & SCHNABEL, FRITZ (Hrsg.): Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik, Kronberg, S. 13-70.

SCHARPF, FRITZ W.; REISSERT, BERND & SCHNABEL, FRITZ (Hrsg.) (1976): Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik, Kronberg.

SCHARPF, FRITZ W. (1987): Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, FFM/New York.

SCHARPF, FRITZ W. (1993): Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat, in CZDA, ROLAND & SCHMIDT, MANFRED G. (Hrsg.): Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit. Festschrift für Gerhard Lehmbruck, Opladen, S. 25-51.

SCHARPF, FRITZ W. (2000): Interaktionsforschung. Akteurszentrierter Institutionalisierung in der Politikforschung, Opladen.

SHELLHORN, KAI (1974): Krisen-Entscheidung, München.

SCHMIDT, MANFRED G. (1989): Massenarbeitslosigkeit und politische Stabilität, in: WOLFGANG PETERS (Hrsg.): Massenarbeitslosigkeit und Politik. Reaktionsweisen und Strategieoptionen in verschiedenen Politikarenen. SAMF-Arbeitspapier 1989-1, o.O.

SCHMIDT, MANFRED G. (2000): Demokratietheorien: Eine Einführung, 3. Auflage, Opladen, S. 375-389.

SCHNEIDER, HERBERT (2001): Parteien in der Landespolitik, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, S. 385-405.

SCHRECKENBERGER, W. (1994): Informelle Verfahren der Entscheidungsvorbereitung zwischen der Bundesregierung und den Mehrheitsfraktionen: Koalitionsgespräche und Koalitionsrunden, in: Zparl, 329.

SCHUBERT, KLAUS & BANDELOW, NILS (2003): Politikdimensionen und Fragestellungen der Politikfeldanalyse, in: SCHUBERT, KLAUS & BANDELOW, NILS (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. Oldenburger Wissenschaftsverlag, S. 1-22.

SCHWARZ, GEORG P. (1978): Entscheidungstheorien, in: OSCAR W. GABRIEL (Hrsg.): Grundkurs politische Theorie, Köln, S. 327-376.

STROHMEIER, GERD ANDREAS (2003): Zwischen Gewaltenteilung und Reformstau: Wie viele Vetospieler braucht das Land? In: Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte, B51/2003, S. 17-23.

TSEBELIS, GEORGE (1995): Decisionmaking in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism, and Multipartism, in: British Journal of Political Science 25: 289-325.

TSEBELLIS, GEORGE (2002): Veto Players: How Political Institutions work, New York.

URSELMANN, ANDREA & MANDEN, OLIVER (2003): Halten Parteien, was sie versprechen? Ein Essay über Wahlprogramme und politische Entscheidungen im internationalen Kontext. Praxisprojekt Wählerinformationssystem. Universität Duisburg-Essen.

VOLKENS, ANDREA (2002): Handbuch zur Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente von Parteien und Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland. Discussion Paper FS III 02-203. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

VOLKENS, ANDREA (2009): Die Daten des Comparative Manifestoes Project. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), in: SCHNAPP, KAI-UWE & BEHNKE, NATALIE & Behnke, Joachim (Hrsg.): Datenwelten und Datenbestände in der Politikwissenschaft, Baden-Baden, S. 271 – 279.

WACHENDORFER-SCHMIDT, UTE (2003): Politikverflechtung im vereinigten Deutschland. Wiesbaden.

WAGSCHAL, UWE (2009): Kompetitive und konsensuale Vetospieler in der Steuerpolitik, in: GANGHOF, STEFFEN & HÖNNIGE, CHRISTOPH & STECKER, CHRISTIAN (Hrsg.): Parlamente, Agendasetzung und Vetospieler. Festschrift für Herbert Döring, Wiesbaden, S. 117-136.

WINDHOFF-HERITIER, ADRIENNE (1987): Policy-Analyse. Eine Einführung. Frankfurt a. M./New York.

WINDHOFF-HERITIER, ADRIENNE (1989): Wirksamkeitsbedingungen politischer Instrumente, in: ELLWEIN, THOMAS ET.AL. (Hrsg.): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Baden-Baden, S. 89-118.

ZALLER, JOHN R. (1992): The Nature and Origin of Public Opinion, Cambridge University Press, Cambridge, S. 97-117.

ZUCKER, HAROLD G. (1978): The Variable Nature of News Media Influence, in: B.D. RUBEN, B.D. (Hrsg.): Communication Yearbook, Vol. 2, New Brunswick, S. 225-240.

8. Abbildungsverzeichnis

Grafik 1: Steuerungs- und Konsensfähigkeit in Abhängigkeit der Vetospieler	24
Grafik 2: Klassifizierung von Policy-Typen nach den Kosten der Entscheidungsfindung	35
Grafik 3: Die Verbindung der Entscheidungsfaktoren	40
Tabelle 1: Der Einfluss der Strukturmerkmale auf die Entscheidungsfindung	57
Tabelle 2: Typologisierung von programmatischen Dokumenten	59
Tabelle 3: Bestimmung der Korrelation zwischen politischer Planung und Handlung	67
Tabelle 4: Codierung der gesellschaftlichen Priorität einer Handlungsabsicht	75
Tabelle 5: Codierung einer Handlungsabsicht nach Policy-Arten	76
Tabelle 6: Codierung der Richtung einer Handlungsabsicht	78
Grafik 4: Das Kabinett Clement	80
Grafik 5: Das Kabinett Steinbrück	83
Tabelle 7: Probleme und Handlungsabsichten	84
Tabelle 8: Probleme und Handlungsabsichten nach Politikfeldern	85
Tabelle 9: Von Handlungsabsichten profitierende Personengruppen	86
Tabelle 10: Themenpriorität der Politikfelder	88
Tabelle 11: Verteilung der Handlungsabsichten und Ausgaben nach Politikfeldern	90

Tabelle 12: Rangkorrelation nach Spearman	90
Tabelle 13: Vergleich Schwerpunktsetzung Koalitionsvertrag gesamt vs. Präambel	93
Tabelle 14: Der Handlungskontext der Präambel	94
Grafik 6: Politikfelder nach V4 Themenpriorität und V5 Policy-Art	95
Grafik 7: Politikfelder nach V4 Themenpriorität und V6 Richtung der Handlung	96
Grafik 8: Politikfelder nach V4 Themenpriorität und V7 Detailgrad der Handlung	97
Tabelle 15: Umsetzungsanalyse	105
Tabelle 16: V4 Themenpriorität vs. V10 Umsetzung	106
Tabelle 17: Rangkorrelation V4 Themenpriorität vs. V10 Umsetzung	107
Tabelle 18: V5 Policy-Art vs. V10 Umsetzung	107
Tabelle 19: Korrelationskoeffizient V5 Policy-Art vs. V10 Umsetzung	108
Tabelle 20: V6 Richtung der Handlung vs. V10 Umsetzung	108
Tabelle 21: Rangkorrelation V6 Richtung der Handlung vs. V10 Umsetzung	109
Tabelle 22: Rangkorrelation nach Spearman	110
Tabelle 23: V8 Instrumente vs. V10 Umsetzung	110
Tabelle 24: Zusammenwirken der thematischen Aspekte	112
Tabelle 25: Korrelationskoeffizient	113
Tabelle 26: V7 Detailgrad vs. V4 Themenpriorität	115
Tabelle 27: Korrelationskoeffizienten V7 Detailgrad vs. V4 Themenpriorität	115
Tabelle 28: V7 Detailgrad vs. V5 Policy-Art	116
Tabelle 29: Korrelationskoeffizienten V7 Detailgrad vs. V5 Policy-Art	116
Tabelle 30: V7 Detailgrad vs. V6 Richtung der Handlung	117
Tabelle 31: Korrelationskoeffizienten V7 Detailgrad vs. V6 Richtung der Handlung	117
Tabelle 32: Abgleich Koalitionsvertrag und Regierungsantrittsreden: Konstellationen	122
Tabelle 33: Abgleich Koalitionsvertrag und Wahlprogramme: Konstellationen	125
Tabelle 34: Abgleich Koalitionsvertrag und Wahlprogramme: Konstellationen	126
Tabelle 35: Themenpolarisation in der Bildungs-/Forschungspolitik	135
Tabelle 36: Themenpolarisation in der Arbeitspolitik	137
Tabelle 37: Themenpolarisation in der Verkehrspolitik	139
Tabelle 38: Themenpolarisation in der Umweltpolitik	140
Tabelle 39: Themenpolarisation in der Zusammenfassung	141
Tabelle 40: Rangkorrelation Umsetzung von Handlungsabsichten vs. Polarisation	142
Grafik 9: Das Analysemodell politischer Umsetzung	148
Tabelle 41: Anzahl Schüler und Vollzeit-Lehrerstellen NRW 2000 bis 2005	249
Tabelle 42: Ausgabenverteilung Landeshaushalt NRW 2000 bis 2005	249
Tabelle 43: Beschäftigte des Landes nach Voll- und Teilzeit und Geschlecht	250
Tabelle 44: Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen	251

Tabelle 45: Bildungs-/Forschungspolitik vs. Probleme und Handlungsabsichten	257
Tabelle 46: Kultur-/Medien-/Sport- und Freizeitpolitik vs. Probleme/Handlungsabsichten...	257
Tabelle 47: Infrastrukturpolitik versus Probleme und Handlungsabsichten	257
Tabelle 48: Verkehrs-/Energie-/Umweltpolitik vs Probleme/Handlungsabsichten	258
Tabelle 49: Gesellschaftliche und politische Ordnung vs Probleme/Handlungsabsichten ...	258
Tabelle 50: Sozialpolitik vs. Probleme und Handlungsabsichten	258
Tabelle 51: Arbeitspolitik vs. Probleme und Handlungsabsichten	259
Tabelle 52: Wirtschaftspolitik vs. Probleme und Handlungsabsichten	259
Tabelle 53: Finanzpolitik vs. Probleme und Handlungsabsichten	259
Tabelle 54: Rechtspolitik vs. Probleme und Handlungsabsichten	260
Tabelle 55: Auswärtiges vs. Probleme und Handlungsabsichten	260
Tabelle 56: Handlungsinstrumente vs. Bildungs-/Forschungspolitik	260
Tabelle 57: Handlungsinstrumente vs. Kultur-/Medien-/Sport- und Freizeitpolitik	261
Tabelle 58: Handlungsinstrumente vs. Infrastrukturpolitik	262
Tabelle 59: Handlungsinstrumente vs. Verkehrs-/Energie-/Umweltpolitik	263
Tabelle 60: Handlungsinstrumente vs. Gesellschaftliche und politische Ordnung	264
Tabelle 61: Handlungsinstrumente vs. Sozialpolitik	266
Tabelle 62: Handlungsinstrumente vs. Arbeitspolitik	268
Tabelle 63: Handlungsinstrumente vs. Wirtschaftspolitik	269
Tabelle 64: Handlungsinstrumente vs. Finanzpolitik	270
Tabelle 65: Handlungsinstrumente vs. Rechtspolitik	271
Tabelle 66: Handlungsinstrumente vs. Auswärtiges	271
Tabelle 67: Klientel/Gruppen vs. Bildungs-/Forschungspolitik	272
Tabelle 68: Klientel/Gruppen vs. Kultur-/Medien-/Sport-/Freizeitpolitik	273
Tabelle 69: Klientel/Gruppen vs. Infrastrukturpolitik	274
Tabelle 70: Klientel/Gruppen vs. Verkehrs-/Energie-/Umweltpolitik	275
Tabelle 71: Klientel/Gruppen vs. Gesellschaftliche/politische Ordnung	276
Tabelle 72: Klientel/Gruppen vs. Gesellschaftliche/politische Ordnung	277
Tabelle 73: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird vs. Arbeitspolitik	279
Tabelle 74: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird vs. Wirtschaftspolitik	280
Tabelle 75: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird vs. Finanzpolitik	280
Tabelle 76: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird vs. Rechtspolitik	281
Tabelle 77: Klientel/Gruppen, für die gehandelt wird vs. Auswärtiges	281